



CDU

Bundesparteitag

CDU

15. Bundesparteitag

Braunschweig, 22./23. Mai 1967



15. CDU-Bundesparteitag

Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, 53 Bonn, Nassestraße 2 · Redaktion: Heinz Winkler · Fotos: Josef A. Slominski, Deutsche Presseagentur, Resi Schwabe · Gestaltung: Kurt Kieselbach · Druck: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, 42 Oberhausen (Rhld.) + 4 Düsseldorf · Verlag: Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH., Bonn.

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
DEUTSCHLANDS

15. CDU-Bundesparteitag

Braunschweig, 22./23. Mai 1967

Niederschrift

Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH., Bonn

INHALT

Montag, 22. Mai 1967

Gedenkstunde für Dr. Konrad Adenauer

Prof. Dr. Ludwig Erhard	7
Josef Hermann Dufhues	8

1. Plenarsitzung

Eröffnung und Grußworte	17
Dr. Bruno Heck	32

2. Plenarsitzung

Dr. Rainer Barzel	43
Aussprache	57
Satzungsänderungen	61

Dienstag, 23. Mai 1967

3. Plenarsitzung

Dr. Kurt Georg Kiesinger	110
Aussprache	137
Satzungsänderungen	147
Wahlen	176
Schlußwort	195



Montag, 22. Mai 1967

Gedenkstunde für Dr. Konrad Adenauer

Es sprechen

Prof. Dr. Ludwig Erhard

Josef Hermann Dufhues

Bundeskanzler a. D. Prof. Dr. Ludwig Erhard:

Liebe Parteifreunde!

Mit Wehmut und Schmerz, aber auch mit Stolz ehren wir in dieser Trauerfeier die Persönlichkeit und die ragende Gestalt des von uns geschiedenen Konrad Adenauer.

Die Fülle der Nachrufe, die seinem Tod folgten, zeugten für sein Werk, das in uns fortlebt. Die freie Welt hat ihn geehrt und bewundert wie noch keinen deutschen Staatsmann zuvor.

Wenn heute die Christlich Demokratische Union zu Beginn ihres Parteitages noch einmal seiner in tiefer Verbundenheit gedenkt, dann ist ihr der Parteiführer Konrad Adenauer gegenwärtig, wie wir ihn alle seit unserem 1. Parteitag in Goslar kennen.

Konrad Adenauer, der Staatsmann, ist in seinem Tode zum Symbol aller sich des Segens der Freiheit bewußten Deutschen geworden.

Konrad Adenauer, der unumstrittene Führer der Christlich Demokratischen Union, soll in dieser Trauerfeier von seinen Freunden noch einmal gewürdigt werden.

Als Weggefährte schon in den ersten Tagen seines Wirkens nach dem Zusammenbruch war ich mit ihm über alle Verschiedenheit des Wesens und der Meinung dennoch stets eng verbunden. In der Prägung des freiheitlichen Bewußtseins der Union hat unsere Arbeit auf allen Ebenen der inneren und äußeren Staatsführung Erfolge errungen, die aus der deutschen Geschichte nicht weg-

zudenken sind und für immer mit dem Namen der CDU verbunden bleiben werden.

Das gemeinsame Ziel, für unser Vaterland die Freiheit zu erkämpfen, war für Konrad Adenauer und alle, die mit ihm zusammenarbeiten durften, die Grundlage jener Bindung, die sich über die Tagesereignisse hinweg als beständig und glückhaft erwiesen hat.

Aus solchem Bewußtsein heraus erkennen wir denn in tiefem Respekt neben dem Staatsmann auch den Parteiführer Konrad Adenauer, der durch seine Führungskraft eine neue Partei, unsere junge CDU, von Erfolg zu Erfolg führte. Er war sich auch von Anfang an des grundlegenden Unterschieds zwischen den früheren Parteien in Deutschland immer bewußt. Die wesentlich von ihm geprägte CDU erwuchs nicht aus unfruchtbarer Ideologie; sie war, ist und soll sein eine Volkspartei, deren freiheitliche Grundsätze auf dem unverrückbaren Wert des von christlicher Verantwortung getragenen menschlichen Gewissens beruhen.

Das macht gerade die große Spannweite der CDU aus, und aus diesem Grunde war und ist sie auch gerade jene Partei, in der evangelische und katholische Christen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Frauen und Männer jeden Berufs und jeden Standes vom Norden bis zum Süden unseres Landes ihre politische Heimat finden – und Heimat bedeutet in diesem Sinne mehr als das Bestreben, seine politischen und sonstigen Interessen vertreten zu wissen.

Konrad Adenauer war der große Mann, der diese Partei mit Autorität und Behutsamkeit zugleich geführt hat. Er hat sie nicht gegängelt, aber er hatte auch den Mut und die Kraft, sie über Widerstände hinweg voranzuführen. Er hat die CDU wie kein anderer verkörpert, aber er hat doch auch Abstand zu ihr gehalten, er hat Lorbeeren für sie erworben, aber er wollte nicht, daß sie sich darauf ausruhte. Wahlen bedeuteten ihm – wie auch mir – kämpferische Auseinandersetzung um die für den Menschen, die Gesellschaft und den Staat höchsten Lebenswerte.

Konrad Adenauer steht in der Reihe unserer großen Toten mit Jakob Kaiser, Hermann Ehlers, Karl Arnold, Fritz Tillmanns, Heinrich von Brentano und noch vielen Getreuen, die einzeln aufzuzählen ich mir versagen muß.

Die CDU ist unter der Führung Konrad Adenauers immer von dem tiefen sittlichen Willen erfüllt gewesen – und so will sie es weiter halten – für das ganze deutsche Volk einzustehen. Über die Notwendigkeiten des Alltags hinweg ist darum unsere Christlich Demokratische Union im letzten weltanschaulich verankert und ausgerichtet; sie hat in schwankender Zeit die Idee einer geistig und gesellschaftspolitisch weit gespannten Union in die Tat umgesetzt. Dieses kostbare Gut, das wir uns unter Adenauers Führung errungen haben, darf nie mehr verlorengehen!

Josef Hermann Dufhues:

Deutschland hat von Konrad Adenauer mit einer beispiellosen Kundgebung der Trauer und der Anteilnahme Abschied genommen. Es war eine Kundgebung der Verehrung und Dankbarkeit. Das souveräne Volk hat in einem spontanen Akt, gleichsam einem Plebiszit, die Politik des toten Kanzlers bestätigt; es hat

seine geschichtliche Leistung durch allgemeine Zustimmung anerkannt. Die Parteigrenzen waren wie ausgelöscht, und auch die Gegner von ehemals neigten sich vor der Größe des Mannes, der den freien deutschen Staat in den Wesenszügen geprägt und ihm seinen Platz in der Gesellschaft der Nationen erkämpft hat. Die Ära Adenauer wird im Buch unserer Geschichte als Beispiel dafür verzeichnet werden, welcher Leistungen ein geschlagenes Volk unter der Führung eines großen Mannes fähig ist.

Unsere Gedanken gehen zurück zu jenem Tag, an dem sich in der Bundeshauptstadt die Staatsmänner der freien Welt vereinten, um dem großen alten Manne Deutschlands ihre Achtung und ihren Dank zu bekunden. Unvergeßlich die Stunde der Trauer im Bundeshaus, in der das Wirken und das Werk des großen Mannes gewürdigt wurden — in Worten und Reden, die uns alle tief bewegten. Noch eindrucksvoller jene Stunde im Hohen Dom zu Köln, in der sichtbar und deutlich wurde, daß wir Ordnung und Frieden letztlich nur im Christentum zu finden vermögen. Und schließlich der Abschied: Der Rhein — Schicksalsstrom deutscher Geschichte — nimmt Konrad Adenauer auf, um ihn rheinaufwärts zu seiner Ruhestätte zu tragen.

Noch im Tode diene Konrad Adenauer seinem Volke, als er in der Bundeshauptstadt die Repräsentanten aller Nationen der freien Welt vereinte, die sich in den Jahren der Zusammenarbeit mit Konrad Adenauer und seinen Nachfolgern davon überzeugt hatten und durch ihr Erscheinen bekundeten, daß das deutsche Volk seine Zukunft für alle Zeit auf Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit gegründet hat. Wer in Zukunft Deutschland angreift und seinen Willen zum Frieden in Zweifel zieht, wird sich auch mit diesem Zeugnis auseinandersetzen müssen.

Der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland ist in seinem Tod Besitz des ganzen deutschen Volkes geworden — als der Staatsmann, der nicht mehr nur einer Partei, sondern der ganzen Nation gehört. Aber es geziemt sich, diesem Manne, durch den unsere Partei groß geworden ist, und der andererseits — auch das dürfen wir sagen — in der Partei groß geworden ist, in dieser Stunde unser Gedenken zu widmen — ohne den Anspruch freilich, dem Bilde, das so viele Hunderte Nachrufe und Würdigungen von ihm entworfen haben, etwas noch Unentdecktes hinzufügen zu können.

Als nicht wenige das Ende der deutschen Geschichte gekommen wähten und einzelne die Katastrophe als wohlverdientes Gottesurteil hinzunehmen bereit waren, wagte Konrad Adenauer es, die Aufgabe und Stellung Deutschlands als zuverlässigen Partners der freien Welt und Teil eines politisch geeinten Europas zu konzipieren und auch die legitimen nationalen Interessen nach außen zu vertreten. Sein Bild von der künftigen Stellung Deutschlands war das eines starken, aber der Grenzen seiner Macht bewußten Deutschlands, das sich auf immer zur Familie der westlichen Völker christlicher Kultur zählt, eines Deutschlands, das mit Würde seine geschichtliche Existenz fortsetzt.

„Konrad Adenauer hat sich um das Vaterland verdient gemacht.“ Um das deutsche Vaterland — aber auch um das europäische. Er war vielleicht nicht der erste deutsche Staatsmann, der erkannt hat, daß Europa unser größeres Vaterland sein muß. Aber er war der erste, der aus dieser Erkenntnis mit Konsequenz und Beharrlichkeit sondergleichen praktische Politik gemacht hat. Vor

allem darauf beruht seine Größe. Er hat diese Politik nicht aus Gefühlen, die immer wechselhaft sind, entwickelt, sondern mit unbestechlicher Nüchternheit aus der Einsicht, daß die deutschen und europäischen Interessen sich decken.

Die Geschichte wird es als das Meisterwerk der Außenpolitik der Ära Adenauer werten, daß es gelang, das allgemeine westliche Interesse mit den deutschen Interessen so in Übereinstimmung zu bringen, daß der Aufstieg Deutschlands in jeder einzelnen Phase zugleich als Erfolg des Westens betrachtet werden konnte — auch mußte, weil es tatsächlich so war. Diese Interessengleichheit suchte er bewußt zu machen, und wenn ihm das nicht allerorten in Europa zu seinen Lebzeiten schon gelungen ist, so ist doch sicher, daß er das politische Denken in der Alten Welt auf den Weg der Einigung gebracht hat, von dem es niemals wieder abkommen und auf dem es sich weiter bewegen wird, allen zeitweiligen Hindernissen zum Trotz.

Der Kanzler war ein Mann hoher Ideale. Er orientierte seine Politik nach Ideen, die er nicht bloß mit der Vernunft, sondern auch mit dem Herzen erfaßte, wenngleich er darüber nicht zu reden pflegte. Allein, er hat nie den Grundfehler jener Idealisten begangen, die nur ihre Idee sehen wollten, nicht aber die Wirklichkeit. Und er hat ferner nie den ebenso gefährlichen Fehler begangen, gerade die einfachsten Realitäten, weil sie so selbstverständlich sind, zu übersehen. Seine große Leistung bestand darin, die Realitäten mit der Idee in das jeweils günstigste Verhältnis zu bringen. Zu diesen einfachen Realitäten gehört, daß Deutschland und Frankreich Nachbarn sind, und daß sie jahrhundertlang um die Vormacht auf dem Kontinent in harten Kriegen gekämpft haben. Wer Europa wollte, der mußte diese blutige Rivalität beenden, der mußte Freundschaft stiften, wo angeblich Erbfeindschaft war, und er mußte die beiden Nationen zusammenführen zu gemeinsamem Werk. Dazu hat Adenauer, einig mit jenem französischen Staatsmann, der von der gleichen Einsicht geleitet war, den Anfang gemacht, und die Fundamente, die da gelegt worden sind, werden sich trotz aller Widrigkeiten als unzerstörbar erweisen.

Konrad Adenauer sind auf diesem Weg Enttäuschungen nicht erspart geblieben — es scheint so, als ob der Größe eines Staatsmanns auch die Schwere seiner Prüfungen und Anfechtungen entsprechen müsse. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im französischen Parlament hat Adenauer dunkle Stunden bereitet. Er wußte, daß damit der Versuch mißglückt war, den europäischen Elan der ersten Stunde zu nutzen, um mit dem Schwung der spontanen Aktion über die tiefen Gräben zu kommen, die Europa immer noch zerteilten.

Die Gemeinschaft der Verteidigungsorganisation hätte die Politische Union von selbst, zwingend und sehr rasch nach sich gezogen.

Aber Konrad Adenauer ließ sich nicht beirren und entmutigen. Sein europäisch-politischer Wille war nicht gebrochen. Der Kanzler ging den mühsamen, von Hindernissen bedrohten Weg der langsamen Entwicklung. Schritt für Schritt, durch immer neue Flauten und Krisen. War die europäische Einheit durch Handstreich nicht zu gewinnen, so mußte man sich gleichsam auf eine lange Belagerung einrichten. Er hat es getan, ohne Verbitterung, ohne Ungeduld. Wir werden ihm auch darin zu folgen haben.

In der Rückschau kann kein Zweifel daran aufkommen, daß es nicht zuletzt die Aufrichtigkeit der europäischen Politik Adenauers war, was dem freien Deutschland wieder zu einem geachteten Platz in der Welt verholfen hat. Denn diese europäische Politik schloß die Bereitschaft ein, das deutsche Schicksal mit dem Schicksal aller europäischen Völker zu vereinigen, also eine unauflösbare Gemeinschaft zu bilden. Das bedeutet den Frieden in Europa, das Ende der europäischen Bürgerkriege – was waren unsere kontinentalen Kriege denn anderes? Es bedeutet ferner die Absage an jedes Hegemoniestreben und das uneingeschränkte Bekenntnis zur übernationalen Solidarität. Die Echtheit dieser Wandlung verkörperte Konrad Adenauer. Seine Person weckte Vertrauen; er garantierte, daß das ehemals gefürchtete Deutschland für alle Zukunft keine Gefahr für den Weltfrieden sein werde.

Gewiß ist Konrad Adenauers Bemühen, Deutschland wieder zum gleichberechtigten Mitglied der Völkergemeinschaft zu machen, also Selbstbestimmung und Souveränität zu erlangen, durch die weltpolitische Entwicklung, den sich verschärfenden Gegensatz der Weltmächte, den sogenannten Kalten Krieg erleichtert worden. Warum sollte man das nicht zugestehen? Es verkleinert Adenauers Größe nicht. Im Gegenteil: Zur Meisterschaft des Steuermannes gehört es, daß er günstige Winde zu nutzen versteht, um auf seinem Kurs weiterzukommen. Zumal es seine tiefste Überzeugung war, daß die Freiheit durch einen imperialistischen und expansionistischen Sowjetkommunismus tödlich bedroht sei, und daß sie nur mit den vereinten Kräften Europas und Amerikas verteidigt werden könne. Daß der deutsche Beitrag dazu gleichzeitig den Gewinn der Gleichberechtigung fördern, ja ermöglichen mußte, war für Adenauer nicht das bewegende Motiv der Wiederbewaffnung, aber er hat diesen Zusammenhang in sein Konzept eingebaut.

Es gehört zur Tragik der Größe Adenauers, daß seine Entscheidung für die Freiheit und damit für das Verteidigungsbündnis des Westens, also für die vielberufene „Politik der Stärke“, die Wiedervereinigung nicht bringen konnte. Zu behaupten, er habe sie gar nicht wirklich gewollt, hieße das Andenken des großen Toten schmähen. Er hat sie gewollt, mit aller Kraft seines starken Herzens. Aber er hat die Freiheit über die Einheit stellen müssen, zu unser aller Besten, und gerade zum Besten jener Deutschen, denen die Freiheit bis heute, und wer weiß, wie lange noch, vorenthalten wird. Denn daß es den freien deutschen Staat gibt, ist für sie das Zeichen der Hoffnung auf eine Zukunft, die sich zwar nicht mit Gewaltmitteln herbeizwingen läßt, aber in der Wirklichkeit und im dauernden Bestand der Bundesrepublik ihre große Chance – nein, ihre Garantie hat.

So mußte es für Konrad Adenauer der auf weite Sicht, neben den unablässigen diplomatischen Anstrengungen, wichtigste Beitrag zur Wiedervereinigung sein, aus der Bundesrepublik einen Staat zu machen, der stark und anziehungskräftig ist durch seine demokratische Bürgerfreiheit, durch die Leistung seiner freigewählten staatlichen Organe, durch die Fortschrittlichkeit seiner Sozialordnung, durch Sicherheit für alle und solidarische Fürsorge für die Schwachen, durch die Ergiebigkeit seiner Wirtschaft und die gerechte Verteilung ihres Ertrages. Gewiß, wir sind noch sehr weit entfernt von der erwünschten Vollkommenheit. Aber wir sind dem, was wir mit der Bundesrepublik im Sinn haben,

unter Konrad Adenauers und Ludwig Erhards Führung nähergekommen. Sie mußten nicht allein stehen, es gab und gibt gottlob in unseren Reihen viele, die mitgearbeitet haben und das Werk fortsetzen werden.

Man hat Adenauers innenpolitisches Wirken auf die Formel „restaurativ“ bringen wollen. Restaurativ? Restaurare heißt „wiederherstellen“ – „erneuern“. Wenn nichts anderes gemeint wäre, dann mag das Wort gelten. Denn Adenauer war in der Tat ein Wiederhersteller und Erneuerer. Er hat durch seine Politik die Fundamente wiederhergestellt, die wir zu unserer nationalen und persönlichen Existenz brauchen; das Vertrauen in Deutschland, die Gleichberechtigung und Souveränität, die Sicherheit gegen Angriffe von außen, die freiheitliche Grundordnung, die Herrschaft des Rechts und der Ethik in Staat und Gesellschaft, die gute Überlieferung, die bewährte Rangordnung der Werte, die für unser öffentliches Handeln bestimmend sein müssen – die Aufzählung würde zu lange dauern, wenn sie vollständig sein sollte.

Adenauer hat das Bewußtsein dafür geweckt, daß Verbrechen Verbrechen ist, auch wenn es von einer Regierung und im Namen einer Ideologie begangen wird, und daß wir Deutsche zwar keine Kollektivschuld, wohl aber unsere politische Verantwortung anzuerkennen haben. Aus dieser Haltung entstand das Werk der Wiedergutmachung. Konrad Adenauer hat dieses Werk immer als einen der zentralen Punkte seiner politischen Lebensleistung angesehen – und das bekundet, daß seine Politik sittlichem Antrieb folgte, und nicht der kalkulierten Popularität oder dem Drang zur Macht an sich.

Die Politik der Wiedergutmachung gegenüber Israel stand für Konrad Adenauer vor allem unter dem moralischen Postulat, die Verbrechen der Hitler-Herrschaft nicht nur zu sühnen, sondern ihre Schäden wieder gutzumachen, soweit Menschen es vermögen. Gegen vielfältige Bedenken setzte er durch, daß nicht nur die einzelnen Ansprüche der Verfolgten befriedigt wurden, sondern daß der Staat Israel – mochte er völkerrechtlich anspruchsberechtigt sein oder nicht – gleichsam stellvertretend für das jüdische Volk Wiedergutmachung von Deutschland erhielt. Zum ersten Mal in der Geschichte nahm damit ein Volk die Verantwortung für begangene Untaten auf sich. Die Bundesrepublik Deutschland konnte sich durch diese Politik Adenauers als Staat einer rechtlich gesinnten, gesitteten Nation in der Welt etablieren – auch hier stellvertretend für die Deutschen der Zone, deren herrschende Schicht Wiedergutmachung als unvereinbar mit den Prinzipien ihrer Politik abgelehnt hat.

Wenn restaurativ allerdings reaktionär heißen soll, dann würde dieses Urteil auf keinen deutschen Politiker der Nachkriegszeit weniger zutreffen als auf Adenauer. Adenauers politisches Denken war völlig unkonventionell. Zwar hielt er das gute Alte fest, doch hatte er ein sicheres Gefühl für das gute Neue.

Durch diese doppelte Blickrichtung konnte er Vergangenheit und Zukunft verbinden. Er wollte das Bewährte bewahren, aber er war für das werdende, Kommende nicht bloß passiv aufgeschlossen, sondern aktiv dazu entschlossen, sobald er sich von dessen Notwendigkeit und Nützlichkeit überzeugt hatte.

Man darf es sagen: Dadurch, daß er Deutschland nach der totalen Niederlage regiert hat, vielleicht schon allein durch seine bloße Existenz an der Spitze der werdenden Demokratie, sind wir vor dem völligen Bruch mit unserer Geschichte bewahrt worden. Hätte sich in Adenauer die Kontinuität unserer natio-

nalen Existenz nicht an so hoher Stelle lebendig gezeigt, dann wären wir durch den tiefen Einschnitt des Nationalsozialismus wohl endgültig von einer Vergangenheit getrennt worden, der wir uns nicht zu schämen brauchen. Die moralische, nicht allein die politische Katastrophe des „Dritten Reiches“ hätte eine *unüberbrückbare Kluft zwischen uns und dieser deutschen Vergangenheit* aufgerissen. Ein Volk ganz ohne positiv betontes Geschichtsbewußtsein kann aber zu keinem Staatsbewußtsein kommen. Der deutschen Demokratie würde die psychische Fundamentierung, die immer noch viel zu schwach ist, ohne Adenauer sogar im Ansatz fehlen.

Daß Adenauer in der Politik eine neue Ära eröffnete, ohne daß es ihm je in den Sinn gekommen wäre, Überlebtes zu konservieren – das wird nicht zuletzt dadurch bezeugt, daß er sich nicht für eine Wiedergründung seiner alten Partei, des Zentrums, sondern für eine neue Partei, unsere Christlich Demokratische Union, entschied. Das war ein weittragender Entschluß – kühner, als er uns heute erscheinen mag. Denn die Gründung der CDU, die wichtigste innenpolitische Entscheidung der Nachkriegszeit, war ein Wagnis. Niemand konnte wissen, ob die politische Zusammenarbeit von Christen beider Bekenntnisse auf breiter personeller Grundlage und im Geiste brüderlicher Gleichberechtigung, also nicht einer eifersüchtig errechneten konfessionellen Parität, überhaupt gelingen würde. Daß Konrad Adenauer für sich dieses Wagnis einging, hat den Sieg des neuen Konzepts gesichert. Und die Erfolge seiner Politik als Bundeskanzler haben auch die Erfolge seiner Partei gesteigert, bis zur absoluten Mehrheit im Bundestag.

Es wäre grundfalsch, das Verhältnis Konrad Adenauers zur CDU nur als eine Art Zweckbündnis zu betrachten. Hier der Staatsmann, der in der parlamentarischen Demokratie eine Partei als Werkzeug braucht, um zur Macht zu gelangen und sie zu halten – dort die Partei, die einen populären Staatsmann als Wahllokomotive benutzt und sozusagen den Mandatsgewinn aus seiner politischen Leistung zieht. Daß es sich jemals so verhalten habe, ist eine Legende. In Wahrheit war Konrad Adenauer der Christlich Demokratischen Union nicht aus bloßem Utilitarismus, sondern innerlich eng verbunden. Sie hat ihm nicht allein ihre Wahlsiege, sie hat ihm viel mehr, nämlich ihre dauernde Prägung, ihr Profil, ihre geistige Kernsubstanz zu verdanken.

Konrad Adenauer besaß die seltene Gabe genialer Vereinfachung – und das ist das Gegenteil von primitivem Denken und Werten. Er wußte, daß die Lebenskraft und der Schwung einer Partei nicht von ideologisch-systematischen Programmen kommen, sondern von einer vorwärtstreibenden Idee, die jedermann verständlich gemacht werden kann. Die Notwendigkeit von Programmen, die sich auf die konkreten Aktionen der Partei beziehen, ist damit selbstverständlich keineswegs in Frage gestellt. Aber diese Programme sind zeitbedingt und dem Wandel unterworfen. Dauer hat nur der Grundgedanke, der zugleich den Motor des Fortschritts und der organisatorischen Arbeit bildet. Wenige Worte, bei denen Adenauer immer geblieben ist, genügen, um ihn zu umreißen: Christlich, demokratisch, sozial, deutsch, europäisch, freiheitlich und solidarisch mit der Freiheit überall auf der Welt. Man mag zu diesen Worten noch das eine oder andere hinzufügen, man kann und man soll ihre Bedeutung ausfalten und erläutern – aber sie bilden, so wie sie sind, den unveränderlichen Kern. Jedes enthält einen Entwurf, der sich niemals ganz erfüllen und vollenden läßt – aber,

weil er dennoch göltig bleibt, gerade deshalb zu immer neuen Anstrengungen herausfordert.

Diese motivierende Idee der Christlich Demokratischen Union bildet das einigende Band der verschiedenen Gruppen und Tendenzen, die eine Volkspartei beherbergen und miteinander vereinigen muß – denn gerade das ist ihre politische Aufgabe. Konrad Adenauer hat diese Funktion der Volkspartei immer hervorgehoben; für ihn war die partei-interne Vorklärung der Interessen, war deren Koordinierung im Zeichen des Gemeinwohls eine der wichtigsten Aufgaben der Union.

Er hat, in nüchterner Erkenntnis ihrer Innenstruktur, stets die Wichtigkeit jenes geistigen Bandes betont, das die höhere Einheit der Partei allein sichern kann. Seine Härte in so manchen Wahlkämpfen kam nicht nur von der Notwendigkeit, in konkreten Entscheidungsfragen der aktuellen Politik klare Verhältnisse zu schaffen. Sie stammte auch aus der Sorge, daß sich die geistigen Umrisse der CDU verwischen könnten, vor allem im Hinblick auf die Wandlungen in der SPD und deren Entwicklung zu einer zweiten großen Volkspartei. Darum wollte er das Bewußtsein von der gemeinsamen und einigenden Idee stärken. Er wollte nicht, daß die Partei in den praktischen Aufgaben des Tages ganz aufgehe. Sie sollte sich vielmehr immer wieder auf die leitenden Gedanken und tragenden Ideen zurückbesinnen, zu deren Verwirklichung sie ins Leben gerufen worden war, und die ihr Vitalität und Zuversicht gegeben hatten.

Die Treue zu sich selbst: Das dürfen wir als erstes Vermächtnis Konrad Adenauers an die Union betrachten. Indes, die großen und einfachen Grund-Ideen bewahren, ohne die, täuschen wir uns nicht, die Partei den Zusammenhalt verlieren würde – das ist nur der eine Teil der gestellten Aufgabe. Der andere besteht darin, diese Grund-Ideen in der stetigen Begegnung mit der Wirklichkeit weiterzuentwickeln. Adenauers Denken war der Zukunft zugewendet. Dieser Mann, dem seine Gegner fälschlich „Starrheit“ vorwarfen, war in Wahrheit immer bereit, neue Realitäten elastisch anzuerkennen und sich ihnen anzupassen – aber nicht, um vor ihnen zu kapitulieren, sondern um sie in den Griff zu bekommen und sie zu verändern. Er hat seiner Zeit vorausgedacht in revolutionären Entwürfen wie die europäische Einigung oder die Überwindung des Klassenkampfes durch die Beteiligung aller am Wohlstand. Konrad Adenauer war eine dynamische Persönlichkeit, er war ein vorwärtsdrängender Erneuerer. Niemals hat er sich an überholte und unhaltbar gewordene Positionen festgeklammert, auch wenn er sich selbst korrigieren mußte. Davor hatte er keinerlei Scheu. Die für den Politiker so verhängnisvolle Lust an dem Prestige, immer recht gehabt zu haben, kannte er nicht. Dieses sein Beispiel soll für uns Vermächtnis sein: Die Union darf nicht stehenbleiben.

Sie darf nicht gelstig und damit politisch verkalken, nicht in Selbstzufriedenheit versinken, nicht rückwärts schauen. Sie muß vorwärts blicken, die Aufgaben der kommenden Zeit erkennen und ihr Handeln danach orientieren. Das neue Aktionsprogramm, das die Partei vorbereitet, rechnet zu der Erfüllung dieses Zukunftsvermächtnisses. Das vorgesehene Programm bedeutet nicht, daß die Union am Ende doch noch eine ideologische Partei werden wollte, die sie nie gewesen ist; es bedeutet vielmehr, daß sie im Sinn des großen Toten ihre leitenden Ideen in das bestmögliche Verhältnis zur Wirklichkeit bringt – also

danach fragt, wieviel sie davon unter den gegebenen Umständen verwirklichen kann, und auf welche Weise diese Aufgabe zu erfüllen ist.

Nur mit solchem Realismus ist die große Aufgabe zu lösen, die Adenauer mit so glücklichem Gelingen begonnen, aber uns unvollendet als Vermächtnis hinterlassen hat: aus dem freien Deutschland den modernsten Staat Europas zu machen. Modern: nämlich unbelastet von veralteten Ideologien, unbefangen nach den Notwendigkeiten und Möglichkeiten unserer Zeit entworfen, neu von Anfang an und doch auf ewigen Fundamenten. Ein Staat, der Zeugnis gibt von der Kraft der Freiheit, und damit die Unterlegenheit aller Zwangssysteme erweist. Ein Staat, der als seinen höchsten Zweck den Dienst an der Humanität erkennt, der Vertrauen in den Menschen, seine Vernunft und seinen guten Willen hat. Ein Staat, der soziale Sicherheit und wirtschaftliche Freiheit miteinander vereinigt und die großen Gemeinschaftsaufgaben in Angriff nimmt und vollendet, die von der neuzeitlichen Zivilisation, von der technisch-industriellen Welt gestellt werden. Ein freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat als Werk einer Politik aus christlicher Verantwortung. Die letzten Lebensjahre Konrad Adenauers – das sollte niemand beschönigen wollen – waren verdüstert durch die Sorge um Europa, die Sicherheit der Bundesrepublik, den Frieden. Er mußte erleben, wie die Einigung Europas ins Stocken kam und die politische Union in weite Ferne zu rücken schien; wie die Nato, unter deren Schutz der deutsche Wiederaufbau sich vollzogen hatte, in eine schwere Existenzkrise geriet, und die strategische Konzeption, auf der unsere Verteidigung beruht hatte, ins Wanken geriet und schließlich umgestürzt wurde. Es blieb ihm nicht erspart, im Fernen Osten dem Wachsen einer Kriegsgefahr zusehen zu müssen, die in der Rückwirkung das Bündnis mit Amerika lockern und Europas Verteidigungsposition schwächen würde.

Er mußte beobachten, wie eine neue Konstellation der Weltmächte sich bildete, die – das befürchtete er – Europa im Grund nur noch als Objekt in Betracht zieht und es endgültig ins zweite Glied verweisen will. Aber Adenauers Sorge war keine hoffnungslose Sorge. Dieser Meister eines so geduldigen wie entschlossenen Handelns hatte keine Neigung zur Resignation. Er glaubte an die Kraft des menschlichen Willens und der menschlichen Vernunft. Sonst hätte er seine letzte Lebenszeit nicht genutzt, um, vor allem in seiner großen Rede in Madrid, seiner letzten Rede, noch einmal seine warnende und mahnende Stimme zu erheben. Er hat es in der Zuversicht getan, daß er gehört würde, und daß es noch nicht zu spät sei. „Schafft Europa“, hat er uns mit all seiner unvergleichlichen Autorität aufgetragen. Nehmt die zweitbeste, die drittbeste Lösung an, aber überwindet den Stillstand, überlaßt euch nicht einer verzagten Untätigkeit, sonst verfehlt ihr die letzte Chance eines selbständigen, freien, weltmächtigen Europa.

Diese beschwörende Stimme, meine Freunde, sollte uns immer in den Ohren klingen. Die Union ist eine christliche, freiheitliche, soziale, fortschrittliche, sie ist eine deutsche Partei – aber sie ist das alles im Hinblick auf das Ganze, auf Europa. Darum muß sie Konrad Adenauers europäisches Vermächtnis ernstnehmen; sie muß die Bundesregierung in ihrer Europa-Politik unterstützen mit allen Mitteln der politischen Willensbildung, die eine Partei im demokratischen Staat zur Verfügung hat. Sie opfert dabei kein nationales Interesse – im Gegen-

teil. In der letzten Zeit ist immer klarer hervorgetreten, was Adenauer oft genug vorausgesagt hat, ohne daß er damals schon hinreichend verstanden wurde; daß nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands nur durch eine Wiedervereinigung Europas möglich werden wird. Das Schicksal Europas wird Deutschlands Schicksal sein – und Deutschlands Schicksal das Schicksal Europas. Es gehört zum Wesen der Persönlichkeit Konrad Adenauers, daß ein Nachruf auf ihn kein Epilog sein kann, sondern zu einem Prolog werden muß: nicht allein Rückschau auf Gewesenes, sondern Appell an das Handeln in die Zukunft. Die schöpferische Macht dieses großen Mannes, der unser war, wirkt über das Grab hinaus, und jedes Wort des Gedenkens an ihn muß zugleich ein Wort der Verpflichtung sein, an dem Werk, das er begonnen hat, auf seinen Fundamenten weiterzubauen. Er hat nicht nur einer Ära, die mit seinem Tod abgeschlossen wäre, seinen Geist und seinen Namen gegeben, er hat vielmehr durch seine staatsmännische Leistung eine neue Ära eröffnet, voll von Aufgaben für unsere Christlich Demokratische Union und für jeden einzelnen von uns. Wir nehmen das Erbe Konrad Adenauers an; wir wollen seinem Vermächtnis folgen. Was der große Tote geschaffen hat, liegt nun in unseren Händen. Gott gebe uns die Kraft, sein Erbe zu erhalten und zu mehren.

Montag, 22. Mai 1967

1. PLENARSITZUNG

Eröffnung durch den Vorsitzenden

Wahl des Parteitagspräsidiums

Grußworte

des Präsidenten des Parteitagstages

des präsidierenden Vorsitzenden der CDU Niedersachsen

des Oberbürgermeisters der Stadt Braunschweig

des Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß

Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Präsidialmitglieds,

Bundesminister Dr. Bruno Heck

Bundenvorsitzender Professor Dr. Erhard:

(mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit den 15. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und begrüße Sie alle, meine Parteifreunde, und unsere verehrten Gäste. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Auf Vorschlag des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses schlage ich Ihnen als Mitglieder des Präsidiums dieses Parteitagstages folgende Damen und Herren vor:

Als Präsidenten den Stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen

Langeheine,

als Mitglieder des Präsidiums

Frau Dr. Becker-Döring,

Herrn Dufhues,

Frau Fera,

Herrn Ministerpräsidenten Dr. Filbinger,

Herrn Dr. Gradl,

Herrn Lauenstein,

Herrn Russe,

Herrn Bundesminister Schmücker,

Herrn Friedrich Vogel (Warendorf).

Ich darf Sie um Ihr Handzeichen bitten, ob Sie diesem Vorschlag zustimmen. —

Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie den Mitgliedern des Präsidiums ausgesprochen haben.

Gibt es Gegenstimmen, muß ich der Ordnung halber noch fragen? – Das ist, soweit ich sehe, nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich am 23. März vergangenen Jahres von unserem Parteitag zum Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union gewählt wurde, lagen die erfolgreichen Wahlen des Jahres 1965 hinter uns.

Wenn meine über mehrere Jahre wiederholten Mahnungen an die Bürger, an Bund, Länder und Gemeinden, ihre Wünsche und Vorstellungen den realen Möglichkeiten unserer Volkswirtschaft, d. h. ihrer Leistungskraft, anzupassen, Gehör gefunden hätten, wären die Widrigkeiten des Jahres 1966 bei Fortführung einer konsequenten und stetigen Politik zu bewältigen gewesen. Wer meine Ausführungen auf dem letzten Bundesparteitag noch einmal nachliest, wird darin bestätigt finden, daß die Diagnose der damaligen politischen und wirtschaftlichen Lage richtig war, und daß auch die Therapie logisch und vernünftig gewesen ist.

An diesem Tage und an diesem Ort möchte ich jedoch darauf verzichten, den nachfolgenden Ablauf der Ereignisse einer historischen Betrachtung zu unterziehen.

Noch nie in der Geschichte der CDU seit ihrem Parteitag in Goslar standen die wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Probleme so stark im Vordergrund, wie das für unsere Begegnung hier in Braunschweig gilt. Am wenigsten stand die „Soziale Marktwirtschaft“ zur Debatte, zu der sich die CDU geschlossen bekannte und in der sie ein Gütezeichen für die von ihr geprägte neue deutsche Wirtschaftspolitik erkannte. Unsere Parteitage waren dann auch stets ein Ausdruck der Kraft und des Willens, über alle Schwierigkeiten und immer neue Sorgen hinweg in Wahrung der persönlichen Meinungsfreiheit die uns gestellten Aufgaben und auch die immer neuen Probleme mutvoll und entschlossen anzupacken.

Sowohl mein Amtsvorgänger, dessen wir heute morgen noch einmal ehrend gedachten, wie auch ich waren uns dessen bewußt, daß sich aus dem weltpolitischen Geschehen naturgemäß auch Konsequenzen in bezug auf die Entwicklung einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung ergeben müssen, die uns alle, d. h. gemeinsam, und jeden einzelnen nach unserem Standort und auch nach den uns bedrohenden Gefahren fragen lassen.

Ich schloß eine Rundfunkansprache vom März 1962: „So glaube ich, daß es die entscheidende Stunde ist, jeden einzelnen meiner Mitbürger anzusprechen, ihn wachzurütteln, um ihm deutlich zu machen, daß ihn keine Mitgliedschaft weder in einer Partei noch in einer Organisation oder was auch immer von seiner persönlichen Verantwortung und vor seinem Gewissen freisprechen kann.“

Ich möchte heute dazu sagen, daß diese Aussage unabhängig von politischen Konstellationen allgemein und absolut gilt. Aus der Aktualität der Stunde heraus bin ich Realpolitiker genug, um einzusehen, daß gerade in spannungsreichen Zeiten eine Regierung mit fragwürdigen politischen Zufallsmehrheiten ihre Aufgabe nicht erfüllen kann, aber weil meine grundsätzliche Einstellung

zum System einer Großen Koalition bekannt ist, sah ich es als meine Pflicht an, mit dem Rücktritt aus dem Amt des Bundeskanzlers auch den Vorsitz in der CDU niederzulegen. Daß das keine Abwendung von den nun seit fast zwanzig Jahren entwickelten Grundsätzen der CDU bedeutet, brauche ich kaum zu versichern, und immer werde ich mich darum auch weiterhin für die Geschicke und das Schicksal dieser unserer Partei verantwortlich fühlen.

(Starker Beifall)

Ich stehe zu lange in der Politik, um mich in bezug auf Freiheit und Bindung in allen Lebensbereichen – und dazu gehört auch das Leben in der Partei – weltfremden Illusionen hinzugeben.

Aber darüber sollte auch nicht vergessen werden, daß das Grundgesetz jeden Abgeordneten nur seinem eigenen Gewissen verpflichtet sein läßt. Weil aber Gewissen nicht in materiellen Kategorien ausdrückbar ist, ist es unsere gewiß nicht immer leichte Aufgabe, dafür einzustehen, daß in unserer breit geschichteten Partei gerade dieser Grundsatz nicht in Vergessenheit gerät. Wie anders sollte sonst die Bezugnahme auf die christliche Verantwortung glaubhaft bleiben.

Gewissensfreiheit und Interessenbindung können, aber müssen sich nicht immer decken, denn es handelt sich hier um Maßstäbe, die nicht auf gleicher sittlicher Ebene liegen. Unserer Christlich Demokratischen Union wünsche ich im besonderen, daß sie um des wohl verständlichen Verlangens nach äußerlich einheitlicher Aussage doch niemals das menschliche Gewissen einschläfern oder erschlaffen läßt.

Um der Bewahrung unserer jungen Demokratie willen wehre ich mich für die CDU, der ich seit 1948 bis auf diesen Tag mit letzter Hingabe und meiner ganzen Kraft zu dienen und zu nutzen suchte, ganz entschieden gegen eine etwaige Unterstellung, daß jede skeptische oder auch kritische Äußerung schlechthin einer Kampfansage gegenüber Partei- oder Regierungsführung gleichkäme. Eine solche Auffassung könnte nur geeignet sein, den demokratischen Willen des Bürgers, sich auf politisch-parlamentarischer Ebene für Land und Volk einzusetzen, schon im Keime zu ersticken. So gesehen, sollten wir auch auf die lebendige Diskussion innerhalb der Partei und zwischen den Parteien nicht verzichten, sondern sie sogar zu pflegen suchen, ohne damit deren Eigenständigkeit antasten zu wollen. Nicht zuletzt auch gehört der Gegensatz zur Prägung des politischen Willens des Volkes.

Es ist unverkennbar, daß zwischen einigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen, wie sie mir als Richtschnur vorschwebten und wie ich sie auf unserem Parteitag 1965 in dem Begriff der „Formierten Gesellschaft“ zu formulieren und auszudeuten versucht habe, gewisse Parallelen oder sogar gewisse gemeinsame Ansatzpunkte zu dem bestehen, was heute mit „konzertierter Aktion“ bezeichnet werden will. Dabei sind Namen und Begriffe nicht entscheidend, sondern nur der Wert ihrer Aussage. So läßt sich z. B. auch das Bild der „Great Society“ des amerikanischen Präsidenten in diese soziologische Betrachtung einfügen. Wie so oft in der Geschichte der Völker treten unvorhergesehene Probleme zutage, die keinen Urheber, keinen Erfinder kennen, aber gleichwohl zu einer Lösung drängen. Ich selbst erkenne für die Zukunft

eine meiner Aufgaben darin, diesem Phänomen mehr Aufmerksamkeit und Arbeit zuzuwenden.

Die „Formierte Gesellschaft“ war als Bewußtseinsinhalt gedacht, in der die Menschen aller Gruppen und Schichten einzusehen und anzuerkennen bereit sind, daß ein Ausgleich der mannigfachen Interessen hin zu einem fruchtbaren Miteinander nicht aus einem haßerfüllten Gegeneinander erstehen kann, sondern eben jenes lebendigen Bewußtseins des schicksalhaften Aufeinanderangewiesenseins bedürfe. Auf diese Notwendigkeit hin ausgerichtet, müsse sich eine reifere Gesellschaft zu formen, zu formieren versuchen.

Demgegenüber ist, wie ich glaube, die „konzertierte Aktion“ wohl mehr oder gar ausschließlich als ein permanentes „Handeln“ zu verstehen, in der nicht so sehr „Sein“ und „Bewußtsein“, sondern das „Tun“ im Vordergrund steht. Ähnliches gilt für den Begriff der „sozialen Symmetrie“. Auch sie muß bewußt erfaßt, mehr soziale Gerechtigkeit sein, als „gemacht“ werden wollen.

In gewisser Weise kommt hier der Unterschied zwischen Prozeß und Aktion zum Ausdruck. Die Auffassung über Möglichkeiten und Grenzen des Machbaren und Rechenhaften greifen von der Wirtschaftspolitik in eine politische Schau, ja selbst in religiöse Überzeugungen über.

Die CDU möge erkennen, daß sie dieses geistige Feld beackern muß, wenn sie nicht Gefahr laufen soll, sich in einer nur pragmatischen Tagespolitik zu erschöpfen und damit an Anziehungskraft zu verlieren. Trotz der bewußten Herausstellung dieser zeitnahen Auseinandersetzung bin ich mir natürlich voll bewußt, daß in dem Bereich der Innenpolitik noch eine Fülle von Problemen und aktuellen Aufgaben übrigbleiben, die aus geistiger Sicht, aber auch aus praktisch-politischer Notwendigkeit heraus keine längere Verzögerung erlauben. Dies gilt für alle konjunktur-, struktur- und finanzpolitischen Fragen, hinsichtlich deren Ordnung bzw. auch Neugestaltung ich nur wünschen möchte, daß die CDU den bewährten Kurs der Stabilität nach innen und außen nicht verlassen wird.

So viel ich selbst zu diesem Thema zu sagen hätte, übe ich gleichwohl Bescheidung in der Respektierung der Verantwortung des Bundeskanzlers, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Daß im deutschen Volke der Wunsch lebendig ist, möglichst bald vollkommene Klarheit über den auf diesem Felde eingeschlagenen oder noch einzuschlagenden Weg zu gewinnen, wissen wir alle, die wir in ständiger Begegnung mit den Menschen draußen im Lande deren Wünsche und Sorgen gleichermaßen kennen.

Auch die soziale Frage mag angesichts der materiellen Gegebenheiten vielfach in einem neuen Lichte erscheinen. Aber bedenken wir dabei, daß es hier nicht allein um die Quantität, sondern um die Qualität einer denkbaren bzw. notwendigen Reform geht.

Natürlich kann es nicht meine Aufgabe sein, in diesem Zusammenhang alle innenpolitischen Fragen zu erörtern. Aber sicherlich hat sich die Christlich Demokratische Union auch mit dem Blick nach rückwärts ob ihrer Leistungen in der Vergangenheit nicht zu entschuldigen oder ihre Verdienste schmälern zu lassen. Es ist niemand in unserem Lande, der nicht erfahren oder erlebt hätte, mit welch hartem Schicksal wir fertig werden mußten. Aber ich verstehe

auch alle jene, die meinen, daß es heute gilt, den Blick nach vorne zu richten. Gerade dies hat die CDU in dieser schweren Zeit auch immer getan; denn nur aus solcher Gläubigkeit auf eine erreichbare glücklichere Zukunft konnte sie die innere Stärke finden, nicht zu verzagen. Vergangenheit und Zukunft sind auch nicht so zu verstehen, als ob sie durch eine scharfe Zäsur jeweils für sich allein betrachtet werden könnten, so wenig das Leben eines Volkes zeitlich und sachlich jeweils in einer Isolierung seiner Umweltbedingungen erfaßbar wäre. Keine Generation fällt sozusagen vom Himmel, sondern jede Generation wurzelt in der Geschichte, und morgen wird das, was heute als modern erscheint, wieder anderen zeitbedingten Maßstäben weichen müssen. Hüten wir uns also gleichermaßen vor satter Genugtuung wie vor einer nur zukunftsbezogenen falschen Überlegenheit. Lassen Sie mich dem hinzufügen, daß die innere sittliche Struktur der Christlich Demokratischen Union nicht in technokratischen Vorstellungen dieser Art die Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten erblicken darf. Das gerade macht ja ihr inneres Wesen aus.

Die Nachkriegsgeschichte zeugt ebenso für das Werk der CDU zur Neugestaltung unseres sozialen und gesellschaftlichen Lebens als auch für das, was aus fortschrittlichem und freiheitlichem Denken Tat geworden ist. Wir, die Christlich Demokratische Union, wollen nicht nur das Erreichte bewahren, sondern Neues hinzugewinnen. In dieser Haltung und Gesinnung bin und bleibe ich meiner Partei verbunden.

(Beifall)

Wie wenig das gesellschaftliche und politische Leben eine Atomisierung oder eine Zerspaltung in Innen- und Außenpolitik verträgt, geht z. B. daraus hervor, daß die Verteidigungspolitik als ein die ganze Welt bewegendes Thema sowohl innenpolitische Aspekte hat, ohne deswegen aber, außenpolitisch gesehen, weniger bedeutsam zu sein.

Verkennen wir nicht, daß diese Frage heute alle auf das lebhafteste beschäftigt und daß es nicht gerade leichtfällt, die vollzogenen und sich weiter vollziehenden Wandlungen im Vergleich zu bisherigen Vorstellungen und strategischen Plänen glaubhaft zu machen. Gleich ob die Völker oder die Menschen auf friedliche Lösungen der weltpolitischen Spannungen vertrauen oder darüber hinaus dem Glauben an einen gesicherten Frieden huldigen, werden sie so oder so kaum geneigt sein, die derzeitige weltpolitische Situation als mit ihren politischen Auffassungen in Einklang befindlich zu betrachten.

Diese Frage aber bleibt nicht auf den Gegenstand der reinen Verteidigung, der Strategie, beschränkt, sondern greift über auf nicht minder bedeutsame Probleme der internationalen Handels- und Währungspolitik. Mit großer Befriedigung verzeichnen wir die erzielten Fortschritte im Rahmen der Kennedy-Runde, die immerhin zu der Fragestellung berechtigen, ob nicht das weiter gesteckte Ziel einer atlantischen Verständigung, wenn auch in loserer Form institutioneller Bindungen, greifbarer erscheint als der Gedanke einer politischen Einigung oder gar einer politischen Einheit Europas. Wird es nach einem schon einmal mißglückten Versuch angesichts der zumindest zurückhaltenden französischen Verlautbarungen nun doch endlich gelingen, mit dem Beitritt Großbritanniens zur EWG den Weg für eine umfassendere politische europäische Lösung freizumachen?

Und was würde die Folge sein, wenn ein erneutes Scheitern auch den Zusammenhalt in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stören und auch hier zu einem Rückschlag führen würde? Seien wir uns darüber klar, daß diese Entwicklung zuletzt auch unsere Ostpolitik, d. h. unsere Beziehungen zu den osteuropäischen Völkern, berührt, mit denen wir ein die Vergangenheit überwindendes gedeihliches Verhältnis herbeizuführen gewillt sind. Ich meine, wir sollten auch dabei pfleglich vorgehen.

Die Wirren dieser Welt, wie sie in Südostasien explosiven Ausdruck gefunden haben oder wie sie den arabischen Raum zu erschüttern drohen, stellen zwar die Bundesrepublik nicht in die erste Reihe. Aber es wäre ebenso trügerisch zu glauben, daß uns als ein Volk, das wieder wirtschaftlichen und politischen Rang erlangt hat, solche Erschütterungen nichts angingen oder nichts anhaben könnten.

Wenn ich die Niederlegung meines Amtes als Vorsitzender der CDU am Ende dieser Rede mit einem nicht unbesorgten Ausblick in die Zukunft der freien Welt beschließe, so möchte ich damit doch keinem Pessimismus Raum geben, sondern nicht zuletzt der CDU die Verantwortung vor Augen halten, die wir als die stärkste Partei für Volk und Staat zu tragen haben. Vor allem aber habe ich in dieser Stunde, in der ich mein Amt und meine Aufgabe in andere Hände übergebe und dabei meinem Nachfolger Kurt Georg Kiesinger mein volles Vertrauen und meinen menschlichen Respekt zum Ausdruck bringe, das Bedürfnis, mich an unsere Jugend zu wenden, die nach uns berufen ist, deutsches Schicksal glückhaft zu gestalten.

Haben wir nicht allen Grund zum Optimismus, wenn wir daran denken, welche ungeheuren Chancen und welche gewaltigen Aufgaben dieser unserer Jugend in einer großen freien Welt eingeräumt sind. Möge sie von einer geistigen Haltung erfüllt sein, die nicht noch einmal in egoistischer Engstirnigkeit das Heil sucht, sondern nach dem Gesetz, nach dem die CDU angetreten ist, in einer Friedensordnung und in Freiheit die Welt als Ganzheit verstandene Einheit erkennt. Auch sie wird den Himmel nicht erstürmen können; aber sie wird ihr Glück in der Erfüllung ihrer Pflicht finden.

(Langanhaltender, lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf nunmehr bitten, daß das Präsidium des Parteitag die Leitung dieser Tagung übernimmt. – Ich danke Ihnen.

Präsident Langehele:

Verehrter Herr Bundeskanzler Professor Dr. Erhard! Meine erste Amtshandlung soll darin bestehen, Ihnen noch einmal zu sagen, daß Sie aus diesem großen, starken, ungewöhnlichen Beifall entnehmen wollen, welchen Dank Ihnen der Parteitag und die CDU für Ihr tiefes Verantwortungsbewußtsein entgegenbringen, mit dem Sie heute vormittag zu uns gesprochen haben. Dank aber auch für Ihre säkularen Verdienste, die Sie sich in der deutschen Nachkriegszeit als Wirtschaftsminister, als Bundeskanzler und als Bundesvorsitzender der CDU um das deutsche Volk erworben haben, Verdienste, die in ihrem vollen Ausmaße wahrscheinlich überhaupt erst von der Geschichte richtig gewürdigt werden können.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, zunächst habe ich noch eine Regularie nachzuholen. Sie haben vorhin die Mitglieder des Präsidiums gewählt, darunter auch Frau Fera und Herrn Bundesminister Schmücker. Frau Fera hat darum gebeten, an ihre Stelle Frau Brauksiepe zu wählen. Herr Bundesminister Schmücker hat darum gebeten, an seiner Stelle Herrn Gewandt zu wählen. Darf ich davon ausgehen, daß Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind? — Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle also fest, daß nunmehr das Präsidium besteht aus Frau Becker-Döring, Herrn Dufhues, Frau Brauksiepe, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Filbinger, Herrn Dr. Gradl, Herrn Lauenstein, Herrn Russe, Herrn Gewandt und Herrn Vogel. Ich bitte die Mitglieder des Präsidiums, ihre Plätze einzunehmen.

Zunächst darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, den Dank des Präsidiums für diese Wahl zum Ausdruck bringen. Ich darf Ihnen sagen, daß wir uns bemühen werden, unser Amt objektiv auszuüben und für einen reibungslosen Ablauf des Parteitages zu sorgen.

Ich darf nun eine ganze Reihe von Persönlichkeiten auf unserem Parteitag begrüßen. Mit ganz besonderer Freude begrüßen wir in unserer Mitte unseren Bundeskanzler, Herrn Dr. Kiesinger.

(Lebhafter Beifall)

Herr Bundeskanzler, wir bieten Ihnen hiermit unser ganzes Vertrauen und unsere Mitarbeit zu jeder Zeit an.

Sehr herzlich begrüße ich den Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden unserer Partei, den Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion, Herrn Dr. Rainer Barzel,

(Beifall)

unsere beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden, die Bundesminister von Hassel und Lücke,

(Beifall)

das Geschäftsführende Präsidialmitglied, Herrn Bundesminister Dr. Heck,

(Beifall)

die Mitglieder des Parteipräsidiums, Herrn Amrehn, Herrn Blank, Frau Brauksiepe, Herrn Dufhues, Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier und Herrn Bundesminister Dr. Schröder.

(Beifall)

Mit großer Herzlichkeit begrüße ich die anwesenden Länderchefs der CDU, die Herren Ministerpräsidenten Dr. Altmeier, Dr. Filbinger, Dr. Lemke und Dr. Röder.

(Beifall)

Unser Gruß gilt auch den Mitgliedern im Bundeskabinett, Bundesminister Katzer, Schmücker und Stoltenberg.

(Beifall)

Wir haben die Freude, mehrere Landtagspräsidenten und zahlreiche Landesminister in unserer Mitte zu sehen, darüber hinaus eine Reihe von Freunden aus den Fraktionen des Bundestages und der Landesparlamente und aus den kommunalen Gremien.

Mit besonderer Freude darf ich den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, der Christlich Sozialen Union, Herrn Bundesminister Dr. Franz Josef Strauß, begrüßen; er ist in Begleitung mehrerer Vorstandsmitglieder zu uns gekommen.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Verehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Dieser 15. Bundesparteitag, der als ein ausgesprochener Arbeitstag geplant ist, hat diesmal bewußt darauf verzichtet, wie üblich Gäste aus uns befreundeten Parteien in Europa und darüber hinaus einzuladen. Wir haben aber einen Gast unter uns, den wir seit vielen Jahren regelmäßig auf unseren Parteitagen begrüßen können. Wir freuen uns ganz besonders, hier als Repräsentantin der Konservativen Partei Großbritanniens, Baroness Evelyn Emmet of Amberly, begrüßen zu dürfen.

(Lebhafter Beifall)

Als Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion begrüße ich unseren Freund Dr. Fritz Hellwig,

(Beifall)

für den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften unseren Parteifreund, Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Walter Strauß.

(Beifall)

Ich begrüße den Vertreter der Evangelischen Kirche, Herrn Oberkirchenrat Quast,

(Beifall)

den Vertreter des katholischen Bischofs von Hildesheim, Monsignore Dr. Marxen.

(Beifall)

Ich begrüße die Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes, an ihrer Spitze den stellvertretenden Vorsitzenden Bernhard Tacke,

(Beifall)

den Vorsitzenden der Christlichen Gewerkschaft, Herrn Paul Seiler,

(Beifall)

den Bundesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Alfred Krause,

(Beifall)

die Vertreter des Bundeswehrverbandes und der Polizei,

(Beifall)

den Verbandsvorsitzenden der Katholischen Arbeiterbewegung Deutschlands, Herrn Bernhard Winkelheide,

(Beifall)

die Vertreter des Deutschen Arbeitgeberverbandes, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

(Beifall)

Sehr herzlich begrüße ich auch den Vorsitzenden der DAG, Herrn Spaeten.

(Beifall)

Ich begrüße ferner sehr herzlich den Vertreter des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen, Herrn Staatssekretär a. D. Gossing,

(Beifall)

die Vertreter des Bundesverbandes der Heimkehrer sowie des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der Bundeswehr, an ihrer Spitze Herrn General Wilke.

(Beifall)

Ich erfahre soeben mit großer Freude, daß auch der Vertreter des Zentralrates der Juden Deutschlands, Herr Dr. van Dam, hier ist. Auch ihm gilt unser herzlicher Gruß.

(Lebhafter Beifall)

Schließlich, aber genauso herzlich, begrüße ich alle Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen aus ganz Deutschland und dem Ausland,

(Beifall)

ferner auch die erschienenen Intendanten von Rundfunk und Fernsehen.

(Beifall)

Ich freue mich, den Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Herrn Ließ, und Herrn Oberstadtdirektor Weber von der gastgebenden Stadt Braunschweig begrüßen zu können, die uns in diesen Tagen mit ihrer Gastfreundschaft zugleich auch die Aufgeschlossenheit dieser Stadt in der Nähe der Zonengrenze bewiesen haben.

(Beifall)

Schließlich begrüße ich Sie alle, die Sie aus den Ländern der Bundesrepublik nach Braunschweig gekommen sind, um an diesem Parteitag teilzunehmen, der einen weiteren Meilenstein auf dem Wege der CDU darstellen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden mir gestatten, daß ich ganz kurz wenige persönliche Worte für das Land Niedersachsen sage. Wir in Niedersachsen freuen uns, daß Sie diesen Parteitag in unser Land gelegt und damit Ihre Verbundenheit mit uns zum Ausdruck gebracht haben. Fast 7 Millionen Menschen wohnen in diesem Land, eigenständige, selbstbewußte Menschen, die sich aber jederzeit ihrer Verpflichtung bewußt sind, die aus der Bundestreue resultiert.

Auch wir haben, was dankbar anerkannt werden soll, an dem wirtschaftlichen Aufstieg teilgenommen. Dabei soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß wir hinsichtlich unserer Wirtschafts- und Steuerkraft immer noch unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik liegen. Hinzu kommen zwei charakteristische Gegebenheiten unseres Landes, denen wir Rechnung tragen müssen: einmal die Tatsache, daß wir die längste Zonengrenze haben und jeden Tag mit all

den Problemen, die sich daraus ergeben, konfrontiert werden, zum anderen aber auch die nicht unwichtige Tatsache, daß wir die lange Küste haben, aus der sich eine nicht unerhebliche Wasserhypothek ergibt, mit der wir uns herumschlagen haben.

Wir in Niedersachsen sind entschlossen, soweit das nur irgendwie geht, die noch vorhandene Disparität zu beseitigen. Soweit wir das nicht aus eigener Kraft können, erbitten wir Ihren Rat und Ihr Verständnis, eventuell auch Ihre Tat. Dabei bringe ich gern zum Ausdruck, daß zwischen der Bundesregierung und der Regierung des Landes Niedersachsen ein vertrauensvolles Verhältnis entwickelt worden ist. Wir befinden uns in einem fruchtbaren Dialog, wofür wir dem Herrn Bundeskanzler und auch dem Herrn Bundesfinanzminister Strauß, der sich diese Sache sehr angelegen sein läßt, sehr, sehr herzlich danken.

Am 4. Juni findet in Niedersachsen eine Wahl statt. Wir gehen mit einem gewissen Selbstbewußtsein in die Wahl, weil wir davon überzeugt sind, daß wir im Wahlkampf über ausgezeichnete Argumente verfügen. Dieser Bundesparteitag fällt in den Wahlkampf und wird infolgedessen nicht ohne Bedeutung für die Wahl sein. Ich möchte mich auf diese Feststellung beschränken und dem Parteitag einen fruchtbaren Verlauf wünschen.

(Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, noch eine Regularie, die nach der Satzung und der Geschäftsordnung vorgeschrieben ist. Es muß jetzt eine Mandatsprüfungskommission gewählt werden. Bundesvorstand und Bundesausschuß schlagen vor: als Vorsitzenden Herrn Staatsminister Dr. Otto Fricke, als Mitglieder Landesgeschäftsführer Laipold, Westfalen, Herrn Rummler von der Bundesgeschäftsstelle und Herrn Landesgeschäftsführer Vogt, Schleswig-Holstein. Darf ich darum bitten, daß diejenigen, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, die rote Abstimmungskarte zeigen. — Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Ich stelle fest, daß die Kommission damit einstimmig gewählt worden ist.

Wir fahren nunmehr in der Tagesordnung fort. Zunächst hat der Präsidierende Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, Herr Dr. Otto Fricke, das Wort zu einem Grußwort.

(Beifall)

Dr. Fricke:

Verehrter, lieber Herr Professor Erhard! Herr Bundeskanzler! Meine Herren Minister! Meine sehr verehrten Ehrengäste und Gäste! Meine lieben Unionsfreunde! Nicht der Vorsitzende und Landesleiter der CDU in Niedersachsen, sondern vorrangig der Vorsitzende des Landesverbandes Braunschweig möchte heute noch einmal dem Präsidium und dem Bundesvorstand herzlich dafür danken, daß dieser 15. Parteitag nach Braunschweig und damit in das Zonengrenzland gelegt wurde.

Meine lieben Unionsfreunde, der Herr Bundeskanzler hat sich gestern anläßlich des Besuchs der Zonengrenze in Hötensleben, der Fahrt über die Kohledörfer um Offleben, um Schöningen und schließlich in Helmstedt selbst davon überzeugen können, wie die Menschen diesen Besuch des Parteitags und auch den Besuch des Herrn Bundeskanzlers hier im engsten Zonengrenzgebiet auf das dankbarste begrüßt haben, gibt man damit doch diesem Raume neue Hoff-

nung, daß er in seiner Abseitslage nicht vergessen worden ist und nicht vergessen wird. Der Herr Bundeskanzler ist gestern abend – wie vor zwölf Jahren der alte Bundeskanzler Dr. Adenauer und wie vor vier Jahren der Bundeskanzler Professor Erhard in meiner Heimatstadt Goslar – von 7000 und mehr Menschen empfangen und dann auch wieder, nach einem einstündigen Referat trotz stundenlangen Wartens einiger tausend Menschen, verabschiedet worden mit einer Herzlichkeit, die sichtbar werden ließ, wie dankbar die Menschen dafür sind, daß die CDU wieder hier tagt.

Meine Freunde, von mir aus gesehen schließt sich hier ein Kreis. Die Bundespartei, gegründet im Herbst des Jahres 1950 in meiner Heimatstadt Goslar – damals schon waren unser Freund Kiesinger und viele von uns dabei – die Bundespartei, die dann unter der Führung ihres ersten Vorsitzenden Konrad Adenauer und seines Ersten Stellvertreters Hermann Ehlers ihren Weg nahm, einen steilen, steinigen und erfolgreichen Weg nach oben, diese Bundespartei kehrte vor nunmehr drei Jahren, im Jahre 1964, wieder nach Niedersachsen zurück, zum Parteitag von Hannover, den zu leiten ich die Ehre hatte, wo Konrad Adenauer zum letzten Male auf zwei Jahre zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

Die niedersächsische Union stand schon seit dem allzu frühen Tode unseres Freundes Hermann Ehlers, d. h. seit 1954 und damit seit dreizehn Jahren, in dessen Erbe, und sie hat sich bemüht, dieses Erbe getreulich zu verwalten und zu mehren. Die Zahl der Bundestagsabgeordneten der niedersächsischen CDU ist von zunächst 16 auf fast das Doppelte gewachsen, die Zahl der Landtagsabgeordneten von zunächst 30 auf derzeit 63. Wir werden bemüht sein, dieses Erbe auch weiter zu mehren.

Wir stehen nun aber auch im Erbe Konrad Adenauers, dessen heute gedacht worden ist. In der Erinnerung an diese beiden großen Toten und an die anderen, die uns Beispiel waren, habe ich den einen Wunsch, daß dieser 15. Parteitag ein Parteitag einer wirklichen Union, d. h. des Zusammenhaltens, des Zusammenstehens, der Einigkeit sein möge. In diesem Sinne gilt diesem Parteitag mein herzliches Glückauf.

(Beifall)

Präsident Langeheine:

Wir danken Herrn Dr. Fricke. Es spricht nunmehr zu uns der Oberbürgermeister dieser Stadt, Herr Ließ.

Oberbürgermeister Ließ:

(mit Beifall begrüßt)

Herr Parteitagpräsident! Herr Bundestagspräsident! Meine Herren Bundeskanzler! Meine Herren Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir eine angenehme Pflicht, Sie alle heute hier im Namen der Bürgerschaft der Stadt Braunschweig zu Ihrem 15. Bundesparteitag begrüßen zu dürfen. Wir sind froh darüber, daß nunmehr auch in unserer Stadt die äußeren Voraussetzungen gegeben sind, um solche großen Kongresse und Tagungen durchzuführen.

Wie Herr Dr. Fricke soeben ausführte, liegen wir als Stadt Braunschweig ein wenig im Schatten und im äußersten Winkel. Wir liegen nicht nur an der Zonengrenze, die unser Vaterland so schmerzlich teilt, sondern wir liegen darüber

hinaus auch an der Grenze des EWG-Raums, was auch auf unsere Wirtschaft einen Einfluß hat. Deswegen freuen wir uns immer, wenn Gäste in unsere Stadt kommen, wenn Gäste hier nicht nur Gelegenheit nehmen, ihre eigenen Probleme zu erörtern – und wenn diese noch so bedeutungsvoll sind –, sondern auch die Möglichkeit haben, in unserer Stadt einiges von dem zu betrachten, was nach diesem verheerenden Krieg erhalten geblieben ist, aber auch von dem, was im Wiederaufbau dieser Stadt hat geschehen können, einer Stadt, die schwer gelitten hat, die 90 Prozent ihrer City verloren hat, die 65 Prozent ihrer Wohnungen und kommunalen Einrichtungen eingebüßt hat, einer Stadt, in der jeder dritte Bürger Flüchtling oder Vertriebener ist, einer Stadt, die nunmehr versucht, das Traditionelle zu erhalten, aber dabei auch dem Fortschritt zu dienen.

Wir freuen uns, daß Ihr bedeutungsvoller Parteitag hier stattfindet. Er wird sicher dazu beitragen, daß in der gesamten deutschen Politik das verwirklicht wird, was in unserem gemeinsamen Grundgesetz steht, nämlich daß der soziale Rechtsstaat verwirklicht wird. Gestatten Sie mir als Kommunalpolitiker dabei hinzuzufügen, daß wir von der neuen Bundesregierung erwarten, daß endlich die Große Finanzreform durchgeführt wird, damit die deutschen Gemeinden den ihnen gemäßen Platz im Konzert der drei Großen einnehmen können.

(Beifall)

Wir haben ohne die ausreichenden Mittel – das gilt für alle deutschen Gemeinden, nicht nur für die Stadt Braunschweig – versucht, das Beste zu machen, und mit unserer Arbeit schon zu einer Zeit begonnen, als von Ländern und Bund noch gar nicht die Rede war. Wir haben unseren Teil getan, und wir glauben, daß wir auch in Zukunft unseren Teil erbringen werden.

Meine Damen und Herren, als Sozialdemokrat kann ich Ihnen natürlich nicht wünschen, daß die nächste Landtagswahl in Niedersachsen für Sie ein Erfolg sein möge.

(Heiterkeit)

Ich kann Ihnen aber wünschen, daß Ihr Parteitag ein voller Erfolg wird und daß Sie sich in unserer Stadt Braunschweig recht wohl fühlen.

(Beifall)

Präsident Langehelne:

Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister! Da wir nun einmal bei Braunschweig sind, darf ich noch nachholen, daß Herr Verwaltungspräsident Dr. Thiele ebenfalls hier anwesend ist. Auch Ihnen, Herr Präsident, gilt unser Gruß.

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der CSU, Herr Bundesminister Dr. Strauß.

Bundesminister Dr. Franz Josef Strauß:

(mit Beifall begrüßt)

Herr Bundesparteivorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Mit einem Wort des besonderen Dankes für den freundlichen Empfang, den Sie dem Vorsitzenden der Schwesterpartei bereitet haben, zu dessen Lebenspflichten es allmählich schon gehört, ein Grußwort an den Bundespartei-

tag der CDU zu sagen, darf ich aus innerer Anteilnahme und langjähriger Verbundenheit mit unserer gemeinsamen Politik, mit allen führenden Persönlichkeiten – an der Spitze Konrad Adenauer – im Namen der Christlich Sozialen Union Grüße und Wünsche als Ausdruck unserer Zusammengehörigkeit, die sich in der Vergangenheit bestätigt hat und die sich in der Zukunft weiterhin bewähren wird, hiermit in aller Form zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Seit ich das letzte Mal die Ehre hatte, ein Grußwort beim Bundesparteitag der CDU sprechen zu dürfen, sind einige politische Ereignisse durch unser Land gezogen. Es ist nicht die Aufgabe eines Grußredners, auf sie im einzelnen einzugehen. Nur eines erscheint mir angesichts der Diskussion des letzten Jahres, angesichts auch der Diskussion in der Öffentlichkeit vor diesem Bundesparteitag, wert, sehr deutlich ausgesprochen zu werden: daß nämlich diese Zwecklegende von dem angeblich unaufhaltsamen Niedergang der Unionsparteien als Folge eines Verbrauchs- und Verschleißprozesses durch unsere gemeinsame Arbeit und durch die letzten politischen Entscheidungen eindeutig widerlegt worden ist.

(Beifall)

Es hatte sich so allmählich eine mehr oder minder irrationale Propaganda entwickelt, die schlechthin davon ausging, daß die Union nunmehr lange genug an der politischen Verantwortung gewesen sei, daß sie verbraucht sei, daß sie im Abstieg sei, daß sie abgelöst werden müsse usw.

Nun, ich gehöre sicherlich zu denen, die einiges auch dazu beigetragen haben, nachdem die Freien Demokraten wieder einmal – wenn auch von ihnen nur temporär beabsichtigt – eine Krise erzeugt und die Koalition verlassen hatten, die neue Kombination zustande zu bringen. Aber ich möchte auch heute noch, gerade angesichts der Erfahrungen der letzten Monate, sagen, daß es in der deutschen Politik und für Gesamtdeutschland keinen Ersatz für die CDU und für die CSU gibt; es zeichnet sich nichts ab.

(Beifall)

Ich halte es auch für einen echten politischen Fehler, das Gesetz der Proportionen und Dimensionen zu verletzen und so zu tun, als ob eine kleine Splitterpartei das Gesetz der deutschen Innenpolitik von nun an bestimmen werde.

(Beifall)

Damit hat man ihr im Inland und besonders auch im Ausland eine politische Bedeutung beigemessen, die ihr in keiner Weise zukommt.

Viel bemerkenswerter an den Wahlen in Hessen, vor allem aber dann in Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ist die Tatsache, daß die CDU bzw. die CSU sich behauptet hat, daß sie ihre Position verbessert hat und daß sie sich als Führungskraft im öffentlichen Vertrauen von neuem bestätigt hat.

(Beifall)

Hier darf ich, da ich in einer anderen Position bin als Sie, Herr Oberbürgermeister, gerade da ich nicht aus Braunschweig und leider auch nicht aus Nie-

dersachsen stamme, der Partei hier für die kommenden Landtagswahlen, an deren Vorbereitung ich selber mit einer Reihe von Reden teilnehme, von Herzen alles Gute wünschen.

(Beifall)

Ich hoffe, daß die Selbstdarstellung der Union, wie sie sich letztes Jahr in schwierigster Situation in Bayern behaupten konnte, die Selbstdarstellung der Union in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz eine würdige Nachfolge und Bekräftigung hier in Niedersachsen am übernächsten Sonntag erfahren wird. Wir werden uns als Mitglieder und Mitarbeiter der Christlich Sozialen Union mit Ihnen freuen, wenn die Arbeit nicht umsonst gewesen ist. Sie können unserer herzlichen Verbundenheit und Teilnahme an dieser großen politischen Entscheidung, die weit über die Grenzen des Landes hinaus ihre Schatten wirft, gewiß sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein letztes Wort! Ich habe von den politischen Ereignissen gesprochen, die letztes Jahr über uns hinweggegangen sind, die uns gezwungen haben, neue Entscheidungen zu treffen. Es ist hier nicht mein Recht oder meine Aufgabe, etwas über die neue Koalition zu sagen; warum die Große Koalition nötig geworden ist, wissen wir, warum sie möglich geworden ist, sollten wir nie vergessen zu sagen, weil nämlich unsere Politik in wirtschaftlicher und außenpolitischer Hinsicht sich so durchgesetzt hat, daß der heutige Partner in wesentlichen Zügen seine damaligen Programme aufgeben und sich zu den Grundlinien unserer Politik bekennen mußte.

(Lebhafter Beifall)

Uns stehen und Ihnen, Herr Bundeskanzler Kiesinger, der jetzt ein neues Amt übernimmt und dem ich dafür aus langjähriger menschlicher, persönlicher und politischer Freundschaft und Verbundenheit aus tiefstem Herzen alles Gute wünschen möchte, schwere Aufgaben bevor. Wir haben keinen Grund, Grundsätze und Ziele unserer Politik zu ändern, aber wir haben Grund, laufend die Richtigkeit der Methoden unserer Politik zu überprüfen und sie den schnelllebigen Veränderungstendenzen unserer Zeit anzupassen; nicht Grundsätze und nicht Ziele, aber die Methoden!

Uns bläst heute mehr denn je der Wind der rauen Konsequenzen einer tragischen Vergangenheit ins Gesicht. Die Konstellation ist nicht mehr so gut, wie sie seinerzeit unter der großen Führungsgestalt Adenauers sich entwickelt hatte. Es hat sich einiges geändert. Wir stehen innenpolitisch ohne jeden Zweifel – Sie haben mich geradezu provoziert, Herr Oberbürgermeister, das zu sagen – vor einer schweren Belastungsprobe. Wir haben nicht nur eine säkulare Steuerreform, die Mehrwertsteuer, hinter uns, sondern auch das Stabilitätsgesetz – gottlob – endlich verabschiedet. Wir müssen die Finanzreform durchführen, die Finanzverfassungsreform, die Finanzrechtsreform und die Gemeindefinanzreform. Ich bin mir aber der Tatsache bewußt, daß mit der Durchführung einer Reform, die nur eine Verteilung der Aufgaben und der aus verschiedenen Quellen fließenden Mittel vorsieht, noch nicht eine einzige Mark mehr an verfügbaren Einnahmen vorhanden sein wird.

(Beifall)

Und wenn ich frage, wer hat denn bisher zuviel gehabt, damit diejenigen, die bisher zu wenig gehabt haben, endlich mehr bekommen, dann möchte ich den Kreis der Freiwilligen sehen, die bei dem Ruf „Freiwillige vor“ sich melden werden.

(Heiterkeit)

Aber das sind Probleme, die die Struktur unseres Staates für die heutige Zeit und für die nächste Generation in tiefster Weise beeinflussen. Darum stehen wir in diesem Jahre auch noch vor der Aufgabe, etwas gemeinsam zu bewältigen, was nur mit einer großen parlamentarischen Mehrheit und mit starker innerer Solidität, Solidarität und Stabilität bewältigt werden kann. Das ist die Umstrukturierung des Bundeshaushalts, die langfristige Konsolidierung der Bundesfinanzen, das Gleichgewicht, wenn schon nicht Jahr für Jahr — was gar nicht möglich ist —, aber in einer längeren Periode zwischen Einnahmen und Ausgaben. Und wenn wir uns außenpolitisch zur Stunde der Wahrheit bekannt haben und uns keine Illusionen machen, dann haben wir auf diesem Gebiet auch begonnen, uns zur Stunde der Wahrheit zu bekennen. Sie bleibt uns nicht erspart. Und je schneller wir die Konsequenzen daraus ziehen, desto ruhiger und desto verantwortungsvoller können wir dann der großen Entscheidung der deutschen Öffentlichkeit im Jahre 1969 entgegensehen.

Diesen Dingen kann jetzt nicht mehr aus dem Wege gegangen werden. Was wir, sei es der Wirtschaft an Kostenüberlastung, sei es dem Staate an Überbürdung der öffentlichen Haushalte aufgezwungen haben, was im Zeitalter rasch steigender Wachstumsraten möglich war, geht jetzt in dieser Form nicht mehr weiter.

Wir können es uns als CDU/CSU, die wir diesen Staat maßgebend aufgebaut haben, erlauben, vor der Öffentlichkeit auch Dinge zu sagen und durchzuführen, die man schlechthin als unpopulär bezeichnet und die von der einen oder anderen betroffenen Gruppe naturgemäß kritisiert und abgelehnt werden. Je mehr wir uns hier offen und deutlich vor dem deutschen Volke mit einem klaren Programm der Bilanzierung und der Balance unserer Einnahmen und Ausgaben in diesem Jahr und im nächsten Jahr präsentieren, desto sicherer und desto stabiler wird das innenpolitische Geborgenheitsgefühl unseres Volkes sein.

Die Menschen streben heute nicht allein nach einer jähen Steigerung ihres Lebensstandards, ihrer materiellen Verhältnisse. Was sie mehr bewegt — das beweisen mir Dutzende von Versammlungen im Laufe der letzten Monate —, das ist die Frage: Wie geht es weiter? Ist mein Arbeitsplatz gesichert? Kann ich mich auf die Stabilität der D-Mark verlassen? Bleibt unsere Wirtschaft solide, geht sie weiterhin nach oben, oder taumeln wir im Tanz um das Goldene Kalb von einer Übertreibung in die andere? Das wird die entscheidende Frage sein, und wer in dieser Frage den Mut hat, die Probleme anzupacken und zu lösen, der kann auch der Zustimmung und des Vertrauens der Öffentlichkeit gewiß sein, weil es den Leuten nicht um rasche Steigerung des Wohlstandes, sondern in unserer schnellebigen und gehetzten Zeit um Sicherheit auch im Innenpolitischen und nicht nur im Außenpolitischen geht.

Das ist unsere große gemeinsame Aufgabe, die wir, die CDU/CSU, gemeinsam zu leisten bereit sein sollten. Und dafür darf ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, der

Sie weit vor mir den größeren Teil dieser Gesamtlast auch auf diesem Gebiet zu tragen haben werden, weil alles auf Sie zukommt, von Herzen Glück und Segen wünschen. Gottes Segen für Ihre Arbeit und die besten Wünsche aller Freunde der Christlich Sozialen Union!

(Lebhafter Beifall)

Präsident Langehelne:

Herr Dr. Strauß, der Beifall soll für sich sprechen.

Meine Damen und Herren, es sind zwei weitere Gäste eingetroffen, denen wir ein Grußwort schuldig sind, und zwar die Herren Weitersbach und Höhle vom Verband der Kriegsbeschädigten (VdK).

(Beifall)

Ich darf vorschlagen, daß wir nunmehr den Bericht des Bundesvorstandes entgegennehmen. Ich bitte Herrn Bundesminister Dr. Heck, das Wort zu nehmen.

Bundesminister Dr. Bruno Heck:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Vier Ereignisse haben den 14 Monaten seit dem letzten Parteitag in Bonn das Gepräge gegeben: Im März vorigen Jahres ist Konrad Adenauer vom Vorsitz der Partei zurückgetreten.

Ende Oktober darauf hat sich Ludwig Erhard entschlossen, sein Amt und seine Verantwortung als Bundeskanzler der Kleinen Koalition dem Bundespräsidenten und dem Deutschen Bundestag zurückzugeben.

Sechs Wochen später ist Kurt Georg Kiesinger als Kanzler der Großen Koalition vor dem Deutschen Bundestag vereidigt worden.

Und heuer im April hat Konrad Adenauer für immer Abschied von uns genommen.

Die Union hat in diesen 14 Monaten ihre erste, ernste Krise bestanden. Aber das heißt nicht, daß wir all das, was die Krise verursacht hat, schon bewältigt hätten. Daß wir die Krise bestehen konnten, danken wir nicht zuletzt Ludwig Erhard.

Verehrter Herr Professor Erhard! Sie haben diese schwersten Wochen Ihres politischen Lebens mit innerer Ruhe und mit viel Gleichmut durchgestanden. Sie sind über diese Wochen hinweg uns allen, die wir an den Ereignissen beteiligt waren, der noble Mann geblieben, der Sie immer waren. Sie haben einmal mehr erfahren müssen, daß Dankbarkeit nicht immer und nicht im letzten eine politische Kategorie ist. Doch ich glaube, Sie haben auch erfahren, daß unser vertrauensvolles Verhältnis zu Ihnen, Professor Erhard, nicht erschüttert werden kann durch das, was Sie als Undankbarkeit empfanden.

Wir wissen es — und wir haben es mitempfunden —, daß Sie der Gang der Ereignisse im vergangenen Jahr vor eine schwere und bittere Aufgabe gestellt hat. Sie haben durch Ihre Entscheidung und durch die menschlich und politisch vornehme Art, mit der Sie diese Entscheidung durchgestanden haben, die Überwindung der Krise ermöglicht und erleichtert.

(Lebhafter Beifall)

Wir waren Ihnen all die Jahre seit 1948 in Dankbarkeit verbunden, und wir sind es heute noch wie vor 14 Monaten, als wir Sie in Bonn zu unserem 1. Vorsitzenden gewählt haben.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Meine Freunde, wir sind von diesem letzten Parteitag mit einiger Zuversicht nach Hause gefahren. Vor uns lagen die wichtigen Wahlen zum Landtag in Nordrhein-Westfalen.

Diese Wahlen — das muß offen gesagt werden — haben wir eindeutig verloren. Und alle unsere Untersuchungen haben ergeben, daß die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler an Rhein und Ruhr mehr ein Votum gegen die CDU gewesen ist als eine Entscheidung für die SPD und dies nicht etwa gegen die CDU im Rheinland und in Westfalen allein. Offenbar war das Vertrauen zur CDU im allgemeinen angeschlagen.

Was war geschehen?

Nordrhein-Westfalen ist unter Franz Meyers solid regiert worden — das merken offenbar viele im Lande erst heute.

(Beifall)

In der Kulturpolitik und in der Raumordnung war Nordrhein-Westfalen in der Bundesrepublik führend geworden. Aber das zentrale Problem an Rhein und Ruhr — Kohle und Stahl —, dieses Problem war ungelöst geblieben. Daß es mit demagogischen Sprüchen nicht zu lösen ist, das haben wohl inzwischen die Sozialdemokraten in Düsseldorf auch gemerkt. Die Sorge um den Arbeitsplatz war leicht zu verstehen. Und den Sozialdemokraten ist es, auf die Wahlen hin, zusammen mit den Gewerkschaften, gelungen, die verständliche Sorge und das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung zu einer allgemeinen Krisenstimmung auszuweiten. Das hat denn dann auch seine Wirkung getan.

Und vom Bürger, vom Wähler her, darf auch das nicht übersehen werden.

Wir hatten zuvor schon, und gerade in Nordrhein-Westfalen, in den Kommunalwahlen die meisten Rathäuser, besonders in den Großstädten, verloren.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die letzte große Rede Konrad Adenauers auf unserem Parteitag in Bonn. Er sagte damals, wir müßten uns der Gemeindepolitik mit großer Energie zuwenden, weil dort die Bürger unmittelbar sähen und erführen, was die Führung leistet und was sie nicht leistet. Wörtlich sagte er, er fürchte, daß die Einbußen in der Gemeindepolitik nichts anderes seien als der Anfang von Einbußen auch bei anderen Wahlen.

Meine Freunde, eine Union, die das Vertrauen der Bevölkerung bewahren will, muß als Partei auf allen drei Ebenen der Politik, in der Bundespolitik, in der Landespolitik und in der Kommunalpolitik leistungsfähig präsent sein.

Aber das allein, meine Freunde, erklärt nicht die Niederlage der Union und nicht den Erfolg der SPD.

Das Ansehen der Union hatte auch gelitten unter Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, unter Schwierigkeiten, die dadurch entstanden waren, daß die macht- und respektvolle Autorität Konrad Adenauers nicht mehr vom Amt her und auf das Amt hin wirksam war.

Die Delegierten des letzten Parteitages haben dies offensichtlich gespürt. Denn damals ist die Feststellung unseres Freundes Dufhues — die CDU brauche

Geschlossenheit in der Führungsspitze – mit ungewöhnlichem Beifall bestätigt worden. Nun – manches ist leichter gesagt als getan. Doch eines ist sicher: Eine Partei, die werben und wirken will, darf zwar das offene Wort nicht scheuen; was der Wähler aber auch verlangt, das ist Geschlossenheit. Die Geschlossenheit der Führungsspitze ist und bleibt erste Voraussetzung für den Erfolg in der Regierung und für unseren Erfolg 1969.

(Beifall)

Es sind schon auch Versäumnisse und Fehler in den eigenen Reihen Ursachen unseres Mißerfolges gewesen. Sie haben sich aber in Nordrhein-Westfalen verstärkt ausgewirkt vor allem deswegen, weil hier zu einer Zeit gewählt wurde, in der über unser ganzes Land eine Welle des Unmuts und der Unsicherheit hinweggegangen ist. Manche Unsicherheit hatte sich schon zu Beginn der 60er Jahre angekündigt; aber das ist dann noch einmal überdeckt worden durch den klaren Wahlsieg Ludwig Erhards 1965.

Dieser persönliche Erfolg des Kanzlers hatte weit überhöhte Erwartungen ausgelöst, Erwartungen, die enttäuscht werden mußten, zumal sich in der Innen- und Außenpolitik manche Probleme kritisch zuspitzten.

Die wirtschaftliche Stabilität schien gefährdet und in Konsequenz dessen die soziale Sicherheit nicht minder. Die Europa-Politik war steckengeblieben. Die Auseinandersetzungen in der NATO wurden als Gefahr für unsere äußere Sicherheit empfunden. Und in der Deutschlandpolitik sah es so aus, als ob das, was unser nationales Recht war, ist und bleibt, unseren Freunden im Bündnis lästig und unzeitgemäß geworden sei.

Dabei war die Union groß geworden als Partei, die wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit gebracht hatte, als die Partei, die im Zusammengehen mit der freien Welt für unsere Sicherheit gesorgt, mit ihrer Europapolitik den Glauben an eine gedeihliche Zukunft bestärkt und in unserem großen Bündnis mit den freien Völkern die Hoffnung für die Freiheit und Einheit unseres Vaterlandes verankert hatte. Das alles schien unsicher geworden zu sein; und es hat offenbar den Eindruck erweckt, als würde die Union in alteingefahrenen Geleisen weiter operieren, als wüßte sie auf die neuen Fragen keine Antwort mehr zu geben.

Die Entscheidung der Wähler am 10. Juli 1966 stand so im Zeichen einer Vertrauenskrise. Groß und schwer standen die Aufgaben im Vordergrund. Wird es die Koalition mit den Freien Demokraten schaffen? Ist sie stark genug und handlungsfähig, um mit den neuen Schwierigkeiten fertig zu werden?

Und wie in früheren Zeiten die großen Erfolge der Kleinen Koalition in erster Linie uns, den Christlichen Demokraten, zugeschrieben worden sind, so wurden wir jetzt allein verantwortlich gemacht für all das, was als Ursache der allgemein empfundenen Unsicherheit angesehen wurde.

Teile der Freien Demokraten haben dann mehr oder weniger offen der Regierung Erhard die Gefolgschaft aufgekündigt; während sich der Ministerflügel um die Loyalität für die Koalition verkämpfte, arbeitete der Oppositionsflügel bereits konsequent auf die Auflösung der Koalition hin.

Die Stimmung im Volk und in der Partei wurde immer kritischer.

Die Regierung ist nicht mehr verstanden worden. Die Überzeugung setzte sich durch, daß es so nicht weitergehen könne.

Und mancher von uns hat die Last verspürt, welche die Spannung auferlegt, die in solchen Tagen und Wochen entsteht zwischen der Loyalität zu Personen und zwischen dem, was politisch geboten ist.

Zu all dem hat dann noch die Fraktion der FDP am 27. Oktober 1966 ihre Minister aus nichtigem Anlaß zurückgezogen. Bei den Freien Demokraten — das hat sich bei den Koalitionsverhandlungen klar gezeigt — hatte sich offenbar der Flügel durchgesetzt, der seit längerer Zeit die Koalition mit den Sozialdemokraten wollte.

Meine Freunde, der Zusammenhalt zwischen den führenden Persönlichkeiten der Union hat sicher auch manches zu wünschen übrig gelassen. Aber die Kleine Koalition ist letztlich zerbrochen, weil die Freien Demokraten schon Monate zuvor nicht mehr geschlossenen koalitionswillig und zuletzt nicht mehr koalitionsfähig gewesen sind.

(Beifall)

Das hat offensichtlich die Mehrheit der Sozialdemokraten genauso beurteilt wie wir; sie haben den Freien Demokraten die angebotene Koalition nach kurzer Überlegung verweigert.

Was dann folgte, darüber ist eingangs schon gesprochen worden; Bundeskanzler Ludwig Erhard sah keine Möglichkeit mehr, den Auftrag, den ihm die Wähler 1965 erteilt haben, weiterzuführen. Er machte den Weg für eine neue Regierung frei. Von dieser Stunde an haben Präsidium, Parteilvorstand, Fraktion, Verhandlungskommission und Parteiausschuß zügig und ruhig und entschlossen gehandelt.

Der Parteilvorstand hat auf seiner Sitzung am 8. November 1966 die Lage geprüft und zwei Entscheidungen getroffen: Er empfahl der Fraktion der CDU/CSU für das Amt des Bundeskanzlers Rainer Barzel, Eugen Gerstenmaier, Kurt Georg Kiesinger und Gerhard Schröder als Kandidaten. Zwischen ihnen sollte die Fraktion entscheiden.

Und er hat weiterhin beschlossen, daß der von der Fraktion gewählte Kandidat mit den Sozialdemokraten und mit den Freien Demokraten gleich offen und gleich ernst verhandeln solle.

Die Koalition solle angestrebt werden, von der sich der künftige Kanzler die kräftigste und zuverlässigste Basis für seine, für unsere Politik verspreche.

Die Fraktion hat am 10. November 1966 Kurt Georg Kiesinger im dritten Wahlgang mit großer Mehrheit gewählt und ihn beauftragt, die Koalitionsverhandlungen mit beiden Parteien zu führen.

Die vom Parteilvorstand und von der Fraktion gebildete Kommission verhandelte auftragsgemäß unter Leitung Kurt Georg Kiesingers mit beiden Parteien.

Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten ergaben eine gemeinsame Basis zur Lösung der schwereren Aufgaben, die anstanden, unter ihnen vorrangig die Ordnung der öffentlichen Haushalte, die Sorge für das Wachstum unserer Wirtschaft und die Stabilität der Währung, die konsequente Fortführung unserer Deutschland- und Außenpolitik.

Bis zuletzt schien es, als ob die Verhandlungen mit den Freien Demokraten in etwa zu gleichen Ergebnissen führten.

Erst in der letzten Verhandlung haben sich die Freien Demokraten an einem Problem zweiten Ranges, an der Frage, ob zur Deckung des Haushaltes auch Steuererhöhungen durchgeführt werden sollen hartnäckig und unverständlich festgebissen und dann zum Schluß die Verhandlungen abgebrochen mit dem Bemerkten, sie hätten den Sozialdemokraten die Koalition bereits angeboten.

Damit war praktisch die Entscheidung für die Große Koalition gefallen. Nur im Zeichen dieser Koalition durfte man überdies mit einiger Sicherheit auf die immer dringlicher werdenden Änderungen des Grundgesetzes hoffen. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und uns wurde von der Fraktion, vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß gebilligt.

Kurt Georg Kiesinger wurde am 1. Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt und zusammen mit seinem Kabinett vereidigt.

Die Bundesrepublik hatte wieder eine handlungsfähige Regierung, erstmals bestehend aus der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union und der Sozialdemokratischen Partei.

Bundeskanzler Kiesinger hat diese Koalition in seiner Regierungserklärung einen Markstein in der Geschichte der Bundesrepublik genannt. Hoffnungen, aber auch Fragen und Sorgen haben sich von Anfang an mit dieser Koalition verknüpft.

Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, damit diese Regierung Erfolg haben wird. Das verlangt der Ernst der Stunde, das fordern die Aufgaben, die gelöst werden müssen.

Meine Freunde, ich habe bewußt von dem Erfolg der Regierung gesprochen. Was wir bis 1969 leisten wollen und leisten müssen, das werden wir miteinander leisten. Wir werden bei dieser Arbeit weder Profil suchen noch Profil verstecken. Politik und Koalition verlangen manchen Kompromiß. Das gilt für jede Koalition und für jede Partei in der Koalition.

Koalition und Politik in einer Koalition bedeutet aber nicht Preisgabe des eigenen politischen Ideenguts, Preisgabe dessen, was uns zusammenführte und zur stärksten politischen Kraft in Deutschland gemacht hat.

Daß das so bleibe, verlangt von uns als Partei allerdings auch mehr an Arbeit als bisher. Mit kräftigen Beschlüssen ist es da nicht getan, und mit der Bestellung eines Generalsekretärs ist diese Aufgabe wahrlich noch nicht gelöst.

(Beifall)

Zunächst aber noch ein Wort zu den beiden Landtagswahlen, die noch im Schatten der Regierungskrise standen. Am schwersten hatten es unsere Freunde in Hessen. Man mußte dort tatsächlich Schlimmes befürchten. Aber sie haben sich wacker geschlagen, und im übrigen hat sich gezeigt, daß auch in Hessen die Bäume der Sozialdemokraten nicht in den Himmel wachsen. Man kann eben für seine Partei im Staat des Guten auch zuviel tun.

Die Landtagswahlen in Bayern haben ergeben, daß die CSU sich offensichtlich das Vertrauen ihrer Wähler über die kritische Zeit hinweg hat erhalten können; und dies, obwohl Bayern ein Land ist, das mitten in einem Umbruch steht, einem Umbruch vom überwiegend agrarisch zum überwiegend industriell bestimmten Land. Diese solide Leistung der Regierung Goppel wurde anerkannt,

und überdies hatten es die Bayern endlich satt, ihren Franz Josef Strauß über Jahre hinweg weiter verteufeln zu lassen.

(Beifall)

Das größte Aufsehen aber haben bei beiden Wahlen die Erfolge der NPD erregt. Vor allem im Ausland ist die Frage nicht verstimmt, ob denn in Deutschland der Rechtsradikalismus schon wieder komme.

Aber die Gleichung NPD-Wähler = alte oder neue Nazis, ist zu einfach.

Und auch die andere Gleichung: NPD-Wähler = Rechtsradikale, geht nicht auf. Richtig ist, in den Vorständen der NPD und unter ihren Funktionären gibt es ungewöhnlich viel ehemalige Mitglieder der NSDAP, auch von vor 1933.

Aber bei den Wählern sieht es anders aus.

Bei ihnen haben sich zweifellos die unbelehrbaren Fanatiker auch eingefunden; es gibt unter ihnen eine Menge von Leuten, die man Nationalisten oder Rechtsradikale nennen kann. Aber die Mehrzahl der NPD-Wähler sieht anders aus: Radikale Leute, die man nicht nach rechts oder links einordnen kann; Unzufriedene, unzufrieden mit diesem Staat, unzufrieden mit den Parteien; Enttäuschte und auch solche, die mit ihren Sorgen nicht mehr über den Berg gesehen haben. Diese Leute sollte man nicht verteufeln. Wir prügeln sie sonst nur dem rechtsradikalsten Kern dieser Partei zu, einem kleinen Klüngel, der für sich genommen, keinerlei Chancen hat.

Meine Freunde, in der Weimarer Republik ist die Idee der Nation und die Liebe zum Vaterland gegen die Demokratie ausgespielt worden – mit Erfolg und mit schrecklichen Folgen. Das hat sehr wesentlich zur Agonie und zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen und zum Jahre 1933 geführt.

Das ist nun sicher nicht wiederholbar; das gehört der Geschichte an. Aber dafür, zu welcher Kraft und Stärke, zu welcher Stabilität wir unseren demokratischen Staat entwickeln und ausbauen, dafür wird es von großer Bedeutung sein, daß unser Volk die Demokratie als Lebensform der Nation begreift und ergreift und daß auf diese Weise Demokratie und Nation sich gegenseitig tragen.

Wie wir als Bürger unseres Staates miteinander leben und unsere Verhältnisse zueinander ordnen, wie wir unsere Freiheit verwirklichen und uns um Gerechtigkeit mühen, was wir als Volk gemeinsam in Erziehung und Bildung, in Kunst und Kultur, in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft leisten, das macht heute und das wird morgen den Rang der deutschen Nation ausmachen.

Es ist doch absurd, zu meinen, Demokratie, Vaterland und Nation würden sich nicht miteinander vertragen; Vaterlandsliebe sei in einem demokratisch lebenden Volk etwas Überholtes, ein sentimentales Festhalten an Vergangenenem.

Meine Freunde, die demokratisch organisierte und demokratisch verwirklichte Gemeinschaft unseres Volkes muß sich, geschichtlich gesehen, als die moderne Form der Nation begreifen. Das, meine Freunde, ist die große Aufgabe der demokratischen Parteien; und ich meine, die Große Koalition kann dazu einen guten Beitrag leisten, die Sozialdemokraten so gut wie wir.

Das muß unsere Antwort auf die NPD sein, nicht Verteufelung und auch nicht das Bundesverfassungsgericht.

Die ersten Wahlen, deren Ergebnisse auch gewertet werden müssen als Echo auf die Große Koalition der Regierung Kiesinger, waren im März dieses Jahres die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin.

Die Prognosen waren nicht gut gewesen. Aber unsere Berliner Freunde, voran unser Freund Amrehn, haben ihren Wahlkampf davon unbeirrt und geschickt vorbereitet und konsequent durchgeführt.

(Beifall)

Die Gewinne der Union in Berlin sind aber sicher auch als Echo auf die Große Koalition in Bonn, auf die Regierung Kiesinger zu werten.

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein haben deutlich gemacht, daß sich das Vertrauen der Wähler zur Union wieder konsolidiert. Beide Wahlergebnisse brachten gute Erfolge.

Politisch war in beiden Ländern bemerkenswert, daß die National-Demokratische Partei zwar wie zuvor in Hessen und Bayern in die Landtage von Mainz und Kiel einziehen konnte, daß ihre Erfolge aber trotzdem kräftig hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben sind. In Schleswig-Holstein hat sich dabei eine seit über einem Jahrzehnt auf die dortigen Verhältnisse abgestimmte Parteiarbeit bezahlt gemacht. Daß die NPD in Schleswig-Holstein keine größeren Erfolge hat erzielen können, daß die Union dort nicht nur stabil geblieben ist, sondern ihre Position hat verbessern können, das ist in erster Linie das Verdienst unserer beiden Freunde Kai-Uwe von Hassel und seines Nachfolgers Helmut Lemke.

(Beifall)

Was die schleswig-holsteinische Union insgesamt in den vergangenen 20 Jahren für die politische Integration geleistet hat, ist großartig und bei dieser Wahl sichtbar geworden.

In Rheinland-Pfalz lagen die Dinge etwas anders. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß dort die NPD ihre Wähler zu einem beachtlichen Teil aus der SPD-Wählerschaft gewonnen hat. Das mag zunächst überraschen, erklärt sich aber leicht:

Solange die Sozialdemokraten in der Opposition waren, vor allen Dingen in der radikalen Opposition, hatte die SPD auch radikale Wähler an sich gezogen. Seit die Sozialdemokraten in der Regierung solid mitarbeiten, wenden sich diese radikalen Wähler wieder von der SPD ab. Die NPD befriedigt offensichtlich deren Bedürfnisse besser.

Der glänzende Erfolg unserer Freunde in Rheinland-Pfalz wird erst voll deutlich, wenn man folgendes bedenkt: Wir haben dort nicht nur das Auftreten und den Erfolg der NPD ohne Verluste überstanden, im Gegenteil, es ist unseren Freunden gelungen, darüber hinaus Vertrauen und Stimmen zu gewinnen. Und auch da ist vor allem zwei Männern zu danken. Es ist dies unser Freund Peter Altmeier; denn er zeichnet seit 20 Jahren verantwortlich für den Aufbau des Landes, dieses jungen Landes mit Zukunft, wie die Wahlparole lautete.

(Beifall)

Und dann unser Freund Helmut Kohl. Er hat zusammen mit seinen Freunden die Parteiorganisation voll leistungsfähig gemacht und dies trotz Karlsruher Urteil. Der Wahlkampf wurde langfristig und sorgfältig vorbereitet. Was die Partei zu sagen hatte, ist gekonnt in Information und Werbung umgesetzt worden. Der Wahlkampf selbst ist mit vorbildlichem Einsatz der ganzen Partei, vor allem aber

der Kandidaten, durchgeführt worden. Über 10 Prozent der Wähler wurden persönlich über Hausbesuche, auf der Straße, in den Gasthäusern angesprochen. Dieser Wahlkampf war modern, er war beispielhaft, und er hatte Erfolg.

(Beifall)

Wir werden die Erfahrungen von Rheinland-Pfalz zur Vorbereitung der Bundestagswahlen entsprechend auswerten.

Über den Ausbau der Organisation und über die Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit hat unser Freund Dufhues vor 14 Monaten dem Parteitag einen guten Bericht vorlegen können. Inzwischen hat uns aber das Karlsruher Urteil vom 19. Juli vorigen Jahres getroffen. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1958 war verfügt worden, daß Spenden an die Parteien steuerlich nicht begünstigt werden dürfen; dagegen hieß es damals, es sei zulässig, nicht nur für die Wahlen selbst, sondern auch für die die Wahlen austragenden politischen Parteien finanzielle Mittel von Staats wegen zur Verfügung zu stellen.

Wir haben schon dieses erste Urteil nicht verstanden, aber wir haben uns gefügt. Dem Wink des Bundesverfassungsgerichts entsprechend, wurden erst im Bundeshaushalt und später auch in Haushalten der Länder Mittel bereitgestellt für die politischen Parteien. Wir haben diese Mittel in den vergangenen Jahren nicht etwa für Wahlkämpfe ausgegeben; nein, wir haben unsere Parteiorganisation modern und leistungsfähig aufgebaut.

Wir haben in der Bundesgeschäftsstelle qualifizierte Mitarbeiter eingestellt, wir haben die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und die Informationsdienste erheblich ausgeweitet. Das Netz der Kreisgeschäftsstellen ist systematisch ausgebaut worden.

Was die Union damit wollte, war, die Partei ständig präsent zu machen: das dauernde Gespräch mit den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, mit den Bürgern ganz allgemein. Wir wollten über alles informieren und für unsere Sache argumentieren, und wir waren auf gutem Wege dazu.

Da kam das nächste Urteil, das vom 19. Juli vergangenen Jahres. Und jetzt hieß es, das Urteil von 1958 sei mißverstanden worden. Nicht ständige Information, nicht Öffentlichkeitsarbeit, nicht der laufende Dialog mit Bürgern und Gesellschaft dürften öffentlich mittfinanziert werden, sondern lediglich die Wahlkämpfe.

Meine Freunde, Sie haben das sicher nicht verstanden; es ist auch nicht zu verstehen.

Geld für den Prozeß der Willensbildung zu geben, ist verfassungswidrig. Geld für den entscheidenden Akt dieser Willensbildung zu geben, ist verfassungskonform.

Wir verzichten auf einen Kommentar; das Bundesverfassungsgericht ist unser Oberstes Gericht.

Wir haben das Urteil zur Kenntnis genommen, und das heißt praktisch: Wir haben das Personal der Bundesgeschäftsstelle auf die Hälfte reduziert. Den Landesgeschäftsstellen ist es zum großen Teil nicht anders ergangen. Zudem mußten viele Kreisgeschäftsstellen aufgelöst werden. Die Informa-

tionsdienste und die Arbeit der Ausschüsse wurden drastisch eingeschränkt, die Öffentlichkeitsarbeit praktisch eingestellt. Mit einem Satz: wir haben Organisationsarbeit und die Dienste der Bundespartei in einem Umfang reduziert, in einem Umfang reduzieren müssen, der auch für eine Übergangszeit nicht tragbar erscheint.

Meine Freunde, hier liegt die erste große Aufgabe für die ganze Partei, im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Ordentliche und ausreichende finanzielle Mittel sind letztlich die Voraussetzung unserer ganzen Arbeit. Für die Wahlkämpfe werden wir künftig entlastet sein. Alle übrige Arbeit müssen wir aus Eigenem finanzieren. Diese Aufgabe ist überhaupt nur lösbar, wenn unsere Kreisverbände die letzten Möglichkeiten von Beiträgen und Spenden aufspüren; und, meine Freunde, die Bundespartei muß von der ganzen Partei von unten nach oben mitfinanziert werden. Daß dabei die Kreisorganisation den Vorzug haben wird, ist nur natürlich und auch richtig; denn die Union muß künftighin unserem ganzen Volk in der Breite präsent gemacht werden. Dafür brauchen wir arbeitsfähige Kreisverbände und dies um so mehr, da wir uns in neuen Verhältnissen unserem Volk für neue Aufgaben verständlich machen müssen; nur so wächst Vertrauen.

Die neuen Verhältnisse: das politische Denken hat sich in den vergangenen 20 Jahren erheblich versachlicht; der Raum für politische Ideologien ist immer enger geworden. Das hat die Sozialdemokraten zur Reform von Godesberg gezwungen. Die Christlich Demokratische Union, meine Freunde, ist nach dem Zusammenbruch als große Volkspartei und als christliche Partei gegründet worden. Die Gründer der Union hatten die Weimarer Republik vor Augen. Sie hatten erfahren, wie die Vielzahl der Parteien die Republik von einer Krise in die andere gestürzt hatte.

Die Gründer der Union sahen in der Würde und Freiheit des Menschen in Familie, Gesellschaft und Staat das höchste Gut, dem alle Politik verpflichtet bleiben müsse. Sie waren davon überzeugt, daß Würde und Freiheit des Menschen auf die Dauer nur Bestand haben, wo sie vom Religiösen her bewahrt und getragen werden.

Dieses Bekenntnis zur Würde und Freiheit der Person und die christliche Verantwortung für den Nächsten sollte das sittliche Fundament unserer Partei sein. Und das, meine Freunde, ist das sittliche Fundament unserer Partei geblieben. Auf diesem Fundament ist die Union die erste große deutsche Volkspartei geworden. Und nur auf diesem Fundament wird die Union die große deutsche Volkspartei bleiben.

(Beifall)

Von dieser christlichen Sicht des Menschen her, ergeben sich bestimmte Leitlinien für die Politik, für Familie, Gesellschaft und Staat, für Recht und Ordnung in Staat und Gesellschaft. Das Richtmaß dieser Leitlinien aber ist offen und frei für die Wirklichkeit. Deswegen läßt sich unsere Politik nicht in Grundsatzprogramme ausformulieren. Wir werden – das steht als nicht erfüllter Auftrag von Hannover 1964 noch aus – unsere Grundsätze in der Sprache unserer Tage neu formulieren müssen. Was wir aber brauchen, das ist ein Aktionsprogramm, das auf die Fragen von heute und von morgen Antworten für heute und morgen, und das in der Sprache unserer Zeit gibt.

Mit großer Mehrheit wurde von den Delegierten des 15. Bundesparteitags der CDU Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger zum Bundesvorsitzenden gewählt. Neben ihm sein Vorgänger, Prof. Dr. Ludwig Erhard; der Bundesparteitag wählte ihn einstimmig zum Ehrenvorsitzenden.



Dr. Rainer Barzel, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag (links), und Bundesinnenminister Paul Lücke während der Satzungs-Debatte.



Wir haben im vergangenen Jahr erst einmal einiges Grundsätzliche erörtert und dann die Fragen für das Aktionsprogramm erarbeitet. Seit Anfang dieses Jahres sind dafür 24 Kommissionen bei der Arbeit. Sie werden Ende Juni ihre Beratungen abgeschlossen haben. Auf der Basis der Ergebnisse dieser Arbeiten wird dann durch eine Zentralkommission zusammen mit der Bundesgeschäftsstelle ein erster Entwurf des Aktionsprogramms erarbeitet. Dieser Entwurf wird den Fachausschüssen, den Landes- und Kreisverbänden der Partei und den Vereinigungen zur Beratung und Stellungnahme zugeleitet werden. Denn wir legen Wert darauf, daß jedes Mitglied der Partei dieses Aktionsprogramm miterarbeiten und mitgestalten kann. Der nächste Parteitag wird dann dieses Programm abschließend beraten und Beschluß fassen.

Das, meine Freunde, ist die dritte große Aufgabe, die wir im nächsten Jahr vor uns haben.

Von der kommunalpolitischen Arbeit und der Ordnung der Finanzen habe ich schon gesprochen. Aber das allein genügt nicht. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß das Vertrauen zur Union in unserem Volk unsicher geworden sei; daß das Volk uns nicht mehr allewegen recht verstanden habe. Inzwischen haben wir in der Politik wieder Tritt gefaßt. Wir wissen – und darin sind wir uns mit unserem Koalitionspartner einig – was bis 1969 geschafft werden muß. Wir wissen, was wir gemeinsam tun müssen, weil wir es nur gemeinsam tun können.

Wir wissen aber auch, daß wir uns als Partei auf allen Ebenen der Politik zu Wort melden, daß wir den Dialog mit der Gesellschaft und mit den Bürgern suchen, daß wir diesen Dialog umfassend und verständlich führen müssen, offen, sachlich und sachkundig, so daß wir Vertrauen bewahren und Vertrauen gewinnen können. Leistung und Leistungsfähigkeit einer Partei müssen in unserer Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft immer wieder sichtbar gemacht werden; das gehört heute geradezu zur Qualifikation von Leistung und Leistungsfähigkeit selbst.

Meine Freunde, was vor zwei Jahren begonnen wurde mit ordentlichem Erfolg, was durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt wurde, muß erneut und energisch wieder in Angriff genommen werden; denn wir brauchen um der deutschen Politik und um der Demokratie willen eine leistungsfähige Union.

Lange schien es so, als ob wir uns personalpolitisch keine allzu großen Sorgen machen müßten. Aber der Schein trügt; zumal in den Kreisverbänden war das personelle Angebot der Union lange nicht überall ausreichend.

Ich rede hier nicht von Personalpolitik im Sinne der Ämterpatronage. Was ich meine, ist, daß wir uns nicht systematisch genug darum bemüht haben, die Tüchtigsten und Besten für die Mitarbeit bei der Union zu gewinnen.

Wer Mitglied einer politischen Partei ist, hat erheblich mehr politischen Einfluß als Nichtmitglieder. Deswegen müssen wir uns um die Tüchtigen bemühen.

Mit bloßen „Nahestehern“ kann man keine Politik machen.

(Beifall)

Wir brauchen aktive, mitarbeitende Mitglieder.

Voraussetzung für das aktive Mitglied ist selbstverständlich, daß auch die Partei gegenüber ihren Mitgliedern ihre Pflicht erfüllt:

(Beifall)

umfassende Information, Gewährung von Möglichkeiten, sachlich und vernünftig mitzuarbeiten und mitzuzentscheiden.

(Beifall)

Die Öffentlichkeitsarbeit ist noch lange nicht allgemein als Aufgabe einer modernen Partei begriffen worden. Ich muß hier die Forderung des letzten Parteitages ganz eindringlich wiederholen: Die CDU braucht mehr und bessere Öffentlichkeitsarbeit!

(Beifall)

Meine Freunde, über die Aktivierung der Union, über Parteireform ist seit Jahren genug geredet worden. Wo wir stehen, was von uns gefordert ist, was wir zu tun haben, wissen wir. Jetzt gilt es, mit allen Kräften an die Arbeit zu gehen und die Union, die Christlich Demokratische Union, modern zu formieren. Wir müssen die Probleme der modernen Parteiarbeit, die Frage nach unserem politischen Konzept, nach unseren Grundsätzen wie nach unserem Aktionsprogramm, aber auch die Frage nach unserer Führungsstruktur im Blick auf unsere Verantwortung für die deutsche Politik und im Blick auf die Wahlen 1969 sehen.

Meine Freunde, dies ist der erste Parteitag, bei dem Konrad Adenauer nicht mehr unter uns ist. Wenn er heute hier noch einmal vor uns stünde — was würde er uns sagen, uns und allen, die in der Christlich Demokratischen Union Verantwortung tragen? Er würde sicher eines sagen: Wir sollen an unsere Arbeit gehen und unsere Pflicht tun — für unser Vaterland!

(Lebhafter Beifall)

Präsident Langehelne:

Meine Damen und Herren, wir danken Herrn Minister Heck für seinen umfassenden und freimütigen Bericht.

Der Parteitag soll jetzt unterbrochen werden. So sieht es auch die Tagesordnung vor. Gestatten Sie mir aber, vorher noch einige ganz kurze Mitteilungen zu machen. Es handelt sich nur um wenige Sekunden.

Zunächst habe ich noch einen willkommenen Gast zu begrüßen, nämlich den auch wegen seiner europäischen Arbeit bekannten Präsidenten der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, unseren Parteifreund Illerhaus.

(Beifall)

Der Landesverband Schleswig-Holstein bittet, das Mittagessen in der Bierstube des Restaurants einzunehmen.

Der Landesverband Berlin und die Exil-CDU treffen sich um 14 Uhr im Vortragssaal.

Die CDU-Frauen werden um 16 Uhr in den Clubraum des Restaurants gebeten. Der Landesverband Westfalen trifft sich heute abend um 19 Uhr im Kleinen Saal.

Der Parteitag wird unterbrochen und pünktlich heute nachmittag um 15 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung von 12.45 bis 15.05 Uhr)

Montag, 22. Mai 1967

2. PLENARSITZUNG

Es spricht

Dr. Rainer Barzel, MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Aussprache

Satzungsänderungen

Präsident Dr. Filbinger:

Ich bitte die Delegierten, Platz zu nehmen, und eröffne die Sitzung des heutigen Nachmittags. Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, ein allgemeiner Hinweis: Ich darf darauf hinweisen, daß im Plenum nur die stimmberechtigten Delegierten, die diesen organgefarbenen Ausweis besitzen, Platz nehmen möchten.

Ferner darf ich Sie davon unterrichten, daß in der Zwischenzeit eingetroffen ist Herr Dr. Dregger, MdL, und Oberbürgermeister von Fulda, Präsident des Deutschen Städtetages.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Dr. Dregger.

Nun hat Herr Dr. Rainer Barzel, der Fraktionsvorsitzende, das Wort zum Bericht der Bundestagsfraktion.

Dr. Rainer Barzel:

Ihnen liegt – wie seit einiger Zeit üblich – ein schriftlicher Bericht der Bundestags-Fraktion der CDU/CSU vor. Ich habe vor, diesen Bericht mündlich zu vervollständigen; wir wünschen, über alles Rechenschaft zu geben, auch in der Diskussion. Außerdem möchte auch ich einige Worte zur Parteiarbeit sagen.

Zur Arbeit der Bundestags-Fraktion:

1. Aus der letzten Bundestagswahl ist eine personell stark veränderte und verjüngte Fraktion hervorgegangen. Etwa jeder dritte Kollege kam neu zu uns. Die Öffentlichkeit schenkte den „Neuen“ besondere Aufmerksamkeit. Die Fraktionsführung tat dies auch, zog aber eine andere Konsequenz: sie hatte

das Ziel, möglichst rasch und vollständig zur Auflösung der Unterscheidungen nach „neu“ und „alt“ zu kommen und die Integration aller zu erreichen.

Die Bundestags-Fraktion ist nun eine geschlossene, mit sich selbst kritische Kampfgemeinschaft der Union. Sie hat Rang und Qualität. Sie stützt sich auf die bewährte, bundespolitische Gemeinsamkeit von CDU und CSU.

Seit dem letzten Parteitag sind verstorben:

Konrad Adenauer, Gerhard Philipp, Maria Probst, Hans Verbeek, Heinrich Wilper. Wir bleiben ihnen dankbar verpflichtet.

2. Unsere Fraktion bemüht sich, ihre Arbeitsweise zu verbessern, den Kontakt mit unseren Landtagsfraktionen zu verstärken und macht sich besorgte Gedanken um die parlamentarische Wirklichkeit.

Wir beklagen die oft mangelhafte Präsenz in Plenar- und Ausschuß-Sitzungen; die Verschiebung der politischen Meinungsbildung vom Parlament in Presse-, Funk- und Fernseh-Debatten; die manchmal den Ereignissen zu sehr nachhinkende parlamentarische Erörterung; den Vorlesungs- statt Debatten-Charakter mancher parlamentarischen Verhandlung.

Indem ich dies ausspreche, mache ich Sie mit Punkten vertraut, um deren Änderung wir bemüht sind.

3. Seit Jahren hatten wir Spannungen, unter uns und mit anderen. Sie waren sachlich und personell bedingt. Im Herbst 1966 fanden sie ihren Höhepunkt und ihr Ende. Die Verantwortlichen der Union, die den Bruch der alten Koalition vermeiden und ihre Erneuerung bewirken wollten, sahen keinen Weg mehr, dieses Ziel zu erreichen. Redlich berichtet, darf weder geleugnet werden, daß die FDP uneins war und starke Kräfte dort die Koalition nicht mehr wollten, noch darf übergangen werden, daß unter uns – in der Partei wie in der Fraktion – Unzufriedenheit mit der Arbeit der Koalition und eine breite kritische Diskussion über einzelne Bereiche unserer Bundespolitik bestanden.

Alle Beschlüsse dieser Wochen – die der Fraktion wie die der Partei – wurden einstimmig oder mit sehr großen Mehrheiten gefaßt. Fraktion und Partei handelten miteinander.

Wir sagten und sagen Ja zur Großen Koalition. Sie ist bis 1969 verabredet.

Das Programm dieser Großen Koalition ist in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers niedergelegt. Es ist unser Wille wie unsere (auch parteipolitische) Pflicht, dieses Programm zu verwirklichen.

Die Pläne der Union über 1969 hinaus werden wir in unserem Aktionsprogramm, an dem wir arbeiten, 1968 jedermann hörbar sagen.

Indem wir mit den Sozialdemokraten zusammen Programm und Politik der Großen Koalition durchsetzen und im nächsten Jahr das eigene Programm für die kommenden Jahre verkünden, tun wir, was diese Zeit, was das Volk und die demokratische Zukunft von uns erwarten.

4. Die Große Koalition hat sich an Großen Reformen zu bewähren:

Mehrwertsteuer und Stabilitätsgesetz sind verabschiedet. Das Parteiengesetz wird im Juni beschlossen werden. Die Notstands-Gesetzgebung wird beraten und soll bis zum Sommer 1968 in Kraft gesetzt werden. Den Entwurf der Finanzverfassungs-Reform erwarten wir zum Herbst 1967; Sachkundige aus

Partei und Fraktion haben sich in gemeinsamer Beratung zu den wichtigsten Fragen geäußert. Den Entwurf für ein neues Wahlgesetz erwarten wir von der Bundesregierung bis Jahresende; auch hierzu arbeitet eine gemeinsame Kommission.

Die Bundestags-Fraktion hat — auch aus koalitions-politischen Motiven — besondere Mühe auf die Beschleunigung der Vorarbeiten zu diesen Großen Reformen verwandt. Sie wird um zügige Erledigung bemüht bleiben.

5. Die notwendige Beschleunigung unseres Wiederaufbaus hat einige Strukturfragen hinterlassen. Zwar hat unser Handwerk eine gesündere Struktur, und unsere Landwirtschaft wandelt bei Steigerung ihrer Produktivität mehr und mehr ihr altes Gesicht. Gleichwohl sind in beiden Bereichen wie im Mittelstand insgesamt und auch hinsichtlich einiger Branchen und Landschaften Strukturprobleme sichtbarer geworden.

Ohne Überwindung dieser Struktur-Probleme gibt es weder geordnete Bundesfinanzen noch Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft. Ohne dies werden wir weder ein modernes Land bleiben noch unseren Rang in der Welt auch nur wahren können — von unserer anspruchsvollen Außenpolitik ganz zu schweigen. Ich will dies — sehr knapp — belegen:

Bergbau: Der Bund wendete für Anpassungsmaßnahmen auf: 1960 280,7 Millionen DM und 1967 854,3 Millionen DM. Die Zuschüsse des Bundes zur knappschaftlichen Rentenversicherung stiegen von 1,166 Milliarden DM im Jahre 1960 auf 2,750 Milliarden DM im Jahre 1967.

Bundesbahn: Der Zuschuß des Bundes stieg von 881 Millionen DM im Jahre 1960 auf 2,5 Milliarden DM im Jahre 1967.

Der deutsche Beitrag zum europäischen Garantiefonds, der 1967 noch 200 Millionen DM beträgt, wird 1970 voraussichtlich 1,690 Milliarden DM betragen. Der Zuschuß des Bundes zur knappschaftlichen Rentenversicherung wächst bis 1970 auf 4,3 Milliarden DM. Die Aufwendungen für die Sparförderung wachsen an von 1,210 auf 2,292 Milliarden DM (1967 auf 1970). Die Bundeshilfe für Berlin tendiert von 2,420 auf 3,030 Milliarden DM (1967 auf 1970).

Um auch das Erfreuliche mitzuteilen: Nach dieser Vorausschau steigen die Ausgaben des Bundes für wissenschaftliche Forschungen von 1967 auf 1970 von 1,604 auf 2,854 Milliarden DM.

Also: Wenn wir nicht operieren, wird der Zeitpunkt kommen, an dem selbst ein achtbares reales Wachstum bei den Einnahmen auf der Ausgabenseite der Bundesfinanzen allein von den stetig wachsenden Subventionen verzehrt würde. Die Konsequenz dessen wäre: Kein Geld für Wissenschaft, Forschung, Modernisierung, Sozialinvestitionen. Wir müssen unsere Strukturprobleme lösen. Ohne das würde alles fiskalische Tagespolitik, nicht aber ernsthafte Finanz-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik bleiben.

Uns darf nicht leiten, was gestern richtig war, uns muß leiten, was heute für morgen richtig ist. Nicht der Besitzstand von gestern, nicht der Wohlstand heute dürfen ausschlaggebend sein, sondern die Verantwortung für die Zukunft.

Die abgeschwächte Wirtschaftstätigkeit macht immer deutlicher, daß wir nicht nur Konjunktur-, sondern Strukturprobleme haben. Schon rufen uns besorgte

Beobachter zu, wir hätten nicht nur Strukturschwächen; unsere ökonomische Gesamtstruktur entspräche der Wiederaufbauphase, nicht den Bedingungen von morgen; wir hätten zuviel Menschen und Geld in Bereichen, die künftig kaum noch Wachstum versprechen. Natürlich, wir haben Bereiche mit großen Zukunftserwartungen. In der friedlichen Nutzung der Kernenergie, in der Chemie und anderswo sind wir in einer guten Entwicklung.

Wird das genügen, um unsere ökonomische Position in einer wirtschaftlich erstarkenden Welt zu erhalten? Schon gibt es doch Untersuchungen, nach denen wir 1980 nicht mehr im Handel die zweite und in der industriellen Produktion die dritte Nation der Welt sein werden. Besorgt suchen einige nach unseren Antriebskräften für das wirtschaftliche Wachstum schon in den 70er Jahren. Anderen Ländern werden optimistischere Prognosen errechnet, — auch Frankreich, auch Italien, auch den USA. Also müssen wir Industrien fördern und Strukturen bewirken, die für die Zukunft Überdurchschnittliches erwarten lassen! Wir müssen diesen Fragen verstärkt unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Das alles wird Geld kosten, viel Geld, auch Steuergeld. Es wird nur gut gehen mit Prioritäten, mit mehrjähriger Finanzplanung. Und diese erfordert dringend die Finanzverfassungs-Reform. Alles das wird nur gehen, wenn jeder weiß und entsprechend handelt: Das Ja zur Priorität A heißt zugleich Nein zur Priorität B. Gelingt es uns nicht, unsere Wirtschaftskraft zu stärken, so können wir getrost unseren Lebensstandard, unsere soziale Sicherheit und unsere anspruchsvolle Außenpolitik für die Zukunft in den Wind schreiben.

6. Unsere Wirtschaftspolitik bleibt die der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Feststellung — so selbstverständlich sie scheint — ist wichtiger als täglich neue Vokabeln, wöchentlich neue Perspektiven, monatlich neue Daten und Vorhaben. Ziel unserer Wirtschaftspolitik bleibt: Vollbeschäftigung, wirtschaftliches Wachstum, Geldwertstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

(Beifall)

Vertrauen — und darum geht es in allen wirtschaftspolitischen Fragen ganz vorwiegend — wächst aus Stetigkeit. Und eine Konjunktur entsteht weder durch Befehl noch so, wie man eine Münze in den Automaten wirft und meint, man könne die Bonbons dann herausziehen. Menschen sind keine Automaten. Und Menschen bestimmen den Wirtschaftsablauf. Also ist stete Gesinnung ebenso wichtig wie nuancierte Analysen, strukturgerechte Antworten und Instrumentarien. Und zu diesen gehört, auch morgen, eine unabhängige Bundesbank! Als dieser Bundestag im Herbst 1965 seine Arbeit begann, fand er drei alarmierende Tatbestände vor: Einen völlig ungenügenden Ausfuhrüberschuß von nur 1,2 Milliarden im Jahre 1965, einen starken Preisauftrieb und ein Loch im Haushalt. Es gelang, den Ausfuhrüberschuß auf acht Milliarden Ende 1966 zu steigern, das Preisklima zu beruhigen sowie für 1966 den Haushalt auszugleichen.

Wir gaben — dies gehört zu diesem Bericht — nicht aus Lust oder Laune der Stabilität den Vorrang, sondern aus Notwendigkeit. Dies war unerläßlich und vernünftig. Uns war klar, daß dieser notwendige Prozeß der Rationalisierung, der Stabilisierung, der Konsolidierung seinen Preis hatte und hat.

Nun geht es darum, aus natürlicher Regeneration und mit gezielter Hilfe in eine Phase neuen Wachstums – und dies bei Stabilität! – zu kommen.

Wird das Stabilitätsgesetz nach den ordnungspolitischen Maximen der Sozialen Marktwirtschaft angewandt, tritt eine entschlossene, stetige Konjunktur- und Finanzpolitik dazu, und bleiben wir verschont von politischen Krisen, so wird es wirtschaftlich wieder bergauf gehen. Dabei müssen wir die Forschung fördern und nuanciert – regional, sektoral, gesellschaftspolitisch – die Strukturfragen lösen.

7. Unsere Haushaltspolitik steht vor schwerwiegenden Entscheidungen.

Wer – als Unternehmer – Kapazitäten, gar noch mit zu teurem Geld, geschaffen hat, die sinnvollen Ertrag nur bei stetigen, extrem hohen Wachstumsraten auf lange Zeit erbringen können, ist demselben Fehler zum Opfer gefallen wie der Politiker, der gesetzliche, stetig wiederkehrende Leistungen im Vertrauen auf ebensolche Wachstumsraten des realen Zuwachses gründete.

Wer – als Gewerkschaftler – Löhne und Arbeitszeit ohne Blick auf den nur durch ausländische Arbeitskräfte zu schließenden Fehlbedarf, ohne Blick auf den Produktivitäts-Fortschritt forderte und durchsetzte, sitzt gleichfalls im Glashaus.

Ebendies gilt für solche Kommunal- und Landespolitiker, die ihre Ausgaben zu wenig nach den Einnahmen und ihre Verschuldung zu wenig nach dem Zumutbaren ausrichteten.

Dies alles sage ich weder, um andere anzuklagen, noch, um uns zu entschuldigen. Ich sage dies nur, um alle zu ermuntern – durch Erfahrung klüger geworden – mit besseren Vorsätzen gemeinsam nach vorne zu blicken!

Im Juni werden wir den Haushalt 1967 verabschieden. Der Haushalt 1968 wird bereits eingebettet sein in eine mittelfristige Finanzplanung, an der wir arbeiten.

Wir legen bei der Haushaltspolitik Wert darauf, daß

- a) der Ausgleich erfolgt zuerst durch Streichungen, dann durch Abbau von Vergünstigungen und erst dann durch Steuererhöhungen, – und das nur dann, wenn diese unabweisbar und konjunkturgerecht sind;
- b) bei alledem unser gesellschaftspolitisches Programm erkennbar bleibt;
- c) in der Haushaltspolitik Soll und Ist sich decken;
- d) jeder Haushalt in die Konjunktur und in die mittelfristige Planung paßt;
- e) die Struktur des Haushalts, die Art seiner Finanzierung, kurzum: seine volkswirtschaftliche Qualität besondere Beachtung finden.

Die Öffentlichkeit will nun nicht mehr hören, ob wann welches Defizit besteht, sondern allein daß und wann und wie der Ausgleich erfolgt. Wer eine bessere Konjunktur will, muß dem entsprechen, denn Klarheit hier – und das bald! – ist eine ihrer Voraussetzungen.

8. Wenn wir ein modernes Land bleiben wollen, müssen wir Europa wollen. Wir erwarten politische Impulse von der bevorstehenden Konferenz in Rom. Es wäre erwünscht, wenn die Regierungschefs sich in ähnlicher Weise jährlich treffen könnten.

(Beifall)

Wir erhoffen Fortschritte von der Fusion der europäischen Exekutiven. Gerne hätten wir Professor Hallstein weiter an der Spitze in Brüssel gesehen. Diesem verdienten, deutschen Europäer sagen wir Dank.

(Lebhafter Beifall)

Wir begrüßen den britischen Antrag zur EWG hin und wollen ihn – nach Kräften – fördern.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat in der Kennedy-Runde erfolgreich operiert und mit einer Stimme gesprochen. Wir wünschen keinerlei Gefährdung dieser Gemeinschaft! Auch deshalb sind wir für konstruktive und gezielte Beratungen des britischen Antrages.

USA, Sowjetunion und Rotchina – das sind die Giganten der Welt von heute und morgen. Und Europa? Europa wird ein abhängiger, zurückbleibender, politisch unbedeutender Bezirk sein, wenn es sich nicht einigt, nicht seine Finanzkraft, seine Forschung, seine Unternehmungen zumindest koordiniert.

Die europäischen Exekutiven haben dem Ministerrat ein ernstes Memorandum zugeleitet; darin heißt es:

„Europa ist im Bereich der Forschung und Entwicklung insgesamt im Rückstand. Zahlreiche Anzeichen lassen darauf schließen, daß sich der Abstand vor allem gegenüber Amerika mit der Zeit vergrößert; heute kann er noch aufgeholt werden, droht jedoch, falls nicht rechtzeitig eine Lösung gefunden wird, zu einer dauernden Unterlegenheit zu führen.“

Wir wollen Europa nicht aus Ungestüm, sondern aus Einsicht; auch nicht wegen des „Kalten Krieges“, aus ideologischen Theorien oder der Überschriften wegen. Wir wollen Europa im Lichte aller unserer Erfahrungen und wegen unserer Erkenntnisse für die Zukunft. Europa – das fordern wir nicht aus irgendeinem Anti, sondern für eine bessere, friedliche Zukunft.

Walter Hallstein hat recht, wenn er sagt:

„Als ohnmächtiger Zuschauer verfolgen die Europäer, wie gewaltige Mächte kontinentalen Umfangs der Versuchung ausgesetzt sind, Himmel und Erde untereinander aufzuteilen. Vom Mittelpunkt der Weltpolitik ist Europa an ihre Peripherie gerückt. Sein früheres geistiges Übergewicht wird zum wissenschaftlich-technologischen Untergewicht. Provinzialismus und die Mattigkeit der Sättigung dominieren.“

Wir sehen nicht ohne Besorgnis, wie andere Länder, die mit uns im Welthandel konkurrieren, sich nicht nur im grenzüberschreitenden Verkehr, sondern auch durch Förderung ihrer produktiven Wirtschaft und ihrer Wissenschaft um günstigere Startbedingungen bemühen.

Wir sehen auch, wie die Mächte mit einer entwickelten Raumfahrt und mit starker nuklearer Position Ergebnisse der aus Steuermitteln betriebenen militärischen und staatlichen Forschung ihren Industrien zur Verfügung stellen. Unsere Patent- und Lizenzbilanz ist negativ. Wir müssen auch diese Fragen international auf den Tisch legen. Wir nützen weder Europa noch uns selbst, wenn wir irgendwo und irgendwie über unsere Probleme liebenswürdig hinwegschweigen. Interessen sind da. Sie in gehöriger Form auszutragen ist für alle besser, als – nach vornehmem Schweigen – zu erkranken.

Zu einer Politik, die die Wirtschaftskraft für morgen stärken will, gehört auch, daß wir Europäer – und wenn es gewünscht wird auch im atlantischen Rahmen – zu einer verstärkten Zusammenarbeit kommen, wirtschaftlich, technologisch und sozial. Die eigene Kraft reicht, isoliert, nicht weit genug. Aber: Wer die eigene Kraft nicht als Voraussetzung der Zusammenarbeit sieht und zunächst fördert, schadet sich und den anderen!

Diese Politik erfordert zwingend, daß einmal die Bundesfinanzen die wissenschaftliche Entwicklung in Deutschland ausreichend fördern, und zum zweiten, daß überhaupt Steuergelder auch für Projekte internationaler technologischer Zusammenarbeit disponibel sind bzw. werden. Politik kostet Geld, zukunfts-gerechte Politik kostet viel Geld. Und: Geld hierfür ausgeben, heißt: es für anderes nicht ausgeben.

Wir müssen die Scheu vor kontinentalen und atlantischen Dimensionen überwinden. Wir brauchen Unternehmen europäischer Größenordnung, gemeinsame Forschung und vermehrte Kooperation.

Wer von Europa spricht, muß von Deutschland und Frankreich sprechen. Die Bundestags-Fraktion hat die Bemühungen der neuen Bundesregierung um unseren französischen Nachbarn lebhaft begrüßt, gefördert und unterstützt. Dies schließt Freundschaft zu anderen nicht aus, sondern ein, – wie Konrad Adenauer noch in seinem Tode symbolkräftig bewies.

Dies in Erinnerung rufen heißt auch:

Wir müssen mit Rom und London, mit Brüssel und Den Haag, mit Luxemburg und den Skandinaviern Freundschaft pflegen, und – die Völker Ost- und Mitteleuropas müssen wissen: Unsere Hand ist ausgestreckt. Wir sind bereit, eine europäische Friedensordnung mitzugestalten. Wir suchen Versöhnung und dauerhafte Ordnung in ganz Europa – und betrachten dies als Auftrag unserer Generation.

(Beifall)

9. Wir sind vital interessiert an Entspannung. Wir wissen, daß nicht jeder Schritt hierzu beladen werden darf mit dem vollen Gewicht der deutschen Frage. Aber wir wissen auch: Voraussetzung der Entspannungspolitik bleibt unsere Sicherheit, bleibt das Bündnis.

Wenn heute allgemein davon ausgegangen wird – und wohl auch ausgegangen werden kann –, daß die akute Gefahr einer militärischen Aggression aus dem Osten schwindet, so ist dies nicht zufällig, so ist dies nicht Folge einer im Osten geänderten Anstrengung oder Doktrin, sondern Folge der Verteidigungskraft unserer westlichen Allianz. Zu dieser tragen wir, die Deutschen, wesentlich bei.

Daraus wiederum folgt: Wenn heute ernsthaft von West nach Ost politisch gesprochen werden kann, so ist und bleibt dies möglich, weil es das Bündnis und unseren Beitrag dazu gibt. Niemand sollte beide Zusammenhänge je übersehen. Darum gehe ich einen Schritt weiter: Nicht nur das Bündnis, nicht nur diese militärische Effizienz, bleiben entscheidende Voraussetzungen der Entspannung, sondern der Geist der Solidarität unter den Bündnispartnern, also auch deren Rücksicht aufeinander. Schwände diese, weil ja jeder auf eigene Faust

statt der Entspannung seine Entspannung suchte, so wären die Folgen für alle zwar ausdenkbar, blieben besser aber heute unausgesprochen.

Die deutsche Politik stand und steht unter dem zentralen Gesichtspunkt des Friedens. Wir bemühen uns, dem vernünftigen Zugleich von Sicherheit durch Abschreckung und Entspannung zu entsprechen. Die nachhaltigen Bemühungen um Devisenausgleich stehen als Beispiel für das eine und die Friedensnote für das andere.

Wir sehen mit Besorgnis, daß die Sowjetunion nicht nur ein bemerkenswertes Desinteresse an der Beendigung des Krieges in Vietnam an den Tag zu legen scheint, sondern auch an Spannungen in der freien Welt interessiert ist, — wie ihr Verfahren in Sachen Nonproliferation beweist. Wir sehen, daß in diesem Jahr, dem des 50. Jubiläums der sowjetrussischen Oktoberrevolution, besonders wenig sichtbares Entgegenkommen aus Moskau zu spüren ist.

Wir haben auch die Bemerkung Breschnjews registriert, daß einmal die Atmosphäre des Kalten Krieges und der Konfrontation der Militärblöcke „die Tätigkeit der revolutionären Kräfte stark erschwere“ und daß zum anderen „der merkliche Rückgang der antikommunistischen Hysterie und der wachsende Einfluß der kommunistischen Parteien Europas auf das unmittelbarste mit der sich anbahnenden Entspannung in Europa zusammenhängen“ (TASS vom 24. 4. 67). Unsere Auffassung zu den Fragen, welche die Sowjetunion nach eigenen Erklärungen vital interessiert, ist doch alles andere als störend für die auch von uns gewünschte Entspannung. Warum hört Moskau gleichwohl nicht auf, uns zu beschimpfen? Wir, die Deutschen, können nicht einmal im Ton Entspannung feststellen — noch weniger an der Mauer in Berlin.

Gleichwohl sollten wir bald und in guter Form die Januar-Note aus Moskau beantworten.

Die nuancierte Einlassung der Bundestags-Fraktion zur Nonproliferation und ihre Argumentation hat ansteckend auf andere Fraktionen gewirkt, der Bundesregierung geholfen und auch draußen manch offenes Ohr gefunden.

Ich will nur dieses anmerken: Es werden — ohne östliche Gegenleistung — Truppen des Westens verringert. Unsere militärische Sicherheit wird nicht beeinträchtigt. Gut.

Es werden Verhandlungen über Nonproliferation geführt. Unsere militärische Sicherheit und unsere zivile atomare Nutzung werden davon nicht beeinträchtigt. Gut.

Indem wir das so sehen, erwarten wir, daß alle ebenso gut diese Frage verstehen: Wo eigentlich ist der Ort und wann der Zeitpunkt für das Einfädeln der deutschen Frage in alle diese Dinge? Mit allem Nachdruck sage ich: Die Lösung der deutschen Frage darf nicht auf ungewisse Zukunft vertagt werden.

(Beifall)

10. Die Menschen in der Zone — und um diese deutschen Europäer geht es — sehen nicht in allem, was wir hier machen, ihr Leitbild bestätigt. Uns stehen weder erhobener Zeigefinger noch onkelhaftes Getue zu. Uns steht zu, mit aller Kraft unserer gesamtdeutschen Sorgepflicht zu entsprechen.

Die Menschen drüben haben ein Gefühl, abgesondert, gemeinsam Schweres ertragen und gemeistert zu haben. Aber sie sind keine Kommunisten geworden. Sie erwarten unsere stetige Initiative.

Im Januar ist in Ostberlin ein lesenswertes Buch erschienen: „Jugend heute“; Autor ist Walter Friedrich, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Amtes für Jugendfragen beim „Ministerrat der DDR“. Darin heißt es: „Die weltanschaulichen, gesellschaftlichen und moralischen Einstellungen der Kinder sind eindeutig an den Normen der Familie orientiert. ... Die ideologische Prägung erfolgt u. E. entscheidend durch die Familienerziehung. Der Einfluß der Familie auf die politisch-weltanschaulichen und die damit verknüpften Einstellungen ist gegenwärtig sehr groß.“

War nicht unter Marxisten immer davon die Rede, daß es die ökonomischen, die gesellschaftlichen Verhältnisse seien, die das Bewußtsein des Menschen bestimmen? Und hier wird offiziös, nach zwanzigjähriger Indoktrination, festgestellt: Nicht die Partei, nicht die FDJ, nicht sonstige gesellschaftliche Verhältnisse prägen entscheidend das Bewußtsein der Jugend, sondern vor allem anderen – die Familie!

Wer wollte es auf sich nehmen, vor dieser Jugend und vor diesen deutschen Familien zu kapitulieren? Das aber täte, wer Ulbrichts Separatismus sanktionierte.

(Beifall)

Dieses Nein zum Falschen – so wichtig es ist – genügt nicht.

Wir müssen uns Gedanken machen auch über die militärischen, ökonomischen und ideologischen Interessen der Sowjetunion in Mitteleuropa – und darüber, ob und wie wir dem entgegenkommen können. Heute gibt es keinen Preis für die deutsche Einheit; aber es wird ihn geben, – es wird ihn geben, wenn wir das ausloten, wachsam verfolgen und dabei die äußerste Grenze unserer Zugeständnisse vorher kennen.

Es wird ihn nicht geben, wenn wir entweder immobiles Nein zu allem oder lauthalses Ja zu den Ausverkaufspositionen der vielen billigen Jakobs sagen!

(Beifall)

Und schließlich: Auch Pankow ist wichtig, aber Moskau ist wichtiger.

Wir wissen, was alles der Lösung der deutschen Frage entgegensteht. Wir wissen zugleich, daß sie durch Resignation, gar noch der Deutschen, unlösbar würde; daß ohne Lösung unserer Probleme eine europäische Ordnung, die gerecht und dauerhaft ist, unmöglich bleiben wird.

(Beifall)

Wir wissen weiter: Wir werden weder die SBZ als „DDR“ anerkennen, noch etwas tun, das sachlich oder tatsächlich oder in der Weltmeinung so aufgefaßt werden müßte. Die Verzichts-Romantiker und die Anerkennungs-Fanatiker helfen nicht weiter. Ebenso hinderlich sind die, welche jede neue Methode, jede andere Erwägung schon als Prinzipien-Verstoß ansehen.

Auf unserem Programm stehen:

a) Zu kämpfen für menschliche Erleichterungen im ganzen Deutschland. Wir haben initiativ eine neue Runde eröffnet. Ohne politische Veränderungen könnte vieles zugunsten der Menschen geschehen. Nicht politische Forderungen – gar maximale – nach vorne zu spielen ist unser Bedürfnis. Für die Menschen zu handeln ist unsere Maxime.

b) Eine europäische Friedensordnung mit Selbstbestimmung der Deutschen durch europäische Bemühungen leichter zu machen. Wir werden uns nicht berirren lassen, mit Festigkeit und Geduld zu erreichen, daß deutsche Botschafter nicht nur in Moskau und Bukarest das wirkliche Deutschland vertreten.

c) Gestützt auf unsere Freunde den Ausgleich nach Osten und das – würdige – Gespräch mit Moskau zu suchen.

Leider stellt Moskau sich – selbst laut und oftmals beleidigend werdend – taub zu dem, was wir sagen. Leider schreibt Pankow zwar viele Briefe, tut und sagt aber nichts Neues. Wir werden in dieser Papierflut weder ertrinken noch die gewonnene Initiative wieder verlieren.

(Beifall)

Unsere Reaktion wird bestimmt bleiben einmal von dem, was für die Menschen an humanitärem Fortschritt erreichbar ist, und zum anderen davon, was uns unsere prinzipiellen Positionen erlauben. Und: Wir werden nicht alles auf offenem Markte erörtern. Wir warnen vor denen, welche Gräfin Dönhoff als ostpolitische „Hektiker“ abqualifiziert, weil sie „mit doppelter Geschwindigkeit kopflös in die Zukunft brausen“.

Der Wille zur Selbstbehauptung der Deutschen; die Erkenntnis, daß hierzu langer Atem wie die Kunst notwendig sind, zu wissen, wo Kampf und wo Dialog, wo Reden und wo Schweigen, wo Reagieren und wo Ignorieren am Platze sind; der Zusammenhalt der Deutschen über künstliche Grenzen hinweg; die Unterstützung möglichst vieler in aller Welt für unser Anliegen – das bleiben Notwendigkeiten der deutschen Politik.

Unsere Verbündeten haben uns feierlich bekundet, wir – allein wir – sprechen für das ganze Deutschland. Also stehen wir auch international auf gutem Grund, wenn wir den status quo weiterhin in Frage stellen. Daß wir dabei nicht bequem und jedermanns Liebling sein können, ist offenkundig.

Niemand soll sich täuschen: Nicht nur menschliche, geschichtliche Verpflichtung hält uns an zu gesamtdeutschem Tätigwerden, sondern auch dies: gar zu leicht kann sich die Politik um die Bundesrepublik Deutschland herum und an ihr vorbei entwickeln. Uns selbst müssen nicht nur Geduld und Festigkeit, sondern auch Phantasie eigen sein! Wer ohne dieses Engagement für das ganze Deutschland antritt, wird am Schluß nicht einmal die Bundesrepublik Deutschland als Sprecher der Deutschen behalten!

Zur Partei:

1. 1980 ist uns näher als 1950.

Neue Fragen sind gestellt. Wir brauchen Antworten darauf, die wir miteinander, in der Partei, erarbeiten. Nicht nur Abgeordnete und Minister und Landesvorsitzende, alle unsere Freunde, haben Recht und Pflicht, auch die Bundespolitik mitzugestalten.

Wir brauchen — gerade die Bundestagsfraktion braucht — eine von der ganzen Partei getragene Bundespolitik; eine moderne Partei, die — treu zum kleinen Mann — im Volk steht.

Die Finanzverfassungs-Reform macht offenkundig, daß wir miteinander beraten und entscheiden müssen — ob wir nun Gemeinderäte oder Kreisvorsitzende, Bürgermeister oder Abgeordnete, Minister oder „Nur“-Mitglied sind. Übrigens: Wenn wir dieses „Nur“ streichen, werden wir mehr Mitglieder haben, vor allem, wenn wir als Union eine Institution wirksamer Meinungsbildung auch von unten nach oben werden.

(Beifall)

Warum muß Professor Müller-Armack seine Analysen und Vorschläge in Briefen und Artikeln unterbreiten? Warum schaffen wir nicht den Ort für solche Gespräche? Zum Beispiel in Eichholz?

(Beifall)

Auf dem letzten Parteitag habe ich den Seufzer ausgestoßen, daß ich den „Formelkram der Tageskompromisse“ leid sei; dieser könne weder den politischen Gehalt ersetzen und die Ziele geben noch die erforderlich breite Verankerung der Politik im Volk bewirken: Ebendies könne nur die Partei. Das — erneut — zu sagen, bleibt notwendig.

Wir brauchen mehr Selbstbewußtsein der Partei und Unbefangenheit gegenüber allen Ämtern. Wir machen unsere Politik — nicht, was Verbände mit Ministerialbeamten und diese mit Fachjournalisten ausmachen. Unsere Politik wird aus der Partei geformt.

(Beifall)

Weiter rate ich, die Scheu zu überwinden, eine Sach- oder Personalentscheidung nach gehöriger Debatte durch Abstimmung zu beenden.

Und schließlich empfehle ich, den Satzungsentwurf anzunehmen. Das Gerede von Parteireform muß ein Ende haben. Der Wettbewerb der Großen Koalition ist von besonderer Art. Er zwingt uns, der Bundespartei mehr Rang und Handlungsfähigkeit zu geben. Und ich füge ganz offen hinzu: Wir haben bestimmte Bundesministerien nun nicht mehr unter unserer Leitung. Die Fraktion sieht daraus entstandene Probleme und ist um Abhilfe bemüht. Lösen können wir diese Probleme nur miteinander.

2. Als christlicher Demokrat fühle ich mich unwohl bei der gegenwärtigen kulturpolitischen Diskussion quer durch Deutschland. Mir paßt es weder, daß wir hier die Getriebenen, dort die Modernisten, anderswo die Nachhinkenden zu sein scheinen.

Wer den geschichtlichen Ansatz und den geistigen Impuls der Union noch lebendig empfindet, wird da ähnlich reagieren.

Wir können doch schöpfen aus unserer Substanz: Auch kulturpolitisch haben wir weder Scheuklappen abzulegen noch Mauern einzureißen. Wir müssen uns besinnen auf unseren Ansatz des Miteinander und auf unser Verständnis der Union als einer politischen Bewegung mit dem Lebensgesetz der Integration durch Toleranz. Das ist unserem Volk bisher gut bekommen.

Wenn nicht diese Union, wer dann sollte neue Antworten finden, die Substanz erhalten und Ausgleich bewirken? Die den Eltern ihr Recht, den Kindern die optimale Ausbildung, der Gesellschaft die Toleranz und dem Staat seine Pflicht sichern?

Ich verspüre kein Bedürfnis, die kulturpolitischen Kompetenzen des Grundgesetzes zu verändern. Aber ich hielte es für gut, die kulturpolitischen Grundnormen des Grundgesetzes zeitgerecht und vollständiger zu formulieren. Unsere Verfassung hat eine anspruchsvolle Präambel; unsere Union einen verpflichtenden Namen; andere Parteien rühmen sich ihrer gewandelten Einstellung zu diesen Werten. Warum da nicht handeln?

Das Staatskirchenrecht des Grundgesetzes ist aus der Weimarer Verfassung übernommen. Das Konkordat gilt völkerrechtlich; daran bleiben wir interessiert. Zugleich kann der Bund wesentliche Bestimmungen wegen veränderter Verfassungslage nicht garantieren. Einige Länder haben Verträge mit beiden Kirchen geschlossen, einige haben Wege direkt nach Rom gefunden, andere suchen sie. Ich bin nicht für Vereinheitlichung so einfach hin. Aber ich bin dafür, daß die Bundesregierung das Gespräch auch in diesen Fragen aufnimmt mit beiden Kirchen und mit den Ländern.

Und ich bin dafür, daß die Große Koalition prüft, ob nicht auch hier ein Feld staatspolitischer Führung sich auftut: Irre ich, wenn ich meine, eine Chance zu kulturpolitischer Befriedung in Deutschland zu erkennen? Ist es falsch, zu ermuntern, daß sie ergriffen wird, indem man die hier und dort sich doch abzeichnende Einigung in der Substanz dieser Probleme ins Grundgesetz schreibt? Würde das nicht denen, die immer noch Zwietracht säen wollen, das Handwerk legen und die Stabilität unseres Landes, dessen inneren Frieden und künftige parteipolitische Entwicklung fördern?

3. Es genügt für morgen noch weniger als bisher, bloß an die generelle Treue zum „C“ zu appellieren. Die Konsequenz heißt nicht, das „C“ zu streichen oder verblassen zu lassen, Sie heißt vielmehr, den Anspruch des Christlichen immer wieder neu zu erfüllen, zu verlebendigen, zu konkretisieren, ihn immer wieder zu befragen und zu prüfen auf seine Aussagen auf die Zukunft hin.

Das Christliche darf uns eben nicht zum Buchstaben zusammenschmelzen; dann wäre dieses „C“ ja etwas Restauratives, Peinliches, Enges; „C“ war, ist und bleibt etwas der Wirklichkeit Zugewandtes, Tolerantes, Weltoffenes. Hier heißt christlich sein ganz einfach: Unvoreingenommen sachlich den Menschen dienen; von keiner die Wirklichkeit verzerrenden Ideologie belastet; verantwortlich dem eigenen Gewissen – und dieses kennt Gottes Wort und Gebot. Wir haben unseren politischen Auftrag immer aus eigener Entscheidung, nie aber von einer Institution bezogen. Wir können daher – wohl als Union insgesamt – dem Konzil nur zustimmen, wenn es fordert, „daß zwischen dem, was die Christen als einzelne oder in Verbänden in eigenem Namen als Bürger, die von ihrem christlichen Gewissen geleitet werden, und dem, was sie im Namen der Kirche ... tun, klar unterschieden wird“. Und wenn Religion und Kirche sich zugleich begreifen als „Zeichen und Schutz der Transzendenz der menschlichen Person“, so kann auch das uns allen etwas geben.

Für unser Land ist das übrigens nicht neu. Ludwig Windthorst hat so gehandelt – nicht nur im Kölner „Gürzenich“.

So entbindet uns auch unser Name nicht von der Notwendigkeit zu sagen, wie wir uns die Zukunft vorstellen. Bei allem Vorrang der Tagespolitik müssen wir auch schon die Prioritäten von morgen und übermorgen vor Augen haben. Sonst würden die Weichen falsch gestellt.

Es sind dies die Prioritäten, die eine moderne Industriegesellschaft fordert und bei denen es gerade für die CDU um den Menschen in dieser Gesellschaft geht, um die Familie, in der er reift; um den sozialen Aufstieg, auf den er Anspruch hat; um die Bildung, die er sucht; um eine Sicherung fürs Alter, die ihn freier macht, um eine Heimat, in der er sich wohlfühlt, um die Achtung seiner Personwürde – auch im Betrieb, durch jede Verwaltung, gegen alle Zivilisationsgefahren; um das Eigentum für jeden.

4. In einer weltgeschichtlichen Epoche der ungeheuerlichen Möglichkeiten der Technik, insbesondere der Kernenergie, der Chemie und der Biologie, in der auch die Weltmächte, ob sie es wahrhaben wollen oder nicht, vor der physischen Gewalt, von der sie ihren Rang ableiten, nur noch erschauern können, vermag nur eine neue Politik uns selbst und der Völkerfamilie zu helfen. Die Unanwendbarkeit der äußersten Gewalt für machtpolitische Zwecke – das ist eine Erkenntnis, die in unser gesamtes politisches Denken tief hineinwirkt.

Dabei sind die Völker in vitaler Weise auf die Nutzung der Kernenergie angewiesen. Der Kampf gegen den Hunger wird sonst verloren werden und mit einer entsetzlichen Katastrophe enden. Gewonnen werden kann er nur mit dem nuklearen Potential aller Industriestaaten, die hier, ob sie Kernwaffen besitzen oder nicht, eine gemeinsame Verantwortung haben.

Nicht nur die Zahl der Erdbevölkerung, auch die der Analphabeten steigt; und die wirtschaftliche Lücke zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern ist größer geworden. Unwissenheit, Hunger, Armut der Mehrheit der Menschen können leicht schon bald gegen Sättigkeit, Bildung und Reichtum einer Minderheit stehen. Die soziale Frage wie die Bildungsfrage wachsen, über die Nation hinaus, zur zentralen Frage der Menschheitsfamilie heran.

Diese weltpolitische Epoche legt uns als Partei zweierlei nahe: den Kampf gegen alle falschen Töne des Nationalismus und die Absage an die herkömmliche Machtpolitik.

Wir haben parteipolitische Gegner: Sozialisten und Freie Demokraten. Wir haben auch politische Feinde: die Radikalen von links- und von rechtsaußen.

Wir haben keinen Nachholbedarf des Beweises unserer nationalen Gesinnung. Wir haben einen Karren aus dem Dreck gezogen – und dies aus Liebe zu unserem Volk –, einen Karren, den wir dort nicht hingebraht hatten; er war dort hingekommen durch rechtsradikale Verführer. Wir haben von der Ehre der deutschen Soldaten gesprochen, als andere diese verunglimpften. Wir haben – in Not und Elend – die Positionen des ganzen Deutschland mit Klauen und Zähnen verteidigt, als andere verzagten oder dem Verzicht das Wort redeten.

(Beifall)

Wir – die Union – brauchen unsere nationale Gesinnung nicht zu beweisen: Deutschlands Wiederaufbau und Weltgeltung sprechen dafür. Wer in Deutschland nun mit falschem Pathos und bekannten Phrasen rechtsaußen trommelt, der marschiert rückwärts – rückwärts, wie die in der Welt, welche immer noch oder schon wieder „die“ Deutschen mit heimlichen Stempeln versehen.

Wer sich in der Welt Sorge macht um Deutschland, der soll anerkennen, was ist: Hier ist ein erneuertes Deutschland, dessen demokratische und soziale Wirklichkeit keinen Vergleich scheut. Wir haben Deutschland ein Ziel gesetzt. Es heißt: Europa. Noch etwas anderes haben wir getan: Wir haben – in unserem Programm, in unserer Politik, in unserer Verfassung – Abschied genommen von der herkömmlichen Machtpolitik.

In den – oftmals mit besorgten internen Diskussionen erfüllten – letzten Wochen fragte mich ein Mann, dessen Urteil ich hoch schätze: „Werden wir Deutschen denn nie mehr eine Rolle in der Welt spielen?“

Mir scheint die Fragestellung wichtig. Die redliche Antwort heißt: Im Sinne herkömmlicher Machtpolitik werden wir Deutschen, selbst wenn wir es wollten, auf absehbare Zeit keine selbständige Rolle mehr spielen. Aber, so meine ich, unser nationaler Ehrgeiz will das ja gar nicht. Wir haben eine bessere, gegenwartswirksamere und zukunftsgeringere Möglichkeit: Unsere Chance liegt darin bedeutsam zu werden für die Menschheit durch Werke des Friedens. Da, allein da, liegt unsere Aufgabe.

Indem wir uns darauf bescheiden, wächst uns Rang und Einfluß zu. Die Anerkennung unserer wirtschaftlichen Leistung in der Welt; unsere Entwicklungshilfe – vor allem die durch Menschen; unsere kulturellen Aussagen; unser demokratischer Stil; unsere soziale Wirklichkeit; neue Ideen, geistige Leistung, nüchterne Arbeit, Zuverlässigkeit – das gibt uns ein neues Prestige.

Wir werden, indem wir der menschlichen Gesellschaft nützlich sind, als Deutsche angesehen sein. Und indem uns das zuwächst, wird es leichter sein, unser Interesse zu wahren. Hier liegt unser Akzent für ein allein so verstandenes ganz anders begriffenes, neues Mächtig-Werden der Deutschen. Indem wir uns beteiligen an glaubhafter Abschreckung im Bündnis und einen eigenen Beitrag dazu leisten, im übrigen aber bewußt Abschied nehmen von herkömmlicher Machtpolitik, wächst uns eine neue Art des Mächtig-Seins der Deutschen zu.

Da über Entwicklungshilfe Streit entstanden ist, möchte ich diese Tatsachen festhalten: 42 Prozent werden von der privaten Wirtschaft getragen; 80 Prozent der mit öffentlichen Mitteln finanzierten Hilfe sind verzinsliche und rückzahlbare Kredite; über 80 Prozent der gewährten Kredite fließen als Lieferaufträge an die deutsche Wirtschaft zurück; 1966 sind 250 Millionen DM an Zinsen und 420 Millionen DM an Tilgungen von den Entwicklungsländern eingegangen. Das muß gesehen werden.

Wer gemerkt hat, wie hellhörig viele in der Welt wurden, als wir – selbstbewußt, selbstverständlich und erfolgreich – pochten auf „keinerlei Beeinträchtigung unserer zivilen, friedlichen, atomaren Entwicklung im Zusammenhang mit der Nonproliferation atomarer Waffen“, – wer das bemerkt hat, kann etwas ahnen von dem, was einem Deutschland in der Welt zuwachsen wird, das seinen Ehrgeiz allein in Werken des Friedens sieht.

Die Bundestags-Fraktion glaubt, ihre Politik stehe im Einklang mit dem, was die Partei vermag und will. Wir stellen uns der Diskussion und Ihrem Urteil. Politik ist Sorgen für die Menschen. Sie ist keine Sache der großen Worte, sondern nüchterne Alltagsarbeit. Im täglichen Kompromiß muß sich Prinzipientreue bewähren, muß das eigene Programm erkennbar bleiben. Wir haben keine Zeit für Polemik um der Polemik willen, keine Zeit für politisches Gezänk, für parteiischen Geist und Profilneurosen. Wir sind entschlossen zu einer sachgerechten Politik, die ein sichtbares hartes Ringen um den besten Weg – unter uns, wie mit anderen – einschließt.

Die Nervosität des vergangenen Jahres haben wir hinter uns. Drei Landtagswahlen stimmen uns zuversichtlich. Aber nirgendwo steht geschrieben, daß dies so bleiben muß. Es kann so bleiben.

Wenn wir weiter Erfolg wollen, müssen wir arbeiten, müssen wir zueinander stehen und das tun, allein das tun, was unser Volk von uns erwartet:

Aus unserem Gewissen handeln für Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Ich danke unserem Freunde Herrn Dr. Barzel, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, für seinen Vortrag, der über das Berichtende hinaus wertvolle und tiefe Gedanken enthalten hat. Vielen Dank!

Wir haben heute früh den Bericht des Bundesvorstandes, erstattet durch Bundesminister Dr. Bruno Heck, und soeben den Bericht von Dr. Rainer Barzel über die Bundestagsfraktion und ihre Arbeit erhalten. Ich denke, wir sollten beide Berichte nunmehr zur Diskussion stellen. Wenn Sie damit einverstanden sind, werden wir die Aussprache ohne Unterbrechung sofort beginnen. – Kein Widerspruch. Dann bitte ich um Wortmeldungen. Ich bitte, die Wortmeldungen hier herzugeben. – Es hat sich Herr Hans Nolte zur Diskussion gemeldet, und zwar zum Thema Parteiarbeit. Sie haben das Wort.

Nolte (Hessen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn ich als Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Fulda-Land hier einige Worte an Sie richten darf, so tue ich es, um ein paar Gedanken neu in die Parteiarbeit zu bringen.

Zunächst soll einmal festgestellt werden, daß es jetzt Zeit ist, intensiv Mitgliederwerbung zu betreiben. Die Einstellung zu unserer Partei hat sich seit etwa drei Monaten wesentlich gebessert. Dafür Herrn Bundeskanzler Kiesinger herzlichen Dank! Vielleicht sollte man hier den Vorschlag machen, für die Mitgliederwerbung stärkere Impulse vom Bundesvorstand ausgehen zu lassen. Das zweite etwas Kritische möchte ich mit Hilfe eines Bildes vorbringen. Ich möchte die Parteien einmal etwas abstrakt mit Tankstellen vergleichen. Wir, die CDU, konnten bis November vorigen Jahres ausschließlich „Regierungs-Super-Benzin“ verkaufen. Jetzt aber, seit November vorigen Jahres, haben wir einen Koalitionspartner, der stark genug ist, auch dieses „Regierungs-Super-Benzin“ zu verkaufen, und der von seinem normalen „Oppositions-Benzin“

abgekommen ist. Die einzige Folgerung kann für uns sein, daß unser Service besser werden muß. Dieser Service, dieses Scheibenwischen, die Vorträge, die Versammlungen müssen vor allen Dingen von oben verbessert werden. Es sollte möglich sein, daß sich unsere Parteiprominenz auch dann in diesen Service einschaltet, wenn es sich um den Landtagswahlkampf in Hessen handelt. Man hat uns beglückwünscht, daß wir bei der letzten Landtagswahl nur zwei Mandate verloren haben. Wir danken bestens für diese Glückwünsche. Dort, wo unser Altbundeskanzler Professor Erhard, der wahrscheinlich in diesen Tagen die wenigste Zeit hatte, aufgetreten ist, hat unsere Partei in Hessen nicht unbeträchtliche Stimmen hinzugewonnen. Dafür ihm unseren besonderen Dank.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, wir sind auf Ihre Mithilfe angewiesen. Helfen Sie uns in Hessen! Dann werden Sie sehen, daß die Erringung der absoluten Mehrheit in Hessen durch die SPD keineswegs zu den Naturgesetzen zählt, besonders dann nicht, wenn der jetzige zum hessischen Staatsinventar gehörende hessische Ministerpräsident durch einen prominenten Albaner ersetzt wird.

Wir haben den Mut nicht verloren, und wir werden ihn nicht verlieren. Wir sind in Hessen so weit vorn, daß es natürlich etwas dauert, bis der Wahlverstand nachkommt. Aber der wird größer, je kleiner der Große Hessenplan wird.

Noch ein Punkt ist es, der mir Sorge macht: die Diskussion um unseren Parteinamen. Man empfiehlt uns immer wieder, das „C“ zu streichen, und es gibt selbst bei uns, wenn auch nur vereinzelt, Stimmen, die darüber eine Diskussion wünschen. Wir sollten nicht darüber diskutieren, sondern wir sollten uns wieder mehr auf unseren Parteinamen besinnen. Die anderen Parteien beneiden uns um dieses „C“, weil sie es als unsere Ideologie ansehen und dabei an ihre eigene schwache Ideologie denken. Denn was haben sie für eine Ideologie. Der Godesberger Bartschwund von Karl Marx zu Lassalle dürfte kaum eine gute Ideologie sein. Das Wort „Politischer Liberalismus“ sollte man zweckmäßigerweise wie folgt übersetzen: der ständige Krampf, bei Wahlen die Fünf-Prozent-Klausel zu überspringen. Und die Ideologie der neuen Partei ist einem bekannten Säugetier entnommen: Überall meckern, auch dort, wo es nicht angebracht ist.

Darum sollten wir auf unserem „C“ bestehen und es durch unsere Parteipolitik verwirklichen.

Aber auch das „D“ ist von großer Wichtigkeit. Man kann sich in einer Partei wie der unsrigen nicht genug demokratisch auseinandersetzen. Aber, meine Damen und Herren, nehmen Sie es mir nicht übel: diese Auseinandersetzung muß innerhalb unserer Partei stattfinden. Wenn ich jetzt ein hartes Wort sage, so will ich nachträglich keine Kritik mehr üben. Aber ich sage es aus der Angst, daß wieder wie im Oktober/November vorigen Jahres die Zeit kommt, wo wir tagtäglich gezittert haben, daß Abmeldungen kommen. Es darf keine Personalpolitik à la Schneewittchen mehr in unserer Partei geben: Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Klügste im ganzen Land? Da der Spiegel zumindest im Märchen ein guter Spiegel ist, kam die betreffende Antwort wie gewünscht: Ihr seid der Klügste im ganzen Land. Vor lauter Freude hörte man

nicht mehr den Nachsatz, mit dem der Spiegel fortfuhr und sagte: Doch am klügsten ist der, der den Spiegel erfand.

Natürlich muß unsere Prominenz sich, sooft es geht, den Massenmedien stellen, aber für die Partei und nicht auf Kosten der Partei.

Wenn wir uns auch noch auf das „U“ der Union besinnen, dann, meine Damen und Herren, braucht uns um die Zukunft unserer Partei nicht Angst zu werden. Dann wird auch 1969 der Bundeskanzler Kiesinger heißen. Nur der Vizekanzler wird dann einen anderen Namen tragen. Ich hoffe, Sie sind mir nicht allzu böse, wenn er Franz Josef Strauß heißt. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Weitere Wortmeldungen? – Herr Möning aus Dortmund.

Möning (Westfalen):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich war mir darüber im klaren, daß sich der Bericht des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes, des Herrn Ministers Heck, nicht nur mit parteiinternen Angelegenheiten, sondern auch mit der allgemeinen Situation, mit einer allgemeinen Bestandsaufnahme beschäftigen würde. Es wurde viel gesagt, was falsch ist und was zu einer Fehlentwicklung geführt hat. Was in den letzten Jahren falsch gelaufen ist, das haben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, alle hautnah miterlebt. Darauf sollten wir jetzt nicht mehr so sehr Wert legen.

Wir wissen auch, was seit unserem letzten Bundesparteitag in Bonn fehlgelaufen ist. Damals haben wir hinsichtlich der Umbildung unseres Geschäftsführenden Vorstandes, des Präsidiums, aber auch der organisatorischen Umbildung einen klaren Auftrag gegeben. Ich jedenfalls meine, daß wir damals einen klar umrissenen Auftrag gegeben haben, aus dem sich ergab, was für unsere Union das Wichtigste ist.

Heute fehlt aber nun ein ganz konkreter Nachweis, was wir im letzten Jahr getan haben, um diese von uns allen gewünschte moderne Partei zu schaffen. Das ist auch im Hinblick auf die zukünftigen Wahlen in diesem Lande hier nicht unbedeutend. Wir vermissen also Aussagen über die speziellen Ergebnisse des Bonner Auftrages.

Man hat den Eindruck, daß wir zwar in Bonn – das sei mit Dank an unsere Minister gesagt – eine gute Politik leisten, die Geschichte macht. Wir machen eine gute Tagespolitik. Demgegenüber haben wir aber zuwenig beachtet, daß bei uns ein Substanzerlust stattfindet. Nun blasen wir zum Sammeln. Das ist gut so. Aber dieses Sammeln hat nur dann einen Sinn, wenn wir wirklich ernst machen mit der Entwicklung von Initiativen, mit der Förderung von Anlagen und der Nutzung der Interessen, die in unserer gesamten Union stecken.

In diesem Punkte möchte ich insbesondere Herrn Dr. Barzel danken. Er hat uns offenbart, daß sich die Meinungs- und Willensbildung in Zukunft im wesentlichen mehr auf der unteren Ebene abspielen soll. Im Bericht von Herrn Heck erfuhren wir nur, daß sich dort in bezug auf die Beiträge in Zukunft mehr abspielen soll. Ich meine, daß sich die Meinungs- und Willensbildung in all

unseren Organen mehr von unten nach oben fortsetzen muß. Das Vertrauen unserer Wähler, das wir auf der politischen Bühne wieder gewonnen haben, müssen wir durch das wieder zu gewinnende Vertrauen unserer Mitarbeiter und insbesondere der Mitglieder ergänzen, die in letzter Zeit doch in weiten Bereichen ein wenig abseits stehen. Wir müßten diesen Mitarbeitern und den Gremien die Möglichkeit geben, daß sie mit ihrem Aufwand, ihrer Kraft und ihrer Mühe Gehör finden. Die Meinungs- und Willensbildung sollte nach oben weitergetragen werden. Dort sollte sie in die politische Aktivität des Tages eingeflochten werden und dort ihren Niederschlag finden.

Wir haben einen Bericht zur Lage gehört. Ich persönlich bin ein wenig enttäuscht, daß wir keinen umfassenden Bericht über die Ergebnisse des Auftrages gehört haben, der im letzten Jahr erteilt wurde. Es wird höchste Zeit, daß die Union ein wenig davon abgeht, sich an den tagespolitischen Erfolgen festzuhalten. Sie muß wieder zu einer Substanzsammlung kommen. Sie muß zu einem schöpferischen Tun, zu einer schöpferischen Politik kommen, damit es in den Parlamenten und Kabinetten zu einer Berücksichtigung unserer Aussagen kommt. Wir müssen uns davor hüten, daß in den Ministerien von der Ministerialbürokratie — wir haben dafür eklatante Beispiele — Politik gemacht wird und daß unseren Referenten in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn die Aufgabe zufällt, schöpferisch tätig zu sein. Ich meine, wir sollten nicht nur reden. Nach diesem Parteitag sollten wir im nächsten Jahr ganz klar Rechenschaft fordern, was aus den Reden geworden ist.

Die Union besteht nicht nur aus Regierungs- und Kabinettsmitgliedern; die Union ist allumfassend. Sie umfaßt alle Schichten und unser gesamtes Vaterland. Unsere Kreisverbände können hier einen wesentlichen Beitrag leisten. Die Kreisverbände sollten nicht nur Wahllokomotive sein; sie sollten auch an der Meinungs- und Willensbildung unserer Union mitwirken können.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Liegen weitere Wortmeldungen vor? — Das Wort hat Herr Masuch vom Landesverband Rheinland.

Masuch (Rheinland):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die mutigen Worte, die Herr Minister Dr. Heck und der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Rainer Barzel gefunden haben, geben mir den Mut, vor diesem Hohen Hause an das Pult zu gehen. Ich habe ein Problem anzuschneiden, das Sie heute vielleicht nicht so sehr berührt, aber möglicherweise morgen.

Ich komme aus Oberhausen und bin der Kreisparteivorsitzende einer Partei, die mitten im Herzen des Industriegebietes lebt und arbeitet. Sie werden aus der Presse und dem Rundfunk erfahren haben, was dort geschehen ist. Ich komme zu diesem Parteitag unter einem bestimmten Eindruck. Seit Jahren habe ich wieder zum erstenmal rote Fahnen beim Singen der Internationale flattern gesehen. Unter diesem Eindruck — er ist vielleicht etwas gefühlsmäßig ausgedrückt — möchte ich sehr ernst den Appell an Sie richten, die Bergleute an der Ruhr nicht zu vergessen, die den vielgerühmten wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik mit begründet haben.

Hier handelt es sich um ein sehr ernstes Energieproblem. Wir in Oberhausen schauen vertrauensvoll auf unseren Bundeskanzler. Wir wissen, wie erfolgreich seine Politik ist. Wir haben nach den Maßnahmen, die die Bundesregierung jetzt eingeleitet hat, das feste Vertrauen, daß wir nicht vergessen sind. Darf ich aber nur an einem Beispiel anführen, wie tragisch die Entwicklung werden kann. Alle Maßnahmen auf sozialem Gebiet scheitern, wenn in einer Stadt, in der 2500 Erwerbslose da sind, für die es keine Arbeitsplätze gibt, eine Anlage schließen soll, wodurch 4000 Menschen arbeitslos werden, für die es keine Ersatzarbeitsplätze gibt.

Vorhin haben wir sehr klar und deutlich gehört, daß bei allen unseren politischen Betrachtungen der Mensch im Vordergrund steht. Unter diesem Gesichtspunkt und von diesem christlichen Standpunkt aus sollten wir diese ernste Situation betrachten. Ich bitte daher unsere Bundesregierung, den Herrn Bundeskanzler und unsere Minister, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Neben den bereits vorhandenen hohen sozialen Leistungen muß ein Sofortprogramm geschaffen werden, durch das Mittel bereitgestellt werden. Wenn schon Zechen geschlossen werden müssen, dann sollen das nicht die besten sein, die mit schwarzen Tüchern bedeckt werden. Es soll wirklich eine Auswahl stattfinden. Es sollten nicht Prämien für Stilllegungen gezahlt werden, sondern für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Nur das gibt die Garantie dafür, daß an der Ruhr keine Revolution losbricht. Hier liegt unsere Verpflichtung.

Ich hoffe, daß wir in Kürze sehr klare Maßnahmen von der Bundesregierung sehen. Sie kennen die Situation in Nordrhein-Westfalen. Wir haben eine Wahl verloren. Wir haben aber auch die große Chance, in diesem Ringen gerade das Vertrauen der Arbeiter wieder zu gewinnen. Darum bitte ich um Ihre moralische Unterstützung und unsere Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung um eine baldige Lösung mit einem Sofortprogramm; wir haben ja gesehen, wie so etwas in anderen Gebieten vorteilhaft angewandt worden ist. Ich brauche im einzelnen die Maßnahmen nicht anzuführen. Helfen Sie sofort, damit es an der Ruhr nicht brennt.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Ich danke unserem Freund Masuch. Ich stelle fest, daß keine Wortmeldungen mehr vorliegen. — Oder meldet sich noch jemand zu Wort? — Das ist nicht der Fall.

Dann unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten. Ich bitte, sich dann wieder einzufinden. Mit Ihrem Einverständnis werden wir sofort in die Diskussion über die Satzungsänderung eintreten. Dadurch nutzen wir die Zeit und entlasten die Beratungen des morgigen Tages.

(Unterbrechung)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die weiteren Beratungen.

Es beginnt die Arbeit dieses Parteitags, nämlich die Beratung über die Satzungsänderungen und im weiteren Verlauf die Entscheidung über die per-

sonellen Fragen, die damit verbunden sind. Für diese Beratungen steht uns nur eine bemessene Zeit zur Verfügung. Ich nehme an, daß wir heute bis etwa 19 Uhr durchberaten können. Die Beratungen können morgen vormittag nach dem Vortrag des Herrn Bundeskanzlers fortgesetzt und gegebenenfalls am Nachmittag abgeschlossen werden.

Ich schlage Ihnen vor, die am heftigsten diskutierten Fragen — das sind insbesondere die Fragen der Bestellung des Generalsekretärs, des Vorschlagsrechtes, des Abberufungsrechtes, der Hauptamtlichkeit und der Kompetenzen des Generalsekretärs — erst am morgigen Vormittag zu beraten. Mir ist mitgeteilt worden, daß an verschiedenen Stellen der Wunsch bestehe, diese Fragen vorzubesprechen. Vielleicht ergeben sich in den abendlichen Stunden Verständigungsmöglichkeiten eher als in der Hitze der Debatte.

Die entscheidenden Fragen der Satzungsänderungen werden wir also morgen beraten. Ich nehme jedoch an, daß wir bei einer großen Zahl von Satzungsänderungen bereits heute zu vorläufigen Entscheidungen — nämlich vorbehaltlich der Schlußabstimmung — kommen werden. Dazu weise ich darauf hin, daß nach § 34 der geltenden Statuten zu einer Änderung der Satzung die absolute Mehrheit der Stimmen der Delegierten des Parteitags notwendig ist. Nach meinen — der Bestätigung durch die Mandatsprüfungskommission bedürftenden — Feststellungen beträgt die Zahl der stimmberechtigten Delegierten 574. Die absolute Mehrheit der Stimmen der Delegierten des Bundesparteitags würde also gegebenenfalls mit 288 Stimmen erreicht werden. Ich bitte unseren Parteifreund Fricke, den Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, diese Feststellung zu überprüfen und gegebenenfalls zu berichtigen.

Dr. Fricke, Vorsitzender der Mandatsprüfungskommission:

Herr Präsident! Liebe Unionsfreunde! Die Mandatsprüfungskommission hatte die Aufgabe zu prüfen, ob die anwesenden Delegierten nach den satzungserrechtlichen Bestimmungen ihr Mandat rechtmäßig ausüben. Grundlage dieser Prüfung ist der § 20 des geltenden Statuts der CDU Deutschlands. Über die Zusammensetzung unseres Parteitags heißt es darin:

Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 75 000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 1000 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Die CDU der sowjetischen Zone (Exil-CDU) wird durch 75 Delegierte vertreten. Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße (Landesverband Oder-Neiße) hat 20 Delegierte.

Die Prüfung, ob diese Vorschriften eingehalten wurden, führte zu folgendem Ergebnis. Auf Grund des amtlichen Ergebnisses der Bundestagswahl vom 19. September 1965 hat die Bundesgeschäftsstelle im Auftrage des Bundesvorstands die Delegiertenzahlen ermittelt, welche den einzelnen Landesverbänden entsprechend ihren CDU-Wählerstimmen und ihrem Mitgliederbestand zustehen. Mit Schreiben vom 13. Februar 1967 wurden diese Zahlen den Landesverbänden mitgeteilt. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben.

Im gleichen Schreiben wurde den Landesverbänden eröffnet, wieviele Delegierte sie auf Grund ihrer Mitgliederzahlen darüber hinaus entsenden dürften.

Dabei legte die Bundesgeschäftsstelle die Meldungen zur zentralen Mitgliederkartei zugrunde, wie sie im geltenden Parteistatut zur Ermittlung der Delegiertenzahl festgelegt ist. Die beauftragten Vertreter der Landesverbände haben schriftlich bestätigt, daß die ihnen zustehenden Delegierten auf Grund des Satzungsrechts des jeweiligen Landesverbandes gültig gewählt worden sind. Dadurch ergab sich damit die Gesamtzahl von 574 stimmberechtigten Delegierten dieses 15. Parteitages. An Hand der Unterlagen des Tagungsbüros, die von den Landesverbänden schriftlich anerkannt worden sind, waren davon 567 anwesend. Beanstandungen oder Anfechtungen sind der Mandatsprüfungskommission nicht zugegangen. Es fehlen also sieben Delegierte.

Die Mandatsprüfungskommission empfiehlt, daß diese sieben Delegierten ihre Tagungsunterlagen noch dann erhalten können, wenn sie vor den morgen stattfindenden Wahlen hier eintreffen, weil im ursprünglich zugesandten Tagungsprogramm der Zeitpunkt für die Wahlen und Satzungsänderungen erst auf Dienstag festgelegt war. Ich bitte, dieses Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen. Zur Zeit beträgt also die Hälfte und eine einfache Mehrheit von 567 anwesenden und anerkannten Delegierten 288.

Präsident Dufhues:

Ich danke Herrn Dr. Fricke. Damit ist meine Feststellung bestätigt, daß die absolute Mehrheit der Stimmen der Delegierten des Bundesparteitages mit einer Zahl von 288 Stimmen erreicht ist.

Meine Damen und Herren! Die Abstimmungen erfolgen wie üblich durch Handzeichen, wobei ich die rote Stimmkarte zu benutzen bitte. Sollte die Abstimmung unübersichtlich sein, besteht die Möglichkeit, daß Sie unter Benutzung dieser Zettel: Ja – Nein – Enthaltung die entsprechenden Zettel abgeben, um dadurch eine sehr schnell durchzählbare Abstimmung zu erreichen.

Soweit geheime Abstimmung verlangt wird – und ich bitte Sie, das als theoretische Möglichkeit zu betrachten –, kann einem solchen Antrag nur stattgegeben werden, wenn er von einem Viertel der Anwesenden unterstützt wird. Die Abstimmung erfolgt dann gleichfalls unter Benutzung dieser Zettel oder eines Stimzettels. Da es den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle nicht möglich ist, jeweils sich durch die Reihen zu drängen, wäre ich dankbar, wenn die Damen und Herren Delegierten sich der Mühe unterzögen, den ihnen präsentierten Kübel jeweils weiterzureichen, wobei ich sicher bin, daß sich daran nur die Delegierten selbst beteiligen werden.

Herr Dr. Barzel hat es freundlicherweise übernommen, einen einleitenden Bericht über die Vorberatungen zur Änderung der Satzung zu erstatten. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Barzel:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Da ich die dornenvolle Aufgabe hatte, einer Kommission vorzusitzen, die diesen Entwurf bis hierher gebracht hat, habe ich jetzt die ehrenvolle Aufgabe, diesen Satzungsentwurf hier einzubringen.

Dieser Satzungsentwurf ist nötig aus einer Reihe von Gründen; einmal wegen des Parteiengesetzes, das wir im Juni verabschieden wollen. Das Parteiengesetz wird uns zwar erlauben, die Paragraphen unserer Satzung über die innere Ordnung der Partei, die neu gefaßt werden müssen, auf Grund des Parteiengesetzes erst zum 1. Januar 1969 in Kraft zu setzen. Das Präsidium hält es aber für besser, dies vorwegzunehmen und nicht auf den Gesetzesbefehl zu warten; dies auch, damit wir nicht im nächsten Jahr wieder einen Parteitag mit Satzungsänderungen und Personalentscheidungen haben. Wir halten es für besser, das auf einmal zu erledigen und vorwegzunehmen.

Der zweite Grund für die Änderung dieser Satzung ist unser eigenes Bedürfnis, die Bundespartei zu straffen und ihr jene Kompetenzen zu geben, die sie braucht für die Zeit, die vor uns liegt.

Ich glaube, wenn wir redlich sind, müssen wir sagen, daß diese Bundespartei bisher in den Kompetenzen, die sie praktisch hatte, sehr, wie soll ich sagen, bescheiden dotiert gewesen ist. Es war doch oft so, daß wir auf dem Bundesparteitag große Erwartungen der Delegierten verkündet bekamen, dann aber im Alltag oft, wenn die Bundesgeschäftsstelle oder die Bundespartei etwas wollte, hörten, darf ich es scherzhaft sagen —: Grüß uns nicht unter den Linden!

Wir glauben zum dritten, daß die Straffung der Bundespartei dringlich ist im Hinblick auf die Große Koalition. Der Wettbewerb mit dem anderen großen Partner stellt besondere Bedingungen, und wir meinen, es ist deshalb gut, die Möglichkeiten und Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Bundespartei handlungsfähiger wird. Das, meine Damen und Herren, sind drei Gründe.

Der vierte Grund ist dieser: Es ist aus der Partei selbst, zunächst von der Jungen Union und dann vom Rheinischen Parteitag, die Idee gekommen, einen Generalsekretär einzuführen, und das Präsidium hat sich dem nicht verschlossen und das in einem Gesamtpaket eines neuen Statuts hier vorgelegt. Der Entwurf dieses Statuts, meine Damen und Herren, der Ihnen, wie ich aus der Bundesgeschäftsstelle höre, zehn Stunden nach seiner Verabschiedung im Bundesparteivorstand zugegangen ist, sieht im wesentlichen — und ich darf mich beim Einbringen darauf beschränken — vier besonders wichtige Punkte vor.

Zunächst: Der Bundesparteiausschuß, das Gremium, das zwischen den Parteitagen das höchste Gremium der Partei ist, bestand bisher aus 200 Mitgliedern. Darunter befanden sich zahlreiche geborene Mitglieder. Dieser Bundesparteiausschuß soll auf 120 Mitglieder verkleinert werden, von denen 90 durch die Landesverbände delegiert werden. Wir erwarten von dieser Verkleinerung des Gremiums, daß es die Aufgaben, die ihm zukommen, besser wird erfüllen können und daß es auch häufiger wird tagen können.

Der zweite Punkt — und er ist schon etwas schwieriger — ist die Verkleinerung des Bundesvorstandes. Unser Bundesvorstand hat jetzt ungefähr 60 Mitglieder, darunter eine große Zahl geborener Mitglieder. Sie kennen das: die Herren Landesvorsitzenden, die Herren Vereinigungsvorsitzenden und viele andere. Das Parteiengesetz wird zwingend vorschreiben — und für eine andere Regelung ist im Deutschen Bundestag keine Mehrheit zu erwarten —, daß dem Bundesvorstand von politischen Parteien höchstens ein Fünftel, höchstens 20

Prozent Kolleginnen und Kollegen angehören dürfen, die anders als durch direkte, geheime Wahl des Parteitags selbst dort hingekommen sind. Das wird die Möglichkeiten der Kooptation ebenso beenden wie die geborenen Mitgliedschaften über ein Fünftel hinaus.

Aus diesem Grunde und wegen unserer Erfahrungen schlagen wir vor, den Parteivorstand auf 30 Mitglieder zu beschränken, von denen 3 geborene Mitglieder sind. Diese Beschränkung der Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes bringt es mit sich, daß wir in der Satzung besondere Institutionen vorgesehen haben für die Information und die Meinungsbildung hin und her zwischen Parteipräsidium und Landesvorsitzenden bzw. Vorsitzenden der Vereinigungen.

Dieses Verfahren der direkten Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes durch den Parteitag ist natürlich für eine Partei wie die unsere, für die Union, von besonderer Schwierigkeit. Sie wissen, man sagt scherzhaft: Wenn die geheime Demokratie ausbricht, weiß keiner, was am Schluß dabei herauskommt. Und so könnte ja natürlich ein Bundesvorstand herauskommen, der nicht voll den Erwartungen entspräche, die wir als Union soziologisch, konfessionell, landsmannschaftlich haben müssen. Aus diesen Gründen gibt es besondere Abstimmungsverfahren und Vorschlagsmethoden, die wir später sicherlich diskutieren werden, und aus eben diesen Gründen ist der Beschluß gefaßt worden, die Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden, wie Ihnen bekannt, auf fünf festzulegen, weil hier eine Möglichkeit ist, dem Unionsgedanken seinen Ausdruck zu geben.

Damit bin ich bei einem dritten wichtigen Punkt, der Tatsache, daß das Parteipräsidium künftig keinerlei Beisitzer mehr haben wird. Es wird aus den Mitgliedern bestehen, die, wenn ich es recht in Erinnerung habe, in § 29 genannt sind.

Und dann kommt der vierte Punkt, meine Damen und Herren, der Punkt, an dem sich, wie ich höre und wie wir auch gestern schon erfahren haben, die Gemüter wahrscheinlich ein bißchen erhitzen werden. Ich sage deshalb „ein bißchen“, weil es für mich keine „weltanschauliche“ Frage ist: Es handelt sich um die Fragen im Zusammenhang mit dem Generalsekretär, die der Vorsitzende, Herr Dufhues, eben genannt hat. Dieser Generalsekretär wird vom Parteitag auf vier Jahre gewählt. Da der Vorsitzende auf zwei Jahre gewählt wird, muß es eine Möglichkeit der Suspendierung, der Abberufung geben. Der Generalsekretär wird gewählt auf Vorschlag des Parteivorsitzenden, und er bekommt – und ich möchte Wert darauf legen, das zu betonen, weil es in der einen oder anderen Betrachtung, die man in der Presse nachlesen kann, die nicht von der Presse, sondern die von Kollegen kommt, ein bißchen untertrieben wird – Vollmachten, die wir für die Bundespartei bisher nicht hatten. Er wirkt mit bei der Ernennung von Landesgeschäftsführern. Es wirkt mit – bis zum Einvernehmen geht das – bei der Ernennung der Hauptgeschäftsführer der Vereinigungen. Er wirkt mit bei der Verabschiedung der Haushalte all dieser Gruppen. Er hat ein Informationsrecht in jede Gliederung unserer Partei hinein. Er hat ein Weisungsrecht für die Führung des Bundestagswahlkampfes und ein paar andere Rechte. Ich glaube, dies sind Kompetenzen, die wir brauchen, die man nicht gering einschätzen sollte.

Die Frage, ob dieser Generalsekretär ausschließlich, oder wie andere sagen, hauptamtlich tätig sein soll, ist im Satzungsentwurf offengelassen, und auch gestern bei den Abstimmungen im Bundesparteivorstand, im Bundespartei-ausschuß und in den vorbereitenden Gremien hat sich immer eine knappe Majorität dafür ausgesprochen, diese Frage offenzulassen. Die Wirklichkeit kennen Sie. Es gibt hier eine Meinungsverschiedenheit, ob man in die Satzung hineinschreiben soll, daß er ausschließlich und hauptamtlich tätig sein soll, oder ob man – dies ist der Vorschlag, den Ihnen die Gremien mit knappen Mehrheiten machen – aus Gründen, die im einzelnen noch erörtert werden, sagen soll: Diese Frage wollen wir offenlassen, um hier eine Entwicklung zu ermöglichen, was praktisch heißt – um es ganz deutlich zu sagen –: Soll dieser Generalsekretär der Union, wenn wir ihn schaffen, z. B. gleichzeitig Bundesminister sein dürfen? Das dürfte er z. B. schon rein rechtlich nicht, wenn dies eine hauptamtliche Tätigkeit wäre. Dann würden es das Ministergesetz, das Grundgesetz und andere Bestimmungen ausschließen.

Meine Damen und Herren, darüber werden wir sicher debattieren. Ich hoffe aber, es wird nicht die einzige Frage von großem Rang sein, die uns miteinander hier beschäftigt. Das ist eine der Fragen, die man nur nach gehöriger Diskussion durch Abstimmung erledigen kann. Die Majorität war der Meinung, man solle diese Frage offenlassen und dem kein materielles Hindernis in den Weg legen, daß ein Generalsekretär, den der neue Parteivorsitzende vorschlägt, auch aus Gründen, die wir erörtern werden, Mitglied der Bundesregierung sein könnte.

Meine Freunde, der Gedanke – um das zum Schluß zu sagen –, diese ganze Satzung jetzt nicht zu verabschieden, sondern das zu einem späteren Zeitpunkt zu tun, ist erörtert worden. Wir haben uns dann aber miteinander gefunden, nachdem wir eine Basis gefunden hatten, auch über Änderungen und die Art der Diskussion zu sprechen. Wir haben uns miteinander in der Meinung gefunden: diese Satzung wird nicht besser, wenn wir sie noch ein Jahr lang diskutieren. Die Punkte, die kritisch sind, die diskutiert werden müssen, sind entscheidungsreif. Sie können hier durch Majorität entschieden werden, und diese Satzung kann insgesamt auf diesem Parteitag, also heute oder morgen, verabschiedet werden. Nur wenn dies geschieht, wird die Voraussetzung dafür gegeben sein, daß wir noch auf diesem Parteitag auch die personellen Entscheidungen treffen können. Das setzt die Verabschiedung der Satzung voraus. Wir meinen deshalb, daß dies heute und morgen geschehen sollte.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als Letztes dies sagen: Wir werden am Schluß hinsichtlich der Satzung einen Kompromiß haben. Das ist so üblich in der Union und in der Politik. Ich finde – nachdem ich von Heinrich Krone gelernt habe, daß in der Politik das Maximum und das Optimum nicht notwendig übereinstimmen müssen – Kompromisse immer dann gut, wenn sie nach sorgfältiger Diskussion und fairer Abstimmung so sind, daß alle ein bißchen unzufrieden sind. Dann sind sie in der Regel gut.

Ich danke Ihnen. Wir stehen zur Verfügung, während der Debatte im einzelnen die Gründe vorzutragen, die uns veranlaßt haben, zu diesen und nicht zu anderen Vorschlägen zu kommen. Souverän ist der Parteitag. Nur in einer

Beziehung habe ich eine herzliche Bitte. Dieser Parteitag sollte seine Souveränität nicht dahin nutzen, daß er die neue Satzung gar nicht verabschiedet. Das würde uns ein Stück zurückwerfen, nicht weil es in der Öffentlichkeit nicht verstanden würde, sondern weil wir diese verstärkten Kompetenzen aus den vier Gründen brauchen, die ich eingangs nennen durfte. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Ich danke Herrn Dr. Barzel für den von ihm erstatteten Bericht. Danken möchte ich allen, die an der Vorbereitung und Ausarbeitung des Satzungsentwurfs mitgewirkt haben. Ich hoffe, daß die Arbeit der vom Vorstand und vom Präsidium gebildeten Kommission vor Ihnen, wenn auch mit Korrekturen, bestehen wird.

Meine Damen und Herren, in seinem Bericht hat Herr Dr. Barzel bereits darauf hingewiesen, daß da oder dort der Gedanke erörtert worden ist, die Debatte über die Satzungsänderung und die auf Grund der Debatte zu treffenden Entscheidungen zu vertagen. Er hat die Gründe dargelegt, aus denen er es für dringend notwendig hält, solchen Neigungen nicht stattzugeben. Es ist jedoch meine Pflicht, über entsprechende Anträge eine Entscheidung herbeizuführen, damit wir die Basis für die weiteren Beratungen haben.

Zunächst hieß es, daß der Landesverband Rheinland der CDU die Absicht habe, jedenfalls in wesentlichen Fragen eine Vertagung der Beratungen und Entscheidungen zu erbitten. In Besprechungen mit dem Herrn Vorsitzenden der CDU des Landesverbandes Rheinland ist klargestellt worden, daß ein solcher Antrag nicht gestellt wird. Die CDU des Rheinlandes hat den Wunsch, daß die Beratungen aufgenommen und möglichst zu einem Abschluß gebracht werden.

(Beifall)

Dieser Beifall, meine Damen und Herren, ist zugleich eine Aufforderung an unsere Freunde aus dem Kreisverband Biberach an der Riß der Christlich Demokratischen Union. Diese unsere Freunde haben in einem Schreiben vom 20. Mai 1967 gebeten, bei der Neufassung der Satzung in Übereinstimmung mit dem zu erwartenden Parteiengesetz lediglich die satzungsmäßige Verankerung des Generalsekretärs vorzunehmen. Dagegen sollen nach diesem Vorschlag alle übrigen Änderungsvorschläge erst beim nächsten Bundesparteitag zur Abstimmung gebracht werden.

Meine Damen und Herren, abgesehen von den Gründen, die Herr Dr. Barzel vorgeschlagen hat, würde eine Beratung ungewöhnlich schwer werden, wenn wir uns jetzt auf die Regelung der Institution des Generalsekretärs mit ihren vielfältigen Verflechtungen in allen Bereichen unseres Statuts beschränken. Ich wäre deshalb, auch angesichts der doch offensichtlich bestehenden Neigung, in die Beratungen einzutreten, und sie tunlichst zu einem guten Abschluß zu bringen, dankbar, wenn unsere Freunde aus dem Kreisverband Biberach an der Riß — ich wende mich an den Herrn Delegierten Benedikt Maier — erklärten, ob dieser Antrag aufrechterhalten wird. Darf ich unseren Parteifreund Benedikt Maier bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Maier (Württemberg-Hohenzollern):

Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben lediglich Ausführungen zu dem letzten Teil des Antrages des Kreisverbandes Biberach gehört. Ich möchte vorläufig nur dazu Stellung nehmen. Wir haben in unserem Antrag noch andere sehr wesentliche Punkte angeführt. Sie werden in diesem Plenum noch ausführlich diskutiert werden. Darum möchte ich zu diesen Punkten im Moment nicht Stellung nehmen, sondern nur zu dem letzten Punkt.

Auf Grund der Tatsache, daß der große Landesverband Rheinland seine Bedenken zurückgezogen hat, ziehen wir als kleiner Kreisverband in dieser vielleicht nicht wesentlichen Frage unseren Antrag ebenfalls zurück. Die anderen Anträge werden wir – wenn es notwendig ist in der entsprechenden Form – in diesem Plenum zu vertreten wissen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, ich habe immer gewußt, daß unsere schwäbischen Landsleute besonders konzilient und entgegenkommend sind. Diese Erfahrung hat sich wieder einmal bestätigt. Ich darf unserem Freund Maier bestätigen, daß die übrigen Punkte des Antrags des Kreisverbandes Biberach zu gegebener Zeit zur Beratung gestellt werden.

Ich höre, daß sich unser Parteifreund Fyrnys zur Geschäftsordnung gemeldet hat. Ich darf ihm das Wort geben.

Fyrnys (Nordwürttemberg):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich stelle den Antrag, daß die von Herrn Dr. Barzel als Schwerpunkte der neuen Satzung herausgestellten Änderungen zuerst beraten werden, damit wir nicht das Gefühl haben, morgen in Zeitdruck zu kommen, wenn es um die wesentlichen Beratungen dieser neuen Satzung geht.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, nichts liegt mir ferner, als die Beratung der Schwerpunkte der Satzung unter irgendeinem Zeitdruck durchzuführen. Sie müssen damit rechnen, daß wir morgen eventuell solange zusammenbleiben, bis eine Entscheidung getroffen ist. Ich halte es aber für dringend notwendig, daß wir den vielfältigen Bitten Rechnung tragen, den Delegierten, insbesondere auch den Vorsitzenden der Landesverbände und Vereinigungen, die Möglichkeit zu geben, den heutigen Abend zu Besprechungen und Beratungen zu benutzen.

(Beifall)

Wenn wir ein Entgegenkommen, einen Kompromiß erreichen wollen, sind dazu Aussprachen notwendig. Gelegentlich sind solche Aussprachen bei einem Glas Wein oder einem Glas Bier durchaus förderlich. Ich bitte Sie also, dem hier zur Geschäftsordnung gestellten Antrag, wenn Sie es verantworten können, mit Rücksicht hierauf nicht zu entsprechen.

Ich lasse, falls das Wort zu diesem Antrag nicht mehr verlangt wird, abstimmen. Wer für den Antrag ist, zunächst die Probleme des Generalsekretärs und der anderen Schwerpunkte zu behandeln und dann erst die anderen Fragen, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben.

(Zurufe und Unruhe)

— Meine Damen und Herren, ich darf die Abstimmung unterbrechen. Ich höre, daß die Frage nicht verstanden worden ist. Es geht darum, ob wir die Schwerpunkte — insbesondere Generalsekretär, Aufgaben, Berufung und ähnliche Fragen — heute behandeln oder ob wir zunächst die übrigen Teile der Satzung behandeln, um morgen vormittag den Kopf freizuhaben für die Beratung eben dieser Schwerpunkte, und zwar nicht nur am Vormittag, sondern auch am Nachmittag. Hier ist auf die Bedeutung dieser Fragen hingewiesen worden. Ich habe auf der anderen Seite sehr darum gebeten, den heutigen Abend noch einmal zur Erörterung solcher Fragen zur Verfügung zu stellen. So ist der Stand der Diskussion.

Nun lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag des Delegierten Fyrnys ist, zunächst die Schwerpunkte wie Generalsekretär usw. zu behandeln, und dann die übrigen Probleme der Satzung zu erörtern, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu heben. — Ich bitte, die Stimmkarten zu zählen. — Das erste war eindeutig die Mehrheit.

(Zuruf Dr. Kohl)

Meine Damen und Herren, der Delegierte Kohl von Rheinland-Pfalz hat die Ordnungsmäßigkeit der Abstimmung angezweifelt. Ich wäre dankbar, wenn Sie das Wort nehmen und diese Anzweiflung begründen würden.

Dr. Kohl (Rheinland-Pfalz):

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst, Herr Vorsitzender des Parteitages, darf ich feststellen, daß, bevor über diesen Antrag abgestimmt wurde, nicht die Möglichkeit gegeben wurde, wie es bei Geschäftsordnungsdebatten üblich und auch richtig ist, hier eine andere Position zu begründen. Es gehört zum Ablauf einer Satzungsdebatte, daß auch das so gemacht wird. Zum zweiten habe ich den Eindruck, daß das nicht eindeutig die Mehrheit war. Ich persönlich und manche meiner Freunde haben hier berechnete Zweifel. Eine so wichtige Frage sollte klar in einer Abstimmung geklärt werden.

Darüber hinaus bitte ich noch einmal, daß die soeben schon erwähnte Möglichkeit gegeben wird. Ich komme von einem der betroffenen Landesverbände. Meine Kollegen haben sich nicht zu Wort gemeldet. Mir scheint es notwendig zu sein, daß heute abend die einzelnen Landesverbände mit dem vertraut gemacht werden, was gestern und heute in den zuständigen Gremien gesprochen wurde.

(Unruhe)

— Ich bitte Sie doch um etwas Aufmerksamkeit. Ich meine, zur Demokratie gehört auch, daß man sich gegenseitig anhört.

(Beifall)

Wir haben darauf gebaut – und ich als Vorsitzender eines Landesverbandes habe darauf gebaut, als ich meine Zustimmung für diese Tagesordnung gab –, daß wir unsere Freunde, die aus dem ganzen Land nach Braunschweig angereist kamen, über das informieren können, was gestern in den einzelnen Gremien war. Ich halte das einfach für einen Akt der Fairneß, daß wir dann uns auch so verhalten. Das Parteitagspräsidium hat eindeutig erklärt – niemand hat Grund, daran zu zweifeln –, daß wir morgen genug Zeit haben. Niemand kann uns daran hindern, diese Dinge lange und ausgiebig und richtig zu diskutieren. Ich glaube, wir brauchen uns – egal, welche Position man einnimmt – jetzt nicht gegenseitig ausgesprochener- oder unausgesprochenermaßen zu unterstellen, daß der eine oder andere hier etwas Undemokratisches wolle. Mir scheint es nur fair zu sein, wenn die Tagesordnung einmal zunächst so aufgebaut wurde, daß die Information für die Delegierten aus den einzelnen Bereichen gegeben werden soll, daß wir diese Chance dann auch geben.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, wird zu der Anzweiflung der Abstimmung noch weiter das Wort verlangt? – Das ist nicht der Fall.

Mit Rücksicht darauf, daß die Abstimmung angezweifelt worden ist, lasse ich die Abstimmung wiederholen. Wer für den Antrag des Delegierten Fyrnys ist, der möge diese Karte mit dem Wort „Ja“ in den herumzureichenden Kübel werfen. Wer gegen den Antrag ist, der möge die Karte „Nein“ hineinwerfen. Wer sich enthalten will, nehme die Enthaltungskarte. Gültig ist jeweils die Karte Nr. 1. Darf ich feststellen, ob alle mit dem Stimmmaterial ausgestattet sind. Ich wiederhole: die weiße Karte ist für den Antrag Fyrnys, die Gegenstimme ist die rote Karte, und die gelbe Karte bedeutet Enthaltung. Ich bitte, die Karten einzusammeln. – Darf ich fragen, ob alle Karten abgegeben sind? – Hat noch jemand keine Möglichkeit gehabt, seine Stimme abzugeben? – Ich höre, daß noch nicht alle Stimmen abgegeben sind. Meldet sich jetzt noch ein Delegierter? Dann schließe ich die Abstimmung. Darf ich Sie nun bitten, von den Stimmkarten, die in Ihren Händen sind, die nicht benutzten Karten Nr. 1 wegzuworfen. Bei der nächsten Abstimmung ist nur die Stimmkarte Nr. 2 gültig.

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. In der Abstimmung über den Antrag des Delegierten Fyrnys sind 506 Stimmen abgegeben worden. Für den Antrag haben gestimmt 230 Delegierte, dagegen 269; Enthaltungen 6, ungültig 1 Stimme. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall)

Meinem Freunde Kohl möchte ich nach Rückfrage bei den Anwesenden des Präsidiums bestätigen, daß ich das Wort zur Stellungnahme erteilt habe. Ich wäre dankbar, wenn in Zukunft davon Gebrauch gemacht würde, falls der Wunsch besteht.

Ich schlage Ihnen vor, meine Damen und Herren, daß Sie den Entwurf der Satzung zur Hand nehmen. Es scheint mir nach sorgfältiger Prüfung das einfachste Verfahren zu sein, daß wir die Satzung durchgehen. Dabei sollten wir den geringfügigen Änderungen keinerlei entscheidende Aufmerksamkeit wid-

men, damit wir die Beratungen auf die Schwerpunkte konzentrieren können. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich in dem Bemühen unterstützen würden, dieses Ergebnis zu erreichen.

Ich rufe zunächst die Bestimmungen unter Abschnitt A des Entwurfs – rechte Seite – auf, „Aufgabe, Name und Sitz“. § 1 ist unverändert geblieben. § 2 enthält nur sehr unproblematische Änderungen, nämlich den Hinweis, daß die Landes-, Kreis- und Ortsverbände zusätzlich entsprechende Namen zu führen haben. § 3 ist gleichfalls ohne jede Problematik.

Ich darf fragen, ob zu den §§ 1, 2 und 3 das Wort erbeten wird. – Das Wort zu § 1 hat Bundestagspräsident Gerstenmaier.

D. Dr. Gerstenmaier:

Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich beabsichtige nicht, eine Grundsatzdebatte über den § 1 zu entfesseln. Aber es wäre nicht richtig, wenn ich jetzt einer Statutenänderung en bloc oder im Detail zustimme und meine Bedenken gegen die seitherige Fassung des § 1 einfach verschwiege. Das möchte ich nicht tun. Ich beantrage deshalb, der Bundesparteitag möge damit einverstanden sein, daß dieser § 1 auf dem nächsten Bundesparteitag zusammen mit dem Aktionsprogramm, das dann verabschiedet werden muß, zur Diskussion gestellt wird.

Wir haben in Hannover eine sehr heiße Debatte über das Selbstverständnis unserer Partei gehabt. Ich finde, daß es nicht richtig wäre, wenn diese Debatte einfach als erledigt abgeschrieben würde. Auf der anderen Seite ist eine so schwierige Aufgabe wie die der Neufassung des § 1 nicht die Sache einer mehr oder weniger beschwingten Stunde. Sie bedarf einer Vorarbeit. Ich bitte daher um das Einverständnis des Parteitags damit, daß eine so oder anderweitig vom neu zu wählenden Präsidium oder vom Bundesvorstand zu beauftragende Gruppe sich damit befaßt und dem Parteitag später entsprechende Vorschläge unterbreitet.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Wird zu der Anregung des Parteifreundes Gerstenmaier das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall.

(Zurufe)

– Ich bitte doch, sich etwas deutlicher zu Wort zu melden. Von hier aus war diese Wortmeldung nicht zu sehen. Bitte!

Dr. Gurk:

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich will dem Vorschlag des Herrn Bundestagspräsidenten nicht widersprechen. Aber es darf nicht etwa die Meinung im Raume bleiben, daß durch diese Zurückstellung des § 1 bis zum nächsten Parteitag die in diesem § 1 niedergelegten fundamentalen Grundsätze der Bewegung irgendwie in Zweifel kommen könnten. Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß diese Fundamentalsätze des § 1 von uns sehr ernst genommen werden und daß sie auch künftig ernst genommen werden

sollten. Das allein möchte ich hier in aller Kürze betonen, damit nicht aus dieser Vertagung eine gewisse Unklarheit über die Grundziele unserer Partei entsteht.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, als Verhandlungsleiter darf ich in aller Eindeutigkeit feststellen, daß keins der Worte unseres Freundes Gerstenmaier dahin verstanden werde konnte, daß die Grundsätze der CDU auch nur in Frage gestellt werden dürfen. Er hat lediglich angeregt, die Fassung des § 1 zu überprüfen — sicherlich unter Beibehaltung der Grundsätze. Ich halte die Anregung für gut, das mit der Beratung des in Vorbereitung befindlichen Aktionsprogramms der CDU zu verbinden.

Wer diesem Antrag unseres Freundes Gerstenmaier zu § 1 zustimmen will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Wird zu § 2 das Wort erbeten? — Das ist offenbar nicht der Fall.

In § 3 wird lediglich der Sitz der Bundespartei bestimmt. Wird das Wort dazu erbeten? — Das ist offenbar nicht der Fall.

Dann schlage ich vor, daß wir über die §§ 1 bis 3, also den Abschnitt A, „Aufgabe, Name und Sitz“, abstimmen. Wer bereit ist, den Vorschlägen zu den §§ 1 bis 3 zuzustimmen, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen. Wir kommen nunmehr zum Abschnitt B, „Mitgliedschaft“. § 4 ist unverändert. Wird dazu das Wort erbeten? — Dort drüben ist eine Wortmeldung. Meine Damen und Herren, es erleichtert die Beratungen und gibt uns die Möglichkeit, schneller zu den Kernpunkten zu kommen, wenn die weiter hinten sitzenden Delegierten sich, soweit sie die Worterteilungen übersehen können, rechtzeitig nach vorne begeben. Bitte!

Jäger (Württemberg-Hohenzollern):

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte nur einen kurzen Zusatzantrag zu § 4 stellen. Es heißt in Abs. 2, daß die Mitgliedschaft in einer anderen Partei die Mitgliedschaft in der CDU ausschließt. Wir in Württemberg-Hohenzollern haben dazu in unserer Landessatzung einen Zusatz, der lautet: „Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft in der Christlich Sozialen Union.“ Denn wir haben das eine oder andere Mitglied — als prominentestes unseren früheren Landesminister Oskar Farny —, das gleichzeitig die Mitgliedschaft in der CSU, unserer Schwesterpartei hat. Die vorliegende enge Fassung würde uns zwingen, einen solchen Parteifreund aus der Partei auszuschließen, weil er in der CSU Mitglied ist.

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, diese Frage ist in den Beratungen der Kommission erörtert worden. Wir waren uns ohne jede Diskussion darüber einig, daß die CSU keine andere Partei im Sinne des § 4 Abs. 2 unserer Statuten ist.

(Beifall)

Es gibt nach meiner Auffassung Dinge, die so selbstverständlich sind, daß man sie gar nicht erst der Satzung anvertrauen sollte, um jede Diskussion darüber zu vermeiden. Wir würden es begrüßen, wenn sämtliche Mitglieder der CSU der CDU beitreten. Dabei würden sich keinerlei Konflikte ergeben.

(Heiterkeit)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren! Im übrigen – ich werde gerade darauf hingewiesen – darf ich aufmerksam machen auf § 49 des Entwurfs der Statuten. Darin heißt es: „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands bildet mit der Christlich Sozialen Union Bayerns eine Arbeitsgemeinschaft.“

Wenn man zusammenarbeitet, dann darf man auch zusammengehören. Ich halte es aber für meine Pflicht, über den Antrag abstimmen zu lassen.

Wer dem Antrag, den Paragraphen 4 Abs. 2 in dem beantragten Sinne zu ändern, nämlich die Zugehörigkeit zur CSU durch Statuten zu ermöglichen, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen! – Mit großer Mehrheit ist dieser Antrag abgelehnt worden, aber wiederum mit der ausdrücklichen Klarstellung, daß wir uns über eine enge Verzahnung der Mitgliedschaft mit der CSU freuen würden, und darin keinen Verstoß gegen unsere Statuten erblicken.

Ich rufe nun die Bestimmungen des Paragraphen 5 des Entwurfs der Statuten auf. Die Absätze 1 und 2 enthalten lediglich redaktionelle Änderungen. Im Absatz 3 des Paragraphen 5 findet sich eine neue Regelung; danach kann ein abgelehnter Bewerber Einspruch beim Landesvorstand der CDU einlegen, um bei Schwierigkeiten innerhalb eines Kreisverbandes die Aufnahme zu erreichen.

Hierzu liegt eine Wortmeldung unseres Freundes Hensel, Rheinland, vor. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hensel (Rheinland):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte, den Paragraphen 4 Absatz 1 durch folgenden Zusatz zu ergänzen:

„Hat der Antragsteller vorher einem anderen Kreisverband angehört, so ist dieser vor der Aufnahme zu hören.“

Begründung: Wir haben mehrere Fälle in meinem Kreisverband erlebt, wo wir einen Mann ausgeschlossen hatten aus stichhaltigen Gründen. Er ist dann verzogen, und der andere Kreisverband wußte nichts von seinem Glück und hat ihn aufgenommen.

Wir haben vor kurzem einen Fall gehabt, wo ein Mitglied sich schwerer politischer Verstöße schuldig gemacht hat. Er ist verzogen und in einem anderen Kreisverband aufgenommen worden. Es dient der Ordnung innerhalb der Partei, wenn Sie meinem Antrag entsprechen.

Präsident Dufhues:

Darf ich bitten, den Wortlaut dieses Antrages noch einmal zu wiederholen. Ich wurde hier gestört.

Dr. Hensel:

„Hat der Antragsteller — —

Präsident Dufhues:

Verzeihung, wo soll dieser Satz eingefügt werden?

Dr. Hensel:

Zu § 5 Absatz 1, Fortsetzung ohne Absatz: „Hat der Antragsteller vorher einem anderen Kreisverband angehört, so ist dieser vor der Aufnahme zu hören.“

Präsident Dufhues:

Würden Sie damit einverstanden sein, daß das Wort „vorher“ gestrichen wird? Ich halte es für selbstverständlich. Darf ich diesen Zusatzantrag zur Diskussion stellen? — Wird das Wort verlangt? Herr Dr. Fricke!

Dr. Fricke:

Meine Unionsfreunde! Verzeihen Sie mir ganz kurz eine Bemerkung. Ich will die Satzungsdebatte nicht belasten, aber mir scheint das eine witzlose Ausweitung zu sein. Wenn jemand ausgeschlossen ist und versucht, in einem neuen Kreisverband seine Reputation wieder aufzubessern, dann wird er doch verschweigen und bestreiten, daß er irgendwo gewesen ist. Wozu also das hineinfügen?

Präsident Dufhues:

Wird weiter das Wort erbeten? Bitte schön!

(Zuruf: Ist das Absatz 1 oder der gesamte Paragraph?)

Wir sind bei der Diskussion über den Änderungsantrag Hensel.

(Zuruf: Verzeihung. — Heiterkeit)

Wird zu dem Antrag Hensel das Wort verlangt? Ich werde darauf hingewiesen, daß durch die Inanspruchnahme und Rückfragen bei der zentralen Mitgliederkartei ähnliche Fragen geklärt werden können. Vielleicht ist es ein Hinweis, der für Ihre Überlegung von Bedeutung ist.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer für den Änderungsantrag Hensel ist, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. Wer ist gegen den Antrag? — Enthaltungen! — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wird zu Paragraph 5 weiter das Wort erbeten? Bitte schön, Herr Weidner, Westfalen.

Weidner (Westfalen):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Hierzu noch eine ganz kurze Bemerkung. Der Absatz 3 scheint mir eine gewisse Inkonsequenz zu enthalten. Es wird davon gesprochen, daß, wenn ein Aufnahmeantrag durch den Kreisver-

band des Wohnsitzes oder des Arbeitsplatzes abgelehnt wird, der Bewerber berechtigt sein soll, Einspruch einzulegen bei dem entsprechenden Landesverband.

Es ist denkbar, daß sich zwei Kreisverbände in zwei verschiedenen Landesverbänden befinden. Man sollte hier, wenn schon eine Konzentration der Bundesspitze da ist, die Bundesinstitution ansprechen.

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren! Ich sehe darin keine Schwierigkeiten. Für den jeweils in Frage kommenden Kreisverband, bei dem die Aufnahme beantragt ist, kann es nach meiner Erkenntnis immer nur einen Landesverband als zuständigen Landesverband geben.

Ich glaube also nicht, daß sich daraus Schwierigkeiten ergeben könnten. Aber im Interesse der Beschleunigung der Verhandlungen frage ich zunächst, ob das Wort erbeten wird? Das ist offenbar nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag Weidner ist, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Wer enthält sich? — Wer ist gegen den Antrag? — Der Antrag ist nicht angenommen worden.

Wir kommen zum Paragraph 6; unverändert! Wird dazu das Wort erbeten? Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf den Paragraphen 7 des Entwurfs der Satzung. Hier ist neu die Bestimmung des Absatzes 2, wonach die Rechte eines Mitgliedes ruhen, wenn es länger als sechs Monate mit seinen Beitragszahlungen schuldhaft in Verzug geraten ist.

(Beifall)

Ich entnehme Ihrem Beifall, daß Sie diese Anregung sehr begrüßen. Wird das Wort dazu verlangt? — Bitte schön, Herr Blumenfeld, zu § 7!

Blumenfeld (Hamburg):

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Natürlich begrüße auch ich vom Landesverband Hamburg die Einfügung dieses Paragraphen. Aber was heißt: Die Rechte eines Mitgliedes ruhen, wenn es länger als sechs Monate mit seinen Beitragszahlungen schuldhaft in Verzug ist? Das Ruhen einer Mitgliedschaft ist nicht mit einem Ruhekissen zu vergleichen, aber immerhin ein Zustand, der etwas näher beschrieben werden und seine Konsequenzen haben sollte.

Ich erlaube mir deshalb, den Vorschlag zu machen, Herr Vorsitzender, daß die Mitgliedschaft erlischt, wenn trotz dreimaliger Aufforderung keine Zahlung erfolgt, nachdem er sechs Monate schuldhaft in Verzug geraten ist.

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren! Es können keine Zweifel darüber bestehen, was unter Ruhen der Rechte des Mitgliedes zu verstehen ist. Dabei handelt es sich um einen Begriff, der in der Rechtsprechung durchaus bekannt und einer

eindeutigen Interpretation fähig ist. Wenn wir hier zu Sanktionen kommen, dann würde das eine Regelung sein, die eher im Bereich der ehrengerichtlichen Bestimmungen ihren Platz zu finden hätte. Außerdem müßte in einem solchen Falle ein förmliches ehrengerichtliches Verfahren durchgeführt werden. Ich würde also, Herr Blumenfeld, bitten, daß wir es bei der hier vorgeschlagenen und sorgfältig beratenen Regelung belassen.

Wird das Wort zum Antrag Blumenfeld erbeten? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag Blumenfeld ist, im § 7 den Absatz 2 in der jetzigen Fassung zu streichen, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Wer ist gegen diesen Antrag? — Enthaltungen! — Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Bestimmung des § 8 —

(Zuruf Blumenfeld)

Lieber Blumenfeld! Darf ich Ihre Aufmerksamkeit lenken auf § 13 des Entwurfs. Dort heißt es: „Seinen Pflichten als Mitglied kommt insbesondere beharrlich nicht nach, wer über einen längeren Zeitraum trotz Zahlungsfähigkeit und trotz Mahnung den Mitgliedsbeitrag nicht entrichtet.“

Darf ich fragen, ob damit Ihre Anregung erledigt ist, Herr Blumenfeld? Er ist einverstanden. Das ist eine gute Art der Einstellung zu den Beratungen des Parteitages. Ich möchte Herrn Blumenfeld dafür danken.

Nun lasse ich abstimmen über den ersten Teil des Abschnittes B Mitgliedschaft, und zwar die §§ 4 bis 9. § 8 und § 9 enthalten eine redaktionelle Änderung. Wird zu den §§ 8 und 9 das Wort erbeten? — Ich sehe keine Stimmmeldung. Dann lasse ich abstimmen über die §§ 4 bis 9 einschließlich des Abschnittes B Mitgliedschaft. Wer für die Annahme dieser Fassung ist, den bitte ich um Erhebung der roten Stimmkarte. — Gegenprobe! — Enthaltungen! — Angenommen!

Nun kommen wir zu den Bestimmungen des zweiten Teiles des Abschnittes B. Es handelt sich um die Bestimmungen, die aus der Parteigerichtsordnung übernommen worden sind und deren Verankerung im Statut auf Grund der voraussichtlichen Regelung des Parteiengesetzes notwendig ist.

Ich rufe zunächst auf die Bestimmungen des § 10. Hier ist neu eingefügt worden in der ersten Zeile des Absatzes 3 das Wort „nur“. Wird zu § 10 das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf den § 11, eine Bestimmung, die gleichfalls in der Parteigerichtsordnung bereits enthalten war. Wird dazu das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf den § 12. Es sind gleichfalls Bestimmungen, die in der Parteigerichtsordnung enthalten waren. Wird das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf den § 13. Auch hier ist die Bestimmung aus der Parteigerichtsordnung übernommen worden. Keine Wortmeldung!

Schließlich rufe ich auf den § 14. Auch diese Bestimmungen sind aus der Parteigerichtsordnung übernommen worden. Die Gründe, die zu Ordnungsmaßnahmen im Sinne der genannten Bestimmungen Anlaß geben können, sind nach dem Entwurf des Parteiengesetzes in der Satzung zu verankern. Deshalb die Übernahme in die Satzung.

Wer für die genannten Bestimmungen der §§ 10 bis 14 ist, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen! — Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den Abschnitt C Gliederung, und zwar zunächst die Bestimmung des § 15. Hier ist die alte Bestimmung übernommen worden. Es sind lediglich im zweiten Absatz die Worte „zu Wahlkreis- oder“ eingefügt worden. Meines Erachtens ohne jede Problematik! Wird dazu das Wort verlangt? — Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf § 16. Es handelt sich um eine alte Bestimmung. — Keine Wortmeldung zu § 16.

Ich rufe auf § 17. Hier handelt es sich im ersten Teil um redaktionelle Änderungen. Neu ist der letzte Teil des Abs. 2 des § 17, der Versuch einer meines Erachtens gebotenen Koordination. Von Bedeutung ist ferner die Bestimmung des § 17 Abs. 3 Satz 2 „Die Landesgeschäftsführer werden im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt“. Meine Damen und Herren, zu diesem letzten Satz habe ich eine Frage an den Parteitag. Wir können über diese Einzelregelung der Befugnisse des Generalsekretärs bereits jetzt beraten. Wir können aber auch die Fragen, die mit der Errichtung und Bestellung des Generalsekretärs, seinen Zuständigkeiten und Rechten, zusammenhängen, global behandeln. Darf ich kurz um eine Meinungsäußerung dazu bitten, ob Sie die globale Behandlung wünschen, d. h. also die Gesamtheit der Probleme des Generalsekretärs erörtern wollen oder ob Sie bei dieser Gelegenheit bereits eine Entscheidung treffen wollen.

(Zurufe)

— Jetzt bereits? Ja, ich verstehe das so. — Wird zu § 17 das Wort verlangt? — Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu § 18 der Statuten. Hier sind die Bestimmungen in Abs. 3 neu eingefügt worden, wo es heißt: „Der Kreisverband ist zuständig für alle organisatorischen und politischen Fragen seines Bereiches, soweit sie nicht einem Wahlkreis- oder Bezirksverband übertragen sind, oder mehrere Kreisverbände gemeinsam betreffen und deswegen vom jeweiligen Landesverband wahrgenommen werden.“

Auch hier handelt es sich um den Versuch, die Dinge zu koordinieren. Ich glaube, daß dagegen keine Bedenken bestehen. Die Abs. 1 und 2 sind unverändert.

Dann rufe ich § 19 auf. Die Bestimmung ist unverändert. Dazu eine Wortmeldung unseres Parteifreundes Fyrnys.

Fyrnys:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst keinen Zusatzantrag zu § 19 stellen, sondern nur um eine Klarstellung bitten. In Abs. 3 heißt es:

„Die Gründung von Ortsverbänden kann nur erfolgen, wenn mindestens sieben Mitglieder vorhanden sind.“

Das ist in Ordnung, entspricht auch etwa dem Vereinsgesetz. Eine der wichtigsten Aufgaben eines Ortsverbandes ist die, die Vorwahl für die Mandatsträger zu fällen, nämlich die Delegierten zu wählen, die dann die Kandidaten wählen. Wie sieht das nun in der Praxis wenigstens in einem Teil unserer Bundesrepublik aus? Dort, wo nur ein Stützpunkt mit einem einzigen Mitglied vorhanden ist, ist dieses einzige Mitglied gleichzeitig Delegierter der Wahlkreisversammlung, und das scheint mir ein Mißverhältnis zu sein. Wenn etwa in einem Stadt- oder Ortsverband mindestens zehn Mitglieder für einen Delegierten notwendig sind, in einem Stützpunkt sich dagegen gewissermaßen ein Mitglied selbst delegiert, so scheint mir das ein Mißverhältnis schlimmer als unter dem Bismarckschen Dreiklassenwahlrecht zu sein. Aus § 19 dürfte klar genug sein, daß dies nicht zulässig ist. Frage: Ist meine Meinung richtig, daß hier dann auf Grund des Weisungsrechtes nach § 26 die entsprechenden Landesverbände, die eine solche Satzung haben, nach der ein Mitglied gleichzeitig Delegierter ist, diese Satzung im Sinne des § 19 der Bundessatzung abzuändern haben?

Präsident Dufhues:

Soweit ich das als Verhandlungsleiter beantworten kann — ich bin nicht zuständig für die Interpretation der Satzung, sondern ich kann nur die Verhandlungen erleichtern und fördern —, soweit ich das beurteilen kann, fällt diese Frage nicht unter die Regelung des § 26 des Entwurfs. Diese Bestimmung regelt die Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes, aber nicht Kompetenzen, die mit der Aufstellung von Kandidaten und ähnlichen Fragen zusammenhängen. Die Antwort auf die Frage unseres Parteifreundes Fyrnys ist meines Erachtens in § 18 Abs. 3 Satz 1 gegeben, wo klargestellt ist, daß der Kreisverband zuständig ist für alle organisatorischen und politischen Fragen seines Bereiches. Es würde also Sache des Kreisverbandes sein, diese Sache zu regeln. Falls insoweit in weiteren Kreisen Unklarheit bestehen sollte, würde ich bitten, sich an die Bundesgeschäftsstelle zu wenden. Die Bundesgeschäftsstelle ist gern bereit, Sie bei der Klärung der noch verbliebenen Zweifelsfragen zu unterstützen.

Nun hat sich unser Freund Jäger gemeldet.

Jäger (Württemberg-Hohenzollern):

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe eine Frage zur Interpretation des § 19 Abs. 4. Zu diesem § 19 Abs. 4 hatte unser Landesverband Württemberg-Hohenzollern bereits in Dortmund einen Antrag auf Streichung eingebracht, und ich erinnere mich noch, daß Sie, Herr Präsident, uns damals auf den Parteitag getröstet haben, auf dem die ganze Satzung beraten werden würde.

Ich möchte jetzt eine Frage stellen, wie dieser Abs. 4 zu interpretieren ist. Da heißt es:

„Alle organisatorischen und politischen Maßnahmen des Ortsverbandes müssen im Einvernehmen mit dem Kreisverband erfolgen.“

Würde das z. B. heißen, daß die Aufstellung der Kandidaten für den Gemeinderat, die der Ortsverband vornimmt – die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes –, einer Zustimmung durch den Kreisvorstand oder die Kreisdelegiertenversammlung bedarf? Oder würde das auch sonst bedeuten, daß andere derartige Maßnahmen und Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes einer Zustimmung durch den jeweiligen Kreisverband bedürfen? Diese Frage möchte ich stellen. Für den Fall, daß diese Frage von Ihnen bejahend beantwortet wird, möchte ich unseren damaligen Antrag aufgreifen und den Antrag stellen, diesen Abs. 4 zu streichen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Ich möchte diese Frage unseres Freundes Jäger nicht mit einem Ja beantworten. Zwar lautet die Bestimmung, daß alle organisatorischen und politischen Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Kreisverband erfolgen müssen. Einvernehmen im streng rechtlichen Sinne könnte als Zustimmung interpretiert werden. Hier scheint mir aber mehr das politische Einvernehmen im allgemeinen Sinne angesprochen zu sein. Die Antwort sollte auch hier aus § 18 Abs. 3 entnommen werden, nach dem der Kreisverband für alle organisatorischen und politischen Fragen seines Bereiches zuständig ist. Auch hier kann dieser Problemkreis in der Kreisverbandssatzung näher geregelt werden.

Wird weiter das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zunächst zu § 20 des Entwurfs der Statuten, der unverändert übernommen worden ist. Wird dazu das Wort verlangt? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die Bestimmung des § 21 auf, die gleichfalls unverändert übernommen ist. Wird dazu das Wort verlangt? – Das ist nicht der Fall.

Ich komme zu § 22 des Entwurfs der Statuten. Hier ist von wesentlicher Bedeutung die meines Erachtens unerläßliche Neuerung, nach der die Mitgliederzahl eines Verbandes nur dann anerkannt wird, wenn die jeweils festgesetzten Beitragsanteile an den nächsthöheren Verband gezahlt worden sind.

(Beifall)

Ich komme jetzt zu § 23. Diese Bestimmung ist unverändert. Wird dazu das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich § 24 auf, der bis auf den letzten Satz unverändert ist. Wird dazu das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall.

Ich komme jetzt zu § 25. Hier haben wir wieder eine Frage, die die Rechte des Generalsekretärs berührt. Außerdem weise ich darauf hin – und ich bitte, notfalls eine Korrektur in der Vorlage vorzunehmen –, daß hinter dem Worte „Gebietsverbände“ einzufügen ist: „der Vereinigungen“. Die Bestimmung des § 25 Abs. 1 würde also folgende Fassung erhalten:

„Der Generalsekretär hat das Recht, sich jederzeit über die Angelegenheiten der nachgeordneten Gebietsverbände der Vereinigungen und Sonderorganisationen zu unterrichten.“

Hierzu verweise ich im einzelnen auf den Umdruck, der Ihnen unter der Überschrift „Tagesordnungspunkt Satzungsänderungen“ vorgelegt worden ist. Es handelt sich um den Punkt 3 auf Seite 2: Gebietsverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen. Wird zu § 25 das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich § 26 auf. Hier ist zunächst die bereits in der Drucksache erwähnte Änderung vorzunehmen: „Gebietsverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen“. Wird dazu das Wort verlangt? – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich jetzt zur Abstimmung über den Abschnitt C, also die §§ 15 bis 26. Wer bereit ist, den vorgeschlagenen Änderungen der Statuten in der von mir dargelegten Fassung zuzustimmen, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Ich komme jetzt zum Abschnitt D „Organe“.

§ 27 unverändert. Wird dazu das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu § 28. Hier ist in Abs. 1 eine Ergänzung vorzunehmen. Die Bestimmung lautet:

„Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Landesverbände, die von den Kreis- oder Landesparteitagen gewählt werden.“

Es muß hinzugefügt werden:

„Ihm gehören außerdem die Delegierten besonderer Vertretungen (§ 16) an.“

Im zweiten Absatz ist lediglich eine Korrektur vorgenommen, die vorsieht, daß auch der äußeren Stellung nach die Mitgliederzahlen das größere Gewicht gegenüber den Stimmenzahlen haben. Im letzten Absatz ist vorgesehen, daß der Bundesparteitag mindestens alle zwei Jahre zusammentritt. Das entspricht in etwa der Praxis. Es bestehen aber naturgemäß keine Bedenken, daß er in kürzeren Abständen einberufen wird.

Wird zu § 28 das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall.

Der § 29b gehört zu den Schwerpunkten, die wir später zusammenfassen wollen.

Ich halte es aber für richtig, daß wir zunächst den § 29a beraten. Hier ist entsprechend einer Regelung des künftigen Parteiengesetzes vorgesehen, daß der Bundesparteitag über die Grundlinien der Politik der Christlich Demokratischen Union und über das Parteiprogramm bestimmt. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die sicherlich keiner weiteren Erörterung bedarf. Darf ich fragen, ob dazu das Wort erbeten wird? – Das ist nicht der Fall.

§ 29b wollen wir also ausklammern.

In § 29c ist die vielfach diskutierte Neugliederung des Präsidiums vorgesehen.

Wird dazu das Wort verlangt? – Das ist nicht der Fall.

In § 29d ist klargestellt worden, daß der Bundesparteitag den Vorsitzenden und vier Beisitzer und fünf stellvertretende Mitglieder des Bundesparteigerich-

Ein Blick auf den Vorstandstisch (von rechts nach links): Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger, Bundesminister Kai-Uwe von Hassel und Bundesminister Dr. Gerhard Schröder.



Im Mittelpunkt des 15. Bundesparteitags stand die Verabschiedung des neuen Statuts der CDU. Auf unserem Bild tauschen Bürgermeister a. D. Franz Amrehn, Berlin, Satatsminister a. D. Josef Hermann Dufhues und CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Konrad Kraske ihre Meinungen aus.



tes wählt. Die Bestimmungen gelten bereits, sie sind aus der bisherigen Fassung übernommen worden.

Die §§ 29 f und g verweisen auf die Beitrags- und Finanzordnung. Diese Klarstellung hat nur redaktionelle Bedeutung. In § 29 f und g muß es also jeweils „Beitrags- und Finanzordnung“ heißen. Ich bitte, die Vorlage entsprechend zu ergänzen.

§ 30 befaßt sich insbesondere mit der Verkleinerung des Bundesausschusses. Da diese Bestimmung zu den Schwerpunkten gehört, stelle ich die Beratung zunächst zurück.

Ich komme zu § 31, Aufgaben des Bundesausschusses. Hier wird eine Ergänzungsregelung hinsichtlich der Zuständigkeit des Bundesausschusses vorgeschlagen.

Neu ist die Regelung des § 31b. Dem Bundesausschuß haben der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion mindestens dreimal jährlich zu berichten. Wird zu § 31 das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu § 32. Hier ist vorgesehen, daß der Bundesausschuß durch den Vorsitzenden oder den Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden einzuberufen ist. Wird dazu das Wort erbeten? — Auch hier sehe ich keine Wortmeldung.

Der § 33 soll auf Grund des eingangs gefaßten Beschlusses zunächst zurückgestellt werden.

In § 34 finden Sie im Entwurf in Absatz 2 eine Regelung, die vorsieht, daß der Vorsitzende mindestens dreimal jährlich den Vorsitzenden der Landesverbände und Vereinigungen über die Tätigkeit des Bundesvorstandes und des Präsidiums zu berichten hat. Auf Grund der Beratungen im Bundesvorstand ist vom Parteiausschuß beschlossen worden, daß das Präsidium zu berichten hat. Selbstverständlich erfolgt die Berichterstattung grundsätzlich durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter. Im übrigen soll die Anwesenheit des Präsidiums sichergestellt werden, soweit das möglich ist. Dadurch ist die Konferenz der Landesvorsitzenden und die Konferenz der dazugehörenden Vorsitzenden der Vereinigungen in etwa institutionalisiert. Ich verweise dazu auf den Umdruck „Satzungsänderungen“, Seite 1, Punkt 4.

Die Zuständigkeit des Präsidiums ist im letzten Absatz des § 34 geregelt. Danach führt das Präsidium die Beschlüsse des Bundesvorstandes aus; es erledigt insbesondere die laufenden und dringlichen Geschäfte des Bundesvorstandes. Darf ich fragen, ob das Wort zu § 34 erbeten wird. — Bitte schön, Herr Ministerpräsident Lemke.

Ministerpräsident Dr. Lemke (Schleswig-Holstein):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Delegierten des Landesverbandes Schleswig-Holstein stellen den Antrag, den letzten Absatz durch den Satz zu ergänzen: „In Eilfällen entscheidet der Vorsitzende“.

Die Funktionen des Vorsitzenden sind kaum umrissen, sie ergeben sich allenfalls aus dem Wortlaut. Wir meinen, es müsse hinzugefügt werden, daß er politische Vorentscheidungen fällen kann. Wir haben einen schriftlichen Antrag

eingereicht; er liegt dem Präsidium vor. Die neue Fassung des Abs. 1 würde also lauten:

„Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei. Er führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durch und fällt die notwendigen politischen Entscheidungen. In Eilfällen entscheidet der Vorsitzende.“

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein zur Kenntnis genommen.

In dem einen Antrag – dem hinsichtlich der Kompetenz des Bundesvorstandes – soll klargestellt werden, daß der Bundesvorstand die notwendigen politischen Entscheidungen trifft. Soweit es um diese Frage geht, halte ich die vorgeschlagene Regelung für selbstverständlich. Wenn er die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durchzuführen hat, hat er auch die dazu notwendigen politischen Entscheidungen zu fällen. Ich glaube also, daß eine solche zusätzliche Regelung nicht notwendig ist. Man soll Statuten nicht allzusehr ausdehnen.

Soweit es sich um die Kompetenz des Vorsitzenden handelt, in Eilfällen zu entscheiden, darf ich auf den letzten Absatz des § 34 verweisen. Hiernach führt das Präsidium die Beschlüsse des Bundesvorstandes aus und erledigt insbesondere die laufenden und dringlichen Geschäfte des Bundesvorstandes. Wenn das Präsidium die dringlichen Geschäfte zu erledigen hat und wenn in Eilfällen der Vorsitzende zu entscheiden hat, dann wird es nicht leicht sein, von Fall zu Fall zu klären, was dringlich und was eilig ist und welches der wesentliche Unterschied zwischen beiden Tatbeständen ist. Ich wäre also dankbar, wenn diese Anregungen – wir sind in der Sache völlig einig, lieber Herr Lemke – überprüft würden. Ich möchte Ihnen, soweit mir die Kompetenz zusteht, empfehlen, diesen Vorschlägen nicht zu entsprechen, weil sachlich die Regelung bereits vorliegt, die der Landesverband Schleswig-Holstein mit seinem Antrag erstrebt. Darf ich fragen, ob weitere Wortmeldungen vorliegen? – Herr Jäger.

Jäger:

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe zu § 34 eine Anmerkung zu machen. Ich möchte dazu jetzt keinen Antrag stellen.

Im § 34 heißt es lapidar, daß der Bundesvorstand den Bundesgeschäftsführer wählt. Im folgenden Satz stehen die Aufgaben dieses Bundesgeschäftsführers. In dem vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Satzungsentwurf ist durch das Vorschlagsrecht des Vorsitzenden für die Person des Generalsekretärs eine enge Verzahnung zwischen beiden vorgesehen. Mir schien es deswegen nur logisch, daß eine entsprechende oder ähnlich geartete Verzahnung auch zwischen der Person des Generalsekretärs und des Bundesgeschäftsführers bestehen müßte. Zwischen beiden müßte ebenfalls ein enges Vertrauensverhältnis vorhanden sein.

Wir haben diese Frage ja auf morgen vertagt. Darum möchte ich vorschlagen, den § 34 nur insofern zu verabschieden, daß zu diesem Punkt morgen noch Änderungsvorschläge und Beschlüsse möglich sind, daß also die Endfassung

des § 34 hinsichtlich der Stellung des Bundesgeschäftsführers im Zusammenhang mit dem Generalsekretär noch nicht zementiert wird, so daß morgen die Debatte dazu noch offen ist.

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, diese Frage ist auch von den Kommissionen und Gremien der Bundespartei beraten worden. Man kam einstimmig zu dem Ergebnis, es bei der hier vorliegenden Regelung zu belassen. Ich komme aber gern der Anregung unseres Freundes Jäger nach; wenn wir heute über § 34 abstimmen, dann kann das durchaus so geschehen, daß einzelne Delegierte sich das Recht vorbehalten, dazu morgen oder im Laufe des späten Abends noch einen Antrag zu stellen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zurufe)

— Dann will ich unserem Freund Jäger Gelegenheit geben, seinen Standpunkt zu präzisieren. Darf ich Herrn Jäger fragen, ob er einen entsprechenden Antrag stellt oder ob er das, was er gesagt hat, als eine unverbindliche und nicht zur Entscheidung stehende Anregung betrachtet.

(Jäger: Ich stelle den Antrag, die Abstimmung über den § 34 Abs. 4 auf morgen zu vertagen)

— Es ist beantragt worden, die Abstimmung über § 34 Abs. 4 auf morgen zu vertagen. Wird dazu das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Antrag unseres Freundes unterstützen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer ist gegen den Antrag? — Enthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wird weiter zu § 34 das Wort erbeten? Das ist nicht der Fall.

Über den Antrag Lemke ist noch nicht abgestimmt worden. Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag noch das Wort gewünscht wird. Der Landesverband Schleswig-Holstein hatte gebeten, ausdrücklich klarzustellen, daß der Bundesvorstand die notwendigen politischen Entscheidungen treffen kann. Es sollte ferner vorgesehen werden, daß in Eilfällen der Vorsitzende entscheiden kann. Auf die hierbei zu beachtenden Gesichtspunkte habe ich hinzuweisen versucht.

Wer den Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein zu § 34 Abs. 1 unterstützen will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Antrag ist nicht angenommen worden.

Darf ich fragen, ob zu § 34 weiter das Wort erbeten wird. — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu § 35. Er ist in der Sache selber unverändert geblieben. Wird dazu das Wort erbeten? — Herr Dr. Schmidt.

Dr. Schmidt (Wuppertal):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im § 35 wird der Generalsekretär nicht erwähnt. Er hat aber eine starke Stellung und kann Verbindlichkeiten begründen. Er kann sogar nach § 26 durch seine Weisung an die nachgeordneten Gebietsverbände und die Sonderorganisationen Verbindlichkeiten für

diese begründen. Ich frage, ob der Generalsekretär nicht doch in den § 35 eingebaut werden müßte.

Präsident Dufhues:

Herr Dr. Schmidt, aus § 26 ergeben sich meines Erachtens derartige Befugnisse nicht. Durch die Weisungen können lediglich Aufträge begründet werden, deren Ausführung nur bei Sicherstellung der Finanzierung gegeben ist. Ich bin sicher, daß alle Landesverbände und alle Kreisverbände bei Weisungen, die mit finanziellen Lasten verbunden sind, sich zunächst mit der Bundespartei auseinandersetzen werden. Im übrigen ist die Vertretung der Bundespartei so geregelt, daß sie durch den Vorsitzenden und den Generalsekretär erfolgt. Ich verweise auf § 34 Abs. 3. Soweit ich es zu übersehen vermag, halte ich eine Ergänzung des § 35 nicht für erforderlich.

Wird weiter das Wort erbeten? —

Dann rufe ich die Bestimmung des § 36 der Statuten auf. Wird dazu das Wort verlangt? — Bitte schön!

(mit Beifall begrüßt)

Frau Altewischer (Westfalen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei § 36c müßte meines Erachtens eine entsprechende Änderung vorgenommen werden.

Präsident Dufhues:

Verzeihung, darf ich zunächst fragen, was „§ 36c“ heißt?

Frau Altewischer:

Entschuldigung! Der Applaus kam zu früh. Ich bin bereits bei § 37.

(Heiterkeit)

Präsident Dufhues:

Die schnellen Truppen der CDU! — Ich bitte Sie, sich nicht allzu weit zu entfernen. Sie haben gleich die Möglichkeit, Ihre Anregung vorzutragen.

Wird zu § 36 das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich jetzt zu § 37. Hierbei handelt es sich in der Tat um eine Bestimmung, die von ganz entscheidender Bedeutung für unsere Schwerpunktbearbeitungen ist. Sie gehört also zu den Bestimmungen — es tut mir leid, Frau Altewischer —, deren Beratung auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen auf morgen vertagt wird. — Es wird mir hier gesagt, das sei nicht kavaliersmäßig. Aber ich bin an Ihre Beschlüsse gebunden. Leben Sie einmal in der Furcht des Parteitags, Herr Filbinger!

Damit haben wir die Beratung der Bestimmungen des Abschnitts D abgeschlossen, soweit nicht die Beratung vertagt worden ist. Vertagt ist die Beratung der §§ 29b, 30, 33 und 37.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die jetzt von mir zuletzt nicht erwähnten Bestimmungen des Abschnittes D. Wer diesen von mir nicht erwähnten

Bestimmungen zustimmen will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. Gegenprobel — Enthaltungen? — Bei einer Enthaltung im übrigen einstimmig angenommen.

Nun können wir uns bereits dem Abschnitt E zuwenden. § 38 zählt die Vereinigungen auf. Die Bestimmung ist unverändert geblieben. Wird dazu das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich § 39 auf. Hier lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Bestimmung des § 39 Abs. 2 Satz 2. Danach wird der Hauptgeschäftsführer einer Vereinigung im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt. Eine entsprechende Bestimmung für die Landesgeschäftsführer der Landesverbände haben Sie bereits beschlossen. Es scheint mir der inneren Logik zu entsprechen, auch hier so zu verfahren. — Ich darf fragen, ob zu § 39 das Wort erbeten wird. — Das ist nicht der Fall.

§ 40 wird jetzt nicht aufgerufen. Diese Bestimmung soll hinter § 47 eingefügt werden, weil sie dort statutarisch und aus Gründen der allgemeinen Übersichtlichkeit besser untergebracht ist.

Ich darf nunmehr über den Abschnitt E, also die §§ 38 und 39, abstimmen lassen. § 40 soll, wie gesagt, später behandelt werden. Wer den genannten Bestimmungen des Abschnitts E, also §§ 38 und 39, zustimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Gegenprobel — Enthaltungen? — Bei einer Enthaltung im übrigen einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Abschnitt F, Verfahrensordnung. In diesem Abschnitt sind zunächst alle Paragraphenziffern umzunummerieren. Der Abschnitt beginnt mit § 40 — nicht 41 —; entsprechend endet dieser Abschnitt mit § 45, nicht 46.

Ich rufe zunächst § 40 auf. Er enthält lediglich redaktionelle Änderungen. Wird dazu das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall. Ich rufe § 41 auf. Durch die Einfügung der Worte „der abgegebenen Stimmen“ soll lediglich eine Klarstellung erfolgen. Wird das Wort dazu verlangt? — Das ist nicht der Fall.

Ich rufe § 42 auf. Die Bestimmung ist unverändert übernommen worden. Wird dazu das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich die Bestimmung des § 43, in der Vorlage noch § 44 genannt, auf. Wird dazu das Wort gewünscht? — Bitte!

Soenius (Rheinland):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Bestimmung des § 44 — alt —, jetzt also § 43, finden Sie in Abs. 1 den bemerkenswerten Satz:

„Stimmzettel, auf denen weniger oder mehr Namen angekreuzt sind, als der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes entspricht, sind ungültig.“

Präsident Duhues:

Herr Kollege Soenius, darf ich Sie für einen Augenblick unterbrechen. Ich bekomme soeben die Vorlage der Bundesgeschäftsstelle „Statutarische Änderungen“. In dieser Vorlage ist Ihnen, meine Damen und Herren, die jetzt zur

Beratung vorliegende Fassung des § 44 Abs. 2, künftig § 43 Abs. 2, mitgeteilt worden. Diese Vorlage ist also insoweit Gegenstand der Beratungen. Sie lautet: „Die Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden nach § 29 b Ziffer 3 und die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstands nach § 29b Ziffer 5 erfolgt durch ein auf dem Stimmzettel hinter den Namen eines Kandidaten gesetztes Kreuz. Der jeweilige Stimmzettel muß die Namen aller vorgeschlagenen Kandidaten enthalten. Stimmzettel, auf denen weniger oder mehr Kandidaten angekreuzt sind, als der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. der weiteren Mitglieder des Bundesvorstands entspricht, sind ungültig. Bei allen Wahlen ist gewählt, wer eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.

Soweit die Mehrheit nicht erreicht wird, findet Stichwahl unter den nicht gewählten Kandidaten mit den nächst niedrigeren Stimmenzahlen statt. Ist eine Entscheidung zwischen zwei Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl erforderlich, erfolgt sie ebenfalls durch Stichwahl. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit.“ Das ist die Grundlage der Beratungen, soweit es sich um die Bestimmung des § 43 – neu – Abs. 2 handelt.

Und nun darf ich Herrn Kollegen Soenius das Wort erteilen.

Soenius:

Meine Damen und Herren, das, was ich hier anzumerken habe, entspricht in der ersten Vorlage genau der, die jetzt vorliegt.

Satzungen allein ermöglichen nicht unbedingt das demokratische Leben einer Partei. Aber diese Satzungen müssen zumindest einen demokratischen Geist atmen. Ich meine, daß dagegen durch diesen Satz verstoßen wird.

(Beifall)

Ich meine, durch dieses System ist das, was man heute in der Diskussion über die Änderungen des Wahlrechts als die Chancen des Machtwechsels bezeichnet, zu sehr eingeschränkt. Das heißt, daß diejenigen, die den Vorstand bilden, zu sehr im Vorteil sind, wenn es dabei bleibt.

Nun sind gestern im Bundesausschuß einige Argumente zu dieser Frage ausgetauscht worden. Eines dieser Argumente, das mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit vorgetragen worden war, lautete: Wir kommen zu Parteitagern, um zu wählen, nicht um uns der Stimme zu enthalten oder gar mit Nein zu stimmen. Ich muß sagen, ich habe kein Verständnis für diese Argumentation, weil ich von der Vorstellung durchdrungen bin, daß eine Stimmenthaltung ebenso sehr Ausdruck des demokratischen Rechts ist wie die Abgabe einer Nein-Stimme.

(Beifall)

Im übrigen haben Sie soeben einen Block mit Stimmzetteln „Ja“, „Nein“ und „Enthaltungen“ erhalten. Ich meine, darin kommt schon die Anerkennung der Bundesgeschäftsstelle zum Ausdruck.

Meiner Meinung nach ist die Bestimmung auch in sich unlogisch. Denn wenn sie aufrechterhalten bliebe, müßte logischerweise hinzugefügt werden, daß die

Zahl der Kandidaten um mindestens soundsoviel höher sein muß als die Zahl der zu Wählenden. Denn nach dieser Satzung haben wir als Delegierte zwar das Recht, bei der Wahl des Bundesvorsitzenden oder, wenn es so beschlossen wird, des Generalsekretärs, mit Ja, Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Wenn aber für die Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden nur fünf Kandidaten vorgeschlagen sind, dann entfällt dieses Recht für uns Delegierte. An dieser Konsequenz mögen Sie schon die Unmöglichkeit dieses hier vorgeschlagenen Verfahrens erkennen.

Ich darf aber noch ein weiteres Argument anführen, das Herr Professor Mikat gestern im Bundesausschuß vorgetragen hat. Er ist nämlich der Meinung, daß diese Bestimmung rechtlich anfechtbar ist. Er meinte sogar, daß ein Gericht sie wahrscheinlich aufheben würde.

Mit diesen wenigen Bemerkungen darf ich meinen Änderungsantrag begründen, den Satz „Stimmzettel, auf denen . . . sind ungültig“ ersatzlos zu streichen. Ich bitte Sie um die Annahme dieses meines Antrages.

(Beifall)

Präsident Duhues:

Meine Damen und Herren, es handelt sich hierbei um eine Bestimmung, die auch im Hinblick auf die Struktur der CDU als Volkspartei von erheblicher Bedeutung ist. Sie ist in den Vorberatungen sehr eingehend erörtert worden. Ich möchte unseren Freund Dr. Barzel fragen, ob er bereit ist, die Gesichtspunkte darzulegen, die zu der Ihnen vorliegenden Fassung geführt haben.

Dr. Barzel:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß dies eine besonders komplizierte und natürlich einschränkende Bestimmung ist. Wir hatten ja gestern, Herr Soenius, im Bundesausschuß eine Debatte über dieselbe Frage und denselben Antrag, und dieser Antrag ist dort wie in allen Vorbesprechungen mit Majorität abgelehnt worden.

Ich darf versuchen, das, was der Herr Vorsitzende hier in dem einen Satz gesagt hat, ein bißchen auszudeuten. Die Bestimmung, die jetzt hier vorgesehen ist, findet sich in der gleichen Weise in der Satzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU.

(Zurufe)

Diese Vorschrift hat den Zweck, eine der den kundigen Thebanern bekannten Möglichkeiten des praktischen Manipulierens von Stimmen auszuschalten: Es ist bekannt, daß es folgende relativ einfache Möglichkeit des Manipulierens von Stimmen gibt: Wenn etwa 15 Damen und Herren zu wählen sind und man hat 15 Stimmen, dann verabredet sich eine bestimmte Gruppe, nur drei Stimmen für die eigenen Freunde abzugeben und die anderen Stimmen zu verschenken. Dadurch kommen dann jene Ergebnisse zustande, die Sie kennen. Hier gibt es einen logischen Zusammenhang mit der Vorschrift, daß jedes Mandat, das vom Parteitag vergeben wird, eine absolute Mehrheit braucht. Die Vorschrift also, die Herr Soenius soeben mit Recht als einschränkend bezeichnet hat, soll die Chance vergrößern zu erreichen, daß das, was aus den geheimen Wahlen

hervorgehen muß, ein dem Unionscharakter entsprechendes ausgewogenes Ergebnis ist. Wenn man dies ablehnt – etwa aus den Gründen, die Sie genannt haben –, gibt es im Grunde nur ein anderes faires Verfahren, nämlich das Verfahren, Platz für Platz in der Reihenfolge zu wählen. Eine solche Prozedur dauert nicht nur mehrere Stunden, sondern sehr viel länger. Es handelt sich hier um eine Frage der praktischen Möglichkeiten eines Parteitags und dessen Dauer.

Aus diesen Gründen wenden wir in der Bundestagsfraktion das nun auch hier vorgesehene Verfahren an. Wir sind mit dieser Vorschrift auch nicht vollständig glücklich, wie man das mit keiner der in Betracht kommenden Regelungen sein kann. Aber es ist das minus malum, das geringste Übel, das uns bisher eingefallen ist. Wir hatten bisher solche Bestimmungen nicht nötig, weil bisher die Vorstandsmitglieder nicht durch geheime Wahlen vom Parteitag gewählt worden sind. Wir haben ja auch noch keine Bestimmung aufgenommen, weil auch das sich entwickeln muß, hinsichtlich des Vorschlags dieses Gesamttableaus, wenn Sie so wollen.

Bei Abwägen aller Dinge – es spricht einiges für das, was Sie sagten – meinten wir und meinte die Mehrheit in den vielen Gremien, die diese Vorlage passiert hat – ich glaube, diese Mehrheit war gestern abend ziemlich überzeugend –, daß es zweckmäßig ist, so zu verfahren. Sie werden sehen, daß diese Vorschrift nicht nur für die 19 zu wählenden Mitglieder gilt, sondern daß sie auch für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden gilt.

Es ist also richtig – zusammenfassend gesagt –: Hier wird die Möglichkeit der Enthaltung entzogen. Man muß so viel Stimmen abgeben, wie Persönlichkeiten zu wählen sind. Wir wissen aber alle, wie so etwas zustande kommt und daß auf einem Stimmzettel nie nur so viele Namen stehen, wie zu wählen sind, sondern sehr viel mehr. Ich bin ziemlich sicher, daß wir das morgen bei den Wahlen erleben werden. Daher ist hier eine Auswahlmöglichkeit gegeben. Durch die besagte Bestimmung sollen die Wählenden gezwungen sein, auch solche Kandidaten mit zu wählen, die nicht der eigenen Gruppe oder dem eigenen Freundeskreis angehören. Sonst wird nicht erreicht, daß alle Mandate, die dieser Parteitag vergibt, nur mit absoluter Mehrheit vergeben werden; so steht es jetzt in der Satzung.

Wenn man das Für und Wider gegeneinander abwägt, ist der jetzt vorliegende Vorschlag zu § 44, in der neuen Numerierung § 43, das geringere Übel, auch hinsichtlich der Praktikabilität. Die Gremien schlagen vor, diese Vorschrift so anzunehmen. Falls es mir nicht gelungen ist, Sie, Herr Soenius, zu überzeugen – es ist mir auch gestern nicht gelungen –, müssen wir diese Frage durch Abstimmung klären.

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren! Es ist darauf hingewiesen worden, daß Herr Professor Mikat gestern auch rechtliche Bedenken geltend gemacht hat. Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß sich Herr Professor Mikat mit seiner Auffassung im Widerspruch befindet zu dem Kommentar Nipperdey, 15. Auflage, 1964, § 111.

Wer also den Wunsch hat, dieser Streitfrage nachzugehen, hat hier hinreichende Möglichkeit. Im übrigen freue ich mich, daß Herr Mikat wieder einmal bestätigt hat, daß zwei Juristen mindestens zwei verschiedene Meinungen zu äußern pflegen. Ich erteile das Wort dem Herrn Lengemann aus Hessen. Er verzichtet. Dann hat sich Herr Mick zu Wort gemeldet.

Mick (Rheinland):

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich bedaure, daß ich den Vortrag meines verehrten Fraktionsvorsitzenden in einigen Dingen ergänzen muß. Mein verehrter Fraktionsvorsitzender hat hier nicht gesagt, daß es in der Praxis der Fraktion liegt, daß bei den Vorschlägen zum Vorstand — jedenfalls ist es in der Zeit, seitdem ich dieser Fraktion anzugehören die Ehre habe, noch nie anders gewesen — mindestens die doppelte Anzahl von Vorschlägen zur Auswahl vorliegt, als gewählt werden müssen.

Wenn mein verehrter Fraktionsvorsitzender weiter gesagt hat, daß durch diesen Wahlmodus der Fraktion ein Ausgleich zustande kommt, so entspricht das nicht ganz den Tatsachen; denn es ist doch in der Wahlordnung der Fraktion, verehrter Herr Kollege Barzel, üblich, daß dieser Ausgleich dadurch vorgenommen wird, daß nach erfolgter Wahl der Fraktion nochmals eine Liste vorgelegt wird, die vom Vorstand zu dem Zwecke erarbeitet wurde, den durch die erste Wahl nicht erfolgten Ausgleich durchzuführen, und daß dann die Fraktion bei diesem Vorschlag ja oder nein sagen kann. Sie hat bisher immer ja gesagt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir ein weiteres Argument gegen die Auffassung des Herrn Kollegen Barzel. Ich bin der Meinung, daß wir mit dem Wahlmodus, wie er jetzt angenommen werden soll, nicht verhindern, sondern geradezu hervorrufen, daß Vorschläge in großer Zahl und unreal gemacht werden und daß dann irrealen Vorschläge hier von einem Teil der Delegierten gewählt werden, um die nicht wählen zu müssen, die sie nicht wählen wollen.

Präsident Dufhues:

Das Wort zu einer persönlichen Erwidmung hat Herr Barzel. Im übrigen hoffe ich, daß niemand jemals in der CDU gezwungen wird, bei Wahlen über Delegierte gegen sein Gewissen zu handeln.

Dr. Barzel:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Der von mir ganz besonders verehrte Kollege Mick hatte die Liebesswürdigkeit, mich in einer sehr netten Weise hier ein bißchen zu apostrophieren, was nicht nur sein gutes Recht ist, sondern es gibt auch viele verständliche Argumente aus der Praxis, die wir haben. Nur haben wir noch eine andere Praxis. Und deshalb ist hier die Analogie wirklich nicht ganz zutreffend. Wir haben nicht nur die Praxis, sondern auch die Satzungsvorschrift, daß in der Fraktion der Vorsitzende das angenehme Recht, aber zugleich auch die unangenehme Bürde hat, mit seinem Namen die Vorschläge für die Stellvertretenden Vorsitzenden, Arbeitskreisvorsitzenden und Mitglieder des Fraktionsvorstandes zu machen. Das ist eine ganz andere Lage.

Das gibt, wenn er Glück und Autorität hat, der Sache Gewicht. Hat er Pech oder keine Autorität, ist die Sache kaputt. Das ist das erste.

Das zweite! Herr Kollege Mick, es gab auch schon Situationen, in denen Fraktionsvorsitzende — ich denke an verehrte Vorgänger — genau die Zahl von Kollegen vorgeschlagen haben, die zu wählen waren. Dann wurden aus der Fraktion andere Vorschläge gemacht, und siehe da, am Schluß waren immer die gewählt, die in der Zahl vorgeschlagen waren. Aus diesem Grunde hat der Fraktionsvorsitzende, den zu kritisieren Sie eben die Liebenswürdigkeit hatten, zu der Praxis gefunden, immer mehr Kollegen vorzuschlagen, damit eben der Mangel dieses Vorschlages, dieser Stimmabgabe, dadurch geheilt werden kann, daß mehr zur Auswahl vorliegen.

Nun bin ich ganz sicher — wenn ich an das denke, was wir seit gestern den ganzen Tag in den Gremien gehabt haben, und das, was wir morgen sagen werden und was in den Bänken, sei es hier, sei es außerhalb, diskutiert wird —, daß wir morgen nicht nur 19 Kollegen auf dem Stimmzettel haben werden. Ich habe auch gehört, daß wir hinsichtlich der Frage der Stellvertretenden Parteivorsitzenden eine größere Zahl haben werden, so daß ich glaube, wenn man dieses Gegeneinander abwägt, daß ich ein bißchen dazu beigetragen habe, diese Sache abzurunden.

Aber gleichzeitig noch eines: Herr Mick hat in einem recht, unsere Praxis und unsere Satzung sind erleichtert durch die Möglichkeit der Kooptation. In einem beißt keine Maus den Faden ab, nämlich dann, wenn das ins Parteiengesetz kommt und im Parteistatut steht, wird auch die Bundestagsfraktion der CDU/CSU vor neuen Fragen ihrer eigenen Satzung stehen. Aber wir haben ja vorher gesagt, wir wollen die Partei als Avantgarde. Ich glaube, da stimmen wir überein, Herr Kollege Mick.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Das Wort hat Frau Kalinke.

Frau Kalinke (Hannover):

Herr Vorsitzender! Meine Herren und Damen! Ich habe schon gestern im Bundesausschuß eine Reihe von Argumenten zu diesem Thema gebracht. Es ist mir heute ein besonderes Vergnügen — insbesondere, weil Herr Mick und ich manchmal sehr unterschiedliche Auffassungen hatten —, in diesem Punkte zu meiner Freude sagen zu dürfen, daß Herr Kollege Mick eine ähnliche Auffassung vertritt, die sich auf einer Reihe von Erfahrungen gründet, die nicht immer gut in ihrer Auswirkung waren. Es ist sicherlich eine Erleichterung, wenn der Herr Kollege Dr. Barzel hier gesagt hat, wir können beruhigt sein; wir werden diesmal nicht nur 19 Bewerber haben, bei denen es heißt: Die 19 muß Du wählen oder Dein Wahlzettel gilt nicht.

Ich habe es gestern schon im Bundesausschuß gesagt: Ich will keine großen Worte von Gewissenskonflikt gebrauchen, aber ich möchte sagen, es könnten Kollegen vorgeschlagen werden, weil sie vielleicht besonders bequem sind, die aber nach unserer Auffassung unter Umständen nicht die Aktivität haben, um die Avantgarde zu stellen, von der Herr Barzel gesprochen hat.

(Lebhafter Beifall)

Der beste Avantgardist und der beste Vorsitzende sind aufgeworfen, wenn sie nicht Leute haben, die Mitarbeiter sind und nicht nur mit dem Kopf nicken. Das gilt für die Fraktion wie für die Delegierten hier. Wir müssen also eine Chance haben, um auswählen zu können. Wenn das Petitum erfüllt ist, ist unser Anliegen durchaus in Ordnung. Ich bin nicht davon zu überzeugen, daß die Kommentare von Nipperdey oder anderen völlig richtig sind, wobei ich nichts gegen die Weisheit der Herren Professoren sagen will, aber ich bin weder von Gutachten noch von Gegengutachten zu überzeugen. Wir sind alle so gute Demokraten, daß wir uns von unseren eigenen politischen Erfahrungen überzeugen lassen sollten.

(Beifall)

Wir sollten auch wirklich vermeiden, daß es überhaupt zu einem Rechtsgutachten oder zu einer Auseinandersetzung kommt. Das können wir ganz einfach, wenn wir hier einen Satz hinzufügen: Die Zahl der Kandidaten ist unbeschränkt — das ist also das Vorschlagsrecht, das wir nicht einschränken dürfen —, die Vorschlagsliste muß aber mehr als ein Drittel der zur Wahl stehenden Kandidaten enthalten. Wenn die Vorschlagsliste mehr als ein Drittel der zur Wahl stehenden Kandidaten enthält, dann haben wir die Möglichkeit — wenn dieser Zusatz in den § 44 käme —, allen Bedenken Rechnung zu tragen. Der Demokratie täte es gut, der Aktivität der Partei auch. Wir haben manchmal unangenehme Dinge erlebt, indem zum Beispiel dem einen oder anderen oder der einen oder anderen gesagt wurde, verzichten Sie lieber auf Ihre Kandidatur und lassen Sie sich um Gottes willen nicht aufstellen, damit die anderen durchkommen. Das ist nicht sehr schön. Das ist auch nicht politisch. Der Möglichkeit, daß tüchtige junge Männer und Frauen vorankommen, sollte jede Tür geöffnet werden.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Das Wort hat Herr Kliesing.

Dr. Kliesing (Rheinland):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Vorschlag von Frau Kalinke ist geeignet, die Situation, in der wir uns befinden, etwas zu erleichtern. Denn wenn es bei dieser hier vorgeschlagenen Regelung bliebe, wäre die Situation ja doch wohl die, daß beispielsweise bei der Wahl der Mitglieder des Präsidiums sich viele Delegierte in dem Dilemma befinden würden, entweder trotz der gegenteiligen Versicherung des Herrn Vorsitzenden solche Kandidaten ankreuzen zu müssen, die sie an sich nicht wählen möchten, oder aber einen ungültigen Stimmzettel abzugeben. Und so weit sollten wir die Freiheit doch wohl nicht einschränken.

Nun meine ich aber, folgendes zu dem Argument sagen zu müssen, das hier für diesen Vorschlag auf Satzungsänderung vorgebracht worden ist. Es ist darauf hingewiesen worden, daß wir eine Volkspartei seien und daß, wenn man diese Regelung hier nicht treffe, die Gefahr bestehe, daß dann nach Interessen, nach persönlichen Interessen kumuliert werde. Ich glaube, wir müssen uns hier einmal fragen: Wieso ist es überhaupt zu dieser Gefahr gekommen? Ich meine, die Antwort auf diese Frage liegt darin, daß wir den Begriff Volkspartei viel-

leicht doch nicht mehr ganz im ursprünglichen lebendigen Sinne auffassen. Ich möchte es so sagen: Eine mechanistische Addition von regionalen, konfessionellen, soziologischen und vielleicht noch biologischen Aspekten ergibt noch lange keine Volkspartei.

(Beifall)

Selbstverständlich will hier niemand das Kind mit dem Bade ausschütten. Wenn wir alle eine ausgewogene und ordentliche Meinung von dem haben, was eine Volkspartei und was eine Union ist, würde die Mentalität von selbst zurückgehen, die befürchten läßt, daß hier nach persönlichen Interessen gewöhnt würde.

Ich glaube daher nicht, daß man diese meines Erachtens etwas zu weit vorgeschrittene Entwicklung einer bestimmten Interessenmentalität dadurch bremsen kann, daß man hier einen Satzungsparagrafen einführt, sondern ich glaube, wir sollten wieder zu dem zurückkehren, was anfangs war: Ein wirklicher organischer Unionsgedanke und nicht ein Mechanismus, der dazu geführt hat, daß praktisch mehr oder weniger Ämter und Funktionen in der CDU doch nur nach diesen von mir erwähnten Interessenprinzipien vergeben werden. Denn ich befürchte, wenn wir das übersteigern – und wir haben es meines Erachtens übersteigert –, dann verlieren wir etwas an Seriosität. Ich muß offen gestehen, daß ich etwas verwundert war, zu hören, daß man sich beispielsweise in einer Diskussion über den kommenden Bundesschatzmeister der Partei im wesentlichen von konfessionellen und regionalen Gesichtspunkten hat leiten lassen. Ich glaube, eine derartig mechanistische und mechanische Auffassung bringt uns keine Wählerstimmen, sondern stößt höchstens Wähler zurück.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Bugge. Der nächste Redner ist Herr Professor Nagel. Ich darf ihn vielleicht jetzt schon bitten, nach vorn zu kommen.

Bugge (Württemberg-Hohenzollern):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich, der ich das erste mal an einem Bundesparteitag teilnehmen darf, wundere mich über die heutige Diskussion, und zwar deshalb, weil ich es einfach als undemokratisch ansehe, wenn der Wähler gezwungen wird, unbedingt eine gewisse Anzahl von Namen auf dem Wahlzettel aufzuführen, da sonst seine Wahl ungültig ist.

(Beifall)

Ich halte auch den Vorschlag, die Vorschlagsliste zu vergrößern, nicht für demokratisch. Denn es können auch auf dieser vergrößerten Liste nicht genug Namen von Leuten sein, denen ich mein Vertrauen geben kann.

Deshalb möchte ich Sie dringend bitten, uns zu helfen, daß diese Bestimmung aus der Satzung herausgenommen wird. Ich kenne keine Wahlvorschrift, die eine solche Bestimmung enthält.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Herr Professor Nagel hat das Wort. Falls noch weitere Wortmeldungen vorliegen sollten, bitte ich, sie hier oben abzugeben.

Prof. Dr. Nagel (Württemberg-Hohenzollern):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben für die Vorstandsmitglieder bereits eine Liste verbreitet. Diejenigen, die ausgedruckt auf dem Zettel stehen, sind von vornherein im Vorteil. Wir haben eine so gut funktionierende Geschäftsstelle, daß es durchaus möglich sein wird, die weiteren Namen in alphabetischer Reihenfolge gedruckt in eine neue Liste aufzunehmen und dann diese neue Liste wieder an uns zu verteilen. Dann kommen wir, glaube ich, zu einem einigermaßen ordentlichen Ergebnis.

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, ich habe den Diskussionsredner nicht verfolgen können. Wenn ich ihn recht verstanden habe, hat er angeregt, daß die neuen Vorschläge in alphabetischer Reihenfolge in die bisher vorliegenden Vorschläge eingeordnet werden. Das wird selbstverständlich geschehen.

Das Wort hat nun Herr Gerlich.

Dr. Gerlich (Landesverband Oder/Neiße):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin heute als einfacher Delegierter hier. Die Herren des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses hatten ja gestern schon Gelegenheit, dieses Thema gründlich zu erörtern. Wir sind als Delegierte heute völlig neu mit dem ergänzenden Vorschlag befaßt worden. Er ist uns ja erst heute zugegangen. Dieser Punkt ist, meine ich, so schwergewichtig, daß er durchaus mit in die Reihe der übrigen schwergewichtigen Punkte eingefügt werden sollte.

(Beifall und Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir haben ja die Möglichkeit, darüber abzustimmen, ob es ein schwergewichtiger Punkt ist, den wir vertagen wollen oder nicht. Ich meinerseits möchte den Antrag gestellt haben, den Delegierten heute abend noch einmal die Möglichkeit zu geben, diesen Punkt ebenso wie die anderen schwergewichtigen Punkte zu beraten. Deshalb stelle ich den Antrag, über diesen Antrag heute nicht abzustimmen, sondern die Abstimmung auf morgen zu vertagen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir zunächst diesen Antrag zur Geschäftsordnung behandeln. Wird dazu das Wort erbeten? — Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag entsprechen möchte, die Beratung des § 43 Abs. 2 des Entwurfs der Statuten auf morgen zu vertagen, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden. Wir setzen die Beratung fort.

Darf ich zunächst fragen, ob noch Wortmeldungen vorliegen? Ich bitte doch, die Wortmeldungen hier oben schriftlich abzugeben. Das erleichtert die Führung der Verhandlungen.

Herr Kellermann hat das Wort.

Kellermann (Rheinland):

Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Zwar ist der Antrag eben abgelehnt worden. Trotzdem werden wir so verfahren müssen; denn in Abs. 2 des § 44 — jetzt § 43 — heißt es: „Die Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden.“ Da die Zahl im § 33 enthalten ist, über den wir heute noch nicht beschlossen haben, müssen wir diesen Absatz ohnehin auch zurückstellen.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, meine Aufgabe kann es nur sein, die Beratungen tunlichst zu fördern. Darf ich in diesem Falle vorschlagen, daß wir die Beratungen, soweit einzelne Teile der Bestimmung des § 44 Abs. 2, z. B. die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden, noch nicht beraten sind, zurückzustellen, im übrigen die Beratungen aber fortzusetzen. Es bedeutet keinerlei rechtliche Schwierigkeiten, die heute zu beratende Bestimmung des § 44 Abs. 2 entsprechend zu ändern, falls Sie etwa in der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden morgen zu anderen als den bisher vorliegenden Ergebnissen kommen.

Aber ich habe dem Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag eben entnommen, daß Sie die schon weit fortgeschrittene Diskussion zum Abschluß bringen wollen. Deshalb mein Versuch, eine Brücke zu bauen, die dem Willen der Mehrheit der Delegierten Rechnung trägt.

(Beifall)

Wer bereit ist, dieser Anregung zu entsprechen, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Darf ich um die Gegenprobe bitten? — Enthaltungen? — Bei einigen Enthaltungen im übrigen mit sehr großer Mehrheit so beschlossen. Dann setzen wir die Beratungen fort mit dem Vorbehalt, daß Änderungen, die morgen beschlossen werden, bei der endgültigen Fassung des § 44 Abs. 2 zu berücksichtigen sind.

Nun hat sich Herr Russe gemeldet.

Russe (Rheinland):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nicht mehr zu dem Komplex unmittelbar Stellung nehmen. Das ist, glaube ich, hinreichend geschehen. Herr Fraktionsvorsitzender, ich möchte mir nur eine Klarstellung erlauben dürfen. Sie haben vorhin betont: Der Parteitag wählt erstmalig auf dieser Basis. Richtig, nicht zu bestreiten. Bisher aber waren auch schon 15 Mitglieder in den Parteivorstand zu wählen, und zwar von dem Bundesparteiausschuß. Dieser Bundesparteiausschuß umfaßte bekanntlich 240 Mitglieder. Solange die Union nach der Satzung gearbeitet hat, die wir mit dieser Vorlage ändern werden, ist nie das Verfahren angewandt worden, das jetzt in der Satzung vorgeschrieben werden soll. Der Parteiausschuß hat auch nie praktiziert, daß die 15 zu wählenden Mitglieder einzeln gewählt wurden, sondern es ist immer en bloc gewählt worden. Ich bin persönlich der Meinung, daß der Unionscharakter dabei immer gewahrt worden ist, zumal aus irgendwelchen Erwägungen dann der eine oder andere Parteifreund auf Grund der Satzung kooptiert werden konnte. Und ich frage mich nun daher: Warum jetzt ein neues Verfahren? Sicherlich spricht etwas dafür, aber ebensoviel auch dagegen. Es ist im einzelnen schon ausgeführt

worden. Ich möchte mir das ersapren. Ich möchte für meine Person sagen, daß es sinnvoll ist, wie bisher im Parteiausschuß auch nach der neuen Satzung zu verfahren.

Präsident Dufhues:

Ich erteile das Wort Frau Kalinke. Gleichzeitig bitte ich Frau Kalinke, zu dem mir schriftlich überreichten Antrag — das ist der einzige Antrag, der bisher hierzu gestellt worden ist —

(Widerspruch)

— Dann bitte ich, das schriftlich heraufzugeben, damit ich korrekt abstimmen lassen kann.

(Zuruf)

— Doch, Sie können einen Antrag stellen: Ich bin gern bereit, ihn entgegenzunehmen, nur lege ich Wert darauf, einen schriftlichen Antrag zu erhalten, über den abgestimmt werden kann. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich darauf Wert legen muß.

Frau Kalinke hat folgenden schriftlichen Antrag gestellt.

Frau Kalinke:

Ich wollte den Kollegen Russe bitten, seinen Antrag noch einmal zu überdenken und, wenn möglich, zurückzuziehen. Wir wollen an sich den Bestrebungen des Vorschlages des Bundesausschusses durchaus entsprechen. Nur wollen wir sicherstellen, daß ungute Erfahrungen, die wir gemacht haben, nicht auch von diesem Parteitag gemacht werden müssen. Mit einem Ergänzungsantrag, den ich jetzt verlesen werde, würde allen Bedenken, die hier geäußert worden sind, Rechnung getragen werden. Er sollte lauten:

„Die Zahl der aufzustellenden Kandidaten ist unbeschränkt. Die Vorschlagsliste muß mindestens um ein Drittel mehr Kandidaten enthalten, als zu wählen sind.“

Das würde bedeuten: Wenn 20 zu wählen sind, müssen mindestens 30 Kandidaten da sein. Jeder hat dann die Möglichkeit zur Auswahl, und niemand steht vor seinem Stimmzettel und sagt: Um Gottes willen, den hätte ich nie wählen wollen; nun muß ich ihn wählen, weil ich gezwungen bin, 19 Stimmen abzugeben.

Präsident Dufhues:

Darf ich zunächst den mir vorliegenden Antrag noch einmal wiederholen. Der Delegierte Soenius hat gebeten, in § 43 — ich darf berichtigen: Es ist der § 44 — im zweiten Absatz den Satz „Stimmzettel . . . ungültig.“ zu streichen. Es liegt weiter der soeben verlesene Antrag der Frau Abgeordneten Kalinke vor, der lautet:

„Die Zahl der aufzustellenden Kandidaten ist unbeschränkt. Sie muß mindestens um ein Drittel mehr Kandidaten enthalten, als zu wählen sind.“

Unbeschadet redaktioneller Fragen, die sich bei der endgültigen Fassung ergeben — ich gehe davon aus, daß Sie das Präsidium ermächtigen, redaktionelle

Änderungen, die keine sachlichen Änderungen enthalten, vorzunehmen —, würde ich vorschlagen, daß, wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wir zunächst über den Antrag des Herrn Soenius abstimmen. Ich lese noch einmal den Satz vor, den Herr Soenius gestrichen haben will:

„Stimmzettel, auf denen weniger oder mehr Namen angekreuzt sind, als der Zahl der weiteren Mitglieder entspricht, sind ungültig.“

Wird zu diesem Antrag noch einmal das Wort gewünscht? — Herr Hensel bitte.

Dr. Hensel:

Wenn der Antrag des Parteifreundes Soenius überhaupt einen Sinn haben soll, kann nur das Wort „weniger“ gestrichen werden. Wenn mehr auf dem Stimmzettel stehen, wissen die Auszählenden nicht, wer gewählt ist. Überdenken Sie Ihren Antrag noch einmal.

Präsident Dufhues:

Herr Soenius, halten Sie Ihren alten Antrag aufrecht? — Gut, dann lasse ich über den von Herrn Soenius gestellten Antrag abstimmen, den von mir verlesenen Satz zu streichen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Gegenprobe! — Es besteht im Präsidium keine Einigung, was die Mehrheit ist. Ich lasse daher durch Abgabe der Ihnen vorliegenden Stimmzettel das Ergebnis feststellen. Wer dem Antrag Soenius zustimmen will, der gebe eine Ja-Karte Nr. 2 ab. Wer ihn ablehnt, gebe eine Nein-Karte Nr. 2 ab. Wer sich enthalten will, wählt die gelbe Karte Nr. 2. — Darf ich feststellen, ob alle Delegierten von dem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben. Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis festzustellen.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag Soenius bekannt. Abgegebene Stimmen: 487; Enthaltungen 5; ungültig 13. Ja: 249 Stimmen, Nein: 220 Stimmen. Damit ist der Antrag Soenius angenommen.

(Beifall)

Wir sind uns sicherlich darüber einig, daß damit der Antrag Kalinke noch nicht erledigt ist.

(Zurufe)

Darf ich die Abgeordnete Frau Kalinke bitten, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob sie ihren Antrag aufrechterhält.

(Erneute Zurufe)

— Verzeihung, auch in der CDU sind die Frauen mündig. Ich bitte, die Antwort Frau Kalinke zu überlassen; sie ist besonders mündig.

(Heiterkeit. — Frau Kalinke: Ich halte den Antrag aufrecht!)

— Sehen Sie, meine Damen und Herren, Frau Kalinke hält ihren Antrag aufrecht.

(Beifall)

Wird hierzu das Wort erbeten? —

(Dr. Even: Ich halte den Antrag Kalinke durch die Annahme des weitergehenden Antrags Soenius für erledigt!)

– Ich habe Bedenken, der Auffassung meines hochgeschätzten Kollegen Even zu entsprechen. Der Antrag von Frau Kalinke sieht vor, daß die Zahl der aufzustellenden Kandidaten unbeschränkt ist und daß mindestens um ein Drittel mehr Kandidaten aufgeführt werden sollen, als zu wählen sind. Dieser Antrag ist in etwa – wie die Juristen sagen – ein aliud, er deckt sich nicht völlig mit dem anderen Antrag. Er scheint mir nicht erledigt zu sein. Ich würde diese Entscheidung gern dem Plenum überlassen, das in eigener Autorität darüber befinden mag. Wird dazu das Wort erbeten? – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Gradl (Berlin):

Herr Präsident! Meine Parteifreunde! Auch ein Präsidiumsmitglied darf vielleicht einmal zur Sache sprechen. Ich möchte gegen den Antrag der von mir sehr geschätzten Kollegin Frau Kalinke sprechen, und zwar aus folgendem Grunde. Ich halte es nicht für eine gute Sache, wenn wir in die Satzung eine Bestimmung aufnehmen, die praktisch dazu zwingt, Kandidaten zu benennen, die man von der Sache her nicht benennen würde, sondern die man nur benennt, damit ein Spielraum für die Entscheidungsfreiheit gegeben ist. Dies ist, so meine ich, kein guter Weg. Ich möchte statt dessen empfehlen, etwas anderes zu überlegen, und zwar auch aus dem Bestreben heraus, jenen Spielraum zu sichern, der von denen gewünscht wird, die den vorausgegangenen Antrag gestellt und damit Erfolg gehabt haben. Frau Kollegin Kalinke schlug vor, aufzustocken, um die Entscheidungsfreiheit zu sichern. Ich würde glauben, daß es dann besser ist, den Delegierten die Möglichkeit zu lassen, auch eine geringere Zahl zu wählen.

(Zurufe)

– Entschuldigen Sie, ich würde empfehlen, daß Sie sich das wenigstens zu Ende anhören. Dann werden Sie vielleicht merken, daß es nicht so ganz abwegig ist. Sie können nachher entscheiden, ob Sie das wollen oder nicht.

Ich nenne jetzt ein Beispiel. Wenn wir in diesen Paragraphen die Bestimmung aufnehmen, daß Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel der Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten angekreuzt sind, ungültig sind, haben wir genau dasselbe erreicht, was Frau Kalinke mit ihrem Vorschlag erreichen will. Aber wir kommen nicht in die unangenehme Lage, nur um aufzufüllen – für die Entscheidungsfreiheit – Kandidaten benennen zu müssen.

Nun lassen Sie mich bitte noch eine Begründung hinzufügen. In § 50 der neuen Satzung, über die wir jetzt sprechen, steht, daß die Satzungen der Organisationen in der CDU den Bestimmungen dieser Satzung, d. h. der Bundessatzung, nicht widersprechen dürfen. In gewisser Weise machen wir hier also etwas, was hinterher für sämtliche Gliederungen der Partei – bis hinunter in die Ortsgruppen – verbindlich ist. Wenn Sie daran denken, dann werden Sie denen zustimmen, die der Meinung sind, man muß verhindern, daß durch Stimmenthäufung bzw. durch Übergehen der anderen Kandidaten ein Ergebnis herbeigeführt wird, das bei einer genügend vollen Stimmabgabe für eine genügend große Zahl von Kandidaten nicht erreicht würde. Dies sind die leidigen Druck-

manöver, oder Sie können auch sagen: Manipulierungen, die um so wirkungsvoller sind, je kleiner die Gliederung ist, in der die Wahl vorgenommen werden muß. Jeder von uns hat seine Erfahrungen. Vielleicht haben Sie nur gute Erfahrungen in der Hinsicht gemacht. Ich jedenfalls weiß, daß es auch andere Erfahrungen gibt. Dies war ja die Überlegung, weshalb die Statutenkommission diesen von ihnen nun gestrichenen Satz vorgeschlagen hat.

Meine Damen und Herren, bedenken Sie das bitte ruhig. Ich bin kein Satzungs-spezialist; mir tun Sie nicht weh, wenn sie nachher sagen: Das ist Unfug, was du gesagt hast. Aber ich bitte Sie, dies ernsthaft zu überlegen. Dies ist ein besserer Weg als die ersatzlose Streichung. Er ist auch besser als die Aufstockung um Kandidaten, deren Benennung sachlich nicht ernst gemeint ist, sondern die nur erfolgt, damit die Bewegungsfreiheit erreicht ist.

Schließlich die letzte Bemerkung zur Begründung meines Vorschlags. Diejenigen, die meinen, daß sie in einen unerträglichen Druck kommen, haben doch immer die Möglichkeit – wenn sie glauben, daß sie nicht die volle Zahl der bereits vorgeschlagenen Kandidaten wählen können – vorzuschlagen, wen sie als ihren Kandidaten haben wollen. Der wird dann auf den Stimmzettel gesetzt. Also auch von der Seite her ist das Gewissen abgedeckt.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, wird zu dem Antrag von Frau Kalinke und zu dem zuletzt gestellten Antrag das Wort erbeten? – Ist der Antrag, der zuletzt gestellt worden ist, bekannt?

(Zurufe: Nein!)

– Dann darf ich diesen Antrag noch einmal vorlesen. Er zielt auf folgende Fassung ab:

„Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel der Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig.“

(Zuruf: Es muß heißen „der zu wählenden“, nicht „der vorgeschlagenen“!)

– Meine Damen und Herren, es ist gar nicht so einfach. Ich bitte also, Geduld mit allen Beteiligten zu haben. Ich höre, daß der Antrag jetzt folgende Fassung erhalten soll:

„Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig.“

Meine Damen und Herren, auch hier handelt es sich um ein aliud zu der Entscheidung, die Sie bereits getroffen haben.

(Widerspruch)

– Meine Damen und Herren, die Entscheidung darüber, ob es ein aliud ist, liegt bei mir – dazu haben Sie mich zum Präsidenten gewählt –; die Entscheidung darüber, ob Sie dem Antrag folgen wollen, liegt bei Ihnen. Teilen wir uns die Verantwortung auf diese Weise und kommen wir zu einer klaren Verhandlungsführung und einer klaren Entscheidung!

Herr Präsident Gerstenmaier zur Geschäftsordnung!

D. Dr. Gerstenmaier:

Meine Damen und Herren, „zur Geschäftsordnung“ heißt in diesem Falle: zur Abstimmung. Wenn der Präsident des Parteitags in einer Geschäftsordnungsfrage – in der man allerdings Zweifel haben kann – entscheidet, dann ist diese Entscheidung gültig. Das ist jedenfalls das geschriebene und geübte Recht des Deutschen Bundestages. Ich würde empfehlen, diesem Recht auch hier zu folgen. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen.

Aber da ich schon das Wort habe, erlaube ich mir zu sagen, daß nach meiner Erkenntnis der Antrag der Frau Kollegin Kalinke der weitergehende ist. Der andere, der unseres Freundes Gradl, ist eine Minusabweichung dazu. Wenn ich recht verstehe, handelt es sich bei dem Antrag der Frau Kalinke einfach darum, eine hinreichende Auswahlmöglichkeit zu garantieren. Daß das der Fall sein sollte, darin stimme ich mit der Mehrheit dieses Parteitages – hoffentlich – überein. Ich gebe zu, daß ich lange darüber nachgedacht habe, ob man nicht einfach dem Streichungsantrag zustimmen und es dabei bewenden lassen sollte. Aber in Anbetracht des Gewichts der Argumente, die der Vorsitzende der Bundestagsfraktion vorgebracht hat, glaube ich, daß die Entscheidung, die der amtierende Präsident des Parteitags getroffen hat, auch sachlich richtig und zweckdienlich ist. Denn wenn unsere Partei in den nächsten Jahren etwas braucht, dann ist das in allen Bereichen und auf allen Gebieten ein Höchstmaß von Integration und Integrationsfähigkeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist ein ganz sachlicher Gesichtspunkt. Die CDU steht und fällt damit. Unter diesem Gesichtspunkt und nur unter diesem empfehle ich, das, was Herr Barzel gesagt hat, der Substanz nach aufzunehmen, und zwar dergestalt, daß zunächst über den Antrag der Frau Kollegin Kalinke abgestimmt wird.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Ich danke dem erfahrenen Präsidenten und Verhandlungsführer für seine Unterstützung. Ich habe bereits festgestellt, daß über die Anträge zu entscheiden ist. Ich stelle zunächst den weitergehenden Antrag der Frau Abgeordneten Kalinke zur Entscheidung.

Legen Sie Wert darauf, daß ich den Antrag noch einmal verlese?

(Zurufe: Ja!)

Ich komme dem gerne nach. Der Antrag lautet: „Die Zahl der aufzustellenden Kandidaten ist unbeschränkt. Sie muß mindestens um ein Drittel mehr Kandidaten enthalten, als zu wählen sind.“

Darf ich diesen Antrag nunmehr zur Abstimmung stellen?

(Zuruf)

— Ich bitte Sie, nach vorn zu kommen und am Rednerpult zu sprechen.

Lanius (Rheinland):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eben durch Abstimmung dem Antrag des Kollegen Soenius unsere Zustimmung gegeben. Nun läßt der Herr Präsident des Bundesparteitages über den Antrag der Frau Kalinke abstimmen mit den eben verlesenen Änderungswünschen. Ich frage, ob dabei weiterhin der Fortfall des Satzes „Stimmzettel weniger oder mehr“ bestehen bleibt.

Präsident Dufhues:

Der Antrag ist angenommen. Diese Bestimmung steht nicht mehr zur Diskussion. Keine weiteren Wortmeldungen mehr zum Antrag Kalinke? Ich erteile das Wort Herrn Dr. Stecker.

Dr. Stecker (Hannover):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es besteht Unklarheit darüber, wie das Verhältnis des Antrages Gradl gegenüber dem von Frau Kalinke ist. Der Antrag von Frau Kalinke besagt doch nichts weiter als das, nachdem wir den bisherigen Satz gestrichen haben, daß die Mindestzahl der vorzuschlagenden Kandidaten festgelegt wird. Der Antrag Gradl, wonach mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden sollen, ist ein ganz anderer Antrag. Er läuft darauf hinaus, den vorigen Antrag in etwa zu rektifizieren. Man müßte also getrennt abstimmen, dann bekäme man ein konkretes Ergebnis.

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren! Gerade dieser Vorschlag entspricht meinen Absichten. Ich habe bereits angekündigt, daß ich zunächst über den weitergehenden Antrag Kalinke abstimmen lasse. Erst dann steht ein weiteres aliud, nämlich der Antrag Gradl, zur Diskussion.

Dürfen wir nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Kalinke kommen. Wer dem Antrag Kalinke zustimmen will, der möge die rote Stimmkarte erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen! — Es ist schwer zu entscheiden. Wir müssen die Abstimmung durch Abgabe der Ja- oder Nein-Karten wiederholen. Ich wiederhole, daß nur die Stimmkarte Nr. 3 benutzt werden kann, ja, wer dem Antrag Kalinke zustimmen will, nein, wer ihn ablehnen will, Enthaltung, wer sich enthalten will.

(Wahlvorgang)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Es sind 450 Stimmen abgegeben worden. Mit Ja haben gestimmt 214, mit Nein 216.

(Heiterkeit und Unruhe)

Enthaltungen 10, ungültig 10.

Meine Damen und Herren! Nun liegt der Antrag des Herrn Dr. Gradl vor. Er beinhaltet folgendes. Stimmzettel, auf denen nicht mindestens dreiviertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig. Wird zu diesem Antrag das Wort erbeten? Herr Dr. Fricke!

Dr. Fricke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Unionsfreunde! Ich habe an dem Entwurf in Bonn, wonach alle 19 oder 15 zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden müssen, nicht mitgewirkt. Gestatten Sie aber dem Vorsitzenden eines kleinen Landesverbandes, hier die herzliche Bitte auszusprechen, nun wenigstens den eingeschränkten Antrag von Dr. Gradl anzunehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich spreche aus der Situation der kleinen Landesverbände; und deren gibt es eine große Zahl. Es wäre nämlich dann so, daß diese überhaupt nicht mehr im Bundesvorstand zum Zuge kämen. Es handelt sich hier um ein Gebot der Fairneß, in etwa den Minderheitenschutz sicherzustellen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Das Wort hat Herr Müller, Rheinland.

Müller (Rheinland):

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag unseres Parteifreundes Soenius beinhaltete, keine Beschränkung des Stimmrechtes weder nach oben noch nach unten vorzunehmen. Der Satz sollte ersatzlos gestrichen werden. Dem ist der Parteitag mit Mehrheit gefolgt. Der Antrag Gradl will nun wieder eine Beschränkung des Stimmrechtes einführen. Das ist nach meiner Auffassung unzulässig.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Frau Kalinke hat sich zu Wort gemeldet.

Frau Kalinke:

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Aus den Gesprächen zwischen den Abstimmungen hat sich gezeigt, daß eine gewisse Verwirrung entstanden ist. Das, was jetzt gesagt wurde, hätten alle beim Antrag Soenius sagen müssen. Dieser Antrag ist nicht von mir gestellt worden. Im Gegenteil, ich habe gestern im Hauptausschuß gesagt: Diejenigen, die sich für den neuen Teil der Satzung ausgesprochen haben, haben insofern recht, als im Interesse der Union das Manipulieren der Stimmen, das Umrechnen, das Häufeln auf ein oder zwei Kandidaten nicht möglich sein soll. Es ist mir dann von Parteifreunden gesagt worden: Sie, Frau Kalinke, haben nun mit Ihrem Antrag erreicht, daß auch einer nur eine Stimme ankreuzen kann, daß zwei Verbände oder mehrere Gruppen sich vereinbaren können.

Ich finde diese Diskussion höchst unerfreulich, ebenso wie die Tatsache, auf die

Herr Dr. Fricke hingewiesen hat, die Hamburg, Braunschweig und viele andere kleine Verbände beträfe. Dieses Problem ist aber nicht durch meinen Antrag verursacht. Ich wollte mit meinem Antrag nur zusätzlich zu dem bestehenden § 44 sicherstellen, daß uns nicht eine Liste vorgelegt wird, die wir entweder wählen oder ablehnen müssen; ich wollte eine Auswahl zwischen Kandidaten ermöglichen, die dem einen mehr und dem anderen weniger gefallen, die der eine besser und der andere weniger gut kennt. Mir ging es nur um diese freie Entscheidung, und ich glaube, darum ging es allen, die diesem Antrag zugestimmt und die die Diskussion gestern im Bundesausschuß und heute hier verfolgt haben.

Nachdem nun aber der letzte Satz des § 44 nicht mehr besteht — und das dürfte auch Herr Dr. Gradl bei seinen Ausführungen übersehen haben —, ist die Situation anders. Ich habe dem Präsidenten zugerufen: Der Antrag muß noch einmal erklärt werden; es besteht Verwirrung über den Inhalt und die Konsequenzen. Jetzt scheint mir weder der Antrag Gradl noch der Antrag Dr. Fricke überhaupt annehmbar, es sei denn, der Präsident entscheidet, daß die Entscheidung über den Antrag, der schon gefallen ist, nämlich den Antrag, den letzten Satz zu streichen, wiederholt wird.

(Widerspruch)

— Also bitte, ich habe es nicht vorgeschlagen. Ich habe gesagt: „Es sei denn“. Ich spreche hier über eine Frage der Geschäftsordnung. Ich bin der Meinung, daß das ohne diese Entscheidung des Präsidenten nicht mehr geht und daß der Antrag Dr. Gradl, den ich im Interesse des Minderheitenschutzes für durchaus vernünftig halte, und auch der Antrag Dr. Fricke nur dann einen Sinn haben, wenn der Präsident diese Abstimmung jetzt nach der Abstimmung noch zuläßt. Ist das klar?

(Zurufe)

Ich wollte hiermit eine bestehende Verwirrung beseitigen helfen. Ich hoffe, daß das möglich ist. — Ist nicht möglich? Dann kann es vielleicht der Herr Präsident tun.

Präsident Dufhues:

Nein, auch der Präsident kann die bereits durchgeführte Abstimmung nicht wiederholen lassen. Über den Antrag Soenius ist abgestimmt worden. Ich habe entschieden, daß sowohl der Antrag Frau Kalinke als auch der Antrag Gradl zugelassen werden. Meine Damen und Herren, Sie mögen das bedauern. Ich gebe zu, daß hier Zweifel möglich sind. Aber auch wenn Zweifel bestehen, muß man sich entscheiden, und ich bitte, diese Entscheidung als den Versuch hinzunehmen, die Verhandlungen zu fördern.

Es hat sich der Delegierte Brügger (Südwürttemberg) zu Wort gemeldet.

Brügger (Württemberg-Hohenzollern):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte ebenfalls, den Antrag Dr. Gradl abzulehnen, weil er nach meiner Ansicht nicht mehr zur Abstimmung gestellt werden kann.

(Beifall)

Wenn der Herr Präsident dieser anderen Meinung ist, bin ich dafür, daß wir nachdrücklich erklären: Wenn man das Stimmrecht weder nach oben noch nach unten einschränkt, kann man nicht nachher noch einmal versuchen, die Sache zu modifizieren.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst klarstellen, daß ich den Antrag Soenius schriftlich erbeten habe. In dem schriftlichen Antrag ist weder das Wort „ersatzlos“ noch eine ähnliche Formulierung enthalten. Ich habe zum zweiten vor der Abstimmung über den Antrag Kalinke erklärt, daß ich auch den Antrag Gradl zulassen würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der eine oder andere Delegierte bei der Abstimmung über den Antrag Kalinke sich von dieser Entscheidung hat leiten lassen. Ich würde mich mit mir selbst in Widerspruch setzen – das tue ich ungern, meine Damen und Herren –, wenn ich jetzt die Entscheidung über den Antrag Gradl sachlich nicht zuließe. Ich bitte Sie, mit dieser Entscheidung einverstanden zu sein.

Liegen zum Antrag Gradl noch Wortmeldungen vor? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über folgenden Antrag. – Ich verlese ihn, damit keinerlei Mißverständnisse auftreten:

„Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig.“

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, die rote Karte zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Meine Damen und Herren, die Entscheidung ist wiederum nicht klar.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Geduld. Die Demokratie ist eine mühselige Staatsform, und sie erfordert auch Geduld. Angesichts der bisherigen Abstimmungsergebnisse, bei denen wir immer nur Unterschiede von zwei bis drei Stimmen hatten, werden Sie Verständnis dafür haben, daß ich bitten muß, die Abstimmung mit der Stimmkarte 4 zu wiederholen.

Ich teile das Ergebnis der Abstimmung mit. Es sind 441 Stimmen abgegeben worden. Mit Ja haben gestimmt 222, mit Nein 207; Enthaltungen 6, ungültig 6. Der Antrag Dr. Gradl ist damit angenommen.

Wird zu § 43 des Entwurfs der Statuten weiterhin das Wort verlangt? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu § 44; im Entwurf finden Sie die Zahl 45. Der zu § 44 vorliegende Änderungsantrag ist zurückgezogen worden. Ich stelle fest, daß Bedenken gegen die Fassung des § 44 nicht bestehen.

Ich rufe § 45 – bisher § 46 – auf. Wird dazu das Wort verlangt? – Das ist nicht der Fall.

Dann kann ich über die Bestimmungen des Abschnittes F – Verfahrensordnung – von § 40 bis § 45 abstimmen lassen. Wer diesen Bestimmungen in der beschlossenen Fassung zustimmen will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Wir kommen zu dem Abschnitt G – Sonstiges –. Ich wäre dankbar, wenn wir das heute noch erledigen könnten. Ich rufe den § 46 – früher 47 – auf. Dazu hat sich Herr Wolfrum gemeldet.

Wolfrum (Rheinland):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte, in § 46 – bisher § 47 – im Absatz 2 den letzten Satz zu streichen, der lautet: „Die Etats der Vereinigungen bedürfen der Zustimmung des Generalsekretärs.“ Begründung: Wir sind der Meinung, daß die Etats der einzelnen Landesverbände ebenfalls nicht der Zustimmung des Generalsekretärs bedürfen. Aus diesem Grunde wäre es nicht mehr als recht und billig, daß auch die Vereinigungen nicht die Zustimmung des Generalsekretärs zu ihren Etats benötigen.

Präsident Dufhues:

Es liegt der Antrag vor, folgenden Satz des jetzigen § 46 – früher 47 – ersatzlos zu streichen: „Die Etats der Vereinigungen bedürfen der Zustimmung des Generalsekretärs.“ Dazu hat Herr Russe das Wort.

Russe:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe bereits in der Sitzung des Bundesvorstandes am 2. Mai zu diesem Komplex denselben Antrag gestellt. Ich darf ergänzend folgendes sagen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bei den neuen Vollmachten, die dem Generalsekretär zugestanden werden sollen – und auch in dieser Frage zugestanden werden sollen –, die Gleichbehandlung der Landesverbände und der Vereinigungen eine unabdingbare Notwendigkeit ist. Ich glaube, daß die Schatzmeister der übrigen Vereinigungen, aber auch die Landesschatzmeister mit mir der Auffassung sein werden, daß hier eine Gleichbehandlung für alle erfolgen muß. In der jetzigen Vorlage der Satzung ist nicht das Recht des Generalsekretärs verbrieft, bei den Etats der Landesverbände mitzuwirken. Bei den Vereinigungen dagegen soll der Generalsekretär nicht nur mitwirken, sondern seine Zustimmung erklären. Damals ist gesagt worden, man wolle diese Frage prüfen. Sie ist wohl geprüft worden, aber die Entscheidung ist nicht in der Weise ausgefallen, wie ich das im Bundesparteivorstand vorgetragen habe.

Ich sehe mich in meiner Eigenschaft als Bundesschatzmeister einer Vereinigung geradezu eingeengt, wenn mir der Generalsekretär der Bundespartei solche Vorschriften machen kann, soweit es den Etat der Vereinigung angeht, aber gleichzeitig die Landesschatzmeister solche Auflagen nicht bekommen. Es muß gleiches Recht für alle bestehen. Das kann in der Form erreicht werden, daß man eine solche Vorschrift für alle streicht oder für alle akzeptiert. Man kann sich darüber unterhalten, ob man hier sagt: Landesverbände plus Vereinigungen. Wir haben das in der Praxis bei anderen Fällen schon öfter in ähnlicher Weise gehabt. Warum wollen wir es hier nicht auch so machen? Daß aber nur die Vereinigungen in die Pflicht genommen werden sollen, müssen wir ablehnen; das wäre dann keine systemkonforme Gestaltung der Gesamtsatzung. Ich darf deshalb dem Antrag meines Vorredners beitreten.

Präsident Dufhues:

Das Wort hat der Delegierte Boehm.

Boehm (Berlin):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Hier wird von der irrtümlichen Annahme ausgegangen, als seien die Landesverbände und die Vereinigungen irgendwie gleichgeordnet. Ich glaube nicht, daß sie vergleichbar sind. Infolgedessen kann der vorliegende Antrag entweder nur in der gestellten Form angenommen werden, oder er kann abgelehnt werden. Weitere Änderungen können aber nicht vorgenommen werden.

Präsident Dufhues:

Das Wort hat Herr Barzel.

Dr. Barzel:

Herr Vorsitzender, ich bin mir nicht ganz im klaren, was hier wirklich gemeint ist. Wenn wir eine weitergehende Straffung der Bundespartei wollen, müßte der Antrag heißen: „... und der Landesverbände“. Das wird nicht beantragt. Dagegen wird mit dem Hinweis auf die Landesverbände beantragt, die Vereinigungen herauszunehmen.

Meine Damen und Herren, bei dem Änderungsantrag, der vorhin zur Debatte stand, werden Sie gemerkt haben, daß ich mit leichter Hand diskutiert habe, weil man das so und so machen konnte. Hier habe ich die herzliche Bitte, diese Vorschrift nicht zu verändern. Es ist das aus meiner Sicht das wichtigste alltagswirksame Recht, das wir dem Generalsekretär geben. Diese Vorschrift ist aus meiner Sicht, nach meiner Kenntnis dessen, was passiert, wichtiger als die andere Frage, die wir zurückgestellt haben.

Es handelt sich um Bundesvereinigungen, die aus der Kasse der Bundespartei Zuschüsse bekommen. Daß hier eine Mitwirkung des Generalsekretärs nötig ist, scheint mir unerläßlich zu sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte deshalb sehr herzlich – ich fasse mich ganz kurz –, dieses wesentlichste Recht des neuzuschaffenden Generalsekretärs nicht zu streichen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Herr Russe hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Russe:

Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, Herr Kollege Barzel, daß ich Ihnen widerspreche. Es geht nicht darum, daß der Generalsekretär ein Mitwirkungs- oder Mitbestimmungsrecht – wie Sie es nennen wollen – hinsichtlich der Mittel erhalten soll, die die Bundespartei an die Vereinigungen gibt. Sie werden sich erinnern, daß ich damals die Frage gestellt habe: Bedeutet

das, daß der Generalsekretär schlechthin ein Mitbestimmungsrecht über die gesamten Mittel der Vereinigungen bekommen soll, also auch über diejenigen Mittel, die beispielsweise die Vereinigungen aus anderen Zuschüssen als etwa von der Bundespartei erhalten?

Im übrigen haben Sie gesagt, die Vereinigungen bekämen Zuschüsse der Bundespartei. Das stimmt zur Zeit überhaupt nicht. Wir wollen hoffen, daß sich das wieder ändert. Alle Vereinigungen würden sich darüber freuen.

Wenn man eine Mitbestimmung des Generalsekretärs dann vorsehen will, wenn die Vereinigungen Bundeszuschüsse erhalten, bin ich einverstanden. Wenn es sich aber um andere Mittel handelt, dann bleibt die Frage offen. Schließlich noch die dritte Frage: Herr Dr. Barzel, sind Sie einverstanden, wenn man diesen Passus auf die Landesverbände hin erweitert? Wenn das geschieht, dann ist es klar. Die Landesverbände bekommen auch Zuschüsse von der Bundespartei.

(Zurufe)

– Verzeihen Sie, ich bin Mitglied des Bundesfinanzausschusses, ich weiß, was die Landesverbände erhalten. Machen wir uns also gegenseitig nichts vor. Es ist hier nicht der Ort und der Zeitpunkt, das im einzelnen aufzuzeigen.

Logisch ist es aber, wenn man schon eine solche Vorschrift für die Vereinigungen vorsieht, sie dann auf die Landesverbände auszudehnen. Auch dann bleibt noch die Frage, ob das nur hinsichtlich der Zuschüsse der Bundespartei an die Landesverbände und Vereinigungen geschehen soll oder schlechthin. Man kann doch nicht zweierlei Recht schaffen. Das ist unmöglich. Wieso sollen bei den Vereinigungen schlechthin alle Finanzmittel der Zustimmung, der Mitbestimmung des Generalsekretärs unterliegen, während das bei den Landesverbänden nicht der Fall sein soll? Das ist inkonsequent und nicht systemkonform.

Ich bitte also um Entschuldigung, Herr Kollege Barzel, wenn ich anderer Ansicht bin. Wenn Sie es auf alle erweitern, dann bin ich einverstanden. Wenn Sie es bei einem machen, muß man bei dem anderen nachziehen.

Präsident Dufhues:

Herr Dr. Kraske hat den Wunsch, einige der Darstellungen richtigzustellen.

Dr. Kraske:

Ich darf meinen verehrten Kollegen Russe in zwei Punkten sachlich korrigieren. Erstens. Daß die Vereinigungen keine Zuschüsse der Bundespartei bekämen, stimmt insofern nicht, als bereits ein Antrag der Sozialausschüsse auf Bezuschussung ihrer nächsten Tagung im Sommer vorliegt und im Prinzip positiv beschieden ist. Demgegenüber sind den Landesverbänden lediglich für den Fall der Verabschiedung des Parteiengesetzes Anteile an den Wahlkampfmitteln zugesichert worden, weil ein Teil des Wahlkampfes in den Landesverbänden und auf Kosten der Landesverbände durchgeführt wird. Hier geht es also um zwei ganz verschiedene Dinge.

Zweitens. Wenn man die Zustimmung des Generalsekretärs auf die Zuschüsse der Bundespartei beschränkt, dann können solche Zuschüsse beliebig beantragt werden. Der Sinn und die Notwendigkeit von Zuschüssen erweisen sich nur in Kenntnis des übrigen Etats; man kann das nicht außerhalb des übrigen Etats beurteilen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Das Wort hat Herr von Hassel.

von Hassel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Darf ich zunächst einmal den Parteitag auf folgendes hinweisen. In dem neuen § 46 heißt es: „Der Etat wird vom Generalsekretär und dem Bundesschatzmeister aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen.“ Der Etat der Bundespartei setzt sich aus Einnahmen und Ausgaben zusammen. Auf der Einnahmenseite wird stehen, daß die Bundespartei aus den einzelnen Mitgliedsbeiträgen monatlich soundsoviel Anteile für sich bezieht. Auf der einen Seite stehen also im Bundeshaushalt die Einnahmen von den Landesverbänden, während auf der anderen Seite die Zuschüsse der Bundespartei an die Landesverbände stehen. Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushaltes werden ganz wesentliche Positionen umfassen, die für die Gestaltung der Etats der Landesverbände nachher irgendwie von Entscheidung sind. Das heißt, daß der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister dadurch praktisch eine gewisse Mitwirkung bei den Etats der Landesverbände erhalten. Insofern scheint mir das Petitum des Herrn Russe, die Landesverbände müßten einbezogen werden, durch die Aufstellung des Gesamtetats bereits erfüllt zu sein.

Nun ein Zweites. Meinen Sie nicht, daß der Generalsekretär, der für die Bundesangelegenheiten zuständig ist, auch wissen muß, was in der Gesamtheit der Organisationen und Sondergruppen vor sich geht? Ich meine, daß man ihm dieses Recht nicht abstreiten kann. Er muß doch die Gesamtverantwortung tragen. Deshalb meine dringende Bitte, es bei dieser Bestimmung zu belassen. Nimmt man sie heraus, dann wird die Funktionsfähigkeit und die Breite der Wirkungsmöglichkeit des Generalsekretärs wesentlich eingeengt. Meine Bitte: es so zu belassen, wie es in der Vorlage steht.

Präsident Dufhues:

Weitere Wortmeldungen? — Herr Jansen.

Jansen (Kommunalpolitische Vereinigung):

Meine Damen und Herren! Ich spreche als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU. Ich bin der Ansicht, daß diese Bestimmung, die hier in der neuen Satzung steht, richtig ist.

(Beifall)

Ich halte es für richtig, daß der Generalsekretär auch in dieser Frage Rechte bekommt und mitsprechen kann. Ich bin der Meinung, daß es im Grunde genommen gar nicht so furchtbar interessant ist, ob der betreffende Mann, der

eine so große Verantwortung übernehmen soll, Generalsekretär, Geschäftsführender Bundesvorsitzender oder Geschäftsführendes Präsidialmitglied heißt, sondern daß es vielmehr darauf ankommt, daß er auch ein bißchen was zu sagen hat und gewisse Entscheidungsbefugnisse bekommt.

(Beifall)

Die Vereinigungen und Landesverbände haben alle die Erfahrung gemacht, wie es aussieht, wenn sie nach unten hin überhaupt keinen nennenswerten Einfluß haben.

Sie wünschen sich alle nach unten hin einen stärkeren Einfluß, als sie heute haben. Wenn das richtig ist – und es ist meiner Ansicht nach richtig –, dann muß man aber nach oben genauso denken und muß auch der Bundespartei und dem in diesem Falle nun besonders wichtigen Generalsekretär solche Rechte zugestehen.

Und nun ein Zweites. Ich muß gestehen, daß ich als Vorsitzender der KPV gar nichts dagegen habe, wenn sich der Generalsekretär etwas mehr um die Arbeit der KPV kümmert. Das ist nämlich eine Konsequenz, wenn er auch finanziell an diesen Dingen mitbeteiligt ist. Dann hat er vielleicht auch das Gefühl, daß wir ihm nichts vormachen und daß das, was wir ihm sagen und von ihm erbiten, berechtigt ist. Das kann sehr zu unseren Gunsten ausschlagen. Ich bin also dafür, daß man diese Bestimmung drin läßt, und ich muß sagen, ich freue mich auf die neue Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär, mit dem ich dann auch über solche Fragen auf einer ganz anderen Grundlage sprechen kann.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, wir können wohl zur Abstimmung kommen. Abgestimmt wird über den Antrag, die folgende Bestimmung des § 46 Abs. 2 Satz 2 zu streichen:

Die Etats der Vereinigungen bedürfen der Zustimmung des Generalsekretärs.

Wer den Antrag unterstützen will, diese Bestimmung zu streichen, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich erinnern, daß ich die Beratung des § 40 vorhin zurückgestellt hatte. Diese Bestimmung soll jetzt hinter § 46, früher § 47, eingeordnet werden. Die Bestimmung selbst enthält lediglich redaktionelle Änderungen. Sie wirft meines Erachtens keine Probleme auf. Wird dazu das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich die Bestimmung des § 48 auf. Sie ist unverändert den alten Statuten entnommen. Wird dazu das Wort verlangt? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die Bestimmung des § 49 auf. Auch sie ist unverändert der alten Satzung entnommen. Wird dazu das Wort verlangt? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die Bestimmung des § 50 auf. Auch diese Bestimmung ist unverändert. – Das Wort dazu wird nicht erbeten.

Ich kann also abstimmen lassen über den Abschnitt G, „Sonstiges“, §§ 46 bis 50. Wer dem Entwurf insoweit zustimmen will, den bitte ich um ein Handzei-

chen, das mit der Karte zu geben ist. — Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, nicht nur aus Ersparnisgründen, sondern auch zur Sicherung Ihres Stimmrechts bitte ich Sie, die Ihnen ausgehändigten Unterlagen, Stimmkarten und auch diesen Block mitzunehmen. Es kann Ihnen morgen ein neuer Block nicht ausgehändigt werden. Die Ausübung Ihres Stimmrechts kann also davon abhängen, daß Sie über dieses Material verfügen.

Meine Damen und Herren, wir beraten morgen nach der Rede des Herrn Bundeskanzlers über die Bestimmungen der §§ 29 b, 30, 33 und 37 sowie die noch offengehaltenen Fragen. Ich bitte Sie, sich zu diesen Beratungen rechtzeitig einzufinden, damit wir die Beratungen morgen möglichst frühzeitig abschließen können.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimkehr und einen schönen Abend.

(Schluß der Sitzung: 22.40 Uhr)

Dienstag, 23. Mai 1967

3. PLENARSITZUNG

Es spricht

Dr. Kurt Georg Kiesinger
Bundeskanzler

Die Sitzung wird um 9.18 Uhr durch den Präsidenten Langeheine eröffnet.

Präsident Langeheine:

Meine Damen und Herren, der Parteitag wird fortgesetzt. Wir halten uns an die Tagesordnung. Es spricht nunmehr zu uns der Herr Bundeskanzler, Herr Dr. Kiesinger.

Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger:

(mit lebhaftem Beifall begrüßt):

Herr Vorsitzender! Meine lieben Unionsfreunde! Meine Damen und Herren! Auch dieser Parteitag gibt, wie alle seine Vorgänger, einem der CDU angehörenden Kanzler die Gelegenheit, die von ihm vertretene und geführte Politik darzustellen. Freilich, zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik und der Christlich Demokratischen Union wurde die Bundesregierung durch eine Koalition zwischen der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union und der Sozialdemokratischen Partei gebildet. Das ist eine neue politische Situation, für uns alle, für mich im besonderen. Und ich kann mir denken, daß mancher unserer alten politischen Haudegen in Rückerinnerung an die knisternde Kampfatmosphäre früherer Parteitage sich etwa so verhält wie jener bayerische Bauer nach 1871, der mit stiller Wehmut sagte: „Das waren noch Zeiten, als man noch auf die Preußen schießen durfte!“

(Heiterkeit und Beifall)

Ich könnte auch eine andere Geschichte dazu sagen: Als unsere Hohenzollern damals preußisch wurden, soll ein Pfarrer gepredigt haben, man predige darüber, daß man preußisch geworden sei – daß man die Große Koalition habe – und warum wir es um unserer Sünden willen nicht besser verdient hätten.

(Erneute Heiterkeit und Beifall)

Nun, meine lieben Parteifreunde, dieses Neue müssen wir nun eben bewältigen – dieses Neue, das dieses alte Koalitionsbündnis, das seit 1949 mit den Freien Demokraten bestand, abgelöst hat. Ich will auf die Geschichte des Zerfalls der Kleinen und der Bildung der Großen Koalition nicht mehr näher eingehen. Aber auch ich – und das ist wichtig – muß festhalten, daß der bisherige Koalitionspartner – und Sie dürfen mir glauben, wir haben gründlich verhandelt – nach der von ihm ausgelösten Regierungskrise im Herbst des vergangenen Jahres tatsächlich weder fähig noch willens war, die bisherige Koalition fortzusetzen. Und das sollte man sich bei allen wehmütigen oder nicht wehmütigen Rückerinnerungen an alte Zeiten und bei allen prinzipiellen Betrachtungen über Wert oder Unwert einer Großen Koalition halt merken. So war es nun einmal, und so ist es nun einmal! Es schien ja für eine Weile so, als zeichne sich eine Kleine Koalition zwischen der SPD und der FDP ab. Wir nannten sie damals die Mini-Koalition. Sie hätte im Bundestag – deswegen habe ich damals nie recht an ihre Verwirklichung geglaubt – nur eine ganz geringe und zudem sehr unsichere Mehrheit gehabt und wäre schon aus diesem Grunde angesichts der zu bewältigenden Aufgaben zum Scheitern verurteilt gewesen.

Also, wohin immer die innere Neigung die eine oder andere Gruppe in unseren Parteigremien drängen mochte: es blieb für die Christlich Demokratische Union nur die Wahl zwischen der Bildung der Großen Koalition oder dem Rückzug in die Opposition, und ich bin fest davon überzeugt, daß der Weg in die Opposition nicht nur für die Christlich Demokratische Union, sondern für unser ganzes Volk verhängnisvoll geworden wäre.

(Lebhafter Beifall)

Inzwischen wurde jedem, der die innen- und außenpolitische Lage der Bundesrepublik unbefangen zu sehen vermag, klar, daß so, wie die Dinge lagen und liegen, die Große Koalition nicht eine Verlegenheitslösung, sondern ein Gebot der Stunde war, weil sich so schwierige Aufgaben abzeichneten, daß man wohl sagen kann, daß sie kaum anders als im Bündnis der beiden großen Parteien gelöst werden können.

Nun will ich damit gewiß nicht sagen, daß diese Koalition der beiden bisherigen großen Antagonisten – und ich habe in diesem Antagonismus ja auch gelegentlich meine Rolle gespielt – kein Wagnis war. Sie war ein Wagnis und ist es trotz der eindrucksvollen Bewährung des ersten halben Jahres noch immer. Das war mir klar. Ich habe bei den Verhandlungen vor dem 1. Dezember nach dem alten Spruch gehandelt: „Erst wäg's, dann wag's!“, eingedenk auch der alten Erfahrung, daß, wer nichts wagt, auch nichts gewinnt.

Wenn ich vom Wagnis der Großen Koalition spreche, so denke ich nicht so sehr an die Gefahr einer von manchen wirklich oder simuliert befürchteten

Proporzdemokratie. Ich habe darüber in der Regierungserklärung das Nötige gesagt.

Die Große Koalition bedachte eben aus dieser Sorge um die Vermeidung eines Proporzbündnisses nicht nur ihren Anfang, sondern auch ihr Ende, indem sie die Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlrechtes vorschlug, das einer Partei die Chance bieten soll, allein die Regierung zu bilden, ohne an einen halb mitlaufenden, halb opponierenden kleinen Partner gekettet zu sein.

(Beifall)

Ich bin mir über die Schwierigkeit und auch über die Problematik dieses kühnen Planes durchaus im klaren. Es kann von ihm sehr wohl die Zukunft der deutschen parlamentarischen Demokratie abhängen. Ich würde gerne mehr dazu sagen, aber wir werden dazu in Zukunft Gelegenheit haben.

Ich denke auch nicht, meine verehrten Freunde, an die gelegentlich beschworene Gefahr des Profilverlustes unserer Union. Ich sehe diese Gefahr nicht; im Gegenteil: gerade in der Großen Koalition wird unsere Union gezwungen, aus der Not eine Tugend zu machen, sich wirklich auf das ganz Eigene zu besinnen, auf das, was sie von anderen politischen Parteien, auch von ihrem Partner, unterscheidet. Im schroffen Gegenüber von Regierung und Opposition werden zwangsläufig oft künstliche, vermeintliche, scheinbare Unterschiede und Gegensätze konstruiert. Auf früheren Parteitagern hier wie dort hatten die gegnerischen Chronisten ihre Berichte meistens schon vor den Reden, die auf diesen Parteitagen gehalten wurden, geschrieben; denn man mußte ja, was man zu sagen hatte. Diese scheinbaren Gegensätze schaden aber oft nur dem Ganzen. Im Miteinander einer Koalition wäre eine solche Spiegelfechterei barer und gefährlicher Unsinn. Da kommt es darauf an, das trübe Gemisch scheinbarer und wirklicher Unterschiede zu klären, um dann erst in der Lage zu sein, in voller Loyalität gegenüber dem Partner gemeinsame Politik zu ermöglichen.

Hier ergibt sich eine große Herausforderung an die CDU jetzt und für die kommenden Jahre. Möge unsere CDU unbefangen, selbstbewußt, klug und verantwortungsbereit sein, möge sie mit einem Wort charaktersvoll genug sein, um diese Aufgabe so zu meistern, wie es ihrem Rang und ihrer geschichtlichen Leistung entspricht.

(Beifall)

Wenn ich vom Wagnis der Großen Koalition spreche, dann denke ich nicht zuerst an die beständige Beunruhigung der Partner durch die Frage: Wer wird schließlich der Gewinner sein? Die bundesstaatliche Struktur der Bundesrepublik – Sie wissen es – gibt den Parteien keine Atempause zwischen den Bundestagswahlen. Jahr für Jahr finden Landtagswahlen statt, die nicht nur wegen ihrer Bedeutung für die Zusammensetzung des Bundesrates beträchtliches bundespolitisches Gewicht haben. Am Ergebnis dieser Landtagswahlen pflegt man seit langem wie an einem Barometer den Parteientrend abzulesen, obwohl alle Erfahrung gelehrt hat, daß damit keine verlässliche Prognose für die künftige Bundestagswahl gewonnen werden kann.

Die Große Koalition hat in diesem Jahr fünf solcher Landtagswahlen auszuhalten. Drei liegen hinter uns, eine, hier in diesem schönen Lande Nieder-

sachsen, steht uns unmittelbar bevor, und ich hoffe, daß sie uns einen großen Erfolg bringen wird.

(Beifall)

In Bremen wird im Oktober gewählt werden.

Ich sagte, die Große Koalition habe diese Wahlen „auszuhalten“. Das ist nicht nur eine Feststellung, sondern auch eine Mahnung. Ich hätte diese Mahnung auf diesem Parteitag auch dann ausgesprochen, liebe Parteifreunde, wenn die CDU bei den hinter uns liegenden Landtagswahlen verloren und nicht, wie es geschah, eindrucksvoll gewonnen hätte. Man soll den Tag bekanntlich nicht vor dem Abend loben, man soll ihn aber vorher auch nicht schelten; so hätte ich es im umgekehrten Falle gesagt, und so sage ich es auch jetzt.

Das eigentliche Wagnis der Großen Koalition — und das sage ich mit größtem Ernst — wird deutlich im Blick auf ihr mögliches Scheitern. Ich habe es in den vergangenen Monaten immer und immer wieder gesagt, daß das Scheitern einer Großen Koalition, auf welcher die Hoffnung und das Vertrauen der breiten Mehrheit des Volkes ruht — und Sie müssen einmal mitgehen, wenn wir durchs Land fahren oder wie gestern abend auf diesem herrlichen alten Platz oder in Goslar zu vielen, vielen Tausenden von Menschen sprechen; da greifen Sie diese Hoffnung und das Vertrauen mit Händen —, eine viel gefährlichere Krise erzeugen würde als der Fehlschlag einer Kleinen Koalition, die sofort durch eine starke Oppositionsgruppe ersetzt werden könnte. Das eine ist ein natürlicher Vorgang in der parlamentarischen Demokratie; das andere aber könnte sich leicht zu einer Krise des Ganzen, des Staates und des Landes auswachsen. Diese Enttäuschung sollten wir unserem Volk nicht bereiten.

Weil das so ist, meine Freunde, deswegen ist es unsere, ist es der CDU Pflicht, ohne Preisgabe des uns unverzichtbar Eigenen diese Große Koalition zum Erfolg zu führen.

(Lebhafter Beifall)

Das heißt: sie in den Stand zu setzen, auf innen- wie auf außenpolitischem Gebiet die gestellten Aufgaben zu bewältigen. Das erwarten nicht nur unsere Wähler, das erwartet unser ganzes Volk, denn — ich wiederhole es — dieses Volk will letztlich der Gewinner sein. Nach dem Willen und der Klugheit und der Kraft, die wir, die die eine oder andere Partei daran setzt, daß das Volk schließlich das Gefühl hat, der Gewinner zu sein, nach diesem Willen und nach dieser Kraft wird es die Parteien, wird es uns messen und wird es uns danken.

(Beifall)

Ich sprach von den ganz großen und schweren Aufgaben, die uns in der Innenpolitik wie in der Außenpolitik gestellt sind. Dieser Parteitag erwartet vom Bundeskanzler gewiß eine Darlegung der wichtigsten dieser Aufgaben und der Pläne und Unternehmungen für ihre Lösung. Ich freue mich, daß ich zum erstenmal nach einem halben Jahr die Gelegenheit habe, das, was wir getan haben, und das, was wir weiterhin zu tun gedenken, was wir vorbereitet haben, darzulegen. Es ist mir eine besondere Freude, das gerade auf dem Parteitag der Christlich Demokratischen Union zum erstenmal tun zu können.

Als ich die Regierung am 1. Dezember bildete und am 13. Dezember vor dem Deutschen Bundestag das Regierungsprogramm bekanntgab, war die innere Situation unseres Landes, welche aber auch die äußere Situation erheblich beeinflusste, durch zwei besorgniserregende Sachverhalte gekennzeichnet. Seit dem Sommer des vergangenen Jahres hatte sich in der Bundesrepublik eine deutliche und zunehmende Abschwächung der wirtschaftlichen Konjunktur vollzogen, die sich inzwischen zu einer konjunkturellen Flaute entwickelt hat. Glücklicherweise kann zwar von einer wirtschaftlichen Krise nicht die Rede sein; aber das beträchtliche Nachlassen des wirtschaftlichen Wachstums mußte die Bundesregierung zu Maßnahmen für die Belebung des wirtschaftlichen Wachstums bei Wahrung der Stabilität der Währung im Rahmen des ihr Möglichen veranlassen. Sie hat diese in der Regierungserklärung angekündigten Maßnahmen inzwischen zum größten Teil verwirklicht. Sie kennen die Einzelheiten.

Die nächstliegende, für das Klima des Vertrauens entscheidende Aufgabe der Bundesregierung war die Ordnung des Bundeshaushalts. Das war leicht gesagt, aber sehr, sehr schwer getan. Die alte Regierung war nicht zuletzt daran gescheitert, daß keine Einigung mit dem damaligen Koalitionspartner über den Ausgleich des Haushalts zu erzielen war.

Die Bundesregierung hat, wie Sie wissen, schon am 18. Januar ohne wesentliche Steuererhöhungen den Bundeshaushalt 1967 ausgeglichen; sie hatte dabei ein Defizit von fast 4 Milliarden DM zu beseitigen. Die übrigen Maßnahmen, insbesondere der Investitionshaushalt, das Stabilitätsgesetz, die sehr wichtige Mehrwertsteuer sind Ihnen bekannt. Auch die diese Maßnahmen unterstützende Politik der Bundesbank – ich bin meinerseits durchaus bereit, Herrn Blessing dafür Dank zu sagen –

(Beifall)

und die Gespräche und Vereinbarungen mit den Sozialpartnern mit dem Ziel der Orientierung ihrer freien Entscheidungen am Gesamtwohl sind bekannt.

Dann kam eine Reihe ungewohnter neuer Wortbildungen vor allem durch unseren Wirtschaftsminister Professor Dr. Schiller: Globalsteuerung, Konzentrierte Aktion und, ein wenig im Hintergrund, Soziale Symmetrie. Diese neuen termini technici beunruhigten manche Gemüter nicht wenig. Sollte da nicht etwas Gefährliches dahinterstecken? Ich kann diese besorgten Gemüter trösten: Es handelt sich wirklich – Sie dürfen mir glauben, daß ich und alle CDU-Mitglieder, die an diesem Kabinetttisch sitzen, doch nicht schlafen, wenn dort wirtschaftspolitische Themen behandelt werden – um die bewährte Soziale Marktwirtschaft Ludwigs Erhards.

(Anhaltender lebhafter Beifall – Parteivorsitzender Prof. Dr. Erhard dankt für den Beifall)

– Liebe Freunde, er glaubt es mir zwar noch nicht ganz. Aber Ich hoffe, ihn doch noch davon überzeugen zu können.

(Heiterkeit und erneuter Beifall)

Es ist die Soziale Marktwirtschaft, angepaßt an die neue Phase, in welche unsere Wirtschaft eingetreten ist; angepaßt, nicht um ihre bewährten Prinzipien

preiszugeben, sondern um sie in einer gewandelten Situation bewahren zu können. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft – lassen Sie es mich so sagen – mußte den Beweis erbringen, daß sie nicht nur als Schönwetterpolitik etwas taugte, sondern daß sie auch einem rauheren Klima gewachsen ist.

(Beifall)

Wie hat denn Ludwig Erhard, wie hat denn die CDU die Politik der Sozialen Marktwirtschaft begriffen? Als eine Wirtschaftsverfassung, die Freiheit und soziale Gerechtigkeit so miteinander verbindet, daß ein Maximum an persönlicher Freiheit und die Erfüllung des durch die soziale Gerechtigkeit Gebotenen gesichert bleiben. Eine solche Definition gibt der wirtschaftspolitischen Verwirklichung einen weiten Spielraum, dessen sie in der neuen Phase auch tatsächlich dringend bedarf.

Diese neue Phase wird vor allem durch verringerte reale Zuwachsraten, durch die Ausweitung und Integration der Märkte und vor allem durch tiefgreifende strukturelle Wandlungen gekennzeichnet sein. Auch in dieser Phase bleibt selbstverständlich der Gedanke des Leistungswettbewerbs einer freien Unternehmerschaft im Zentrum unserer wirtschaftspolitischen Überlegungen. Es bleibt dabei, daß die notwendigen staatlichen Interventionen dieses Grundprinzip respektieren, also marktkonform entworfen sein müssen. Das Stabilitätsgesetz gibt uns dafür ein wichtiges Instrument in die Hand.

Es kann also niemand ernstlich behaupten, daß die bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verletzen – Maßnahmen übrigens, die vom ganzen Kabinett entworfen und verabschiedet und von den beiden Fraktionen der Koalition im Bundestag gebilligt wurden. Auch die öffentliche Meinung hat diese Maßnahmen in großer Breite begrüßt. Wo Sorgen geäußert wurden, betrafen sie kaum die einzelnen Maßnahmen selbst. Sie wollten vielmehr, wie es Professor Ludwig Erhard in seiner Ansprache auch getan hat, daran erinnern, daß im neuen Schwung staatlicher Interventionen und Hilfen jene Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die von der Grundidee der Christlich Demokratischen Union, der Freiheit, beherrscht wird, nicht beeinträchtigt würden.

Meine Damen und Herren, ich habe im Jahre 1949 als Junger – nun ja, was heißt „junger“? –, als neuer Abgeordneter der Christlich Demokratischen Union mich mit Ludwig Erhards Ideen auseinandergesetzt. Ich gehörte zu denen, die manchmal ein schlechtes Gewissen hatten und sich fragten: hat der Mann eigentlich recht mit seinem unbändigen Optimismus, der da durch die deutschen Lande fährt und sagt: „Weg mit dem staatlichen Dirigismus, schafft freie Bahn für die spontanen Kräfte dieses Volkes!“ Was für ein Optimismus ist das im Blick auf dieses Volk! Wird er recht haben? Und abends, nachdem ich in den großen Versammlungen seine Thesen vertreten hatte, habe ich mich im kleinen Hotelzimmerchen in der Gewissensforschung am Schluß des Tages manchmal gefragt: Na, wie wird es kommen, wer wird recht behalten? – Das muß man unseren Jungen heute erst sagen; denn für sie ist ja alles selbstverständlich geworden.

(Beifall)

Es war und es wird bleiben das große Verdienst Ludwig Erhards, daß er mit seiner Überzeugungskraft und seinem kämpferischen Schwung damals dieses Prinzip in dem harten Forum der Politik durchgekämpft und durchgesetzt hat und daß er damit die Bahn für die deutsche Wirtschaft freigeekämpft hat.

(Lebhafter Beifall)

Diese große historische Leistung wird von keiner späteren Entwicklung und keiner späteren Kritik zerdeutelt und zerdreht.

Den zweiten besorgniserregenden Sachverhalt, den wir bei der Bildung der neuen Regierung vorfanden, die Haushaltssituation, habe ich schon kurz erwähnt. Mein Freund Franz Josef Strauß hat ja auch mit großem Ernst schon darauf hingewiesen. Sie erinnern sich: die Lage war deshalb so schwierig, weil in dem von der neuen Regierung vorgefundenen Haushaltsentwurf schon mühselig genug zustande gebrachte Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von etwa 7 Milliarden DM vorgesehen waren. Darum erschien es fast als ein hoffnungsloses Unterfangen, die trotzdem noch vorhandene Deckungslücke von 3,2 – und wie sich dann zeigte: von 3,6 – Milliarden DM zu beseitigen, zumal an Steuererhöhungen wesentlichen Umfangs nicht gedacht werden konnte, weil der Kostendruck auf unsere Wirtschaft in dieser Phase geschwächten Wachstums nicht verstärkt werden durfte.

Das war die erste große Bewährungsprobe der Regierung und der neuen Koalition. In meiner Regierungserklärung hatte ich schon mit sorgenvollem Blick auf die künftigen Haushalte eine Neuorientierung der Haushaltspolitik durch eine mehrjährige Finanzplanung angekündigt. Ich hatte als einen der Gründe für die düstere Haushaltslage das Fehlen einer mittelfristigen Vorausschau genannt, und ich wiederhole, was ich damals feststellte:

„Die in der Hochkonjunktur anschwellenden Staatseinnahmen, eine überalterte Haushaltspraxis, die verwirrende Vielfalt der öffentlichen Aufgaben, aber auch zu große Nachgiebigkeit gegenüber Interessengruppen und die Überschätzung unserer Möglichkeiten haben dazu verführt, Jahr für Jahr neue fortlaufende Ausgaben und

– paradoxerweise –

fortwirkende Einnahmемinderungen zu beschließen, ohne ihre Folgen für die Zukunft genügend zu bedenken.“

Ich sprach weiter von Erwartungen und Gewöhnungen, die durch diese Praxis entstanden und die nun angesichts der enormen Schwierigkeiten des Ausgleichs der Haushalte der kommenden Jahre enttäuscht werden müssen.

Das ist der Sachverhalt – von ihm müssen wir ausgehen –, der uns die gegenwärtigen Schwierigkeiten geschaffen hat.

Ich habe keine große Lust, diese Koalitionspartner-Diskussion, die so gern ein wenig die eigene Leistung herausstreicht und die des Gegners mindert, fortzuführen. Ich finde, wir sollten in die Zukunft blicken, unsere Ärmel hochkrempeln und das tun, was die Zukunft von uns verlangt.

(Beifall)

Aber die kleine Bemerkung lassen Sie mich wenigstens machen: Wer da heute kritisch oder anklagend zurückblickt, mag sich in einer stillen Stunde selber fragen, ob er da nicht auch ein wenig mit dabei war.

(Beifall)

Es hat mich mit großer Zuversicht erfüllt — und das ist wirklich eine große Freude —, daß ich aus allen Schichten unseres Volkes für die Riesenaufgabe, die da vor uns liegt, ermutigenden Zuspruch erhielt und jeden Tag aufs neue erhalte mit der Versicherung, man wisse genau, daß diese Aufgabe ohne drastische Schnitte nicht zu bewältigen sei und daß man daher auch bereit sei, die notwendigen Einschränkungen hinzunehmen, wenn es darum gehe, das Wachstum unserer Wirtschaft, die Sicherheit der Arbeitsplätze und eine stabile Währung — das sind ja die großen Sorgen unseres Volkes — zu gewährleisten. Ich kann nur hoffen, daß auch die Repräsentanten aller Interessengruppen im wohlverstandenen eigenen Interesse die gleiche Bereitschaft zeigen wie diese Bevölkerung landauf, landab.

(Beifall)

Es bleibt eine Binsenwahrheit, obgleich sie gern vergessen wird, daß vom Wohl des Ganzen auch das Wohl der Gruppen und jedes einzelnen abhängt.

Der in der Regierungserklärung angekündigte Kabinettsausschuß für eine mehrjährige Finanzplanung wurde schon am 26. Januar gebildet. Ich führe nicht nur nominell, sondern in der Tat selbst den Vorsitz. Die von diesem Ausschuß für das Kabinett vorzubereitenden Entscheidungen — was ich nun sage, sage ich ganz bewußt und ganz präzise so — werden zu den schwierigsten gehören, die bisher einer Bundesregierung abgefordert wurden. In der Regierungserklärung habe ich schon darauf hingewiesen, daß wir nicht einfach mit der Holzaxt das Gestrüpp der Ausgaben lichten können, sondern daß es uns gelingen muß, in sorgfältigen Überlegungen ein geschlossenes Programm zu gewinnen, bei dem eine Rangfolge der Aufgaben — Wichtigstes, Wichtiges und nur Wünschenswertes — in Übereinstimmung mit den vorhandenen oder zu erwartenden Mitteln gebracht werden muß. Aber was zum Wichtigsten gehört oder „nur“ wichtig oder gar nur wünschenswert ist, darüber werden sich nicht nur die Interessengruppen und die Ressorts streiten. An dieser eminent politischen Frage können sich überhaupt die Geister scheiden. Das wird die große Bewährungsprobe der Großen Koalition sein.

(Beifall)

Die beiden Koalitionspartner werden um eine gemeinsame Lösung miteinander ringen müssen.

Wenn ich gelegentlich lese, in einer Großen Koalition sei es mit der Richtlinienpolitik des Kanzlers nichts, da ergebe sich das, was schließlich herauskommt, aus einem dauernden praktischen Interessenkonflikt, so brauche ich Ihnen, nachdem ich Ihnen diese Situation geschildert habe, wohl nicht mehr zu sagen als das: Nirgendwo mehr als in einer Großen Koalition ist diese Führungsaufgabe des Bundeskanzlers gegeben.

(Beifall)

Die Erfahrungen des ersten halben Jahres im Kabinett, aber auch hinsichtlich der Zusammenarbeit der Fraktionen — ich nehme an, daß Dr. Barzel mir das im großen und ganzen bestätigen kann — geben mir die Zuversicht, daß diese große und schwierige Aufgabe gelingen kann und wird. Allerdings, wir müssen uns dabei sehr anstrengen.

Die Regierungserklärung hatte mit gutem Grund darauf verzichtet, in der bisher üblichen Weise die ganze Breite der politischen Aufgaben aufzufächern. Sie wollte, so formulierte ich es damals, in der Eile, die geboten war, etwas darüber sagen, wo jetzt Neues zu wagen war, also in der Finanzpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik. Das sollte nun wahrhaftig nicht heißen, daß sich die Arbeit der Regierung auf diese Gebiete beschränken sollte. Es mußte sich eben erst zeigen, welche anderen Aufgaben in den zweieinhalb Jahren — denn mehr waren es nicht — des Zusammenwirkens bis zur nächsten Bundestagswahl gemeinsam gelöst werden könnten.

In den Ressorts ist man inzwischen überall munter an die Arbeit gegangen. Ich selbst habe mir meine eigenen Gedanken darüber gemacht, was über die bisher programmierten Gebiete hinaus getan werden kann und muß. Vor allem auf dem Feld der Gesellschafts- und Sozialpolitik — wozu ja auch die für die CDU so wichtigen Gebiete der Eigentums-, Familien- und Jugendpolitik und die Gesundheitspolitik gehören —, der Agrarpolitik, der Wissenschafts- und Bildungspolitik.

Um einen Überblick über die Ressortvorstellungen zu erhalten, habe ich gegen Mitte März die Ressortchefs gebeten, mir mitzuteilen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen und sonstigen Vorhaben von besonderer politischer Bedeutung nach ihrer Meinung in dieser Legislaturperiode noch vom Kabinett behandelt werden müssen. Es kam ein erstaunliches Ergebnis. Ich erhielt für eine Liste A — wichtige und eilbedürftige Gesetzentwürfe — 166 Vorschläge, für eine Liste B — sonstige wünschenswerte Gesetzentwürfe — 125 Anmeldungen, für eine Liste C — Ratifikationsgesetze — gingen 114 und für die Liste D — andere Vorhaben von besonderer politischer Bedeutung — 154 Vorschläge ein. Ich kann mich also gewiß nicht über mangelnde Initiative der Ressorts beklagen.

Das gilt es nun zu sichten und zu ordnen, anzunehmen oder zu verwerfen, vor allem aber es in Einklang zu bringen mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln. Der Ausschuß für mittelfristige Finanzplanung — ich selbst, Franz Josef Strauß und die anderen, die dazu gehören — gehen schweren Monaten entgegen.

Ich würde Ihnen nun gerne wenigstens das Wichtigste, das sich auf den genannten Gebieten abspielt, genauer vortragen. Aber zu diesem Zweck müßte ich eine jener vielstündigen Marathon-Reden halten, wie sie andernorts üblich sind, wie sie aber nach unserer Meinung die Freiheit und Würde des zuhörenden Menschen etwas zu sehr fordern. Ich will mich daher auf ein paar besonders wichtige Probleme beschränken.

Unsere Gesellschafts- und Sozialpolitik gerät in einer Phase der Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums und der Knappheit der öffentlichen Mittel in Schwierigkeiten. Diese Wachstumsänderung und der schnelle Fortschritt der Technik geben Strukturwandlungen — ich wiederhole es — und strukturel-

len Anpassungen immer größere Bedeutung. Sie fordern von Unternehmern und Arbeitnehmern eine ganz neue Art von Elastizität und Mobilität, eine ganz neue Lebenshaltung, die sich von der früheren unterscheidet, eine Anpassung an das Tempo und die rasche Wandlung des Geschehens in der modernen, durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in atemraubender Bewegung gehaltenen Welt. In diesem Prozeß — ich verweise auf die Entwicklung im Ruhrgebiet, die uns so große Sorgen bereitet — entstehen nicht nur materielle Probleme, sondern auch mancherlei große seelische Not. Wir versuchen daher, neue Wege zu gehen und etwa die bisherige Arbeitsmarktpolitik an den Bedürfnissen der modernen Wirtschaft einerseits wie des einzelnen Menschen andererseits fortzuentwickeln. Dafür hat Kollege Katzer den Ausdruck „Beschäftigtenpolitik“ vorgeschlagen. Das gefällt mir nicht. Wir müssen uns einen besseren Namen einfallen lassen; denn es ist eine gute Sache, die einen besseren Namen verdient. Es geht darum, nicht einfach die alte Arbeitsmarktpolitik fortzusetzen, sondern eine Politik zu machen, die der künftigen Entwicklung der Wirtschaft vorausschaut und nicht, wenn Arbeitslosigkeit herrscht, helfend eingreift, sondern helfen will, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, natürlich wieder in dem Sinn, daß die staatliche Intervention die Freiheit nicht beeinträchtigen darf.

Es liegt ein Gesetzentwurf vor, der sich einiges vorgenommen hat, nämlich das alte Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung abzulösen. Es wird dieser Entwurf zur Zeit in den Ressorts beraten und vorbereitet. Ich persönlich habe mir noch keine endgültige Stellungnahme dazu gebildet. Ich muß einmal abwarten, was dabei herauskommt, aber die Problemstellung interessiert mich ungemein. Ich glaube, es ist wirklich wert, daß man sich das gründlich überlegt.

Nun ein ganz heikles Problem! Das Problem der Rentenversicherung bereitet uns — Sie wissen es — im Zusammenhang mit dem — ich betone dies immer wieder — enorm schwierigen Ausgleich der künftigen Bundeshaushalte — eine Situation, die nie vorher bisher in der Bundesrepublik bestand —, sehr große Sorgen. Die Bundesregierung wird sich bei ihren Erwägungen dazu von drei Grundsätzen leiten lassen:

1. Es muß eine solide Finanzierungsbasis für die gesetzliche Rentenversicherung garantiert sein.
2. Es wird am Prinzip der dynamischen Rente festgehalten.

(Beifall)

3. Es wird an der prinzipiellen Lohnbezogenheit — Sie wissen, was für ein Streitstoff darinsteckt — der gesetzlichen Rente ebenfalls festgehalten.

Die Bemessung der jährlichen Zuwachsraten und der Bundeszuschüsse — ich sagte es schon in meiner Regierungserklärung — muß im Zusammenhang mit der Festsetzung der Rangfolge der öffentlichen Aufgaben und der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, das heißt auf die Dauer an der Leistungskraft unserer Wirtschaftsordnung überprüft werden, in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung für die vielen Millionen Menschen, deren Wohl uns dabei anvertraut ist.

(Lebhafter Beifall)

Die Familienpolitik wird auch in der Zukunft ein Kernbestandteil christlich demokratischer Staats- und Gesellschaftspolitik bleiben. Ich habe immer noch das lange Gesicht Bruno Hecks in Erinnerung, als wir in unserer Kabinettsitzung daran kräftig schneiden mußten. Ich machte auch ein langes Gesicht dazu, Sie dürfen es mir glauben. Eine solche Politik ist für die CDU auch in der neuen Koalition so wichtig, daß sie sich mit allen Kräften dafür einsetzen wird. Sie ist übrigens keineswegs nur eine Aufgabe des Bundes — ich weiß es als früherer Ministerpräsident —, auch die Länder und Gemeinden tragen dafür Verantwortung. Ich habe es außerordentlich bedauert, daß die Bundesregierung wegen der finanziellen Schwierigkeiten des Ausgleichs des Haushalts Einsparungen vornehmen mußte, von denen die Familienpolitik und viele Familien betroffen wurden. Ich wiederhole deshalb heute, was ich in der Regierungserklärung gesagt habe: daß diese durch die Not der Stunde erzwungenen Kürzungen keineswegs ein Signal für eine prinzipielle Änderung unserer Familienpolitik bedeuten. Das könnte sich die CDU nicht leisten.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden versuchen, durch eine Reform des Familienlastenausgleichs im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung neue Wege zu gehen, wobei wir uns auch nicht scheuen werden, das bisherige System familienpolitischer Leistungen nüchtern dahin zu überprüfen, ob es noch in allen Teilen sozialgerecht und wirklichkeitsnah genug ist. Ich könnte mir denken, daß manche Ungereimtheiten und Verzerrungen beseitigt werden und dadurch Einsparungen erzielt werden könnten, die jenen Familien zugutekommen würden, die auf unsere Hilfe besonders angewiesen sind.

(Beifall)

Die Jugendpolitik, deren bisherige Leistungen im internationalen Vergleich sehr hoch liegen, wird konsequent weitergedacht und entwickelt werden im Blick auf die großen Chancen und Gefahren, mit denen die moderne technisch-industrielle Welt die jungen Menschen konfrontiert. Meine lieben Freundel! Auch wenn ich heute zu diesem Kapitel nur diese wenigen Sätze sage, möchte ich doch keinen Zweifel darüber lassen, wie außerordentlich wichtig gerade die Christlich Demokratische Union diese Aufgabe in Zukunft sehen muß, die wir im engen Zusammenhang mit unserer Erziehungs- und Bildungspolitik — also auch in engster Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden — bewältigen müssen.

Die Agrarpolitik wird vor allem durch die immer noch vorhandene erhebliche Einkommensdisparität, durch die weiterbestehende Notwendigkeit der Agrarstrukturverbesserung, Hand in Hand mit der Verbesserung der Infrastruktur, und durch die Anpassung an die europäische Agrarunion gekennzeichnet. Da die moderne Landwirtschaft einen hohen Kapitaleinsatz erfordert, muß unser Investitionshilfeprogramm und die Kreditverbilligung nach den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten fortgesetzt und zweckmäßig weiterentwickelt werden, und zwar zweckmäßig so weiterentwickelt, daß nur diejenigen in den Genuß dieser Hilfe kommen, die sich ihrer würdig erweisen.

(Beifall)

Herzlich willkommener Gast war auch in Braunschweig der CSU-Vorsitzende, Bundesminister Franz Josef Strauß (links). Neben ihm Bundesminister Dr. Schröder und Frau Aenne Brauksiepe, MdB, die vom Parteitag zu einem der Stellvertreter des Bundesvorsitzenden der CDU gewählt wurde.



Bundesminister a. D. Dr. Hans-Christoph Seebohm, MdB (links), löst in der Funktion des Schatzmeisters der CDU Prof. Dr. Fritz Burgbacher, MdB, ab. Prof. Dr. Burgbacher (rechts) beglückwünschte seinen Nachfolger zu seiner Wahl.



Natürlich „würdig“ nicht im Blick auf ihre politische Gesinnung, sondern auf ihre beruflichen Leistungen. Ich will keinen Zweifel hinterlassen. Im Blick auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft muß die schwache Marktposition der Landwirtschaft vor allem durch überbetriebliche Kooperation gestärkt werden.

Sie wissen, daß die Senkung der Getreidepreise im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schwerwiegende Auswirkungen für unsere Landwirtschaft hat; die Harmonisierung der Kosten in der Gemeinschaft und der Abbau der Wettbewerbsverzerrungen wird – so hoffen wir – in den nächsten Jahren zu gerechten Preisen führen. Der deutsche Bauer, der erhebliche Opfer – lassen Sie mich das einmal sagen – für die Einigung Europas gebracht hat, darf gewiß sein, daß sich die Christlich Demokratische Union in dieser Koalition mit allem Nachdruck für seine Lebensinteressen einsetzen wird.

(Starker Beifall)

Die Verkehrspolitik wird mehr und mehr Bedeutung gewinnen bei uns und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sie muß sich am Gesamtbild einer zukünftigen Infrastruktur orientieren, welche das Zusammenwachsen Europas vorausschauend berücksichtigt.

Sie wissen, daß das Kabinett am 8. Februar als erste Maßnahme einen Vierjahresplan für den Ausbau der Bundesfernstraßen mit einem Gesamtaufwand – Gott gebe es, daß wir ihn aufbringen – von 18 Milliarden DM verabschiedet hat. Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden ist – die Spatzen pfeifen es von den Dächern – besonders dringlich. Der Bund leistet zum ersten Male in diesem Jahr dafür einen erheblichen Beitrag, indem er das gesamte Mehraufkommen aus der Erhöhung der Mineralölsteuer, das sind 1967 660 Millionen DM, den Ländern für die Vergabe an die Gemeinden zur Verfügung stellt. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Deutschen Bundesbahn, die das Rückgrat unserer Transportwirtschaft ist und bleibt, wird uns vor ebenso wichtige wie dringliche Aufgaben stellen.

Meine lieben Freunde, ich würde ein unentschuldigbares Versäumnis begehen, wenn ich bei dieser Gelegenheit nicht unseren schuldigen Dank dem Manne erstatten würde, der in souveräner Weise 17 Jahre lang dieses Ministerium geleitet hat, unserem Freund Seebohm.

(Anhaltender starker Beifall)

Wenn es nach mir gegangen wäre, ich hätte ihn dringehalten.

Auf die Bedeutung der Wissenschaft und Forschung für die Zukunft unseres Volkes habe ich in der Regierungserklärung mit großem Nachdruck hingewiesen. Meine Freunde, das ist nun schon so oft gesagt worden, daß es allmählich wie eine jener berühmten Banalitäten klingt, die man so bei jeder Festrede wie Fettaguen auf der Sonntagssuppe serviert bekommt, aber die man nicht so recht ernst nimmt. Deswegen glauben Sie mir, daß ich das, was ich jetzt sage, in tiefstem Ernst zum Ausdruck bringe. Diese Entwicklung der Wissenschaft und Forschung erfordert den Einsatz ganz außerordentlich hoher Mittel, auf die in jedem Land der Welt heute die Wissenschaft und Forschung angewiesen sind.

Ich glaube, Röntgen war es, der einmal später erzählt hat: Wie einfach hatten wir es doch noch, als ich die Röntgenstrahlen entdeckte. Da hatte man ein bißchen Blech und ein paar Drähte, und damit kam man zurecht und machte große Entdeckungen. –

Diese Zeiten sind längst vorbei. Trotz der hohen Mittel müssen wir bedenken, daß hier eine der wenigen großen Chancen für unser Volk in dieser Zeit gegeben ist, für dieses Volk, das in der Vergangenheit einen so großen und stolzen Beitrag für die Entwicklung der Wissenschaft geleistet hat. Ich erinnere Sie daran, daß einmal die deutsche Universität in der Achtung der Welt an der Spitze stand. Es besteht für mich nicht der mindeste Grund anzunehmen, daß diese schöpferische Kraft unseres Volkes nachgelassen hätte. Was sich gewandelt hat, sind die im Vergleich zum 19. Jahrhundert gewaltig gestiegenen Kosten, weil heute mit ganz anderen riesigen und kostspieligen Apparaten gearbeitet werden muß. Der Blick auf die wissenschaftliche und technische Entwicklung in anderen Ländern soll uns nicht nur mit Sorge erfüllen, sondern soll uns auch ein Ansporn sein, die Gefahr eines technologischen Rückstandes – eine Gefahr, die ich nicht etwa leichtfertig an die Wand male – mit aller Energie zu bekämpfen und zu überwinden.

(Beifall)

Wo dazu die eigenen Kräfte nicht ausreichen, müssen wir durch gemeinsame Anstrengungen mit befreundeten Staaten, auch im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – ich komme noch darauf –, das Erforderliche tun. Wir haben diese internationale Zusammenarbeit inzwischen schon erheblich intensiviert.

Meine Freunde, die Anpassung und Gesundung des durch die strukturellen Veränderungen, insbesondere im Ruhrgebiet, betroffenen deutschen Steinkohlenbergbaus – einer unserer Freunde hat die Sorgen hier in sehr eindrucksvoller Weise vorgetragen – ist in der Tat eine der dringendsten Aufgaben der Bundesregierung. Wie lange schleppen wir das Problem nun etwa mit uns? 10, 11, 12 Jahre! Es stand immer auf der Tagesordnung, blieb aber auch da. Meine Damen und Herren, ich bin entschlossen, hier im Rahmen des überhaupt Menschenmöglichen so rasch wie möglich endlich das zu tun, was getan werden muß.

(Lebhafter Beifall)

Wenn es uns nämlich nicht gelingt, dann bleibt in unserer deutschen Wirtschaft ein alter Herd, der nicht nur dort im Ruhrgebiet Unheil stiftet, sondern der unsere ganze deutsche Wirtschaft anstecken könnte.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Nun, darüber gab es in den vergangenen Monaten unzählige Beratungen. Ich habe vor allem mit unserem Freunde Dufhues die Sorgen ausgetauscht, mit anderen auch. Es kamen so viele Ratgeber mit so vielen Rezepten bei mir an, Rezepten, die sich oft geradezu entscheidend widersprachen, so daß es keine leichte Aufgabe war. Ich habe unserem Wirtschaftsminister geschrieben, daß er entgegen anderen, verzögernden Tendenzen nun mit Entschiedenheit und

Schnelligkeit einen Kohleplan vorlegen sollte, und er hat das – ich muß ihm Dank dafür sagen – auch getan.

Das Kabinett hat einen Kohleplan beraten, der darauf hinzielt, daß dem Bergmann unzumutbare Einkommenseinbußen aus Feierschichten erspart bleiben und strukturelle Hilfen an jene Bergleute gewährt werden, die als Folge einer Stilllegung ihren Beruf wechseln müssen. Weiter werden dem Steinkohlenbergbau steuerliche Hilfen für die Durchführung der Konzentration zur Verfügung gestellt, und schließlich sind Investitionsprämien für die Neuansiedlung von Industrien in den Steinkohlenrevieren vorgesehen. Das ist eine bessere Lösung als die kollektivistischen Lösungen, die uns vorgeschlagen worden sind, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Natürlich weiß ich, daß diese Lösung nicht vollkommen ist. Auf diesem Gebiet kann man überhaupt nichts Vollkommenes leisten. Wir müssen uns – und mein Freund Dufhues wird mir sicherlich zustimmen – hier eben einfach der beschränkten Möglichkeiten bewußt bleiben. Aber er hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Kohleproblem ja nur der Teil eines großen Gesamtproblems ist, nämlich des Energieproblems überhaupt. Wir müssen daran denken, daß in den siebziger Jahren schon die Atomenergie eine dominierende Rolle zu spielen beginnen wird, und wir wollen das jetzt bereits bedenken, um nicht dann schon wieder eine Revision unseres energiepolitischen Konzepts vornehmen zu müssen.

(Beifall)

Unser Ziel bleibt eine moderne und leistungsfähige Energieversorgung der deutschen Wirtschaft, die nicht auf überkommene Strukturen abstellt, sondern eine langfristige gesicherte Regelung anstrebt und diese Neuordnungen mit einer durchgreifenden Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten und Lebensbedingungen in den Steinkohlengebieten verbindet.

Wenn ich von unserem Freunde Dufhues gesprochen habe, dann darf ich natürlich nicht unseren Freund Ministerpräsident Dr. Röder vergessen, der mir mit ebenso großer Dringlichkeit seine Sorgen vorgetragen hat.

(Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, das war mit groben Strichen gezeichnet der Versuch eines Überblicks in der kurzen Zeit, die ich Ihnen zumuten darf. Dies alles mit den unzulänglichen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, zu vollbringen, ist wirklich – ich wiederhole es – eine Riesenaufgabe nicht nur für mich und die Regierung, meine Damen und Herren, für uns alle! Ich selbst, unser Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß und das ganze Kabinett setzen unsere volle Kraft dafür ein, daß uns eine gute Lösung gelingt. Denn – täuschen wir uns nicht! – am Gelingen oder Mißlingen dieser Aufgabe, die Dinge finanziell wieder in den Griff zu bekommen, die der Bundesbankpräsident vor kurzem eine Herkulesarbeit genannt hat, am Gelingen oder Mißlingen dieser ganz praktischen aktuellen Aufgabe wird unser Volk uns und diese Koalition schließlich beurteilen.

(Beifall)

Freilich: der Kreis schließt sich. Ich sagte, daß die Voraussetzung zur Schaffung eines guten Klimas für die Belebung der Wirtschaft die Ordnung der öffentlichen Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden sei. Aber diese Ordnung der öffentlichen Haushalte ist wiederum darauf angewiesen, daß unsere Wirtschaft blüht und die notwendigen Mittel für die öffentlichen Kassen einbringt. Darum sind eben auch in diesem Zusammenhang unsere Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft im Rahmen unseres Konzepts, des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft von größter Bedeutung. Eine blühende Wirtschaft ist nun einmal — man vergißt es allzu leicht — die Voraussetzung sowohl für das private wie für das öffentliche Wohl.

Nun zu den großen finanzpolitischen Aufgaben! Ich will Sie nicht lange damit behelligen. Aber Sie müssen es wissen. Zu den großen finanzpolitischen Aufgaben dieser Legislaturperiode, für die schon wichtige Vorarbeiten geleistet sind, gehören die Haushaltsreform und die Finanzreform. Meine Damen und Herren, das sind große Worte, und es sind auch riesengroße Aufgaben. Durch die Haushaltsreform sollen die geltenden Haushaltsgrundsätze den veränderten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Für den Erfolg dieser Reform ist es notwendig, daß Bund und Länder zusammenarbeiten, d. h. daß das Haushaltsrecht von Bund und Ländern mindestens im Grundsätzlichen übereinstimmt. Aus diesem Grunde werden die vorgesehenen Neuerungen auch zwischen dem Bund und den Ländern abgestimmt. Ein Arbeitskreis der Haushaltsabteilungsleiter des Bundes und der Länder hat zusammengearbeitet und eine Einigung über die Grundlagen der neuen Haushaltsordnung erzielt. Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis. Zugleich ist eine neuzeitliche Haushaltssystematik entwickelt worden. Ich erinnere mich: wenn ich etwa zum Vergleich meines Haushalts in Baden-Württemberg mit den Haushalten anderer Länder etwas feststellen wollte — ich brauchte manchmal wochenlang, bis ich fand, wo der Hund begraben lag. Diese neuzeitliche Haushaltssystematik soll eine viel genauere Aussagekraft, eine viel genauere wirtschafts- und finanzpolitische Aussagekraft haben als das frühere System. Bei unseren Koalitionsverhandlungen mußte uns unser Freund Schmücker, der ja damals kurze Zeit das Finanzministerium leitete, sagen, daß er nach den Unterlagen im Bundesfinanzministerium nicht in der Lage sei, gewisse Aussagen, die wir brauchten, zu machen. So ist es doch gewesen.

Die Arbeiten an der Haushaltsreform sind inzwischen so weit gefördert worden, daß die Bundesregierung die Gesetzentwürfe noch in dieser Legislaturperiode vorlegen kann. Zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hat der Bundesminister der Finanzen auf der Grundlage der Vorschläge der Sachverständigen-Kommission für die Finanzreform und der daran anschließenden eingehenden Beratungen der Ressorts auch schon am 25. Januar dem Kabinett den Entwurf eines Finanzreformprogramms der Bundesregierung vorgelegt. Dieser Entwurf enthält Vorschläge zur Abgrenzung der Aufgaben- und Finanzverantwortung zwischen Bund und Ländern, zur gemeinschaftlichen Erfüllung besonders wichtiger Staatsaufgaben und zu einem möglichst ausgewogenen und beweglichen System der Steuerverteilung sowie für eine grundlegende Gemeindefinanzreform. Wenn ich das so zu-

sammengefaßt sage, wird vielleicht nicht für jeden ganz deutlich, was darin steckt. Ich habe nun viele Jahre lang, erst als Vorsitzender des Vermittlungsausschusses, danach als Ministerpräsident, dieses Tauziehen zwischen Bund und Ländern um den Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mitgemacht, ein Tauziehen, das oft unwürdig war, weil ganz einfach die Maßstäbe fehlten, wie man die öffentlichen Mittel verteilen sollte.

(Beifall)

Diese Maßstäbe kann man nur so gewinnen, daß man sich über die Aufgabenverteilung einigt. Das alles ist das große Ziel dieser Reform.

Wir haben eine Arbeitsgruppe von sechs Kabinettsmitgliedern, die sich mit den Fraktionen abgestimmt und die diese Vorbereitungen schon so weit entwickelt hat, daß wir hoffen, auch dieses Riesenwerk noch in dieser Legislaturperiode verabschieden zu können. Meine Damen und Herren, man muß die Feste feiern, wie sie fallen. Eine Finanzreform ist eine so große Sache, daß tatsächlich das Bestehen einer Großen Koalition wohl die einzige Möglichkeit ist, sie überhaupt mit Erfolg durchzuführen.

(Beifall)

Daß die Gemeindefinanzreform ein besonderer Schwerpunkt ist, wissen Sie. Wir streben an, die Grundlagen der Gemeindefinanzreform mit den anderen Gesetzentwürfen vorzulegen. Sie wird jedoch — das sagt ja auch schon das Sachverständigengutachten — nicht vor dem 1. Januar 1970 in Kraft treten können. Deswegen haben ja die Gemeinden diese Vorwegleistung jener 660 Millionen DM aus dem Mehraufkommen der Mineralölsteuer bekommen.

Ich gehe über zu einigen außenpolitischen Überlegungen, meine Damen und Herren. Ich habe in der Regierungserklärung gesagt, daß alle unsere Bemühungen um die innere Ordnung, um wirtschaftliches Wachstum und um soziale Gerechtigkeit nur Sinn und Bestand haben, wenn es gelingt, den Frieden und eine freiheitliche Lebensordnung zu bewahren. Das sagen wir nun schon viele Jahre. Es ist deswegen nicht weniger wahr geworden. Ich sagte darum, es sei der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker das erste Wort und das Grundanliegen der Außenpolitik dieser Regierung, und es ist ganz sicher auch das erste Wort und das Grundanliegen unseres deutschen Volkes.

(Lebhafter Beifall)

Die Erhaltung des Friedens in dieser Welt ist aber ein schwieriges Geschäft. Es ist vor allem jenen großen Mächten anvertraut, die im Besitz von Vernichtungsmitteln sind, die alle Zerstörungskraft, die bisher in die Hände der Menschheit gelegt war, weit in den Schatten stellen. Aber auch die anderen Völker, auch wir, die wir auf die Herstellung und den Besitz von Atomwaffen verzichtet haben, tragen Verantwortung für den Frieden, und wir werden uns dieser Verantwortung bei allem, was wir tun und lassen, streng bewußt sein. Eines freilich kann man uns nicht zumuten: als vermeintlichen oder angeblichen Beitrag zum Frieden auf die Lebensinteressen unseres Volkes zu verzichten.

(Lebhafter Beifall)

Wer uns dies rät, meine Freunde, ob es Deutsche sind, ob es Deutsche in der Bundesrepublik sind, ob es die Mächte im Osten sind, ob es Menschen im Westen sind – wer uns dies rät, rät uns nicht, auch wenn er es gut meint, zur Entspannung und zum Frieden, sondern zur Verewigung eines unerträglichen Unrechts; denn Friede und Gerechtigkeit sind untrennbar.

(Lebhafter Beifall)

Was ist uns denn im Interesse der Entspannung und der Anbahnung eines gerechten Friedens möglich? Es ist dies: daß wir im Blick auf die enormen Schwierigkeiten des deutschen Problems, in das ja nicht nur unsere eigenen Interessen, sondern die Interessen mancher anderen Völker hineinverflochten sind, uns Methoden der stufenweisen Anbahnung einer endgültigen Lösung einfallen lassen, daß wir sie vorschlagen und, wenn sie gegeben werden sollten, auch annehmen, die schließlich – und das ist entscheidend – vor allem dem Willen unserer Landsleute im anderen Teil Deutschlands gerecht werden.

(Lebhafter Beifall)

Dazu bedarf es geduldiger Bemühungen um die Schaffung eines besseren Klimas zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn, vor allem – darüber will ich gar keinen Zweifel lassen – zwischen uns und der Sowjetunion. Ich habe gerade dieses Verhältnis zur Sowjetunion in der Regierungserklärung und danach wiederholt als das Schlüsselproblem zur Lösung der deutschen Frage und darüber hinaus zur Anbahnung einer umfassenden europäischen Friedensordnung der Zukunft bezeichnet. Alle Spekulationen oder Vorwürfe, die behaupten, wir wollten durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit benachbarten östlichen Ländern Zwietracht im Bereich jener Staaten, vor allem Zwietracht zwischen der Sowjetunion und ihren Nachbarn säen, sind daher reine Unterstellungen. Eine solche Politik würde weder die deutsche Frage lösen noch dem Frieden in Europa dienen. Ich würde sie – ich sage das ganz klar – mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Wir haben auch unser Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands durch Vorschläge zu entkrampfen versucht, die der Vernunft und den Geboten der Menschlichkeit entsprechen und die, solange eine gerechte Lösung des deutschen Problems nicht erreichbar ist, wenigstens die durch die Spaltung unseres Landes bedingte menschliche Not lindern sollten und einiges, was wirklich zweckmäßig wäre, tun sollten. Man ist drüben mündlich und schriftlich auf diese Vorschläge nicht eingegangen. Man stellte sich wieder auf den intransigenten Standpunkt des „Alles oder Nichts“; das heißt, man verlangt von uns die Hinnahme und darüber hinaus die rechtliche Bestätigung des status quo, also schlicht die bedingungslose Kapitulation! Meine Freunde, das wird man uns nicht abzwängen, nicht auf einmal und nicht in Stücken.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich habe mir nicht eingebildet, daß unsere Vorschläge drüben mit Jubel begrüßt und angenommen würden. Ich hätte es mir gewünscht, aber ich habe es mir nicht eingebildet. Aber diese Vorschläge sind notwendig, weil sie richtig

und vernünftig sind, auch wenn sie drüben nicht akzeptiert werden. Sie sind aber noch aus einem anderen Grunde notwendig: Sie müssen uns vor aller Welt ausweisen als Deutsche, die in einer schweren Situation auf maßvolle, vernünftige, praktische, humane Weise sowohl den Lebensinteressen ihres eigenen Volkes als auch der Entspannung und dem Frieden dienen wollen.

(Beifall)

Was wollen denn die, die jetzt wieder durch die deutschen Lande reisen und meinen, man könne mit nationalistischen Aufrufen, mit nationalistischem Trommelwirbel etwas für Deutschland gewinnen? Haben denn diese Leute, auch wenn sie es gut mit unserem Volk meinen, nichts gelernt? Was sind die Kräfte, die wir mobilisieren müssen, um endlich die deutsche Frage zu einer gerechten Lösung zu bringen? Es gibt nur – nur! – diese Kräfte und keine anderen: Wir müssen uns etwas Vernünftiges und etwas Zweckmäßiges einfallen lassen. Wir müssen damit das Vertrauen und die Zustimmung der anderen Völker und damit ihre moralische Unterstützung von Jahr zu Jahr mehr gewinnen, auf die wir zur Lösung des deutschen Problems nun einmal einzig angewiesen sind.

(Beifall)

Was nützt es uns, wenn unsere Partner im nordatlantischen Bündnis uns einmal feierlich erklärt haben, sie stünden in der Frage der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit an unserer Seite, wenn das im Laufe der Jahre müde wird und austrocknet? Diese Gefahr war doch offensichtlich. Deswegen müssen wir dieses Versprechen wieder mit Leben füllen. Das können wir nur, wenn wir nicht still sitzen und nicht auf ein Wunder der Geschichte warten, sondern wenn wir uns etwas einfallen lassen, was anspricht, was Billigung findet und was dann wieder die Bereitschaft erzeugt, uns dabei zu helfen.

(Beifall)

Ich rede keinem leichtfertigen Optimismus das Wort. Ich halte auch nichts von den üblichen sonntäglichen Wiedervereinigungsreden.

(Beifall)

Seitdem ich vorgestern diese eindrucksvolle Fahrt an dieser entsetzlichen schmerzlichen Grenze entlang gemacht habe, wo mir diese Lärmkulisse der Leute des schlechten Gewissens drüben entgegenbrüllte,

(Lebhafter Beifall)

habe ich mir erneut gesagt: gut, kein leichtfertiger Optimismus, aber auch keine verzagte Resignation. Weder sterile Aufgeregtheit noch tatenloses Abwarten, weder dogmatische noch sentimentale noch illusionäre Wirklichkeitsferne helfen uns da weiter. Die deutschen Landsleute in der Bundesrepublik, die aus einer solchen Wirklichkeitsferne – mögen sie es noch so gut meinen – uns raten –, diese Vorschläge hinzunehmen, ja die rechtliche Anerkennung des status quo anzunehmen, die mögen doch im Himmels willen einmal bedenken, wieviel

Pulver sie für den Gegner drüben, der die Wiedervereinigung nicht will, liefern.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin überzeugt: geduldige, redliche, verantwortungsvolle Mühe, das ist es, was wir dransetzen müssen, das ist es, was uns weiter und zum Ziele bringen wird, vorausgesetzt freilich, daß das deutsche Volk, das ganze deutsche Volk, im Willen, zusammenzukommen und die dafür nötigen Opfer zu bringen, nicht erlahmt.

(Beifall)

Am nächsten Montag, meine Freunde, fliege ich nach Rom, wo sich die Regierungschefs der sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft treffen, in Rom, wo vor zehn Jahren die Grundlagen für eines der größten und kühnsten Werke unseres Jahrhunderts, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der anderen Gemeinschaften, gelegt wurden. Rascher als vorgesehen und erwartet wurde, sind die Schritte zu einem einheitlichen europäischen Wirtschaftsgebiet getan worden.

Die Zollschränken werden am 1. Juli 1968, 18 Monate früher als im Vertrag vorgesehen, fallen. Ich erinnere mich an eine Rede im Deutschen Bundestag, wo ich diese Zollschränken ansprach. Damals wagte ich kaum zu hoffen, daß die Hoffnung auf ihre Beseitigung in absehbarer Zeit in Erfüllung gehen würde. Ich erinnerte damals an ein Wort meines großen Landsmannes Friedrich List, der im Blick auf das Deutschland der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gesagt hatte, der Mautner — so nennt man bei uns den Zöllner — sei der schlimmste Feind des Deutschen. Ich variierte ein wenig und sagte, der Mautner sei der schlimmste Feind Europas. Ich habe damals — das darf ich doch erzählen — einen Brief des Bundes Deutscher Zollbeamten bekommen,

(Heiterkeit)

aber einen sehr netten. Sie schrieben: nun sei es dem Zöllner im Evangelium schon so schlecht gegangen, warum ich noch eins draufsetzen müsse.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Theologen unter uns wissen freilich, daß hier der Begriff des Zöllners ein anderer war, daß das ein sehr reicher Mann war, der von den Steuergroschen des armen Mannes seinen ungerechten Zoll einzog.

Die Zollschränken werden also fallen. Die Agrarunion steht vor der Tür. Bei aller Sorge, die wir mit dieser EWG haben, dürfen wir doch endlich einmal sagen, daß das ein großartiger Erfolg ist, der jetzt schon zum Ausdruck gekommen ist, auch wenn er unsere Hoffnungen noch keineswegs befriedigt.

(Beifall)

Die Verflechtung der sechs Volkswirtschaften ist so eng geworden, daß kein Land sich aus der Gemeinschaft mehr zurückziehen könnte, ohne schwersten

Schaden zu erleiden. Integration hin oder her — „mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten“ —, hier findet eine Integration statt, ob man das Wort akzeptiert oder nicht.

Die Vorteile des bisher Erreichten spiegeln sich im steilen Aufstieg der Wirtschaftskraft und des Lebensstandards innerhalb der Gemeinschaft deutlich wider. Wenn man die Zahlen nachliest, wird man doch sehr beeindruckt. Vieles bleibt doch zu tun. Ich kann jetzt nicht das ganze riesige Programm entwickeln; aber lassen Sie es mich in wenigen Tupfen zeigen.

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, das Niederlassungsrecht und der freie Dienstleistungsverkehr sind schon sehr weit gekommen. Die Grundlagen der gemeinsamen Wettbewerbspolitik sind erarbeitet. Auf dem Wege zur Steuerharmonisierung wurde durch den Beschluß, in allen Mitgliedstaaten die Mehrwertsteuer einzuführen, ein erster, außerordentlich bedeutsamer Schritt getan. Mit dem ersten Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik wurden die Grundlagen einer gemeinsamen Wachstums- und Strukturpolitik für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft geschaffen. Natürlich geht es auch hier um das Problem der Freiheit und um dieselben Sorgen, wie wir sie bei unseren entsprechenden Programmen haben. Sehr zurück liegt noch die europäische Verkehrspolitik. Die Koordinierung der Energiepolitik steht dringend an. Ich erhoffe mir von einer Fusion der Exekutiven eine beträchtliche Erleichterung für diese Politik. Eine neue und in den Römischen Verträgen gar nicht vorgesehene Aufgabe — ich sprach sie schon an — ist die Verhinderung des technologischen Rückstandes Europas gegenüber den Groß- und Supermächten. Auch das gehört in das künftige Aufgabengebiet der EWG hinein. Die Außenbeziehungen müssen entwickelt werden. Denken Sie daran, welche Sorgen wir mit der Kennedy-Runde im letzten Jahr hatten. Jetzt dürfen wir sagen, sie ist zustande gekommen. Diese erfolgreiche Beendigung der Verhandlungen über die Kennedy-Runde stellt eine große Bewährungsprobe auch der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dar.

Die Entschlossenheit der britischen Regierung, in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einzutreten, und die entsprechenden Anträge Dänemarks und Irlands sind ein Beweis für den großen Erfolg der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Bundesregierung — ich sagte es schon in der Regierungserklärung — begrüßt diese Entwicklung.

(Beifall)

Ich setze nur eines hinzu — das habe ich unseren englischen Freunden, als sie uns besuchten, klar gesagt —: Diejenigen, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten wollen, müssen dies zu gleichen Rechten und Pflichten und mit dem redlichen Willen zur Verwirklichung aller Ziele der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft tun.

(Beifall)

Eines der großen Ziele — Konrad Adenauer hat es mir, wie ich in meiner Gedenkansprache gesagt habe, von seinem Sterbebett aus als Vermächtnis

mitgegeben — derer, die unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg — nach dem ersten gab es auch schon Tendenzen dazu — an die Einigung unseres Kontinents gingen, scheint freilich noch in weiter Ferne zu liegen: die Europäische Politische Union. Ich habe für dieses Ziel sozusagen vom ersten Tage an gekämpft, im Bundestag, in den europäischen Gremien, wo immer ich konnte, mit der ganzen Kraft meines Herzens. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß die Europäer es nicht bei einem gemeinsamen europäischen Markt und bei einer gemeinsamen Wirtschaftsgemeinschaft bewenden lassen können. Wenn sie für Europa den Rang und den Einfluß in der Welt gewinnen wollen, den es verdient, dann müssen sie ihre Kräfte auch politisch zu einem solidarischen weltpolitischen Verhalten miteinander verbinden, also diese Union schaffen, mit welchen Methoden auch immer.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden in allen unseren europäischen Bemühungen natürlich mit unseren europäischen Nachbarn auf das engste zusammenarbeiten, insbesondere mit Frankreich. Das gilt auch für die Bemühungen, die in den europäischen Ostentzielen, zu einer vielleicht doch noch einmal möglichen Anbahnung einer europäischen Friedensordnung zu kommen, die auch eine gerechte Lösung der deutschen Frage einschließt. Darum haben wir sofort nach der Regierungsbildung den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, der schon bedenklich ausgetrocknet war, wieder belebt.

(Beifall)

Wir sind bei unseren Gesprächen im Januar keineswegs über alles einig gewesen. Wenn Sie das Schlußkommuniqué gelesen haben, haben Sie gesehen, daß wir sehr sorgfältig abgegrenzt haben, wo wir uns einig waren, und wo wir darüber einig waren, daß wir uns nicht einig waren. Das muß man tun. Eine Politik darf nicht im Zwielficht bleiben. Hätten wir so wieder begonnen, dann hätten wir sofort wieder das alte Elend gehabt. Man muß einander klipp und klar sagen, was man will, und was man nicht will. Die Außenpolitik muß — das ist mein fester Entschluß, den ich durchhalten werde — in klare, helle Luft gestellt werden.

(Beifall)

Deswegen wird diese Zusammenarbeit nicht einfach ein Kuchenessen sein. Da wird es manche freundschaftliche Auseinandersetzung geben. Ich habe aber das Vertrauen zu unseren französischen Freunden, zu Präsident de Gaulle, daß er gerade für diese Art der Zusammenarbeit ein besonderes Verständnis hat. Nur nicht verwaschen bleiben!

Ich brauche die Banalitäten nicht zu wiederholen, daß es die beiden Völker sind, die jahrhundertlang einander bekämpft haben, die da nun zusammenarbeiten. Lassen Sie es mich sagen, wie ich es im französischen Rundfunk gesagt habe: Ich hatte im Krieg ein Erlebnis, das ich niemals vergessen werde. Ich war auf Urlaub und ging mit meinem kleinen, dreijährigen Töchterchen über die Felder, tief bedrückt über das entsetzliche Elend des Krieges. Da saß am Rande eines Feldes eine Bauernfamilie, nur Frauen und Kinder, und mitten drin

saß ein junger französischer Kriegsgefangener. Sie hielten ihre kleine Vesper, ihr kleines ländliches Mahl, und der junge französische Kriegsgefangene schnitt das Brot und teilte es an die Familie aus. Da faßte es mich; da sagte ich mir: Mein Gott, wenn das das Symbol sein könnte einer kommenden neuen europäischen Ordnung, einer neuen Zusammenarbeit unserer beiden Völker! — Meine Damen und Herren, ist es nicht etwas Wunderbares, daß wir dabei sind, das zu verwirklichen?!

(Beifall)

Das könnte sehr wohl nicht nur für uns, sondern für die Zukunft ganz Europas von größter Bedeutung sein.

Ich will über die falschen Alternativen „Amerika oder Frankreich“ jetzt gar nichts sagen. Sie sind einfach dumm.

(Beifall)

Aber jetzt kommt eine zweite Pflicht, der ich zu genügen habe. Rainer Barzel hat schon davon gesprochen. An diesem Punkt muß ich vielen unserer Freunde danken. Hier zu meinen Füßen sitzt unser Freund Hellwig, der diese Sache seit Jahren vertreten hat und in einer der europäischen Gemeinschaften für uns wirkt und hoffentlich nach der Fusion der Exekutiven weiter für uns wirken wird.

(Beifall)

Einer ist nicht unter uns. Vielleicht ist er etwas vergrämt und verdrossen über die Entwicklung der Dinge. Ich habe wahrhaftig für ihn gekämpft, für sein Weiterverbleiben auch nach zehn Jahren gekämpft. Ich hatte den Kampf gar nicht aufgegeben, als er erklärte, er werde sich nicht mehr zur Verfügung stellen. Wie dem nun auch sei und wie sich das auch entwickeln möge, eines ist sicher: Walter Hallstein wird in die Geschichte dieses Kontinents als einer der großen Europäer eingehen.

(Lebhafter Beifall)

In wenigen Tagen feiern wir einen anderen Erinnerungstag, den 20. Jahrestag eines anderen für die Geschichte Europas außerordentlich bedeutsamen, ja entscheidenden Ereignisses, den 20. Jahrestag der Verkündung des Marshallplans. Mit ihm setzte jene enge Verbindung der Vereinigten Staaten mit Europa, auch mit dem besiegten deutschen Volk, ein, die dann im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis ihre Krönung fand. Meine Freunde, wir haben allen Grund, den Vereinigten Staaten für die Hilfe und den Schutz, die sie uns in den beiden vergangenen Jahrzehnten im Auf und Ab des Geschehens und oft in gefährlichen Situationen gegeben haben, dankbar zu sein.

(Beifall)

Niemand von uns vermag zu sagen, ob wir ohne diese große Hilfe und ohne diesen Schutz unsere Freiheit bewahrt hätten. Ganz gewiß wäre der Wieder-

aufbau unserer Wirtschaft ohne die Hilfe des Marshallplans nicht so rasch und nicht so erfolgreich gelungen.

(Beifall)

Dieser unser Dank wird keineswegs durch die Einsicht gemindert, daß die Vereinigten Staaten dabei auch in der Wahrung ihrer wohlverstandenen eigenen Interessen gehandelt haben. Wir müssen eben ganz nüchtern davon ausgehen, daß die Gemeinsamkeit der Interessen und die Erkenntnis dieser Gemeinsamkeit — was leider nicht immer Hand in Hand geht — die verlässlichsten Klammern in den Beziehungen der Völker und ihrer Bündnisse sind. Diese Interessen können sich freilich wandeln. In manchen Zeiten ergibt sich eine fast vollständige Übereinstimmung der Interessen wie z. B. auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, wo es ganz einfach um die Bewahrung der Freiheit und des Friedens in Europa gegenüber einer unmittelbaren Bedrohung ging. In anderen Zeiten zeigen sich neben Übereinstimmungen auch Interessenunterschiede, ja manchmal Interessengegensätze. Bei einer Weltmacht wie den Vereinigten Staaten, die zwangsläufig auf dem ganzen Erdball engagiert ist, ergeben sich Verschiebungen von Interessenakzenten, je nach dem schwächeren oder stärkeren Engagement in den verschiedenen Bereichen unseres Planeten. Dieses Fluktuieren, oft nicht so sehr der Interessen als der für sie aufgewandten Energien, wird natürlich auch durch die Kraft und die Politik der Gegner wie der Verbündeten mitbestimmt.

Hinzu kommt, daß die technische Entwicklung auch in den Beziehungen der Völker, sowohl zu ihren Gegnern wie zu ihren Freunden, zu immer neuem Umdenken, zu ständigen Anpassungen und Neuformungen zwingt. Diese wandlungsschnelle Welt erlaubt es eben niemandem, sich auf die Dauer behaglich in ihr einzurichten. Der unheimlich rasche Fluß des Geschehens reißt uns alle mit. Wir müssen uns mit äußerster Klugheit und Energie in ihm behaupten. Dieser eilige Wandel der Dinge und der ständige Zwang zur Anpassung muß zwangsläufig Verwirrung, Mißverständnisse und Störungen erzeugen, wenn in einem Bündnis die fortlaufende gemeinsame Beobachtung der sich verändernden Situationen und Interessenlagen und die ständige gründliche gemeinsame Beratung der dadurch notwendig werdenden Anpassungen vernachlässigt würde. Enttäuschungen und Verstimmungen bei dem einen wie bei dem anderen Bündnispartner und damit auf die Dauer eine Schwächung, eine gefährliche Schwächung des Bündnisses, müßten die unausbleibliche Folge sein. Ich habe das unseren amerikanischen Freunden gesagt, aber nicht nur an ihre Adresse, sondern auch an unsere eigene. Ich bin froh, daß der Präsident der Vereinigten Staaten bei unseren sehr ausgiebigen Gesprächen in Bonn für diesen Gedanken volles Verständnis gezeigt hat.

Ich bin fest davon überzeugt, daß es dauernd gemeinsame Interessen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, zwischen den Vereinigten Staaten und uns auch im Wechsel der zeitgeschichtlichen Situationen gibt und daß das eine Grundannahme ist, auf der wir unsere gemeinsame Politik aufbauen dürfen. Darum bin ich ebenso von der Notwendigkeit des atlantischen Bündnisses, seiner modernen, zeitgerechten Weiterentwicklung und Anpassung an die sich ändernden Gegebenheiten überzeugt, Anpassungen, zu denen wir durch eine

eigene verteidigungspolitische Konzeption überzeugende Vorstellungen und Anstrengungen beitragen müssen.

Die politische und geographische Lage der Bundesrepublik bewirkt, daß wir unsere Sicherheit nur in einem funktionsfähigen Bündnis finden können. Unsere eigenen Mittel reichen dazu bei weitem nicht aus. Dieses Bündnis hat nun eineinhalb Jahrzehnte lang uns unsere Sicherheit verbürgt und unsere Freiheit bewahrt. Es ist ein uns Anvertrautes und Kostbares, das wir pfleglich behandeln und bewahren müssen. Auch wenn sich vieles wandelt, dann müssen wir eben auf der Höhe der Zeit sein, um mit unseren Freunden dem sich Wandelnden zu begegnen. Das ist nicht nur die Technik, das ist nicht nur die Möglichkeit der Verteidigung, das ist auch etwa die Natur der sich wandelnden Gefahr, die Natur einer möglichen neuen Bedrohung durch einen möglichen Gegner. Ich will nicht behaupten, daß es heute jemand gibt, der Westeuropa tatsächlich angreifen will, denn es ist selbstverständlich, daß wir nun einmal auf der Hut sein und bleiben müssen, denn drüben ist keine militärische Position geräumt oder geschwächt worden.

Ich habe die Zuversicht, meine Freunde, daß, wenn wir uns so verhalten, wenn wir so miteinander das Bündnis pflegen, auch die schwierigsten Probleme — wie der Devisenausgleich, die Veränderung der in Deutschland stationierten Truppen und auch der Atomsperrvertrag, um nur die wichtigsten und aktuellsten zu nennen — befriedigend gelöst werden können.

Ich komme zum Schluß. Ich habe in diesem Bericht nicht alles behandeln können, was uns beschäftigt, unser Verhältnis zur „Dritten Welt“ etwa, die Entwicklungshilfe, die bedeutenden Aufgaben — ich will das doch wenigstens andeuten — auf dem Gebiete des öffentlichen Dienstes, der längst fälligen Reformen unserer öffentlichen Verwaltung, die noch zu sehr in den Traditionen des 19. Jahrhunderts wurzelt

(Beifall)

und deren geschichtlich gewachsene Strukturen den Forderungen in unserer soviel komplizierteren heutigen Welt nicht mehr voll gerecht werden können. Nicht unseren Beamten müssen wir die Schuld geben, wenn es da und dort nicht klappt, sondern diesen überholten Strukturen.

(Beifall)

Die große Aufgabe der Raumordnung; die innere Sicherheit, der Zivilschutz, die Maßnahmen auf dem Gebiete der Justiz, insbesondere der Abschluß der überfälligen Reform unseres Strafrechts, das noch immer auf dem, wenn auch inzwischen vielfach abgeänderten Strafgesetzbuch des Jahres 1871 beruht; die Wohnungspolitik; die Probleme der Vertriebenen und Flüchtlinge; die Sorge um die Freiheit und die gesunde Entwicklung Berlins — eine bedrängende Fülle von Problemen und Aufgaben, die alle in Zusammenhang eines gesamtpolitischen Konzepts, nicht als Flickenteppich aus den einzelnen Res-

sortvorstellungen begriffen werden wollen und deren Erfüllung weithin von unseren zukünftigen finanziellen Möglichkeiten abhängt. Das ist eine Aufgabe, die des Schweißes der Edlen wert ist, um so mehr, wenn man bedenkt, wieviel uns die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel — ich muß immer wieder darauf zurückkommen — erlauben werden. Ich werde niemandem mein Ohr schenken, der zu mir kommt und sagt: Herr Bundeskanzler, Sie haben recht, Sie müssen hart bleiben. Halten Sie durch. Bloß bei mir machen Sie eine kleine Ausnahme.

(Heiterkeit)

Das wird nicht geschehen. Ich habe oft landauf, landab gesagt: ich kann Ihnen nicht versprechen, daß ich keine Fehler machen werde; nein, im Gegenteil, ich muß in bescheidener Kenntnis der menschlichen Möglichkeiten — auch der meinen — sagen: Wir werden im Kabinett Fehler machen, nur eines kann ich Ihnen sicher versprechen: ich werde mit der Härte und Entschiedenheit regieren und Entscheidungen treffen, wie die Stunde sie von mir verlangt.

(Sehr starker Beifall)

Sie werden es mir gewiß nicht übelnehmen, wenn ich sage, es ist alles schwerer geworden. Ich habe die ersten Jahrzehnte sehr bewußt und sehr kämpferisch miterlebt. Da waren die Alternativen deutlicher, einfacher. Es ist alles schwerer und komplizierter geworden, nach innen und nach außen.

Wir haben in der Wirtschaftspolitik und in der Finanzpolitik gelernt, nicht von der Hand in den Mund zu leben. Wir müssen dieselbe Nutzenanwendung auf allen anderen Gebieten ziehen, vor allem in der Außenpolitik. Ich weiß wohl, wie schwer das ist, weil wir in diesem unheimlich raschen Wandel der Dinge uns zu behaupten haben, weil nicht genügend überbrückbare Sachverhalte aus der ganz schwierigen Welt ständig auf uns einwirken, weil zwar vieles vor-aussehbar, aber das Verhalten der Menschen — auch derer, die die Völker führen — nicht berechenbar ist — denken Sie an Kuba etwa — und weil wir überhaupt unserer prognostischen Kraft nicht allzusehr trauen dürfen. Ich habe mich trotz dieser Einsicht in unsere beschränkten Möglichkeiten zur Bildung eines Planungsstabes im Bundeskanzleramt entschlossen, der vor allem jene langfristigen Probleme bearbeiten soll, zu denen die Verwaltung einfach in der Bedrängnis der Tagesarbeit die Zeit und die Kräfte nicht aufbringen kann.

Ich habe im Verlaufe dieser Rede an mehreren Stellen auf den tiefen Einfluß der Wissenschaft und der Technik auf unser gesamtes privates wie öffentliches Leben hingewiesen. Meine Freunde, darin liegt das entscheidend Kennzeichnende unserer Epoche, und zwar im Guten wie im Schlimmen. Obwohl auch dies eine Binsenwahrheit ist, haben wir in der Politik noch nicht die vollen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen. Die Wissenschaft wird zwar vielfach zu Rate gezogen, aber auf eine möglichst ungeschickte Weise. Ich halte

gar nichts davon, daß Sachverständige ihre Gutachten publizieren. Sie sollen sie der Regierung zur Verfügung stellen!

(Lebhafter Beifall)

Ich sagte, die Wissenschaft wird vielfach zu Rate geholt. Modernste technische Geräte und Computer dringen in die staatliche Verwaltung ein, aber das alles geschieht eben noch zu unsystematisch, zufällig und improvisiert. Andere Länder sind uns da erheblich voraus.

Wir müssen versuchen, ein geregeltes fruchtbares Zusammenwirken von Wissenschaft und Politik zu entwickeln. Denken Sie daran, wie Professor Weizsäcker seine Stimme erhoben hat, als es um den Atomsperrvertrag ging – ein Mann, der nun wahrhaftig nicht unter dem Verdacht stand, im Zusammenhang mit den atomaren Problemen an Krieg und Kriegsgeschrei zu denken. Dieses Zusammenarbeiten zwischen Wissenschaft und Technik soll die Politik befruchten, aber auch – und das ist für mich ein sehr, sehr wichtiger Gedanke – die Wissenschaft bei voller Wahrung ihrer Freiheit an der Verantwortung für die res publica beteiligen.

(Starker Beifall)

Ich habe mich daher entschlossen, neben dem Planungsstab ein Gremium von zu freiwilliger Mitarbeit bereiten Wissenschaftlern – die Amerikaner würden dazu sagen: auf der One-Dollar-Basis – zur Beratung der Bundesregierung, nicht nur des Bundeskanzlers, einzurichten. Ich freue mich herzlich über die Bereitschaft zu einer solchen freiwilligen Zusammenarbeit, die mir führende Männer der Wissenschaft bekundet haben. Ich denke dabei nicht nur an die Mitarbeit von Naturwissenschaftlern, von denen man sich unmittelbar praktische Gewinne erwartet, sondern auch an Repräsentanten der Geisteswissenschaften; denn Politik und Geist dürften nicht in getrennten Lagern stehen, heute weniger denn je.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde! Ich habe das Amt des Bundeskanzlers – Sie wissen es – nicht nach einem strahlenden Wahlsieg übernommen. Ich kann auf diesem Bundesparteitag nicht als der Wortführer eines großen Kampfes gegen einen großen politischen Gegner vor Ihnen erscheinen. Ich kann nur vor Ihnen erscheinen als der Wortführer einer Koalition, die sich vorgenommen hat, Aufgaben von einer Schwere, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht vorhanden waren, in den kommenden Jahren zu überwinden. Alles ist – ich wiederhole es – schwerer und komplizierter geworden, viel schwerer, als es manche heute noch zu sehen vermögen. Darum, meine Freunde, bedarf ich, der Kanzler, der vollen Unterstützung meiner Partei, einer Partei, die sich personell und in ihren beschlossenen programmatischen Anstrengungen dieser Zeit und ihren Aufgaben gewachsen zeigen muß.

Ich gehöre doch zu dieser Partei.

Ich bin stolz darauf, zu dieser Christlich Demokratischen Union zu gehören, welche die deutsche Geschichte der beiden letzten Jahrzehnte geprägt hat. Ich

bin stolz darauf, ihr in den ersten Jahren nach dem Krieg als Landesgeschäftsführer, also von der Pike auf, gedient zu haben, sie dann im Bundestag und in den europäischen Gremien vertreten zu haben; stolz darauf, als einer Ihrer Ministerpräsidenten in einem deutschen Lande und im Bundesrat gewirkt zu haben. Daß ich nun an dem Platz stehe, an dem vor mir Konrad Adenauer und Ludwig Erhard ihre Regierungen geführt haben, erfüllt mich mit Bescheidenheit und mit der Sorge, ob meine Fähigkeiten der schweren Verantwortung genügen.

Ich kann Ihnen nur eines versprechen, meine Freunde, daß ich meine ganze Kraft an das mir aufgetragene Werk setzen werde. Helfen Sie mir bitte dabei, entschlossen, geschlossen und einig mit Rat und Tat, damit auch in den kommenden Jahren die Christlich Demokratische Union das Vertrauen unseres Volkes behält, daß wir zum Wohl dieses deutschen Volkes vollbringen werden, was die geschichtliche Stunde von uns verlangt.

(Langanhaltender, stürmischer Beifall)

Präsident Vogel:

Herr Bundeskanzler, der Parteitag dankt Ihnen herzlich für diese große und geschickte Rede, die Sie uns gehalten haben.

(Sehr starker Beifall)

Er dankt Ihnen für die Arbeit der letzten Monate. Er wünscht Ihnen Glück und Erfolg bei Ihrer weiteren schweren Arbeit. Diese Christlich Demokratische Union, Herr Bundeskanzler, steht hinter Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Sie können diesen Parteitag mit dem sicheren Gefühl verlassen, daß diese Christlich Demokratische Union geschlossen hinter Ihnen steht und Sie unterstützt,

(Beifall)

nicht weil wir froh wären, jetzt wieder eine strahlende Wahllokomotive an unserer Spitze zu haben; ich glaube, es ist mehr.

Wir sind bereit, Herr Bundeskanzler, Sie zu unterstützen und mit Ihnen hart zu arbeiten für das deutsche Volk. Ganz besonderen Dank ist Ihnen der Parteitag schuldig für die freundlichen Worte, die Sie für Ihren Vorgänger, unseren künftigen Ehrenvorsitzenden Professor Dr. Ludwig Erhard, in Ihrer Rede gefunden haben.

(Sehr starker Beifall)

Dienstag, 23. Mai 1967

3. PLENARSITZUNG (Fortsetzung)

Aussprache

Satzungsänderungen

Wahlen

Schlußwort

Präsident Vogel:

Meine Damen und Herren! Der nächste Punkt unserer Tagesordnung sieht eine Aussprache über die Rede des Herrn Bundeskanzlers vor. Wenn wir auch weit vorgeschritten sind in der Zeit, sollten wir diese Aussprache stattfinden lassen.

Ich darf diejenigen Parteifreunde, die zur Aussprache reden wollen, bitten, eine schriftliche Wortmeldung hier oben heraufzureichen. Mir liegen bereits einige Wortmeldungen vor. Zunächst hat sich Herr Ponczek zu Wort gemeldet, einer unserer Landtagskandidaten hier an der Zonengrenze.

Ponczek (Braunschweig):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Bundeskanzler! Sie haben vorhin Worte des Dankes und der Würdigung für unseren Professor Erhard gefunden, für Professor Hallstein und andere hervorragende Politiker der Bundesrepublik. Das war gut und richtig und auch notwendig.

Ich möchte nun meinerseits nicht versäumen, Ihnen, verehrter Herr Bundeskanzler, den Dank dafür zu sagen, daß Sie sich noch vor Eröffnung des Bundesparteitages die Gelegenheit nicht haben entgehen lassen, dem Zonengrenzland, speziell dem Kreise Helmstedt, einen Informationsbesuch abzustatten, daß Sie sich an Ort und Stelle von den Sorgen und Nöten dieser Menschen dort an jener unsinnigen Grenze überzeugt haben. Sie haben, Herr Bundeskanzler, gespürt, welche Welle der Herzlichkeit Ihnen entgegenbrandete von jenen Tausenden, die den Weg säumten. Sie dürfen, Herr Bundeskanzler, versichert sein, daß die Menschen dort an der Zonengrenze genau

wie unsere Freunde in Berlin sehr genau registrieren, was ein Bundeskanzler tut oder was er unterläßt. Deshalb dieser Dank hier!

(Beifall)

Dank auch deshalb, weil auf einem solchen Parteitag in der Aussprache Anregungen gegeben werden, auch Kritik geübt wird, selten aber Worte des Dankes ausgesprochen werden. Sie sollen wissen, Herr Bundeskanzler, daß die Menschen an der Zonengrenze sich nicht nur hinstellen und Forderungen erheben oder an der Klagemauer stehen, sondern daß sie auch wissen, daß sie Ihnen, Herr Bundeskanzler, vertrauen können.

(Beifall)

Präsident Vogel:

Als nächster hat das Wort unser Freund Bundesminister a. D. Dr. Gradl.

Dr. Gradl:

Meine Parteifreunde! So wie Sie — ich konnte das von hier oben ja sehr gut beobachten — habe auch ich mit besonderer Aufmerksamkeit dem Teil der Ausführungen des Bundeskanzlers zugehört, der sich auf die gesamtdeutsche Situation, die gesamtdeutschen Aufgaben der Regierungsarbeit bezogen hat. Er hat uns die Grundlinien einer Politik gezeigt, die beherrscht ist von Menschlichkeit, von Vernunft, aber auch von gesamtdeutscher Festigkeit und Entschlossenheit. Und ich glaube, das ist gut so, weil manches, was getan worden ist, und manches, was wir vorhaben, draußen gern mißbraucht wird.

Ich begrüße besonders die eindringliche Warnung des Bundeskanzlers vor einer Haltung verzagter Resignation. Meine Freunde, dies ist in der Tat das, was wir unseren Landsleuten drüben am allerwenigsten antun dürfen. Dieses Gefühl, daß wir müde werden könnten, dürfen wir bei ihnen nicht aufkommen lassen.

(Beifall)

Es wird jetzt bei uns oft gesagt: Nun, es geht ihnen doch drüben besser. Jawohl, sie haben besser zu essen, und sie haben mehr zu essen. Aber das, was sie in Wahrheit bedrückt und bedrückt hat, das ist geblieben: der politische und der geistige Druck, der Zwang, der auf sie und ihre Kinder ausgeübt wird. Ich habe vor wenigen Tagen ein schreckliches Musterbeispiel für diese geistige Not, die über die Menschen drüben verhängt ist, in dem Zentralorgan der sogenannten Freien Deutschen Jugend gefunden. Ich will Ihnen diese wenigen Zeilen hier sagen. Dann sehen Sie an einem konkreten Beispiel, was da drüben am Werk ist. In dieser Zeitung der Gesamtorganisation der Jugend im kommunistischen Machtbereich findet sich ein Gedicht, das an uns adressiert ist, und in diesem Gedicht heißt es gleich am Anfang:

Nicht trennt die Mauer uns,
sie zeigt nur, was uns trennt:
dich, mir kein Deutscher mehr,
und mich, kein Landsmann dir.

Meine Freunde, für ihn, für diesen Schreiber, sind wir keine Deutschen, und er und die Organisation, für die er da schreibt, sie wollen für uns kein

Landsmann sein. Das ist, glaube ich, ein Gipfel politischen Hasses und politischer Perversion innerhalb eines Volkes. Dies ist es, was die Menschen drüben tagtäglich bedrückt. Deshalb müssen wir so, wie es die Bundesregierung versucht, um so mehr bemüht sein, wenigstens im menschlichen Bereich wieder die Möglichkeit eines stärkeren und häufigeren Miteinander zu erreichen.

Daß das Echo der Gegenseite negativ ist, daß sie uns wieder den Katalog von Maximalforderungen vorhält, das darf uns dabei nicht abschrecken. Im Gegenteil, wir müssen lernen von ihrem Verhalten. So, wie sie versuchen, mit ihren maximalen Forderungen zu hämmern, so müssen wir hämmern mit unserem Katalog menschlicher Erleichterungen für unser Volk.

(Beifall)

Die Regierung hat einen Katalog vorgeschlagen. Da ist vieles dabei, was gar keiner umständlichen Verhandlungen bedarf. Im Gegenteil, manches ist dabei, da muß man nur wollen und entsprechend handeln: für die Erleichterung des Versendens von Medikamenten, für die Zusammenführung von Familien und Kindern, für den Telefonverkehr in Berlin, für den innerdeutschen Sportverkehr. Was braucht es da Verhandlungen? Freigeben muß man, und dann läuft das alles von ganz allein!

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, vielleicht sollten wir den Herren der SED, den Machthabern drüben, an einem Beispiel zeigen, wie man so etwas macht. In dem Katalog, den Sie vorgeschlagen haben für menschliche Erleichterungen, gibt es einen Punkt, der heißt: Freigabe des ungehinderten Bezuges von Zeitungen. Was hindert uns eigentlich, unsererseits ganz souverän aktiv zu werden und zu sagen: Bitte, wir machen auf!

(Zustimmung)

Wir haben keine Angst vor euren Zeitungen! Wir machen für eine begrenzte Zeit – keine unbegrenzte Vorleistung; dies wäre töricht! – auf; ihr könnt meinewegen drei Monate lang eure Zeitungen hierherschicken, und wenn ihr dann auch drüben aufmacht, bleibt es bei diesem Zustand!

(Beifall)

Warum soll das nicht geschehen?

Ich kenne die Einwände. Ich weiß, da heißt es dann: Das sind kommunistische Zeitungen, KP-Verbot! Verehrte Freunde, auch in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das KP-Verbot ist festgestellt: Wenn aber etwas im Sinne der Wiedervereinigung in Gang kommt, dann ist das Ganze anders zu betrachten.

Weiter wird befürchtet, daß mit den Zeitungen hier kommunistische Infiltration erfolgen könnte. Nun, versteckte Infiltration haben wir sowieso. Ich finde, die offene ist besser, ist bekömmlicher. Dann hört manche Schwärmerei bei uns auf, wenn die Leute einmal sehen, was da drüben täglich produziert wird.

(Beifall)

Eine letzte Bemerkung, die ich vielleicht machen darf, weil ich genauso wie meine Berliner Freunde und meine Freunde aus Mitteldeutschland aus eigenem Erleben dazu einen Beitrag leisten kann. Sie wissen, daß unser Katalog menschlicher Erleichterungen und überhaupt alle Bemühungen, die wir unternehmen, drüben auf den Vorwurf stoßen, wir betrieben einen „annexionistischen Alleinvertretungsanspruch“, eine „Alleinvertretungsanmaßung“. Meine Freunde, wenn es in unserem Lande eine Anmaßung gibt, dann ist es die Anmaßung von Macht und Herrschaft, die die Kommunisten in Ostberlin nach 1945 begründet und die sie sich seither gewaltsam gesichert haben.

(Beifall)

Hier ist doch die wirkliche Wurzel dieser Pflicht, die nun auf uns liegt, für unsere Landsleute zu sprechen, zu sagen, was sie nicht sagen können. Drüben hat man uns das ja unmöglich gemacht, schon am Anfang dieser leidvollen Nachkriegsgeschichte durch die Zwangsvereinigung der KPD und der SPD, durch die Gleichschaltung der CDU und LDP und immer durch Terror. Wir aus unseren Reihen haben doch Blutopfer gebracht und Tausende in den Lagern gehabt wegen unseres demokratischen Widerstandes. Durch Gleichschaltung, durch Einheitslistenwahl, durch List und Zwang hat man sich ein Macht- und Herrschaftsmonopol geschaffen und sich den Anspruch angemaßt, allein für die 17 Millionen in Mitteldeutschland zu sprechen. Dies ist die Ursache unserer Alleinvertretungspflicht. Die Herren drüben können das anders haben. Sie können schnell den Alleinvertretungsanspruch oder die Alleinvertretungspflicht, die wir haben, aufheben. Sie mögen sich in offener Weise im demokratischen Wettbewerb in Gesamtdeutschland stellen. Dann braucht man über Alleinvertretung nicht mehr zu reden.

(Beifall)

Solange der Zustand so ist, wie er ist, werden wir unser Recht wahrnehmen. Wir werden für unsere Landsleute drüben sprechen und wir werden für sie handeln.

Herr Bundeskanzler, für Ihre Politik, deren Grundlinien Sie hier entwickelt haben, können sie der Mitarbeit meiner engeren Freunde gewiß sein.

(Beifall)

Präsident Vogel:

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung sieht vor, daß um 11.30 Uhr die Fortsetzung der Satzungsdebatte ansteht. Ich habe zur Zeit noch drei Wortmeldungen vorliegen. Darf ich davon ausgehen, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß wir damit die Rednerliste abschließen?

(Zustimmung)

Sie haben dem zugestimmt.

Das Wort hat nun unser Parteifreund Stingl zum Thema Gesellschaftspolitik.

Stingl (Berlin):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, auf diesem Parteitag etwas zu sagen. Ich bin dem Herrn Bundeskanzler aber sehr dankbar, daß er hinsichtlich der Fragen der Gesellschaftspolitik

einige Punkte aufgezeigt hat, die für uns Christliche Demokraten unabdingbar sind. Ich glaube deshalb, es ist wohl richtig, daß auch der Parteitag das bestätigt. Ich will nur wenige Dinge herausgreifen.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, es sei ganz eindeutig und klar, daß die Rente dynamisch und lohnbezogen bleibe. Das ist eine so wichtige Aussage, daß ich glaube, daß von diesem Parteitag aus die Diskussion darum, ob die Rente nach anderen Werten als dem Lohn bemessen werden sollte, abgeschlossen ist. Das möchte ich feststellen. Dabei weiß ich natürlich, daß es sich bei der Lohnbezogenheit um eine prinzipielle Aussage handelt. Wir werden uns zusammensetzen müssen, um das in wirklicher Diskussion miteinander zu erörtern. Ich bin dabei überzeugt, daß wir die nötigen Argumente parat haben, die wir uns alle erarbeitet haben, damit wir bei der Rentenformel, die wir jetzt haben, bleiben. Es kann nicht angehen, daß Christliche Demokraten sich dazu entschließen, zu sagen: wenn die Zahl der Rentner größer wird, dann muß man bei den Leistungen einsparen und dann muß die größere Zahl der Rentner das jährliche Aufkommen, vielleicht noch um einige Milliarden vermindert, untereinander teilen. Es würde nicht dem Denken einer Christlich Demokratischen Union entsprechen, wenn sie die Mehrbelastung, die entsteht, den Rentnern selber auferlegte. Wir müssen die Belastung zwischen der Aktivgeneration und den Rentnern teilen.

Es wird uns immer wieder gesagt, die Rente selber werde durch betriebliche Sozialleistungen ergänzt. Lassen Sie mich dazu noch etwas sagen. Der Herr Bundeskanzler hat den Bundesarbeitsminister Katzer gelobt, daß er einen Gesetzentwurf vorbereitet habe, der die Mobilität der Arbeitskräfte fördern solle. Wir können nicht in einem Atemzug sagen: Wir setzen die Arbeitnehmer in die Lage, mit der technischen Entwicklung fertig zu werden, sich weiter zu bilden, damit sie auch einen anderen Arbeitsplatz annehmen können, und wir verweisen sie gleichzeitig hinsichtlich der Alterssicherung auf betriebliche Sozialleistungen, die die Mobilität gerade nicht fördern.

Zur Familienpolitik nur wenige Sätze. Gerade an der Familienpolitik wird sich zeigen, ob die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union eine Vorstellung von der Gesellschaft hat, die sie aus ihrem Bekenntnis zum Christlichsein hernimmt.

(Beifall)

Wenn wir keine heilen Familien haben, können wir auch keine heile Gesellschaft bekommen. Darum wird die Bundestagsfraktion sich allen Ernstes überlegen müssen, ob sie die Streichung des letzten Restes von Ausbildungszulagen – wobei es den Liberalen gelungen ist, sie schmähend mit Pennälergehalt zu bezeichnen – hinnimmt. Ich für mich als Person könnte mich kaum rechtfertigen, wenn ein Familienvater käme und sagte: Weil ihr jetzt die mir versprochene Ausbildungszulage gestrichen habt, muß mein Kind von der Schule. Könnten Sie das verantworten? Darüber wird noch im einzelnen geredet werden müssen.

Ein weiteres Wort zu einer Sache, die uns als Christlich Demokratische Union besonders angeht. Wir haben bei der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge sehr viel vollbracht. Einen Personenkreis müssen wir aber

immer noch ins Auge fassen. Das sind die vertriebenen und die aus der Zone kommenden früheren Selbständigen, insbesondere die Bauern.

Ein Wort soll auch zu einem anderen Gebiet gesagt sein. Ich bin dem Herrn Bundeskanzler sehr dankbar, daß er denen eine klare Absage erteilt hat, die uns empfehlen, den status quo zur Rechtsbasis zu machen, die uns sagen, wir müßten den status quo hinnehmen. Sie wollen von uns nicht einen Verzicht auf Gewalt – den haben wir ausgesprochen; niemand im deutschen Volk will Gewalt –, sondern sie wollen im Grunde genommen den Verzicht auf eine freiheitliche Politik. Das ist ihr Anliegen. Wir als Christen im Westen unseres Vaterlandes würden uns der Basis jeden politischen Handelns berauben, wenn wir damit einverstanden wären und uns damit zufrieden gäben, es damit legalisierten, daß im mittleren Teil Deutschlands Christen von Staats wegen unterdrückt werden.

(Beifall)

Präsident Vogel:

Das Wort hat unser Parteifreund Siegfried Dübel.

Dübel (Exil-CDU):

Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Vor wenigen Wochen ging der VII. Parteitag der SED zu Ende. Als eines seiner wesentlichen Kennzeichen wurde hier im Westen weithin festgestellt, daß die SED die deutsche Wiedervereinigung abgeschrieben habe. Von daher verstärkte sich hier der Wille zu einem „geregelten Nebeneinander“. Die Vorstellung, die SED wolle die deutsche Spaltung, ist aber vordergründig und schief. Für sie ist – so paradox es klingt – die rechtliche Fixierung der deutschen Spaltung nur eine Zwischenstation auf dem Wege ihrer Wiedervereinigungspolitik, nämlich der Herstellung eines kommunistischen Gesamtdeutschland. Lassen Sie mich hierzu zwei Zitate bringen, die das erläutern. Herr Eisler erklärte im Sonntags-Gespräch des Ostberliner Deutschlandsenders am 24. April:

„Sie wissen ja, daß drüben eine ganze Kampagne gegangen ist, daß wir Deutsche den Begriff Deutschland abschreiben, daß einmal mit einem gesamten deutschen Staat wir nichts mehr zu tun haben wollen. Ich kann Sie versichern, meine verehrten Westdeutschen, wir nennen uns immer noch SED und nicht Sozialistische Einheitspartei der DDR. Zweitens können Sie sich darauf verlassen, wir als Marxisten haben nie Deutschland abgeschrieben und werden es nicht. Den Gefallen machen wir der Reaktion unter keinen Umständen.“

Aber hören wir auch den mutmaßlichen Nachfolger Ulbrichts, dessen Äußerungen man schon deshalb genau zur Kenntnis nehmen sollte, weil es ja in der Bundesrepublik manche Leute und Politiker gibt, die sich von einem personellen Wechsel in der SED-Führung Fortschritte in der deutschen Frage versprechen. Herr Honecker erklärte auf dem Pfingsttreffen der FDJ, also nur vor wenigen Tagen, die DDR habe keineswegs Deutschland und seine Einheit abgeschrieben:

„Das Gegenteil ist richtig. Deutschland haben abgeschrieben die Imperialisten in Westdeutschland, die Deutschland gespalten haben. Was wir

auf immer und ewig abgeschrieben haben, ist das geschichtlich überlebte System der Ausbeutung, der Krisen und Kriege. Gerade in Anwesenheit vieler junger Arbeiter aus Westdeutschland drücken wir erneut unsere Überzeugung aus: was die Imperialisten gespalten haben, wird die Arbeiterklasse eines Tages wieder zusammenfügen. Ein einheitliches Deutschland kann niemals mehr ein reaktionäres, sondern nur ein sozialistisches Deutschland sein: Auch von der Elbe bis zum Rhein wird einmal der Sozialismus sein.“

Ich glaube, wir können Herrn Honecker von hier aus die Versicherung geben, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik, insbesondere die Jugend an einem Sozialismus kommunistischer Prägung nicht interessiert ist. Oder um es hier in Braunschweig einmal so zu formulieren: Wenn die Braunschweiger heute darum bangen, daß ihre Eintracht deutscher Fußballmeister wird und nicht Dynamo Braunschweig oder Roter Stern Braunschweig, so hoffen sie, daß das auch in zehn und zwanzig Jahren noch der Fall sein wird.

Meine Damen und Herren! Die deutsche Politik tut gut daran, diesen Willen der SED-Funktionäre zur Kenntnis zu nehmen und der Bevölkerung darüber Aufklärung zu geben, daß die Wiedervereinigung eben nicht ad calendae graecas vertagt ist, sondern daß wir uns mitten im Wiedervereinigungsprozeß befinden, mitten in den Anstrengungen der mitteldeutschen SED-Funktionäre, ein einheitliches kommunistisches Deutschland zu schaffen. Deswegen müssen auch wir unseren Willen zur Wiedervereinigung Deutschlands in einer freiheitlichen Ordnung entschlossen bekunden und in der Welt durchzusetzen versuchen und dürfen uns nicht darauf beschränken, nur auf menschliche Erleichterungen hinzuwirken.

Lassen Sie mich eine sehr wesentliche Bemerkung zum Verhältnis der sowjetischen und der sowjetzonalen Politik machen. Die Sowjetunion hat zunächst geglaubt, im Zuge der Nachkriegsentwicklung ganz Deutschland, vielleicht sogar ganz Westeuropa einer kommunistischen Diktatur unter unmittelbarer Moskauer Gewalt zu unterwerfen. Diese imperialistische Konzeption ist durch die Entwicklung überholt. Der Widerstand der westlichen Welt und die innere Entwicklung im Weltkommunismus haben hier zu Änderungen geführt. Die sowjetische Politik verfolgt heute tatsächlich eine Politik der Spaltung Deutschlands. Sie will nach dem Modell des divide et impera zwei sich rivalisierend gegenüberstehende deutsche Staaten haben, deren Zusammenarbeit vor allem durch die Verschiedenartigkeit der politischen Systeme ver- oder behindert wird.

Ich habe den Eindruck, daß auch hier sich in absehbarer Zeit in der sowjetischen politischen Führung Wandlungen vollziehen können, die auch für die deutsche Politik der Wiedervereinigung nicht von unwesentlicher Bedeutung sind. Die sowjetische Botschaft ist so freundlich, vielen Bürgern der Bundesrepublik ihre Propagandabroschüre „Die Sowjetunion heute“ ins Haus zu schicken. In der Nummer vom 16. März 1967 findet sich ein interessanter Artikel eines Doktors der Philosophie zu dem Thema: „Was spielt sich in China ab?“ Der Verfasser behauptet zunächst – nicht ganz zu Unrecht –, daß Mao Tse-tung den Weg in die Katastrophe wählte und daß es in der KP Chinas eine Zuspitzung von Widersprüchen gebe, wobei sich ein Marxist

allerdings fragen mag, wie es in einer sozialistischen Organisation zuge-spitzte, das heißt also antagonistische Widersprüche geben kann. Der Autor stellt dann die aus der Sicht des kommunistischen Funktionärs entscheidende Frage: „Wie konnte in einem sozialistischen Land eine derartige Politik der persönlichen Macht möglich werden?“ – und er führt hierzu eine Reihe von Faktoren an.

Wesentlich aber erscheint mir die Kennzeichnung dessen, was sich in diesem sozialistischen Land heute nach sowjetischer Auffassung abspielt. Hierzu ein kurzes Zitat:

„Der Hexensabbat der Mao-Truppen ist auch eine Massenbewegung, der sich Millionen Menschen angeschlossen haben, aber eine Bewegung mit solcher Ideologie und solchen Zielen ist in manchem dem Faschismus ähnlich, weil diese Masse Zerstörung heischt, ihren Führer verherrlicht und ihm in Kommißstiefeln zu folgen bereit ist. Ihre Unzufriedenheit mit der alten Ordnung artet in blinden Haß, in Grausamkeit, in Nazismus aus.“

Hier ist eine wesentliche ideologische Erkenntnis verborgen. Die sowjetische Politik – ohne Billigung der Parteiideologen hätte diese offizielle sowjetische Zeitschrift diesen Beitrag sicher nicht abgedruckt – kommt also zu der interessanten Erkenntnis, daß auch in einem sozialistischen Land faschistische Politik und Nazismus möglich sind. Bisher wurde der Faschismus immer als eine ausschließliche Frucht der spätkapitalistischen Entwicklung angesehen, die gerade durch die Einführung des Sozialismus für alle Zeiten unmöglich gemacht werden sollte. Nun aber beweist die Geschichte, daß auch die Einführung des Sozialismus ein Land und damit die Welt nicht vor Faschismus und Nazismus schützt. Die „DDR“ soll vor allem deshalb friedlich sein, weil sie ein sozialistisches Land ist, und die Bundesrepublik deshalb faschistisch, weil sie kapitalistisch regiert wird. Wenn aber Faschismus in einem sozialistischen Land möglich ist, dann prinzipiell natürlich auch in anderen, z. B. auch in der „DDR“. Haben nicht unsere mitteldeutschen Landsleute vor nicht allzu langer Zeit einen, wie der Schreiber sagte, maoistischen Hexensabbat erlebt, als die FDJ-Ordnungsgruppen, die man sehr zu Recht als Vorbild oder Abbild der maoistischen Roten Garde bezeichnen kann, unsere Landsleute drangsalierte, indem sie in die Häuser eindrang und ihre nach Westen gerichteten Fernsehantennen abrissen und auf diese Weise eine kleine maoistische Kulturrevolution praktizierten?

Ist denn Ulbrichts Schießbefehl an der Demarkationslinie etwas anderes als reiner Maoismus? Meine Freunde, ich glaube, diese Frage stellen, heißt zu sehen, daß es eine ganze Reihe von Anzeichen dafür gibt, daß die sowjetzonalen politischen Führer doch lieber den Kurs Mao-Tse-tungs als den der Revisionisten des Kreml gehen würden, wenn sie nur ihre außenpolitische Unabhängigkeit dazu hätten – wie etwa Albanien oder Rumänien dies zu tun –, wenn sie also wirklich ein unabhängiger Staat wären.

Auf dieser Basis sind die Anerkennungsbestrebungen der Sowjetzone zu sehen, und auf dieser Basis wird auch deutlich, daß die sowjetische Politik nicht in allen Punkten hundertprozentig mit der sowjetzonalen Intention übereinstimmt. Ich glaube, daß hier Ansätze für eine deutsche Politik sind, die

man sehr sorgfältig beobachten sollte. Es ist nicht uninteressant, daß das jugoslawische KP-Organ Borba in seiner Ausgabe vom 15. Mai 1967 schreibt: „Die chinesische Karte ist ein hoher Trumpf auf dem grünen Tisch Bonns.“ Ich halte es für wichtig, auch von daher diese Politik richtig in die bisherige Konzeption einzuordnen.

Die deutsche Politik ist gewiß gut beraten, wenn sie erkennt, daß der Wind, auf die Dauer der Zeit gesehen, nicht uns, sondern den Sowjets ins Gesicht bläst, und wenn sie sich daher nicht aus Angst vor einer möglichen Entfremdung innerhalb des deutschen Volkes zu politisch bedenklichen und nicht mehr reversiblen Schritten hinreißen läßt. Nehmen Sie von einem mitteldeutschen Vertreter die Versicherung, daß die mitteldeutsche Bevölkerung, vor allem aber die mitteldeutsche junge Generation — Herr Barzel hat gestern ein treffendes Beispiel zitiert — trotz all der Enttäuschungen, die sie erleben mußte, sich nach wie vor nach dem Westen orientiert und in der Politik der Bundesregierung ihre wahre Vertretung erblickt.

(Beifall)

Dies würde erst dann anders werden — aber dann könnte es anders werden, meine Damen und Herren —, wenn die Bundesregierung darauf verzichten würde, Sprecher Mitteldeutschlands und der Interessen der dortigen Bevölkerung zu sein, wenn aus der notwendigen Entkrampfung eine Ideologie, ein Patentrezept wird, das uns zwar gewisse Bereiche der Menschlichkeit entspannen läßt, das uns aber in der Frage der politischen Wiedervereinigung nicht voranbringt.

Der Herr Bundeskanzler ist ein besonderer Verehrer von Alexis de Tocqueville. Ich möchte daher mit einem Wort dieses politischen Philosophen schließen:

„Täuschen wir uns nicht in dem, was wir unter unserer Unabhängigkeit zu verstehen haben. Denn es gibt eine Art entstellter Freiheit, deren Gebrauch Menschen und Tieren gemeinsam ist und die darin besteht, alles zu tun, was gefällt... Aber es gibt eine sittliche und bürgerliche Freiheit, die ihre Stärke in der Gemeinschaft findet und deren Schutz die eigentliche Aufgabe der öffentlichen Gewalt ist: es ist die Freiheit, furchtlos all das zu tun, was gerecht und gut ist.“

(Beifall)

Präsident Vogel:

Meine Damen und Herren, als letzter Redner hat Herr Dr. Dregger das Wort.

Dr. Dregger (Hessen):

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Bei meinen gewiß kurzen Ausführungen zur Finanz- und Verwaltungsreform in der Bundesrepublik möchte ich von zwei Aussagen des Parteitags in Braunschweig ausgehen. Der Herr Bundesfinanzminister hat gestern mit Recht festgestellt, daß durch die Neuverteilung der öffentlichen Finanzmasse diese Finanzmasse nicht vermehrt wird und daß Prioritäten auf der einen Seite dazu zwingen, auf der anderen Seite Dinge unerledigt zu lassen. Der Herr Bundeskanzler hat heute morgen erklärt, daß in der Vergangenheit

die Maßstäbe gefehlt hätten bei der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Das gilt nicht nur für die Einkommen- und Körperschaftsteuer, sondern für die öffentliche Finanzmasse überhaupt. Prioritäten zu setzen, das ist nicht eine Sache der Finanztechniker, sondern das ist eine politische Aufgabe, und ich meine daher, daß wir als politische Partei uns in dieser Situation, in der Reformen unausweichlich sind, mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Dazu kurz folgende Tatsachen. Von den Gesamtausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden fließen nicht mehr als 16 Prozent in die Sachinvestitionen. Die übrigen 84 Prozent werden für Ausgaben aufgewandt, die unmittelbar in den Konsum fließen, seien es die Kosten der Verwaltungsapparate, seien es die Sozialausgaben, seien es Subventionen zugunsten bestimmter Wirtschaftszweige. Das sind die Prioritäten, die nach 1949 gesetzt wurden und wahrscheinlich gesetzt werden mußten, weil es galt, die darniederliegende Wirtschaft anzukurbeln und die vielen Notstände zu lindern. Heute haben wir einen erfreulichen Massenwohlstand in unserem Volk; das werden wir sagen können, trotz all der Not im einzelnen, die wir noch feststellen mögen. Wir stellen aber fest, daß wir jetzt in gewissen Bereichen einen öffentlichen Notstand haben, sei es in Wissenschaft und Forschung, sei es auf dem Gebiete des Verkehrs, insbesondere des innergemeindlichen Verkehrs, sei es in bezug auf Krankenhäuser und ähnliches. Wir stehen also vor der Notwendigkeit der Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte. Wir müssen eine Akzentverlagerung von den Subventionen und den Sozialausgaben zu den Sozialinvestitionen vornehmen.

(Beifall)

Das müssen wir sehen, und das müssen wir mitverantworten. Das können wir nicht nur dem Bundeskanzler, dem Bundesfinanzminister und der Bundesregierung überlassen. Das durchzusetzen wird unser aller politische Aufgabe und Verantwortung sein.

(Beifall)

Nur auf diesem Hintergrund will ich auf die Konsequenzen aufmerksam machen, die sich in der Finanzreform bei der Finanzmittelverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ergeben. Wenn wir umstrukturieren wollen, ist davon auch das Verhältnis dieser drei Ebenen betroffen. Denn von den gesamten Sachinvestitionen, die in der Bundesrepublik von der öffentlichen Hand vorgenommen werden, werden 60,3 Prozent von den Gemeinden geleistet, 21,9 Prozent vom Bund und nur 17,8 Prozent von den Ländern. Von den Gesamtausgaben des Bundes und der Länder fließen weniger als 10 Prozent in diesen Bereich. Bei den Gemeinden sind es 35 Prozent. Wenn wir zu den Sozialinvestitionen hin umstrukturieren wollen, dann müssen wir die investitionsorientierten Haushalte stärken, und das sind die Gemeindehaushalte.

(Beifall)

Diese Feststellung wird durch zwei Zahlen bestätigt: Von der Kreditmarktverschuldung des Bundes, der Länder und der Gemeinden entfallen 53,5 Prozent auf die Gemeinden, von den Steuereinnahmen aber nur 11,3 Prozent.

Dieses Mißverhältnis ist nicht tragbar. Es hat zu einer unerträglichen Kreditmarktverschuldung mit all ihren Auswirkungen auf die Konjunktur und die gesamte Volkswirtschaft geführt.

Noch eine zweite Feststellung. Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß unser Verwaltungssystem den Aufgaben der Gegenwart nicht mehr gerecht wird. Ich glaube, daß wir das nur unterstreichen können. Wir können die Situation in der Bundesrepublik vereinfacht vielleicht wie folgt charakterisieren: In der Bundesrepublik gibt es zu viele Verwaltungsebenen übereinander, auf jeder Ebene zu viele Verwaltungseinheiten nebeneinander, und diese Verwaltungseinheiten sind so schlecht gegeneinander abgegrenzt, daß sie in sich ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können und weitere Institutionen gebären, seien es Zweckverbände, seien es Planungsgemeinschaften oder ähnliches. Hier ist eine Reform an Haupt und Gliedern notwendig.

(Beifall)

Die Zahl der Verwaltungsebenen muß vermindert werden, auf jeder Ebene die Zahl der Verwaltungseinheiten, und diese Verwaltungseinheiten müssen nach Größe, Grenzen und Aufgaben der Gegenwart und Zukunft angepaßt werden. Das wird unsere Verwaltung effektiver und vor allem sparsamer machen.

(Beifall)

Wir können es uns nicht leisten, die beschränkten öffentlichen Mittel mehr als notwendig zum Eigenverbrauch des Verwaltungsapparats aufzuwenden.

Diese Aufgabe durchzuführen fällt nach der Verfassung in die Zuständigkeit der Länder. Aber wir als politische Partei haben die Aufgabe, zu koordinieren und der Motor dieser Entwicklung zu sein. Denn wir sind eine moderne Partei, die jüngste Partei der Bundesrepublik, und wir sollten auch auf diesem Gebiet die Führung übernehmen.

(Beifall)

Präsident Duhues:

Meine Damen und Herren, das war die letzte Wortmeldung. Ich darf fragen, ob weiterhin das Wort zur Aussprache gewünscht wird? — Das ist nicht der Fall. Dann können wir uns nach der eindrucksvollen und programmatischen Rede des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger wieder der harten Arbeit zuwenden, nämlich der Beratung der Satzungsänderungen. Wir hatten uns vorbehalten, die Schwerpunkte der Änderung der Statuten heute zu beraten.

Ich muß Sie weiterhin damit vertraut machen, daß die personellen Entscheidungen des heutigen Nachmittags voraussichtlich erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Allein die Feststellung der in den Vorstand zu wählenden Parteifreunde wird mindestens 90 Minuten — allein unter technischen Gesichtspunkten — in Anspruch nehmen. Ich sage das nicht ohne Grund. Zunächst habe ich die Bitte an Sie, daß wir die Beratungen jetzt ohne Unterbrechung fortsetzen. Es ist zwar der Wunsch geäußert worden, eine kleine Pause einzulegen. Eine „kleine Pause“ dauert aber erfahrungsgemäß

20 Minuten. Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie meinem Vorschlag, die Beratungen jetzt ohne Pause fortzusetzen, nicht widersprechen würden.

(Beifall)

– Ich danke Ihnen dafür.

Zweitens möchte ich Ihnen, wenn auch etwas zaghafter, vorschlagen, ohne Mittagspause zu tagen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, das stellt hohe Anforderungen. Ich sehe manch besorgtes Gesicht. Vielleicht darf ich darauf hinweisen, daß in den nachmittäglichen Wahlzeiten naturgemäß Pausen eintreten, die Ihnen die Möglichkeit geben, eine Erfrischung zu sich zu nehmen oder sich sonst zu entspannen. Ich fürchte, daß wir sonst bis in die späte Nacht hinein tagen. Das würde ich im Hinblick auf die Wahlkundgebungsverpflichtungen, die viele von uns übernommen haben, bedauern, aber auch mit Rücksicht auf den Wunsch nicht weniger, jedenfalls in den späten Abendstunden abreisen zu können. Darf ich feststellen, daß Sie mit dieser Anregung, die für viele gewiß eine harte Strapaze bedeutet, einverstanden sind?

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Ich danke Ihnen herzlich dafür. Ich entnehme Ihrer Zustimmung zu diesen beiden Vorschlägen den Wunsch, daß wir nun zügig an die weiteren Beratungen gehen.

Der Bundesparteitag hat in seiner gestrigen Sitzung die Statuten beraten und darüber beschlossen, mit Ausnahme der Bestimmungen der §§ 29 b, 30, 33 und 37. Diese §§ enthalten die entscheidenden Fragen, die sich mit der Institution, den Aufgaben, der Berufung des Generalsekretärs und der Verkleinerung des Bundesausschusses und des Bundesvorstandes befassen. Ich halte es angesichts des Schwerpunktes, den die Probleme der Institution eines Generalsekretärs darstellen, für richtig, daß wir zunächst die Fragen behandeln, die mit der Stellung, der Berufung, der Abberufung und den Aufgaben des Generalsekretärs zusammenhängen. Das bedeutet, daß wir uns satzungsmäßig zunächst zu befassen haben mit den Bestimmungen des § 29 b und des § 37. Als wesentlichen ersten Punkt der Beratungen sehe ich die Frage: Hauptamtlicher oder nicht-hauptamtlicher Generalsekretär, wobei die unterschiedlichen Auffassungen so zu kennzeichnen sind: ein Teil der Delegierten hat, wenn wir die Debatte der vergangenen Tage verfolgen, den Wunsch, daß der Generalsekretär seine Tätigkeit hauptamtlich ausübt. Das verlangt ein Antrag, der folgende Änderung des § 37 vorsieht:

„Der Generalsekretär übt seine Tätigkeit hauptamtlich aus. Er unterstützt den Vorsitzenden . . .“

Ich wäre dankbar, wenn wir uns rein statutarisch für die Verhandlungen darauf einigen könnten, daß der Problemerkis „hauptamtlich oder nicht-haupt-

amtlich“ im Zusammenhang mit dieser Neufassung des § 37 behandelt wird. Es liegen auch Anträge vor, die vorschlagen, daß der § 29 b Ziffer 2 dahin geändert wird, daß es heißt: „Der Bundesparteitag wählt auf Vorschlag des Vorsitzenden einen hauptamtlichen Generalsekretär.“ In der Sache kein Problem!

Meine Anregung, diese Frage im Zusammenhang mit § 37 zu behandeln.

Die andere Auffassung geht nicht dahin, daß der Generalsekretär seine Tätigkeit unter allen Umständen ehrenamtlich auszuüben hat, sondern sie ist dahin zu präzisieren, daß diese Frage offenbleiben soll und daß deshalb die Frage der Hauptamtlichkeit in den Statuten nicht abschließend geregelt wird. Ich hoffe, daß ich damit die Problematik der Beratungen und der Entscheidungen hinreichend klar gekennzeichnet habe. Oder ist dazu noch irgendeine Frage zu stellen? Das ist nicht der Fall.

Damit hoffe ich, die Situation für die weiteren Beratungen gekennzeichnet zu haben. Als erster Sprecher hat sich Herr Hauser gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Zuvor darf ich noch eine Anregung geben. Ich habe den Eindruck, daß die Problematik in den vorangegangenen Stunden und Tagen in allen beteiligten Kreisen hinreichend erörtert worden ist. Ich habe weiter den Eindruck, daß jedem Delegierten die Tragweite der Entscheidung klar ist. Deshalb glaube ich, daß wir diese Frage nicht in einer uferlosen Diskussion erörtern sollen, sondern daß wir präzise unseren Standpunkt darlegen und den Versuch unternehmen, zu einem guten Ergebnis in dieser Frage zu kommen. Nun darf ich Herrn Hauser das Wort erteilen. — Ich höre eben, daß Herr Hauser seine Wortmeldung zurückgezogen hat.

(Beifall)

Eine Revision — er hat seine Wortmeldung nur zurückgestellt, das heißt, er hat die Absicht, sich später wieder zu melden.

Das Wort hat Herr Vogel, Warendorf.

Vogel (Westfalen):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihnen liegt ein schriftlicher Änderungsantrag der Jungen Union zum Paragraphen 37 vor. Dieser Antrag hat den vom Präsidenten bereits verlesenen Wortlaut. Er sieht vor, daß der Generalsekretär seine Tätigkeit hauptamtlich ausübt.

Meine Damen und Herren! Die Diskussion um die Position des Generalsekretärs ist in den hinter uns liegenden Wochen und Monaten sehr unterschiedlich in der Tendenz gelaufen. Diejenigen, die zuerst den Gedanken gefaßt hatten, daß diese Partei einen Generalsekretär brauche, gingen davon aus, daß dieser Generalsekretär ein für die Partei ganz zur Verfügung stehender Generalsekretär sein soll, das heißt, daß er hauptamtlich seine Tätigkeit ausübt.

Meine Damen und Herren! Es ist versucht worden, diese Frage um die Hauptamtlichkeit zu einer großen Kontroverse und zur Frage einer Kraftprobe auf diesem Parteitag zu machen. Ich glaube, hier gibt es einfach unterschiedliche Auffassungen in unserer Partei, eine Frage, die eine Begründung zu der einen wie zu der anderen Seite nötig macht. Ich glaube, daß es sehr gute Gründe für die Hauptamtlichkeit dieses Generalsekretärs gibt. Dieser Parteitag hat die Aufgabe, im Rahmen dieser Satzungsdebatte diese Frage zu entscheiden. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten immer den Eindruck gehabt, daß eine sehr breite Strömung in der Partei der Auffassung ist, wenn schon einen Generalsekretär, dann soll dieser Generalsekretär auch ganz und gar für die Arbeit in der Partei zur Verfügung stehen.

(Beifall)

Dann soll dieser Generalsekretär seine Tätigkeit auch hauptamtlich ausüben. Ich glaube, daß die Diskussion die Gesichtspunkte, die für die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs sprechen, sehr deutlich herausgestellt hat. Ich glaube auch, daß die Erfahrungen, die wir mit anderen Konstruktionen in der Vergangenheit gemacht haben, es uns nahelegen und es uns geboten erscheinen lassen sollten, diese Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs in der Satzung zu verankern.

Ich weiß, daß es um die Frage der Position des Generalsekretärs eine Reihe von weiteren Differenzpunkten gibt. Das liegt daran, daß zum Teil unterschiedliche Vorstellungen über diesen Generalsekretär bestehen. Wir können heute schon sagen, daß nach dem uns vorliegenden Satzungsvorschlag viele Abstriche an dem gemacht worden sind, was ursprünglich die Vorstellung, insbesondere in den Reihen der Jungen Union, von der Position des Generalsekretärs war.

Wenn wir auch noch die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs aus dieser Satzung herausstreichen, dann hat im Grunde genommen der Generalsekretär das, was er ursprünglich sein sollte, weitestgehend verloren. Das ist die Auffassung der Freunde, die sich leidenschaftlich für die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs einsetzen. Das ist die Auffassung der Beschlußgremien der Jungen Union, die beschlossen haben, auf diesem Parteitag den Ihnen vorliegenden Antrag einzubringen. Ich darf Sie herzlich darum bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Ich erteile das Wort Herrn Wolf vom Landesverband Rheinland.

Wolf (Rheinland):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im § 37 heißt es unter Punkt c:

„Der Generalsekretär koordiniert die von der Bundespartei und den Sonderorganisationen herausgegebenen Publikationen.“

Wir sind der Meinung, daß dieser Abschnitt c ohne weiteres aus diesem § 37 gestrichen werden könnte, und zwar aus folgender Überlegung: Wenn der Generalsekretär sowieso im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden die Geschäfte der Partei führt —

Präsident Dufhues:

Herr Wolf, ich muß Sie unterbrechen. Ich habe das Wort lediglich erteilt zu der Frage „hauptamtlich oder nicht“. Wollen Sie dazu sprechen?

(Wolf: Nein!)

Dann bitte ich, die Wortmeldung zurückzustellen.

Das Wort ist nur erteilt zur Frage „Hauptamtlichkeit oder Nichthauptamtlichkeit“. Ich erteile das Wort Herrn Dr. Luda.

Dr. Luda (Westfalen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Delegierten des Landesverbandes Westfalen-Lippe beantragen, in der Satzung zu verankern, daß der Generalsekretär sein Amt hauptamtlich ausübt. Unser Landesvorsitzender, Herr Josef Hermann Dufhues, hat in der vorgestrigen Sitzung des Bundesparteiausschusses diesen Antrag begründet. Ich bin von den Delegierten beauftragt worden, in der heutigen Plenarsitzung für diesen Antrag die nachfolgende Begründung vorzutragen.

Durch das auf diesem Parteitag zu verabschiedende Statut soll erstmals das Amt eines Generalsekretärs geschaffen werden. Es ist vorgesehen, dafür das bisherige Amt eines Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums fortfallen zu lassen. In den Vorberatungen, die vor allem im Bundesvorstand und im Bundesparteiausschuß geführt worden sind, ging es in erster Linie um zwei Fragen: 1. Soll der Bundesvorsitzende bei der Wahl des Generalsekretärs durch den Parteitag das alleinige Vorschlagsrecht haben? 2. Soll in der Satzung verankert werden, daß der Generalsekretär hauptamtlich tätig ist?

Wir Delegierten des Landesverbandes Westfalen-Lippe sind einstimmig der Meinung, daß der Wortlaut des Statuts gewährleisten muß, daß die Partei ausschließlich vom Bundesvorsitzenden geführt wird.

(Beifall)

Es muß jede Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß das Amt des Generalsekretärs einen Gegenpol zu dem des Vorsitzenden darstellen könnte. Wir stimmen deshalb der Regelung zu, daß der Bundesvorsitzende bei der Wahl des Generalsekretärs das alleinige Vorschlagsrecht haben soll.

Darüber hinaus muß allerdings mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß, wenn wir an die Stelle des bisherigen Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums den Generalsekretär setzen, es sich um entschieden mehr als um eine bloße Namensänderung handeln muß. Ginge es nur um eine Äußerlichkeit, ginge es nur darum, das Etikett zu ändern, dann wäre es besser, wir würden in diesem Punkt auf eine Satzungsänderung verzichten.

(Beifall)

Während im § 26 des alten Statuts über die Aufgaben des Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums lediglich gesagt war: „Er führt die Geschäfte der Partei“ – Punkt, Schluß –, heißt es in dem neuen Statut, daß dem Generalsekretär umfangreiche Vollmachten eingeräumt werden sollen, die sich außer-

dem erstmals nicht nur auf die Bundespartei, sondern darüber hinaus auf sämtliche anderen Gebietsverbände und Sonderorganisationen der Partei erstrecken sollen. Diese Aufgaben aber, meine Damen und Herren, lassen sich nicht delegieren. Sie müssen vom Generalsekretär persönlich wahrgenommen werden.

(Beifall)

Diese Fülle von Aufgaben läßt es nach unserer Auffassung einfach nicht zu, daß der Generalsekretär zugleich anderweitig hauptamtlich tätig ist. Vor allem die Verbindung des Amtes eines Bundesministers mit dem des Generalsekretärs würde zwangsläufig entweder den notwendigen Aufbau der Parteiorganisation hemmen oder den Glauben der Bevölkerung an die Notwendigkeit des betreffenden Ministeriums erschüttern,

(Beifall)

oder, meine lieben Freunde, was noch viel wahrscheinlicher wäre, beides zugleich.

(Erneuter Beifall)

Es ist daher erforderlich, daß der Wortlaut des Statuts Gewähr dafür bietet, daß der Generalsekretär seine Kraft voll der Partei zur Verfügung stellt.

Zu dem notwendigen Ausbau unserer Parteiorganisation muß ich aber hier noch ein deutliches Wort sagen. Meine lieben Freunde, das Präsidium unserer Partei hat neben dem politischen Führungsauftrag auch die organisatorische Kleinarbeit zu bewältigen. Wer von Ihnen, meine lieben Freunde, die Sie unsere Partei aus eigener Anschauung genau kennen, wollte bestreiten, daß diese organisatorische Kleinarbeit in der Vergangenheit oftmals vernachlässigt worden ist! In der großen Politik war die CDU schon immer ganz groß, aber die Kleinarbeit wurde bei uns seit eh und je immer viel zu klein geschrieben.

(Beifall)

Entscheidend ist die Frage, ob eine genügende Anzahl der Mitglieder des künftigen Präsidiums zeitlich in der Lage sein wird, sich der Parteiarbeit in hinreichendem Umfange zur Verfügung zu stellen.

(Zustimmung)

Nach der vorgestern vom Bundesparteiausschuß verabschiedeten Vorschlagsliste sind von den acht zu wählenden Mitgliedern des Präsidiums nur drei nicht Mitglieder des Bundeskabinetts

(Hört! Hört!)

nämlich Frau Brauksiepe und die Herren Dufhues und Seebohm. Natürlich bedarf es einer gewissen personellen Verflechtung zwischen dem Präsidium und der maßgeblich von der CDU mitgetragenen Bundesregierung. Das kann gar nicht streitig sein. Aber, meine lieben Freunde, die Relation 3:5 stellt doch offensichtlich ein Mißverhältnis dar. Diesem Umstand muß nach Ansicht der Delegierten des Landesverbandes Westfalen-Lippe nicht nur nachher

bei der Wahl der künftigen Mitglieder des Präsidiums, sondern auch jetzt schon, nämlich durch Verankerung der Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs in der Satzung, Rechnung getragen werden. — Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Ich erteile das Wort Herrn Alo Hauser. Darf ich fragen, ob die Delegierten Dr. Dregger, Hessen, und Fyrnys, Nordwürttemberg, auch zur Frage der Hauptamtlichkeit Stellung nehmen wollen. Wenn ja, darf ich sie bitten, nach vorn zu kommen.

Hauser (Rheinland):

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind heute dabei, ein neues Statut der Christlich Demokratischen Union zu verabschieden, das in einer Fülle von Punkten Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand enthält und das insbesondere dazu dienen soll, der Partei die Möglichkeit einer strafferen Führung, einer Konzentration ihrer Kräfte, einer besseren Vorbereitung auf die künftigen Aufgaben zu geben. Insofern ist die Satzungsreform, die wir in ihren wesentlichen Teilen gestern bereits vollzogen haben — unter Ausklammerung des strittigen Teiles des Generalsekretärs — sicherlich mehr als das, was in der Vergangenheit von Parteitag zu Parteitag an Satzungsänderungen vonstatten gegangen ist.

Wenn wir aber nun auf diesem Parteitag ein völlig neues Statut mit den Möglichkeiten einer wirksameren Arbeit der Partei verabschieden, dann sollten wir dieses Statut auch in der Frage des Generalsekretärs so verabschieden, daß es für die Zukunft Bestand haben kann. Wir haben, wenn wir uns einmal die Geschichte der Parteitage der Christlich Demokratischen Union und der Satzungsänderungen, die dort von Fall zu Fall im Hinblick auf die Führungsspitze der Partei vollzogen wurden, vor Augen halten, festzustellen, daß wir bei fast jedem Parteitag eine neue Satzung hinsichtlich der Führungsspitze der Partei verabschiedet haben, zugeschnitten auf die Personen, die als Inhaber bestimmter Ämter gedacht waren:

Auf dem Bundesparteitag 1950 in Goslar bestand die Parteispitze aus dem Vorsitzenden, aus zwei stellvertretenden Vorsitzenden, einem geschäftsführenden Vorstandsmitglied und weiteren Mitgliedern. Wir haben also damals, 1950, bereits erstmals die Einrichtung eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes gehabt. Damals war ursprünglich vorgesehen, das Amt eines Generalsekretärs einzurichten. Das ist vom damaligen Parteitag abgelehnt worden. Statt dessen ist ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied gewählt worden.

Auf dem Parteitag in Karlsruhe, bereits ein Jahr später, 1951, hat man dann statt eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes mehrere geschäftsführende Vorstandsmitglieder in die Satzung eingeführt. Diese drei waren damals der jetzige Bundeskanzler, Herr Kurt Georg Kiesinger, Herr Dr. Tillmanns und Herr Dr. Wuermeling.

Auf dem Bundesparteitag in Berlin ist dann die Einführung von drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern erneut in der Satzung verankert worden.

Im Jahre 1956, auf dem Parteitag in Stuttgart, hat man sich entschlossen, statt bisher zwei stellvertretenden Vorsitzenden künftig vier stellvertretende Vorsitzende vorzusehen, und dazu hatte man drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder.

Auf dem Parteitag in Kiel 1958 hat man dann diese Lösung zunächst noch beibehalten, um sie 1960 auf dem Parteitag in Karlsruhe erneut zu ändern. Dort hat man die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder wieder fallengelassen. Danach ist das Amt eines geschäftsführenden Vorsitzenden, von unserem Parteifreund Dufhues wahrgenommen, in die Satzung eingeführt worden, und schließlich hat man an Stelle des geschäftsführenden Vorsitzenden ein geschäftsführendes Präsidialmitglied gestellt, unseren Freund Bruno Heck.

Es zeigt sich, daß alle diese Satzungsänderungen stets dem Versuch dienen, jemanden oder mehrere Personen zu haben, die in erster Linie die Parteigeschäfte führen sollten, ihre Kraft in den Dienst der Partei stellen sollten, daß alle diese Lösungen sich aber als nicht dauerhaft erwiesen haben. Der Vorschlag, der aus der Jungen Union des Rheinlandes und des Bundesverbandes kam, jetzt das Amt eines Generalsekretärs einzurichten, erschien nur dann sinnvoll, wenn dieses Amt des Generalsekretärs ein „aliud“ gegenüber den bisherigen Lösungsmöglichkeiten — geschäftsführendes Vorstandsmitglied, geschäftsführendes Präsidialmitglied, geschäftsführender Vorsitzender usw. — darstellen würde.

Den entscheidenden Unterschied haben wir in der Tat darin gesehen, daß auch in der Satzung sichergestellt werden sollte, daß dieser Mann mit seiner ganzen Kraft ausschließlich im Dienste der Partei tätig wäre. Und das kann naturgemäß nur der Fall sein, wenn er seine Funktion hauptamtlich ausübt. Nun gibt es eine Reihe von Argumenten, die dafür vorgebracht werden, der Generalsekretär solle tunlichst dem Kabinett angehören. Eines dieser Argumente — und es ist sicherlich ernst zu nehmen — ist das, daß derjenige, der eine so verantwortungsvolle Funktion ausübt, über alle Einzelheiten der Politik informiert sein müsse und daß er diese Information am besten aus dem Kabinett beziehe. Nun bin ich aber der Meinung, daß die Lösung dieser Frage ein rein technisches Problem ist und bei gutem Willen nicht dazu führen muß, daß neben der Wahrnehmung der Funktion des Generalsekretärs auch ein Ministerium verwaltet wird.

Ein anderes Argument ist das, der Generalsekretär brauche das Ministeramt, um aus diesem Ministeramt das notwendige Maß an öffentlichem Ansehen zu ziehen. Es ist zwar ein bedauerlicher Zustand, daß in der Bundesrepublik der Ministerstand so etwas wie ein Kennzeichen für Bedeutung darstellt und daß die hauptamtliche Arbeit in unserer Partei in der Vergangenheit nicht immer in dem Maße gewürdigt worden ist, das ihrer Bedeutung für die Partei entspreche.

(Beifall)

Aber wenn das so sein sollte, dann ist das doch kein Beweis dafür, daß das ein guter Zustand ist, der in aller Zukunft erhalten bleiben muß. Wir könnten alle unsere hauptamtlichen Mitarbeiter in ihrer Bedeutung und in ihrem gesellschaftlichen Prestige wesentlich stärken, wenn wir uns entschlossen,

ein vom Parteitag gewähltes hauptamtliches Vorstandsmitglied in der Person und mit den Vollmachten, wie sie die Satzung vorsieht, als Generalsekretär zu haben.

(Beifall)

Es wird gesagt, man solle von einem Generalsekretär, auch wenn er hauptamtlich tätig sei, keine Wunder erwarten; das sei sicherlich nicht das Allheilmittel, um die Partei in Ordnung zu bringen. Das ist sicherlich zutreffend. Aber, meine Damen und Herren, wenn es auch kein Allheilmittel ist – wenn wir davon überzeugt sind, daß die Einrichtung dieser Position dienlich sein könnte, dann sollten wir sie so gut wie möglich ausgestalten, dann sollten wir ihr insbesondere das Maß an Freizügigkeit, das Maß auch an zur Verfügung stehender Kraft und Zeit einräumen, das mit der hauptamtlichen Funktion nun einmal verbunden sein muß.

Schließlich wird gesagt: Ja, aber wir wissen ja, wie die Personenkonstellation ist. Wir wissen, welcher Vorschlag gemacht wird, wir wissen, daß der Vorgeschlagene den Wunsch hat, dem Kabinett weiter anzugehören, und wenn wir das Führungsgespann so, wie es vom Präsidium und vom geschäftsführenden Vorstand vorgeschlagen ist, als solches bejahen, dann müssen wir auch die Konditionen, unter denen es zustande kommt, akzeptieren. Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, das sei falsch. Wenn wir ein neues Statut verabschieden, sollten wir es so verabschieden, wie wir es als Delegierte des Parteitages, als Christlich Demokratische Union, im Prinzip für richtig halten.

(Beifall)

Wenn dann der Parteitag der Meinung sein sollte, daß eine bestimmte Personenkonstellation einer Lösung bedürfte, dann ist der Parteitag souverän genug, auch die entsprechenden Entscheidungen zu treffen. Sie können durchaus in der Satzung verankern, daß der Generalsekretär seine Funktionen hauptamtlich ausübt, und können dann trotzdem zu dem Beschluß kommen, die Gültigkeit dieser Bestimmung des Hauptamtlichen für einen bestimmten Zeitraum auszusetzen, um die entsprechende Personenkonstellation, wenn Sie das mit Mehrheit so wollen, herbeizuführen.

(Beifall)

Ich glaube, ich habe meine Meinung klar und eindeutig präzisiert. Ich wollte nur um eines bitten; machen wir nicht wieder Satzungen im Hinblick darauf, daß sie im nächsten Jahr oder im übernächsten Jahr ohnehin wieder geändert werden, sondern beschließen wir jedenfalls in der Satzung das, was wir für grundsätzlich richtig halten!

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Herr Dr. Dregger!

Dr. Dregger:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir brauchen einen tüchtigen Generalsekretär, der Zeit für die Partei hat, der dem

Vorsitzenden der Partei persönlich und politisch eng verbunden ist und mit ihm und für ihn die politische Arbeit leistet. Ob dieser Mann hauptamtlich ist oder nicht, scheint mir nicht die entscheidende Frage zu sein.

(Beifall)

Ich glaube, man wird nicht sagen können, daß nur hauptamtlich im Dienst der Partei stehende Leute Zeit und Kraft für die Partei haben könnten.

(Erneuter Beifall)

Ich kann mir vorstellen, daß auch Minister Zeit für die Partei haben können. Es gibt politische Ressorts, die sich nicht nur hinsichtlich der politischen Bedeutung unterscheiden. Das Familienressort hat große politische Bedeutung genauso wie das gesamtdeutsche Ressort. Aber die Ressorts unterscheiden sich hinsichtlich ihrer administrativen Bedeutung und Belastung. Der Bundesfinanzminister hat eine ungeheure administrative Aufgabe zu erfüllen; der gesamtdeutsche Minister und der Familienminister haben keine administrativen Aufgaben zu erfüllen, sondern nur politische. Ein Bundesminister, der nicht durch die Administration aufgefressen wird, kann Zeit für die Partei haben.

(Beifall)

Ich glaube, beim jetzigen Stand der Diskussion geht es gar nicht mehr um die Frage: hauptamtlich oder nicht?, sondern: wer soll die Partei führen? Soll der Generalsekretär gegenüber dem Vorsitzenden eine eigenständige Rolle spielen, und sollen wir — das hängt damit zusammen — bei seiner Auswahl auf die Wünsche des Vorsitzenden Rücksicht nehmen? Ich bin nicht dafür, daß wir mehrere Führer der Partei haben.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, daß die Christlich Demokratische Union eine klare Führung haben muß, und diese Führung kann nur vom Vorsitzenden ausgehen; das heißt, der Generalsekretär soll keine eigenständige Position gegenüber dem Vorsitzenden haben.

(Beifall)

Die zweite Frage: Sollen wir auf die personellen Wünsche des Vorsitzenden Rücksicht nehmen? Wir sind dabei, unserem Parteifreund Kiesinger Ungeheures aufzubürden, und wir haben das schon getan. Bundestagspräsident Gerstenmaier hat gesagt, das schwerste Amt, das dieser Staat zu vergeben habe, sei das des Bundeskanzlers. Wir sind dabei, demselben Mann auch noch den Vorsitz in der Christlich Demokratischen Union zu übertragen, und das ist wahrscheinlich das zweitschwerste Amt in der Bundesrepublik.

(Heiterkeit und Beifall)

Was wollen wir denn nun eigentlich noch? Ist es nicht, wenn wir einem Mann dies zumuten, eine selbstverständliche Pflicht, daß wir auf seine Vorstellungen, wie er dieses Amt zu führen hat, Rücksicht nehmen?

(Beifall)

Die Frage scheint mir zu sein, ob wir diesen Vorsitzenden wollen und ob wir ihm die Mittel dazu geben, nach seiner Vorstellung dieses Amt auszuführen. Solange er es gut ausführt, können wir zufrieden sein. Ich bin der Meinung, das Schicksal unserer Partei und das Ergebnis der nächsten Bundestagswahlen hängen davon ab, wie der Bundeskanzler die Bundesregierung und wie der Vorsitzende die Christlich Demokratische Union führt, und nicht davon, ob der Generalsekretär hauptamtlich ist oder nicht.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dufhues:

Das Wort hat Herr Kurt Schmücker.

Schmücker:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Wir können die Debatte weiterführen, wie wir sie sicherlich gestern abend sehr leidenschaftlich in den einzelnen Landesverbänden geführt haben. Ich möchte meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß es, ohne nun alle Temperamente auszuspielen, nach einem Versuch der Überzeugung gelingt, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Meine Freunde, wenn ich auch einige Hemmungen habe, hier zu sprechen, so möchte ich es dennoch tun. Es ist gesagt worden, Bundesminister sollten keine so weitreichenden Parteiämter übernehmen. Legen Sie es mir ruhig als Kollegialität aus, denn es schadet nichts, wenn auch Bundesminister einmal kollegial erscheinen:

(Beifall)

Es fällt auch mir sehr schwer, meine Parteaufgaben durchzuführen, nämlich als Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung; aber bisher hat es leidlich geklappt.

Sie merken: Ich möchte dafür sprechen, daß wir uns in der Satzung nicht festlegen, und zwar aus den Gründen, die Sie, Herr Hauser, hier aufgeführt haben. Die Geschichte der Satzungsänderungen ist in der Tat bedenklich bis belustigend; das muß man sagen. Aber was beweist dies alles? Es beweist, daß wir wahrscheinlich beim nächstenmal auf dem Parteitag wieder vor einer Satzungsänderung stehen. Darum sollten wir uns heute bemühen, das zu verhindern. Das kann man nur dadurch, daß man sich nicht festlegt, sondern sich in dem jeweils zu entscheidenden Fall zu dieser oder jener Lösung bekennt, sich aber in der Satzung nicht bindet.

(Beifall)

Wenn wir uns in der Satzung binden, dann stehen wir mit großer Wahrscheinlichkeit wieder in der Fortsetzungsserie des Gehabten, wie es Herr Hauser vorgetragen hat.

Nun aber meine Vorstellungen, und ich darf mit Freude sagen: In Übereinstimmung mit meinen niedersächsischen Parteifreunden; Sie merken daran, daß es uns gelungen ist, gestern abend in einer sehr leidenschaftlichen, aber sachlichen Aussprache zu eben dieser Übereinstimmung zu kommen.

Mir ist das, was man mit einem hauptamtlichen Generalsekretär festlegt, für einen Generalsekretär zu wenig. Sie sagten: dieser Mann muß Zeit für die Parteiarbeit haben. Das ist richtig. Aber die Parteiarbeit besteht, wenngleich das ein wichtiges Gebiet ist, nicht ausschließlich im Organisatorischen. Ich bin mit vielen der Auffassung, daß wir im Bereich der Organisation viel zu wenig getan haben und hier mehr Anstrengungen machen müssen. Aber der Generalsekretär als eine Art Bundesorganisationsleiter ist mir zu wenig. Gleichzeitig muß er doch maßgebend – in Übereinstimmung und in engstem Kontakt mit dem Vorsitzenden – die weitere politische Arbeit bestimmen. Die Unterhaltungen, die wir auf allen Ebenen mit dem Generalsekretär haben wollen, gehen doch um die Fragen: wie sieht es in der Zukunft in der Kulturpolitik aus, wie steht es um die Innen- und Außenpolitik, was ist in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu tun? Diese programmatische Arbeit kann er nur leisten – sicherlich nur, wenn er ausreichende Zeit hat –, wenn er engsten Kontakt mit den aktuellen Entscheidungen hat, aus denen heraus die Fortentwicklung der Politik weiter gestaltet werden muß. Weil der Generalsekretär nicht ausschließlich Organisationsleiter zu sein hat – so wichtig diese Aufgabe ist –, weil er dafür zu sorgen hat, daß wir als Partei Antworten auf die drängenden politischen Fragen in allen Bereichen finden, sollte dieser Mann, diese Persönlichkeit, in engstem Kontakt mit der aktuellen Arbeit stehen.

Meine Schlußfolgerung kann nur die sein, daß man diese Möglichkeit zumindest offenläßt und sich in der Satzung nicht unnötig bindet. Das würde nämlich – davon bin ich fest überzeugt – dahin führen, daß wir auf dem nächsten Parteitag wieder eine sehr interessante Satzungsdebatte haben würden. Es ist besser, wir lassen uns da freien Raum, um uns der Situation anpassen und die jeweils richtige Entscheidung fällen zu können.

Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie den Vorschlägen des Bundesausschusses folgen und keine Festlegung vornehmen würden, die erneut eine endlose Debatte entfachen würde.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Darf ich zur Klarstellung der Diskussion erneut auf folgendes hinweisen. Es geht nicht um die Frage, ob die Hauptamtlichkeit in der Satzung ausgeschlossen werden soll. Es stehen sich vielmehr zwei Fragen gegenüber. Die erste Frage: Soll im Statut festgelegt werden, daß der Generalsekretär seine Tätigkeit hauptamtlich ausführt? Die zweite Frage: Soll diese Frage nach den Statuten offenbleiben, so daß der Parteitag und die sonst zuständigen Gremien die Möglichkeit haben, in dem einen Fall einen hauptamtlichen Generalsekretär zu bestellen und in dem anderen Falle keinen hauptamtlichen? Was Herr Schmücker gesagt hat, war kein Kompromiß, sondern die andere Möglichkeit. Ist das völlig klar?

Das Wort hat jetzt Herr Fyrnys.

Fyrnys:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion, Herr Dr. Barzel, hat gestern in sei-

nem Referat gefordert, daß die Christlich Demokratische Union gestrafft werden müsse, daß sie handlungsfähig werden müsse, insbesondere auch in dem sich zunehmend verstärkenden Konkurrenzkampf mit der anderen großen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei. Ich nehme an, daß der Bundesausschuß aus diesen Überlegungen heraus in der neuen Satzung die Position eines Generalsekretärs vorsieht. Seine Aufgaben sind im wesentlichen im § 37 der neuen Satzung aufgezeigt: Erstens die Koordination sämtlicher Gliederungen der CDU, zweitens die Koordination der Veröffentlichungen und drittens das Recht, bei sämtlichen Organisationen der CDU gehört zu werden.

Damit bin ich beim ersten: Dieses Recht, das dem Generalsekretär zugestanden wird, beinhaltet selbstverständlich auch die Pflicht, in diesen Organisationen zu erscheinen und sich Gehör zu verschaffen.

Da frage ich Sie, sehr verehrter Herr Bundesminister Heck: Woher wollen Sie die Zeit nehmen, als amtierender Bundesminister die Organisationen der Partei in dem Sinne zu besuchen, wie die Satzung es vorsieht?

(Beifall)

Es ist durchaus in Ordnung, daß wir die Personalunion — das ist schon fast eine echte Tradition — von Bundeskanzler und Parteivorsitzendem in der CDU kennen und haben. Es ist aber doch so, daß die ausgezeichnete Persönlichkeit unseres verehrten Herrn Bundeskanzlers Kiesinger in der Öffentlichkeit in erster Linie dieser Bundesregierung, die von der CDU geführt wird, das Profil gibt und daß in Wirklichkeit der Bundeskanzler in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender nicht in demselben Maße als Führer der CDU erscheint. Mir scheint, daß der Generalsekretär dann die Persönlichkeit sein soll, die nach außen hin, der Öffentlichkeit gegenüber, die tatsächliche Führung der Partei dokumentiert.

Man hört so häufig — das hat auch einer der Vorredner gesagt, und das kommt auch in den Gesprächen in den Wandelgängen zum Ausdruck —, daß das Amt des Ministers auch die Position des Generalsekretärs aufwerte. Diejenigen, die diese Meinung vertreten, sorgen, glaube ich dafür, daß der eigentliche Verfassungsauftrag der Parteien, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, in der Öffentlichkeit nicht in dem notwendigen Maße anerkannt wird; sie sorgen dafür, daß Richter des Bundesverfassungsgerichts Mittel für die Bildungsarbeit der politischen Parteien nicht bewilligen; denn man sagt ja, daß ein Ministeramt notwendig sei, um dem Mann in der Partei wirklich Profil geben zu können.

Die Stärkung der Spitze und die Straffung, wie die Satzung sie vorsieht, werden von mir voll bejaht. Das gilt auch für den Landesverband Nordwürttemberg, der sich einstimmig für die hauptamtliche Tätigkeit des Generalsekretärs ausgesprochen hat. Die Stärkung der Spitze wird, wie gesagt, bejaht. Aber ich meine, auch politische Parteien sind in unserer pluralistischen Gesellschaft ein Teil der Gewaltenteilung. Ich meine, daß das Abhängigkeitsverhältnis des Generalsekretärs gegenüber seinem Parteivorsitzenden genügt, und daß wir nicht zusätzlich noch ein Abhängigkeitsverhältnis Kabinettsmitglied — Bundeskanzler haben sollten. Vor allen Dingen in einer Großen

Koalition bietet sich hier eine zusätzliche Möglichkeit für den Generalsekretär, der nicht im Kabinett ist, ein wenig profiliertere und pointiertere parteipolitische Formulierungen zu gebrauchen, als sie vielleicht der Bundeskanzler als richtlinienkompetenter Mann der Bundesregierung verwenden kann.

In einem Gespräch hat Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier mit Recht gesagt, daß dies hier kein Schwarz-Weiß-Problem ist, sondern daß jede Seite Argumente für sich ins Feld führen kann. Ich räume auch ein, daß das Team dieser beiden ganz großen und starken Persönlichkeiten, Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Heck, für die Partei eine wirklich dynamische Kraft darstellt.

(Demonstrativer Beifall, der sich mehrfach erneuert)

– Fast möchte ich sagen: es wäre ja noch schöner gewesen, wenn wir in diesem Punkte nicht einer Meinung wären.

(Heiterkeit)

– Ich danke für Ihren Beifall.

Ich komme zum Schlußsatz.

(Beifall)

Wer also die dynamische Kraft der beiden großen Persönlichkeiten für den Augenblick, für das Hier und Heute bejaht, der hat das Argument des Bundesausschusses. Wer aber über das Hier und Heute hinaus über die Gegenwart hinaus – vielleicht ist das der Grund, warum dieser Antrag für die hauptamtliche Beschäftigung des Generalsekretärs von der Jungen Union, von der jüngeren Generation kommt – die CDU als eine stabilere Partei in der Auseinandersetzung und im Konkurrenzkampf mit der SPD festigen will, der stimme dafür, daß für die Zukunft der Generalsekretär – freilich im Zusammenwirken mit dem Bundeskanzler bzw. dem Vorsitzenden – der Partei ein Profil gibt, wie wir es draußen an der Front im Kampf mit der SPD notwendig brauchen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Ich erteile das Wort Herrn Bundeskanzler Kiesinger.

Dr. Kiesinger:

(mit Beifall begrüßt)

Meine lieben Parteifreunde! Es ist einfach eine Pflicht der Höflichkeit gegenüber dem Parteitag, daß ich hier kurz das Wort nehme.

Es ist nun schon so viel zu dem Problem gesagt worden, daß wir alle wissen, worum es geht. Ich finde, daß unser Parteifreund Dr. Dregger, der das viel geschickter und eleganter gemacht hat, als ich es tun könnte,

(Heiterkeit und Beifall)

die eigentlichen Argumente gebracht hat. Ich will hier nur sagen, aus welchen Gründen ich zu meiner Entscheidung gekommen bin.

Sie werden in enger Zusammenarbeit die CDU führen: Bundesvorsitzender Dr. Kurt Georg Kiesinger und der Generalsekretär der Partei, Bundesminister Dr. Bruno Heck, MdB.



In regem Meinungs­aus­tausch zeigt unser Bild (von links nach rechts): Bundes­kanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger, den Landes­vor­sitzen­den der CDU Rhein­land­Pfalz, Dr. Helmut Kohl, und Bundes­innen­minis­ter Paul Lücke.



Ich habe das Gefühl, daß wir uns ein bißchen auseinanderreden, daß wir in der Sache gar nicht so weit voneinander entfernt sind. Diejenigen unserer Freunde, die sagen, es muß ein hauptamtlicher Generalsekretär sein, und die draußen in ihren Gremien die Beschlüsse gefaßt haben, haben das tun müssen, ohne den Gesamtzusammenhang der Satzung und die gegenwärtig bestehende Situation wirklich genauer zu kennen. Tatsächlich ist doch allein die Frage wichtig: Welches Team müssen wir schaffen, um im Jahre 1969 die größte Garantie für den Gewinn der Bundestagswahl zu haben?

(Beifall)

Das scheint nun auf den ersten Blick in der Tat vieles für sich zu haben, wenn man sagt, der Generalsekretär müsse hauptamtlich sein. Aber das ist etwas Abstraktes. Wir müssen uns die Situation konkret denken, und wie sieht es da aus?

Es kann keine Rede davon sein, daß ich bei meiner Stellungnahme davon ausginge, der Generalsekretär müsse deshalb ein Ministeramt haben, weil das seinen Glanz erhöhe. Meine Damen und Herren, die entsprechenden demoskopischen Umfragen sind so, daß die Träger eines Ministeramts nicht gerade erfreut darüber sein können. Noch immer steht der deutsche Professor vor allen anderen Kategorien hoch an der Spitze. Nein, die Frage ist die: Wieviel von dieser Tätigkeit im Ministeramt ist zugleich ein Teil der Tätigkeit des Generalsekretärs für die Partei?

(Beifall)

Da kann ich Ihnen aus meiner Erfahrung nur sagen: Ein großer Teil, ja der größte Teil dieser Arbeit gehört der Partei. Ich habe das ja mit Bruno Heck die ganze Zeit schon praktiziert. Wie oft schon mußte ich ihn mit der Wahrnehmung wichtiger Aufgaben beauftragen, wenn ich selber sie nicht wahrnehmen konnte. Es handelt sich dabei oft um sehr schwierige Dinge, etwa als sich jetzt die SPD entschlossen hatte, diesen Brief an die SED zu schicken, wo es unbedingt darauf ankam, aus dieser prekären und schon gefährlichen Situation etwas zu machen. Wenn ausländische Besucher da sind, die meine Zeit in Anspruch nehmen, muß ich Bruno Heck bitten. Wenn ich da einen Generalsekretär bitten müßte, der nicht im Kabinett ist und der all diese Auseinandersetzungen nicht miterlebt hat, dann müßte ich ihm erst stundenlang erzählen, was sich eigentlich begeben hat.

(Beifall)

Ich kann nur sagen: im Prinzip, abstrakt ist die andere Auffassung richtig; konkret, so wie die Arbeit in den nächsten Jahren laufen muß, ist die Lösung, die auch ich vorschlage, ganz sicher effektiv.

Wenn nun Dr. Heck gefragt wird, wie er überhaupt gedenke, diese Arbeit tun zu können, so muß ich sagen, daß Bruno Heck das nun wahrhaftig nicht verdient. Ein Mann, der sich so viele Verdienste um die Partei erworben hat, der so intensiv für die Partei gearbeitet hat,

(Beifall)

der verdient es wohl, daß man es ihm abnimmt, wenn er sagt: jawohl, ich traue es mir zu.

Nun noch ein Schlußsatz. Bei der ganzen Diskussion wird ein Mann übersehen, der sich seit Jahren auch große Verdienste um die Partei erworben hat, der gerade in der organisatorischen Arbeit der Partei sehr vieles getan hat und der auch dem Deutschen Bundestag angehört. Er wird auch in Zukunft bei dieser Arbeit sein. Ihm sollten wir ebenfalls ein Wort des Dankes sagen. Ich meine Herrn Dr. Kraske.

(Beifall)

Ich finde, er ist ja schließlich auch jemand. Wenn diese drei: der Bundeskanzler, der Generalsekretär — mit dem er dauernd zusammen ist — und Dr. Kraske, der Bundesgeschäftsführer, als Kern der obersten Führungsinstanz unserer Partei zusammenwirken, so nehmen Sie es mir bitte ab, wenn ich sage, daß das die beste Lösung ist, insbesondere für einen Parteivorsitzenden, der nicht nur einen Ehrensessel besetzen will, sondern der wirklich Parteivorsitzender sein will.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Das Wort hat Herr Ehlert.

Ehlert (Rheinland):

Ich glaube, auch nach den Worten des Bundeskanzlers sollte noch ein Wort gesagt werden; das erfordert einfach die Fairneß.

Eben ist hier Herr Minister Heck persönlich gefragt worden, wie er das zu schaffen gedenke. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir, die wir aus den Kreisverbänden kommen, einmal sagen, daß die Parteimitglieder es sehr wohl verstanden haben, daß in den Wochen der Krise, die hinter uns liegen — man kann es ruhig als eine Krise in Bonn bezeichnen —, Herr Heck als Minister in den einzelnen Landesverbänden gewesen ist und sich verschlissen hat. Die glückliche Lösung, die wir gefunden haben, verdanken wir zu einem guten Teil seiner Arbeit und seinem Auftreten in den einzelnen Landesverbänden.

(Beifall)

Der rheinische Landesverband war wohl der erste Landesverband, der die Forderung nach einem Generalsekretär aufgestellt hat. Ich will ehrlich bekennen, daß ein großer Teil dabei an einen hauptamtlichen Generalsekretär gedacht hat. Aber die Antragsteller auf dem Landesverbandstag in Oberhausen waren so klug, die Frage der Hauptamtlichkeit nicht mit zur Abstimmung zu stellen.

Wir brauchen zunächst zweifellos einen Generalsekretär, der sich ganz für die Partei einsetzt. Aber wenn wir sagen, das könne nur ein hauptamtlicher Generalsekretär, dann mißverstehen wir einfach das Ministeramt. Als wenn das Ministeramt immer nur ein Fachressort sein müßte! In England würde der Generalsekretär sofort ins Kabinett kommen, allerdings ohne großen Fachbereich. Ich würde sagen, wenn wir schon an Herrn Heck als einen guten Generalsekretär denken, dann sollten wir ihm die Arbeit nicht dadurch er-

schweren, daß wir ihn in die Lage bringen, sich nur über Mittelsmänner über das Geschehen im Kabinett informieren zu können. Vielmehr sollten wir den Generalsekretär, der ja auch die Stimmung im Parteivolk kennt, dem Kabinett als Minister angehören lassen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, es liegen noch einige Wortmeldungen vor.

(Zurufe)

— Langsam, langsam! Ich habe den Eindruck, daß wesentliche neue Gesichtspunkte schwerlich noch vorgetragen werden können. Meine Frage geht also an die Delegierten, die sich zu diesem Thema noch zum Wort gemeldet haben, ob sie es verantworten können, auf ihre Wortmeldung zu verzichten. Ich frage zunächst Herrn Kunze, Hannover.

(Kunze: Verzichte!)

Ich frage Herrn Ministerpräsidenten Dr. Röder, Saarland.

(Dr. Röder: Verzichte nicht!)

— Er verzichtet nicht. Ich erteile das Wort Herrn Dr. Röder.

Dr. Röder (Saarland):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nur wenige Sätze zu der Frage, die hier dauernd aufgeleuchtet ist: Hat jemand, der durch die Partei in ein Amt gekommen ist — als Beamter oder als Minister —, dann noch Zeit für seine Partei, oder muß er für diese Partei noch Zeit haben? Einer meiner Nachbarn hat die Stimme des Parteivolks wiedergegeben, als er sagte, diese Frage stelle sich eigentlich nur bei der CDU, bei der SPD würde sie sich nicht stellen; denn wenn da einer auf die Idee käme, nachdem er ein Amt durch die Partei erhalten habe, habe er für diese Partei, die SPD, nicht mehr ausreichend Zeit —, dann Gnade ihm Gott!

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde! Was wir doch dauernd in unseren kleinen Orten und Städten draußen zu hören bekommen, ist doch folgendes, die dauernde Klage, daß eben, wenn jemand in eine Funktion durch die CDU gekommen ist, er dann nicht immer, aber in vielen Fällen aufhört, im Gegensatz zu der Auffassung bei der SPD, dann noch für seine Partei, die ihn dahingebracht hat, nach wie vor aktiv tätig zu sein.

(Beifall)

Das ist das Problem der ewig Nahestehenden und der niemals Einsatzbereiten. Und daher meine ich, ich hätte auch auf diesem Parteitag, unabhängig von der Frage hauptamtlich oder nebenamtlich, dazu einmal etwas zur Aufrüttelung der Gewissen in der CDU sagen sollen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren! Kommen wir jetzt zur Abstimmung. Die sehr anregende Debatte mündet in eine nüchterne Frage, nämlich die, ob Sie bereit sind, dem Änderungsantrag zum § 37 zuzustimmen. Der Änderungsantrag lautet: „Der Generalsekretär übt seine Tätigkeit hauptamtlich aus. Er unterstützt . . .“ Dann wie bisher. Sind Sie damit einverstanden? Ich möchte es anregen, daß wir durch Erheben der Stimmkarte abstimmen. — Einverstanden!

Dann bitte ich diejenigen Delegierten, die diesem Änderungsantrag zum § 37 Absatz 1 „Der Generalsekretär übt seine Tätigkeit hauptamtlich aus“ zustimmen wollen, die Stimmkarte zu erheben. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen! — Der Antrag ist mit eindeutiger Mehrheit abgelehnt worden.

(Starker Beifall)

Meine Damen und Herren! Nun kommen wir zu der zweiten Frage, die im Zusammenhang mit der Bestellung des Generalsekretärs gestellt ist. Der Ihnen vorliegende Entwurf sieht im § 29 Ziffer 2 vor, daß der Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden gewählt wird. Dazu liegt ein Änderungsantrag des Kreisverbandes Biberach vor, der ordnungsmäßig eingereicht worden ist und unter Ziffer 2 folgendes verlangt: „Das Vorschlagsrecht für die Wahl des Parteipräsidiums einschließlich des Generalsekretärs —“

meine Damen und Herren, ich bitte um ein wenig Aufmerksamkeit, das erleichtert Ihnen und mir die Verhandlungen. Ich komme jetzt nur auf die Frage des Generalsekretärs:

„Das Vorschlagsrecht für die Wahl des Generalsekretärs muß uneingeschränkt dem Plenum des Parteitages vorbehalten bleiben.“

Sie wissen, meine Damen und Herren, welche Bedeutung nicht nur der Herr Bundeskanzler, sondern auch die Gremien der Partei einem engen vertrauensvollen Verhältnis zwischen Bundesvorsitzendem und Generalsekretär zumessen. Ohne zu dieser Frage Stellung zu nehmen — das kommt mir nicht zu —, richte ich die Frage an den Kreisverband Biberach, ob dieser Antrag aufrechterhalten wird.

(Zuruf: Ja!)

Er wird aufrechterhalten. Legen Sie Wert darauf, den Antrag zu begründen? Dann bitte ich Sie, zum Rednerpult zu kommen.

Meine Damen und Herren! Ich eröffne jetzt die Diskussion nur zu der Frage des Vorschlagsrechtes des Bundesvorsitzenden. Wer dazu Stellung nehmen will, der möge seine Wortmeldung abgeben. Bitte sehr!

Maier:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gestern schon kurz Stellung genommen zu einer Frage, zu der der Kreisverband

Biberach schon eine entsprechende Stellung bezogen hat. Ich habe zugleich erklärt, daß ich zu den weiteren Punkten Stellung nehmen möchte, daß ich nämlich die weiteren Anträge nicht zurückziehen möchte. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir glauben, daß der Bundesparteitag wirklich das oberste Gremium der Partei sein soll. Durch diesen Tatbestand möchten wir erhärten, daß die Willensbildung echt von unten her geschaffen wird.

Ich habe nun hier in Braunschweig erfahren, daß der Herr Bundeskanzler eine andere Stellung hier bezogen hat. Ich akzeptiere diese Meinung.

(Beifall)

Ich glaube, daß er bestimmt seine Gründe dafür hat, aber zugleich möchte ich doch auch sagen, daß diese Frage eigentlich nur dann akut und von Bedeutung ist, wenn wir in die Situation kämen, einmal einen Bundesvorsitzenden zu wählen, der wirklich nicht die Persönlichkeit ist, um das Plenum zu überzeugen, daß man seinen Wünschen in der Richtung nachkommen muß.

Meine Damen und Herren! Sie können jetzt dieser oder jener Meinung sein, aber ich glaube, das Abstimmungsergebnis wird mir recht geben. Der Herr Bundeskanzler hat schon nein zu dieser Frage gesagt. Ich bin mir völlig klar darüber, daß auch Sie zu diesem Antrag nein sagen werden. Aber gerade in dieser doppelten Verneinung liegt ein Fünkchen Wahrheit von dem, was wir als kleiner Kreisverband erreichen wollen, nämlich die entsprechende Demokratisierung.

Präsident Dufhues:

Herr Kollege Maier, darf ich eine Frage an Sie richten? Darf ich Ihren Antrag dahingehend formulieren, daß Sie beantragen, im § 29 b Ziffer 2 die Worte „auf Vorschlag des Vorsitzenden“ zu streichen?

(Maier: Genau in der Form, wie er gestellt worden ist.)

Nein, so ist er eben nicht gestellt worden. Sie haben verlangt, daß das Vorschlagsrecht des Bundesparteitages erhalten bleiben muß. Satzungsmäßig wirkt sich das dahin aus, daß Sie den Antrag stellen, diese vier Worte zu streichen. Darf ich diesen Antrag in dieser Form zur Abstimmung stellen?

(Maier: Jawohl!)

Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß weitere Wortmeldungen dazu nicht vorliegen. Wir können zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag des Kreisverbandes Biberach, im § 29 b Ziffer 2 die Worte „auf Vorschlag des Vorsitzenden“ zu streichen, zustimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Gegenprobe! — Enthaltungen! — Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Der Parteitag hat unseren Freund Benedikt Maier nicht enttäuscht, wie ich sehe.

Im Zusammenhang damit stellt sich die Frage, ob das Recht zur Abberufung des Generalsekretärs modifiziert werden soll. Der Entwurf der Satzung sieht vor, daß der Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden — und jetzt in der Fassung des Beschlusses des Bundesausschusses — durch den Bundes-

ausschuß vorzeitig von den Pflichten seines Amtes entbunden werden kann. Der Beschluß bedarf der Mehrheit der Mitglieder des Bundesausschusses.

Zu dieser Regelung liegt ein Antrag des Kreisverbandes Biberach vor, wenn ich den Antrag richtig verstanden habe. Ist das nicht der Fall? Sie haben es so formuliert, Herr Maier, daß das Vorschlagsrecht uneingeschränkt dem Parteitag vorbehalten werden soll. Ich würde Ihnen raten, für den Fall, daß sich dieser Antrag auf das Abberufungsrecht und das damit verbundene Vorschlagsrecht erstrecken soll, diesen Antrag für erledigt zu erklären.

(Zuruf und Unruhe)

Ich danke unserem Freund Maier. Damit ist diese Frage erledigt. Zur Frage des Rechts auf Abberufung werden also Anträge nicht gestellt.

Wir kommen zum § 37.

(Unruhe)

Ich bitte um Nachsicht. Ich habe gefragt, und zwar ausdrücklich, ob eine Wortmeldung vorliegt. Dazu hat sich niemand gemeldet, aber der Parteitag ist sicher bereit, mir zu gestatten, unserem Freund Jäger das Wort zu erteilen.

Jäger:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe vorhin schon eine Wortmeldung abgegeben. Die muß irgendwie untergegangen sein. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich mich jetzt noch zum Wort gemeldet habe. Ich möchte mich auch nicht auf den Antrag beziehen, den der Kreisverband Biberach gestellt hat, sondern zur Frage des Vorschlagsrechts eine Stellungnahme abgeben und im Zusammenhang damit einen anderen Antrag stellen.

Ich möchte ausdrücklich vorausschicken, daß ich das Vorschlagsrecht des Generalsekretärs durch den Vorsitzenden für eine notwendige und gute Sache halte. Ich möchte mich zur Begründung auf das beziehen, was vorhin in der Debatte über den Generalsekretär von mehreren Rednern gesagt worden ist. Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, daß ich diese hier im Entwurf vorliegende Form des Vorschlagsrechtes, die nämlich ein Vorschlagsmonopol beinhaltet, nicht billigen kann. Ein Vorschlagsrecht halte ich für eine gute Sache, ein Vorschlagsmonopol dagegen würde dazu führen, daß der Parteitag als das oberste Entscheidungsgremium unserer Partei zu einem Akklamationsorgan würde, das praktisch nur noch sagen kann: Wir applaudieren zu einem Vorschlag, aber im übrigen können wir nichts machen.

Ich möchte deswegen folgenden Zusatzantrag stellen zu dem Antrag, den der Bundesausschuß beschlossen hat. Er würde angefügt an die Ziffer 2 im Buchstaben b des § 29: „Findet der vom Vorsitzenden vorgeschlagene für das Amt des Generalsekretärs keine Mehrheit oder übt der Vorsitzende sein Vorschlagsrecht nicht aus, so kann der Generalsekretär auch aus der Mitte des

Parteitages vorgeschlagen werden.“ Mit diesem Antrag würde folgendes erreicht: Das primäre Vorschlagsrecht des Vorsitzenden bliebe unangetastet. Über seinen Vorschlag hätte der Parteitag zunächst zu entscheiden. Der Parteitag würde seine Souveränität dadurch wahren, daß er hier einwirken könnte, wenn zum Beispiel der Vorsitzende sagen würde: Den und den werde ich nicht vorschlagen, sondern Ihr müßt den wählen, den ich vorgeschlagen habe. Der Parteitag soll also sein Entscheidungsrecht nicht einbüßen. Nachdem uns der Herr Bundeskanzler, den wir alle zum Vorsitzenden unserer Partei wählen werden, gesagt hat, Entscheidungsgremium ist der Parteitag, sollten wir uns diese Souveränität nicht nehmen lassen. Wir würden in das entscheidende Recht des Vorsitzenden, nämlich das enge Einvernehmen mit dem Generalsekretär, das er durch sein primäres Vorschlagsrecht ausübt, nicht eingreifen, uns aber auch nicht degradieren zu einem bloßen Akklamationsorgan der Partei.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren! Darf ich bitten, daß der Antrag im Wortlaut wiederholt wird. Er enthält einige Unklarheiten. Ich möchte darauf erst eingehen, wenn er vorliegt. — Der Antrag lautet:

Nach Punkt 5 — Weitere Mitglieder — wird folgender Absatz eingefügt:

„Findet der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Kandidat für das Amt des Generalsekretärs keine Mehrheit oder übt der Vorsitzende sein Vorschlagsrecht nicht aus, so kann der Generalsekretär auch aus der Mitte des Parteitages vorgeschlagen werden.“

Das würde bedeuten, meine Damen und Herren, daß bereits bei der Ablehnung eines vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Kandidaten das Vorschlagsrecht auf den Parteitag übergehen würde.

(Vereinzelter Beifall)

Das scheint mir eine sehr weitgehende Einschränkung des Vorschlagsrechts zu sein. Denn das würde bedeuten, daß dem Vorsitzenden nicht die Möglichkeit gegeben wäre, einen zweiten, neuen Vorschlag zu machen. Zumindest würde dieses Recht konkurrieren mit dem hier vorgesehenen Recht des Bundesparteitages.

Außerdem heißt es in diesem Antrag: „oder übt der Vorsitzende sein Vorschlagsrecht nicht aus“. Ich frage mich, ob er auf demselben Bundesparteitag, auf dem die Wahl ansteht, sein Vorschlagsrecht ausüben muß, und ob ihm eine Frist eingeräumt werden muß.

Wir stehen also durch diese Formulierung vor Schwierigkeiten, die angesichts der Bedeutung der Angelegenheit einer sorgfältigen Überprüfung bedürfen. Ich bitte, im Verlauf der weiteren Diskussion darauf einzugehen.

Das Wort hat Herr Dr. Barzel.

Dr. Barzel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben es hier mit einer Vorschrift zu tun, die uns auch bei der Vorbereitung dieser Satzung

besonders sorgsame Überlegungen abverlangt hat. Wir haben — zum erstenmal für unsere Partei — einen Generalsekretär konstruiert. Wir waren dabei von der Frage ausgegangen: Soll er mehr in der Nähe des Bundesgeschäftsführers oder mehr in der Nähe des geschäftsführenden Vorsitzenden sein. Nach diesen Debatten kamen wir zu diesem besonderen, völlig neuen Amt mit den Kompetenzen, über die wir gestern gesprochen haben, und haben der Kompetenz wegen, die für den Generalsekretär in der Satzung verankert sind, dann daraus die logische Konsequenz gezogen, dieser Generalsekretär müsse als der Generalsekretär der Partei, vom Parteitag für länger gewählt als der Vorsitzende, sehr nahe mit dem Vorsitzenden arbeiten und tätig sein, es dürfe hier keine Möglichkeit eines Antagonismus entstehen. Dies ist der Grundsatz, der uns geleitet hat, diese Struktur zu finden.

Und nun, meine Damen und Herren, zu dieser Sache! Hier ist ähnlich wie in anderen Gremien, z. B. auch in der Bundestagsfraktion, ein bewußt offengelassenes und gewolltes Spannungsverhältnis: Der Vorsitzende soll Chance und Pflicht haben, einen Vorschlag zu machen. Der Parteitag ist souverän, dazu ja oder nein zu sagen. Diese Spannung sollte man nicht einschränken, weil sie den Vorsitzenden zwingt, im eigenen Interesse nur einen Vorschlag zu machen, mit dem er nach menschlicher Voraussicht auch auf dem Parteitag durchkommen kann. Geht dies, meine Damen und Herren, etwa auf dem Wege — spielen wir es durch; wir werden es heute sicherlich nicht tun —, daß der Vorsitzende einen Vorschlag macht, dem der Parteitag nicht folgt, dann ist, abgesehen von der politischen Situation, die entstanden ist, dieser Generalsekretär nicht gewählt, und der Vorsitzende wird natürlich einen anderen Vorschlag machen müssen. Weil dies so ist, wird er sich bemühen, einen Kandidaten vorzuschlagen, der auch vom Parteitag gewählt wird. Diese Spannung ist gewollt, weil der Generalsekretär einmal der Generalsekretär der Partei ist, zugleich aber für ein ganzes Stück Praxis zumindest das „alter ego“ des Parteivorsitzenden. Diese Spannung sollte man nicht auflösen.

Ich glaube deshalb, die Satzung ist so, wie sie jetzt vorgesehen ist, für den Parteitag das Bessere, als diese Spannung aufzulösen und durch alle möglichen weiteren Dinge einzuschränken. So wenigstens sehe ich das. Ich würde dafür plädieren, dies abzulehnen und es bei dem zu belassen, was in der Satzung hier jetzt vorgesehen ist.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Wird zu dieser Frage weiter das Wort verlangt? Es handelt sich also um den Änderungsantrag zu § 29 b nach Ziffer 5. — Verzeihung, Herr Kollege, ist es eine Wortmeldung zu diesem Thema? — Ja. Dann erteile ich Ihnen das Wort.

Lamers (Rheinland):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Art und Weise, wie der Generalsekretär auf den Stuhl kommt, den er ausüben soll,

(große Heiterkeit)

ist sicherlich von ganz entscheidender Bedeutung. Der Wahlmodus ist immer eine ganz entscheidende Frage. Wenn wir uns den Vorschlag des Bundesvor-

standes und des Präsidiums einmal genauer ansehen, so können wir, meine ich, nicht umhin, festzustellen, daß hier von einer eigentlichen Wahl nicht mehr die Rede sein kann. Monopol im Vorschlagsrecht und Wahl schließen einander aus. Wenn ich es einmal bewußt überspitzt formulieren darf – ich betone: bewußt überspitzt –, würde ich sagen, es handelt sich lediglich noch um eine Akklamation zu dem Vorschlag eines einzelnen, zu dem es keine Alternative gibt.

Wenn der Generalsekretär, wie es hier mehrfach von denjenigen, die gegen die Hauptamtlichkeit waren, betont worden ist, auch eine politische Potenz sein soll, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte er, meine ich, diese politische Potenz weniger aus seinem Ministeramt ziehen als aus der Art und Weise, wie ihm seine Autorität übertragen worden ist. Ich meine, die Autorität dürfe ihm nicht de facto nur vom Vorsitzenden übertragen worden sein, sondern sie müsse ihm auch von dieser Partei übertragen worden sein. Diese Partei muß den Generalsekretär auch als ihren Mann sehen, selbstverständlich. Als wir damals erstmalig diesen Vorschlag gemacht haben, haben wir uns das sehr wohl überlegt. Der Generalsekretär darf auf keinen Fall zu einem heimlichen starken Mann in der Partei werden. Er darf nicht ein Aufpasser für den Vorsitzenden sein, der gleichzeitig Bundeskanzler ist. Niemand hat an eine solche Funktion des Generalsekretärs gedacht. Aber der Generalsekretär soll Autorität haben. Einmal in der Partei. Dazu ist es notwendig, daß ihm die Autorität auch von der Partei übertragen worden ist. Er soll auch, meine sehr verehrten Damen und Herren – ich sage das ganz offen –, eine gewisse Autorität gegenüber dem Vorsitzenden haben. Es soll nicht so sein, daß das Vertrauen des Vorsitzenden für ihn wesentlich wichtiger ist als das Vertrauen des Parteitages. Daher meine ich, daß dieser Vorschlag des Freundes Jäger ein sehr vernünftiger Kompromißvorschlag ist. Er geht ja weiß Gott nicht sehr weit, Herr Präsident. Vielleicht darf ich es einmal so formulieren: Er ist relativ weich.

Man könnte aber auch einen anderen Vorschlag machen. Ich stelle das einmal zur Debatte. Man könnte die Sache durchaus auch so formulieren, daß man sagt: Der Vorschlag für das Amt des Generalsekretärs muß im Einverständnis mit dem Vorsitzenden gemacht werden. Das wäre also praktisch ein positiv formuliertes Vetorecht.

Wir sollten aber als Partei Wert darauf legen, daß dieser Generalsekretär auch unser Mann ist. Ich meine, das ist keine übertriebene, keine überspitzte Forderung, sondern ein durchaus verständlicher und notwendiger Kompromiß. Wenn dieser Generalsekretär Autorität haben soll, muß er sie nicht in erster Linie aus dem Ministeramt, sondern aus der Art und Weise beziehen, wie er auf diesen Stuhl gekommen ist. Die Autorität muß er aus dieser Partei, aus dem Parteitag beziehen. Das Monopolvorschlagsrecht schließt die Übertragung dieser Autorität aus. – Ich danke Ihnen.

(Belfall)

Präsident Dufhues:

Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann (Rheinland):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Barzel, ich möchte zunächst ein Wort zu dem von Ihnen und von uns bejahten Spannungsverhältnis sagen, das mit diesem Recht und auch der Pflicht des Vorsitzenden verbunden ist, diesen Vorschlag zu machen. Ich glaube, der Änderungsantrag oder besser der Zusatzantrag zu § 29 nach Punkt 5 berührt dieses Spannungsverhältnis nicht. Das ist einer der Gründe, aus denen ich hier zu erklären habe, daß meine rheinischen Freunde diesen Antrag unterstützen. Der Text lautet nämlich – ich wiederhole ihn –:

„Findet der vom Vorsitzenden vorgeschlagene Kandidat für das Amt des Generalsekretärs keine Mehrheit, . . .“

Das heißt also, der Vorsitzende hat das ihm von uns zugesprochene Vorschlagsrecht genutzt und dem an sich souveränen Parteitag einen Vorschlag gemacht, der keine Mehrheit findet. Die Alternative dazu ist die – sie liegt ja in einem Vorschlagsrecht begründet –, daß der Vorsitzende einen solchen Vorschlag nicht macht. Wenn der Vorsitzende dem Parteitag zur Person des Generalsekretärs keinen Vorschlag macht, wenn er also sein Vorschlagsrecht nicht ausübt, so soll der Generalsekretär nach diesem Antrag auch aus der Mitte des Parteitages vorgeschlagen werden können. Das bedeutet, Herr Dr. Barzel und meine Damen und Herren, daß diese in dem Zusatzantrag zu § 29 vorgesehene Möglichkeit erst dann gegeben ist, wenn der Bundesvorsitzende sein Vorschlagsrecht wahrgenommen oder es nicht ausgeübt hat, wenn er also seinen Anspruch auf Grund der Satzung genutzt oder nicht genutzt hat oder aber sein Antrag verfällt. Erst dann nimmt der Bundesparteitag das Recht, einen weiteren Vorschlag zu machen, wahr.

Ich glaube, daß dies einerseits keine besondere Einengung des dem Bundesvorsitzenden zuerkannten Anspruchs bedeutet und daß damit andererseits auch funktionell eine Aufgabe des Parteitages festgelegt ist, die auch außerhalb einer solchen Satzungsbestimmung nicht bestritten werden kann.

Ich sage das deswegen, um damit gleichzeitig zu erklären, warum nach unserer Meinung diesem Zusatzantrag durchaus zugestimmt werden könnte. Dieses Spannungsfeld – ich bejahe es noch einmal – wird in ihm nicht angesprochen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Darf ich Herrn Grundmann bitten, seinen Änderungsantrag zu verlesen, er scheint sich von dem bisher vorliegenden Änderungsantrag zu unterscheiden.

Grundmann:

Ich muß dazu zunächst etwas sagen, meine Damen und Herren. Herr Präsident, Sie haben gesagt: „seinen Änderungsantrag“. Ich habe gestern bei meinen Delegierten den Beschluß fassen lassen, einen zunächst vorgesehenen Antrag –

(Heiterkeit)

Präsident Dufhues:

„Beschluß fassen lassen“ wird ein wenig autoritär aufgefaßt.

Grundmann:

Ich bitte um Entschuldigung! Das war ein freundschaftlicher Ausdruck. Sie sind alle meine Freunde. Wir haben gestern den Beschluß gefaßt, als Zusatzantrag zu einem Antrag der Jungen Union. Ich kann also nur sagen, was die Junge Union hier beantragen wollte und was uns vorlag: „Findet der vom Vorsitzenden vorgeschlagene Kandidat für das Amt des Generalsekretärs keine Mehrheit oder übt der Vorsitzende sein Vorschlagsrecht nicht aus, so kann der Generalsekretär auch aus der Mitte des Parteitages vorgeschlagen werden.“ Das ist die Fassung, der wir gestern freundschaftlich zugestimmt haben, und dazu hatte ich hier eine Erklärung abzugeben.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Ich stelle fest, daß der Antrag der rheinischen Delegierten sich wörtlich mit dem Änderungsantrag der Jungen Union Deutschlands deckt, der von Herrn Jäger vorgetragen worden ist. Wird dazu das Wort verlangt? – Herr Dr. Barzel.

Dr. Barzel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich noch einmal kurz das Wort nehme. Ich glaube, zunächst ist die politische Frage und dann erst die Satzungsfrage zu sehen. Die politische Frage lautet: wir wünschen einen Generalsekretär; er soll nur zustande kommen können mit dem Ja des Parteitages und mit dem Ja des gewählten Vorsitzenden. Das ist der politische Wille, der hier in der Satzung Ausdruck finden soll.

Nun die Argumente zum rein Politischen. Wollen wir in der Satzung die Möglichkeit eröffnen, einen Generalsekretär zustande kommen zu lassen, zu dem einer von beiden etwa Nein sagt? Das ist die politische Frage. Dazu könnte man jetzt lange Ausführungen machen über Straffung, einheitliche Führung usw. Ich will darauf verzichten. Wenn andere etwa davon ausgehen, daß ein Parteivorsitzender sein Recht und seine Pflicht, einen Vorschlag zu machen, nicht wahrnehme, dann ist das, glaube ich, wirklich sehr theoretischer Natur.

Wenn Sie jetzt noch die Möglichkeiten der Wahlordnung und die Erfordernisse der Majoritäten für die einzelnen Positionen hinzunehmen, dann fürchte ich, daß wir uns keinen Gefallen damit tun – das wird hier konkret nicht gewünscht, das ist klar –, wenn wir in der Satzung die theoretische Möglichkeit eröffnen, einen Generalsekretär zu bekommen, der nicht zugleich vom Ja des Vorsitzenden und vom Ja des Parteitages getragen wird. Nur mit beiden zusammen soll er zustande kommen. Dies ist die Absicht der Satzung. Kommt das nicht zustande, ist eine neue Lage gegeben, muß ein neuer Vorschlag gemacht werden.

Herr Grundmann, aus meiner Sicht – aber vielleicht ist das eine unterschiedliche Auffassung – wird durch das, was dort vorgeschlagen wird, in der Tat diese Spannung – und sprechen wir es offen aus: die Notwendigkeit einer Erklärung – doch ein Stückchen beseitigt, weil eine von mehreren Möglichkeiten satzungskräftig verankert wird.

Also unsere politische Überlegung – und darum geht es bei diesen Satzungsfragen immer –: Einen Generalsekretär nur mit dem Ja des Vorsitzenden und

dem Ja des Parteitages zustande kommen zu lassen. Das wollte ich zur Aufklärung noch einmal sagen.

(Beifall)

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren, hierzu liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich stelle den Änderungsantrag zur Abstimmung, mit dem hinter Paragraph 29 b Ziffer 5 folgende Worte angefügt werden sollen.

„Findet der vom Vorsitzenden vorgeschlagene Kandidat für das Amt des Generalsekretärs keine Mehrheit oder übt der Vorsitzende sein Vorschlagsrecht nicht aus, so kann der Generalsekretär auch aus der Mitte des Parteitages vorgeschlagen werden.“

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, der möge die rote Stimmkarte erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zu dem letzten Thema, das sich mit dem Generalsekretär befaßt; ich komme gleich auf den § 29 b wieder zurück. Es handelt sich um die in § 37 geregelten Aufgaben des Generalsekretärs. Ich bitte zunächst, die Ihnen vorliegende Fassung dahin zu ergänzen, daß unter den Buchstaben a, b und c es jeweils nach dem Worte „Gebietsverbände“ heißen muß: „Vereinigungen und der Sonderorganisationen“. Wird zu § 37 das Wort verlangt? – Herr Wolfrum.

Wolfrum:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In Buchstabe c heißt es, der Generalsekretär koordiniert die von der Bundespartei, den Gebietsverbänden und den Sonderorganisationen sowie Vereinigungen herausgegebenen Publikationen. Wenn der Generalsekretär die Publikationen entsprechend koordinieren will, wäre es meines Erachtens richtig und notwendig, auch die Publikationen der Landesverbände mit hineinzunehmen. Deshalb sollte man hinter dem Wort „Bundespartei“ einfügen „Landesparteien“, um eine bessere Koordination in den Publikationen der Gesamtpartei – einschließlich der Landespartei – zu ermöglichen.

Präsident Dufhues:

Meine Damen und Herren. Sie haben den Antrag des Kollegen Wolfrum gehört. Er möchte diese spezielle Aufgabe der Koordinierung der Schriften und Publikationen auch auf die Landesverbände erstreckt haben. Ich bin nicht sicher, ob damit der Generalsekretär nicht überfordert ist. Ich bin auch nicht sicher, ob nicht noch andere Befugnisse im Rahmen der Landesverbände zur Diskussion stehen. Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst einmal die Entwicklung abwarten und auf einem späteren Parteitag darauf zurückkommen. Aber ich will dazu nicht Stellung nehmen. Wird noch das Wort verlangt?

(Zuruf)

– Sie werden mir zugestehen, daß ich die Verhandlungen leiten und plötzlich gestellte Anträge erläutern, zumindest darauf eingehen und ihre Tragweite darlegen muß.

Wird zu dem Änderungsantrag um das Wort gebeten? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich ihn zur Abstimmung stellen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, der möge die Stimmkarte erheben. – Wer ist gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wird zu dem § 37 noch das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall. Ich komme auf den § 29 b zurück. Über den § 29 a haben wir bereits abgestimmt. Wir haben die Probleme diskutiert, die mit der Wahl des Generalsekretärs zusammenhängen. Ich stelle jetzt noch folgende Frage zur Diskussion. Sie wissen, daß der Bundesausschuß vorgeschlagen hat, die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von vier auf fünf zu erhöhen. Das ist die Grundlage der Abstimmung, damit darüber kein Mißverständnis besteht. Wird dazu das Wort verlangt?

Ich höre, daß zwei Anträge vorliegen. Es handelt sich einmal um einen Antrag der Delegierten des Landesverbandes Schleswig-Holstein zu § 29 b Ziffer 3. Nach diesem Vorschlag soll er künftig heißen: „fünf stellvertretende Vorsitzende, darunter eine Frau“. Die Frage ist in der Kommission, im Vorstand und im Ausschuß gleichfalls beraten worden. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, einer solchen Anregung nicht zu entsprechen. Wird zur Begründung dieses Antrages das Wort verlangt? – Herr Kollege Lemke.

Dr. Lemke:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige Worte zur Begründung. Es ist mir völlig klar – wir haben tagelang darüber gesprochen und nachgedacht –, daß dieser Parteitag das Petikum, das wir vorbringen, respektieren wird. Mein Landesverband möchte aber gern dieses Petikum für die Zukunft verankern. Es ist nicht selbstverständlich, daß das immer von selber respektiert wird. Aus diesem Grund bitten wir, das hier einzufügen.

Präsident Dufhues:

Wird zu dem Änderungsantrag weiterhin das Wort verlangt? – Das ist, soweit ich übersehe, nicht der Fall. Dann darf ich den Änderungsantrag zur Abstimmung stellen. Wer dem Antrag zustimmen will, daß hinter den Worten „fünf stellvertretende Vorsitzende“ die Worte „darunter eine Frau“ eingefügt werden, der möge die Stimmkarte erheben. – Die Gegenprobe! – Das Ergebnis kann von hier aus nicht eindeutig beurteilt werden. Ich bitte, durch Abgabe der Stimmzettel abzustimmen. Wir verwenden die Stimmkarte Nr. 5. Wer dem Antrag Schleswig-Holsteins zustimmen will, der möge die Ja-Karte Nr. 5 abgeben, wer ihn ablehnt, die Nein-Karte Nr. 5 und wer sich enthält, die Enthaltungskarte Nr. 5.

Darf ich fragen, ob sämtliche Delegierten von ihrem Stimmrecht haben Gebrauch machen können? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte, die Auszählung beschleunigt vorzunehmen.

Meine Dame und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Ich bitte die am Präsidiumstisch sitzenden Herren, die Erteilung von Autogrammen, wenn auch mit dem Ausdruck des Bedauerns, abzulehnen. Sonst wird es schwierig, die Verhandlungen zu leiten.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Abgegebene Stimmen 425, gültige Stimmen 410, ungültige Stimmen 15, Enthaltungen 4. Mit Ja haben gestimmt 168 Delegierte, mit Nein 238. Damit ist der Antrag abgelehnt. Wir kommen zu einem weiteren Änderungsantrag.

(Anhaltende Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich habe Verständnis dafür, daß es unruhiger wird, aber es liegt in Ihrem Interesse und im Interesse der Verhandlungen, wenn wir versuchen, möglichst ruhig und diszipliniert zu verhandeln. Jede Störung sollte vermieden werden.

Es liegt ein Änderungsantrag zu § 29 b Ziffer 3 vor, und zwar des Landesverbandes Nordwürttemberg. Danach soll hinter den Worten „fünf stellvertretende Vorsitzende“ folgender Satz eingefügt werden: „Durch die Geschäftsordnung des Präsidiums muß die automatische Vertretung des 1. Vorsitzenden sichergestellt sein.“

Ich bitte, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Er ist bereits in den Vorbereitungen erörtert worden. In den Vorbereitungen war man sich darüber einig, daß – damals 4, jetzt 5 – gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende gewählt werden sollten. Hier ist eine Abänderung dieser Regelung vorgesehen. Wer wünscht dazu Stellung zu nehmen? – Herr Kollege Scheufelen.

Dr. Scheufelen (Nordwürttemberg):

Wir haben schon einmal vier gleichberechtigte Vorsitzende gehabt, und es war nicht in der Geschäftsordnung geregelt, wer im gegebenen Falle die Vertretung übernimmt. Aus diesem Grunde scheint es erforderlich, daß in der Geschäftsordnung des Präsidiums festgelegt wird, welcher der stellvertretenden Vorsitzenden bei Notwendigkeit einer Vertretung in Tätigkeit tritt.

Präsident Dufhues:

Herr Kollege Scheufelen, der Antrag entspricht nicht ganz dem, was Sie zur Begründung vorgetragen haben. Hier ist von einem 1. Vorsitzenden die Rede, während nach dem schriftlichen Antrag nur die automatische Vertretung sichergestellt werden soll. Würden Sie damit einverstanden sein, wenn ich Ihren Antrag dahin verstehe, daß das Präsidium aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Vertretung des Vorsitzenden durch die stellvertretenden Vorsitzenden in der Geschäftsordnung geregelt wird? Genügt das?

(Dr. Scheufelen: Jawohl, ich bin damit einverstanden.)

– Dann darf ich den Antrag als erledigt ansehen. Ich danke Ihnen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über § 29 b. Dazu wird, soweit ich es übersehen kann, das Wort nicht mehr verlangt. Wer der Fassung zustimmen will, die die angeführte Bestimmung auf Grund der heutigen Beratungen und Überlegungen erhalten soll, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ohne Enthaltungen so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu der Bestimmung des § 30. Der wesentliche Inhalt dieser Bestimmung ist die Verkleinerung des Bundesausschusses. Der Wortlaut der Bestimmung liegt Ihnen vor. Einer Erläuterung bedarf die Bestimmung nach dem Ergebnis der Beratungen nicht mehr. Wünscht jemand das Wort zu § 30 des Entwurfs der Statuten? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer § 30 in der vorliegenden Fassung zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. — Gegenstimmen! — Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zu § 33 der Statuten. Der Entwurf verfolgt zwei klare Tendenzen, einmal die Verkleinerung des Vorstands, zweitens die Wahlmöglichkeit aller Mitglieder durch das zuständige Gremium, den Bundesparteitag. Von weiteren Erläuterungen möchte ich absehen. Wird das Wort zu der Neufassung dieser Bestimmung verlangt? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer § 33 in der vorliegenden Fassung zustimmen will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Gegenprobe! — Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Keine. Die Vorschrift ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu der letzten Einzelabstimmung, nämlich der Abstimmung über § 37 der Statuten, den wir soeben beraten und erörtert haben. Wer § 37 in der vorliegenden Fassung zustimmen will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Nun stelle ich die Statuten in ihrer Gesamtheit zur Abstimmung. Wer den Statuten in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beratungen des gestrigen und heutigen Tages zustimmen will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen. Ich darf feststellen, daß die Statuten in der vorliegenden Fassung mit großer Mehrheit gebilligt sind.

(Beifall)

Ich danke Ihnen für die gute Art der Beratungen. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir die Leitung der Verhandlungen leicht gemacht haben. Ich hoffe, daß es Ihnen nicht zu schwer geworden ist, meiner Verhandlungsführung zu folgen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in den Vorbesprechungen ist wiederholt die Frage gestellt worden, ob sämtliche Mitglieder des Präsidiums und sämtliche Mitglieder des Vorstands ihr Amt zur Verfügung stellen, so daß der Bundesparteitag in der Lage ist, auf der Grundlage und nach Maßgabe der von Ihnen soeben beschlossenen Statuten die Wahlen durchzuführen. Ich darf hierzu auf Grund der Beratungen und der Erklärungen, die von den Beteiligten abgegeben worden sind, feststellen, daß mit der Verabschiedung und mit der Inkraftsetzung der neuen Satzung die Mandate der Mitglieder des bisherigen Präsidiums, des Bundesvorstands und des bisherigen Bundesschatzmeisters erloschen sind. Um aber völlige Eindeutigkeit zu haben, darf ich ausdrücklich

fragen, ob sich gegen diese Feststellung seitens eines der Betroffenen Widerspruch erhebt? — Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, daß die Mandate der bisherigen Mitglieder des Präsidiums, des Bundesvorstands und des Bundeschatzmeisters erloschen sind. Der Bundesparteitag ist in der Lage, die Wahlen nach Maßgabe der von Ihnen beschlossenen Statuten durchzuführen.

Ich danke Ihnen hierfür und darf nunmehr meinen Vorsitz meinem Nachfolger, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Filbinger, übergeben.

Präsident Dr. Filbinger:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach unserer Tagesordnung beginnen nun die Wahlen. Ich frage, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir in die Wahlhandlung eintreten ohne eine Pause. — Kein Widerspruch.

(Zuruf: Pause machen!)

Es wird vorgeschlagen, eine kurze Pause einzulegen.

(Zurufe: Nein!)

Das ist also nicht der Fall. Wir rufen also die Delegierten herein und tagen ohne Pause weiter.

Meine Damen und Herren! Ich darf die Autogrammbeflissenen darum bitten, auch Platz zu nehmen. Während der Wahlhandlung wollen wir keine Autogramme geben.

Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß der Antrag vorliegt vom Bundesvorstand bezüglich des Parteibeitrages an den Bund. Diese Vorlage befindet sich entweder in Ihrer Hand, oder Sie können eine solche Vorlage bekommen. Wir wollen darüber abstimmen lassen unter Ausnutzung derjenigen Pause, die bei der Abstimmung ohnedies entsteht, so daß wir also die Wahlen jetzt nicht zurückzustellen brauchen.

Bundesvorstand und Bundesausschuß haben einstimmig beschlossen, dem Bundesparteitag vorzuschlagen, Herrn Professor Dr. Ludwig Erhard zum Ehrenvorsitzenden zu wählen.

(Starker Beifall)

Das ist zwar schon eine Akklamation, es liegt aber eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Herr Dr. Fricke.

Dr. Fricke:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Unionsfreunde! Ich war am Schluß bei dieser Beschlußfassung des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses nicht mehr dabei, weil ich nach Goslar zurück mußte. Ich bin also nicht genau im Bild, ob der Beschluß so gefaßt ist wie für den Amtsvorgänger unseres verehrten Herrn Professor Erhard, das heißt für unseren Altbundeskanzler Dr. Adenauer.

Ich brauche über die Verdienste von Herrn Professor Erhard nichts mehr zu sagen. Ich war neben dem damaligen Wirtschaftsminister Seidel, dem späteren Ministerpräsidenten von Bayern, Herrn Professor Erhards Weggenosse seit

1948. Ich meine, diese Ehrung sollte dann genauso wie beim Altbundeskanzler Dr. Konrad Adenauer mit Sitz und Stimme im Präsidium beschlossen werden.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorschlag des Bundesvorstandes und Bundesausschusses, den ich Ihnen verlesen habe, lautet so, daß die Ernennung zum Ehrenvorsitzenden vorgenommen werde. Damit ist aber sicherlich nicht gemeint gewesen, daß Sitz und Stimme nicht mit eingeschlossen seien, sondern im Gegenteil, ich glaube, daß es durchaus den Wunsch und den Willen des Vorschlages trifft, wenn man Sitz und Stimme mit einschlösse.

(Lebhafter Beifall)

Sind gegen diese Interpretation des Vorschlages von Bundesvorstand und Bundesausschuß Einwendungen zu erheben? — Das ist nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir über diesen Vorschlag durch Akklamation abstimmen. Ich bitte um Ihre Zustimmung durch Erhebung der roten Karte! — Gegenprobe! — Nicht der Fall!

Damit stelle ich fest, daß Herr Professor Dr. Ludwig Erhard zum Ehrenvorsitzenden mit Sitz und Stimme der Christlich Demokratischen Union gewählt worden ist.

(Langanhaltender starker Beifall)

Diese einstimmige Wahl zum Ehrenvorsitzenden von Professor Dr. Ludwig Erhard ist der Ausdruck des Dankes der Christlich Demokratischen Union an die Person von Professor Erhard. Es ist aber zugleich auch das Bekenntnis zu der geschichtlichen Leistung, die Ludwig Erhard für das deutsche Volk und die Christlich Demokratische Union erbracht hat.

(Starker Beifall)

Unsere herzlichen Glückwünsche begleiten Sie.

Es kommt nun der nächste Wahlakt. Es geht um die Wahl zum Vorsitzenden. Vorgeschlagen ist Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger.

(Sehr starker Beifall)

Ich genüge den formellen Bestimmungen für die Wahl, wenn ich die Frage stellte, ob weitere Vorschläge gemacht werden. Das ist nicht der Fall. Es entspricht demokratischem Brauch, daß die Wahl zum Vorsitzenden durch geheime Abstimmung durchgeführt wird. Ich bitte nun, das Abstimmungsverfahren einzuleiten. Es wird abgestimmt auf dem Stimmzettel Nr. 1, dem braunen Stimmzettel auf dem Block, der Ihnen übergeben worden ist und den Titel trägt: Stimmzettelblock. Besteht Klarheit?

(Unruhe)

Wer nicht im Besitz des Stimmzettelblocks ist, der möge die Hand erheben, damit er von den Ordnern entsprechend versorgt werden kann. Das Wort hat Herr Dr. Kraske.

Dr. Kraske:

Meine verehrten Damen und Herren! Es haben gestern alle stimmberechtigten Delegierten die Unterlagen bekommen für die Ausübung ihres Stimmrechts, und zwar 1. ihren Delegiertenausweis, 2. einen Block mit Ja-, Nein- und Enthaltungskarten und 3. einen Stimmzettelblock. Da nur so viele Blocks ausgegeben sind, wie stimmberechtigte Delegierte im Saale sind, ist es nicht möglich, diesen Block jetzt zu ersetzen, weil sonst eine Kontrolle nicht mehr möglich wäre. Wenn Sie glauben, benachteiligt worden zu sein, werden Sie gebeten, sich jetzt unmittelbar an Ihre Landesgeschäftsführer zu wenden. Für die anderen gilt der Stimmzettel Nr. 1 nach dem vorliegenden Vorschlag.

Präsident Dr. Filbinger:

Meine Damen und Herren, ich beabsichtige, die Wahlhandlung zu schließen. Bestehen dagegen Bedenken, etwa deswegen, weil sich noch Delegierte außerhalb des Saales befinden? — Es werden keine Bedenken erhoben. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden liegt vor. Ich gebe es hiermit bekannt. Abgegeben wurden 449 Stimmen. Gültig waren 449 Stimmen. Enthaltungen: 10. Mit Ja haben gestimmt 423, mit Nein 16.

Ich stelle fest: Damit ist der Bundeskanzler, Kurt Georg Kiesinger, zum Vorsitzenden der CDU gewählt.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Herr Bundeskanzler, Sie sind mit überwältigender Mehrheit zum Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union gewählt worden. Die Kraft dieses Votums steht nun hinter Ihrer Person und hinter Ihrer Arbeit. Möge das Werk, das Sie vollbringen, zum Wohle des deutschen Volkes gedeihen. Dazu Gottes Segen!

(Lebhafter Beifall)

Herr Bundeskanzler, ich darf Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

Bundeskanzler Dr. Kiesinger:

Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Danke sehr! Dann darf ich die zweite Frage an Sie richten. Herr Bundeskanzler, gemäß der soeben beschlossenen Satzung haben Sie das Recht, den Generalsekretär der Partei vorzuschlagen. Ich bitte um Ihren Vorschlag.

Bundesvorsitzender Kiesinger:

Ich nominiere Dr. Bruno Heck.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Dr. Bruno Heck ist nominiert. Ich stelle die Frage: Werden weitere Vorschläge gemacht?

(Lachen und Zurufe)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Bruno Heck ist vorgeschlagen. Es wird mit dem Stimmzettel Nr. 2 Ihres Blocks — das ist der blaue Zettel — abgestimmt. Wenn Sie für Dr. Heck stimmen, müssen Sie mit Ja stimmen oder den Namen auf diesen blauen Stimmzettel schreiben. Ich eröffne die Wahlhandlung. Die Stimmzettel werden eingesammelt.

Ich beabsichtige, die Wahlhandlung abzuschließen. Bestehen dagegen irgendwelche Einwendungen, weil Delegierte noch draußen sind und nicht abgestimmt haben? — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich hiermit die Wahlhandlung.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung über den Generalsekretär bekannt. Abgegebene Stimmen: 480, gültige Stimmen 480, 19 Enthaltungen. Mit Ja haben gestimmt: 398, mit Nein 63. Damit ist Dr. Bruno Heck zum Generalsekretär gewählt.

(Lebhafter Beifall)

Ich gratuliere dem neuen Generalsekretär Dr. Bruno Heck und frage ihn: Herr Dr. Heck, sind Sie bereit, die Wahl anzunehmen?

(Dr. Heck: Ich nehme die Wahl an!)

— Herr Dr. Heck nimmt die Wahl an.

(Beifall)

Die Satzungsbestimmung über den Generalsekretär war umstritten, die Person des Generalsekretärs ist, abgesehen von den wenigen Gegenstimmen, nicht umstritten. Ich gratuliere zu diesem schönen Ergebnis.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur nächsten Wahl. Es handelt sich um die stellvertretenden Vorsitzenden. Nach der beschlossenen Satzung sind fünf zu wählen. Der Vorstand und der Ausschuß schlagen Ihnen dafür vor — ich verlese den Vorschlag in der alphabetischen Reihenfolge —:

Frau Änne Brauksiepe
Josef Hermann Dufhues
Kai Uwe von Hassel
Paul Lücke
Gerhard Schröder

Im Bundesausschuß ist die Erwartung zum Ausdruck gekommen, daß eine Frau in den Kreis der fünf stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werden möge. Nur aus diesem Grunde hatte der Bundesausschuß darauf verzichtet, eine entsprechende Satzungsänderung vorzuschlagen. Ich darf Sie hiervon in Kenntnis setzen.

Nun geht es um neue und zusätzliche Vorschläge, die, falls der Wunsch dazu besteht, ich zu machen bitte. Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Erik Blumenfeld, Hamburg, vor. Herr Blumenfeld hat das Wort, anschließend Herr Dufhues.

Blumenfeld:

Herr Präsident! Meine Freunde! Ich möchte einen Vorschlag für einen Freund von uns machen, der eigentlich keiner näheren Erläuterung oder Begründung

bedarf. Wir kennen ihn alle. Wir meinen, da er bisher im Präsidium vertreten gewesen ist, sollte er auch wieder im neuen Präsidium zu finden sein. Es ist der Landesvorsitzende von Berlin, Franz Amrehn.

(Beifall)

Seit eh und je hat die Christlich Demokratische Union in ihrem Präsidium einen Vertreter unserer Hauptstadt Berlin gehabt, der gleichzeitig – und dies insbesondere in der Person unseres Freundes Franz Amrehn – unsere Mitteldeutschen vertreten hat, alle jene, von denen hier auf unserem Parteitag heute und gestern gesagt worden ist, daß wir sie vertreten, daß wir die Pflicht und das Recht haben, sie zu vertreten. Deswegen unser Vorschlag, Franz Amrehn als Kandidaten für das Präsidium zu benennen.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Ich danke unserem Freund Blumenfeld. Das Wort hat Freund Dufhues.

Dufhues:

Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Sie wissen, daß in edlem freundschaftlichem Wettbewerb u. a. unser Freund Lücke und unser Freund Theodor Blank zum Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden der CDU kandidiert haben. Theodor Blank ist bisher mit seiner Kandidatur nicht durchgedrungen. Ich würde es jedoch – und damit spreche ich zugleich für meine westfälischen Freunde – sehr begrüßen, wenn Sie sich entschließen könnten, an Stelle unseres Freundes Lücke unseren Freund Theodor Blank zum stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

(Beifall und Zischen)

Ihnen allen ist Theodor Blank bekannt. Sie kennen seine Verdienste um die Entwicklung der Christlich Demokratischen Union. Er war Mitglied des Präsidiums der Christlich Demokratischen Union. Er steht jetzt, zumal er kein Ministeramt zu verwalten hat, in besonderem Maße zur Arbeit in der Union und auch im Präsidium zur Verfügung. Wir sollten seine Kraft, seine Kenntnisse und seine Leistungen nutzen.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Es ist also zweitens zusätzlich vorgeschlagen worden Theodor Blank. Wird weiterhin das Wort gewünscht? – Bitte!

Breidenasser (Rheinland):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Josef Dufhues hat entgegen dem Vorschlag des Bundesausschusses an Stelle von Herrn Paul Lücke Herrn Theodor Blank vorgeschlagen. Meine sehr verehrten Anwesenden, ohne die Verdienste des Herrn Blank hier in irgendeiner Form in Abrede stellen zu wollen, würde ich es doch als sehr befremdend ansehen, wenn Herr Bundesminister Lücke, dessen Verdienste auf sozialem Gebiet ebenso bekannt und geschätzt sind wie die des Herrn Theodor Blank, nicht auch weiterhin dem Präsidium als stellvertretender Vorsitzender angehörte.

Präsident Dr. Filbinger:

An sich ist es nicht zulässig, bei einer Gelegenheit, wo nur Vorschläge gemacht werden, gleichzeitig eine Personaldebatte zu führen. Es geht also hier nicht um Bewertungen. Ich möchte feststellen, daß insoweit die Ausführungen nicht zulässig gewesen sind.

Wenn weiter keine Vorschläge gemacht werden, bleibt es bei zwei zusätzlichen Vorschlägen.

Der Herr Bundeskanzler hat das Wort.

Dr. Kiesinger:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich nehme nur in einem Satz Stellung. Abgesehen von der allgemeinen Problematik einer Personaldebatte — eines geht wirklich nicht an: daß vorgeschlagen wird, an Stelle des einen einen anderen zu wählen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Das Wort hat Herr Dufhues.

(Zischen)

Dufhues:

Meine Damen und Herren, mit meinem Vorschlag habe ich ausschließlich an die bisherige Diskussion anknüpfen wollen. Es lag mir fern, auch nur durch die Erwähnung des Namens Lücke einen Zwiespalt zu bezeichnen.

(Widerspruch)

— Ich kann nicht mehr tun, als das sagen: Ich bitte in aller Form um Entschuldigung.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Wir danken Herrn Kollegen Dufhues für diese Erklärung. Ich glaube, damit ist die Situation bereinigt.

Ich stelle fest, daß die fünf ursprünglichen Vorschläge durch zwei weitere ergänzt worden sind, nämlich die Namen Amrehn und Blank. Die Wahl erfolgt mit einem Stimmzettel, auf dem, um die Chancengleichheit sämtlicher Kandidaten herzustellen, alle Namen alphabetisch aufgeführt sind. Es wird hier sehr rasch gearbeitet; der Stimmzettel ist bereits vorhanden. Ich bitte die Landesgeschäftsführer, zum Präsidium heraufzukommen, um die Stimmzettel entgegenzunehmen, die dann verteilt werden.

Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich an die Satzungsbestimmung, die wir gestern, einem Vorschlag des Kollegen Gradl folgend, beschlossen haben. Danach müssen mindestens drei Viertel der Namen angekreuzt werden, wenn der Stimmzettel gültig sein soll. Nachdem wir einen Stimmzettel mit sieben Kandidaten haben, müssen darauf mindestens vier Kandidaten angekreuzt werden. Stimmzettel, auf denen mehr als fünf Namen angekreuzt sind, sind ungültig. Die Stimmzettel werden durch die Landesgeschäftsführer verteilt.

(Zurufe)

– Meine Damen und Herren, ich glaube, es besteht kein Zweifel. Es müssen mindestens drei Viertel der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden, und das sind vier.

Wir stimmen also ab.

(Wahlvorgang)

Fehlt noch irgendein Delegierter mit seinem Stimmzettel? – Keine Wortmeldungen. Damit ist die Wahlhandlung abgeschlossen. Es folgt die Auszählung.

Wir kommen nun zu der Abstimmung über den Vorschlag, den Bundesparteibeitrag von 0,50 DM je Mitglied zu erheben. Hierüber gibt es Wortmeldungen. Wir müssen nun aber die Polonaise der Autogrammsucher unterbrechen. Ich bitte, jetzt keine Autogramme mehr zu geben. Denn wir müssen unsere Aufmerksamkeit der nun folgenden Abstimmung widmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Zum Thema „Bundesparteibeitrag“ liegt ein Antrag von Professor Dr. Burgbacher und Genossen vor. Ich bitte Herrn Professor Burgbacher, das Wort zur Begründung zu nehmen.

Professor Dr. Burgbacher:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Antrag, der Ihnen vorliegt, ist vorberaten im Präsidium, im Bundesvorstand und im Bundesausschuß. Er hat überall eine Mehrheit gefunden. Zur Begründung darf ich folgendes vortragen. Wir haben seit Jahren die Politik verfolgt, die Partei möglichst unabhängig von Dritten zu finanzieren. Das ist bis zur Mitte des letzten Jahres durch öffentliche Mittel möglich gewesen. Die Bundespartei hatte in den letzten sieben Jahren über 70 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Da waren zwei Wahlkämpfe drin. Davon sind etwa 17 Millionen DM an die Landesverbände und die Vereinigungen geflossen. Bei der Wahl 1965 hatten wir, wie sich das gehört, einen festen Wahlkampfetat aufgestellt. Dieser war gedeckt zum Teil durch öffentliche Mittel, vor allem durch Spenden der Wirtschaft. Diese Zusagen für Spenden der Wirtschaft sind trotz der Bemühungen der Beteiligten nicht eingehalten worden. Es entstand eine Finanzierungslücke von 6 Millionen DM. Diese Finanzierungslücke haben wir mit Bankkrediten überbrückt. Wir waren der Meinung, daß der Wahlkampf gewonnen werden müsse und daß die Bankkredite das kleinere Übel seien. Das wäre auch gar nicht schlimm gewesen, wenn die öffentlichen Mittel weitergeflossen wären, wie sie im Haushalt beschlossen waren vom Bundestag.

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1966 ist über Nacht die öffentliche Finanzierung entfallen. In diesen Urteilen ist vermerkt, im Gegensatz zu einem Urteil von 1958, daß die laufende Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln verfassungswidrig sei, dagegen die Finanzierung angemessener Wahlkampfkosten verfassungsgemäß sei.

Wir haben dann mit der SPD, lange vor der Großen Koalition, uns über ein Parteiengesetz verständigt. In diesem Parteiengesetz, das in erster Lesung verabschiedet ist und dessen zweite und dritte Lesung vor der Sommerpause auf

der ausgedruckten Tagesordnung des Bundestages steht, ist die Finanzierung der Wahlkämpfe mit 2,50 DM pro Wahlberechtigten für eine Legislaturperiode vorgesehen. Dadurch entfallen auf die CDU etwa 33 Millionen DM. Davon gehen von der Bundespartei etwa 12 Millionen DM an die Landesverbände. Nun ist ausdrücklich im Verfassungsgerichtsurteil verboten, die Mittel nach diesem Parteiengesetz für laufende Zwecke zu verwenden. Da möglicherweise oder wahrscheinlich ein neues Bundesgerichtsverfahren gegen dieses Parteiengesetz in Gang gesetzt wird, haben wir also glaubhaft und beweismäßig zu machen, wie wir den laufenden Aufwand der Partei außerhalb der Wahlkampfkosten finanzieren.

Dafür gibt es zwei Möglichkeiten. Das eine sind die Beiträge der Mitglieder, das andere sind die Spenden. Die Spenden sind höchst problematischer Natur. Von den 6 Millionen, die aus dem letzten Wahlkampf noch „geschuldet“ werden – denn es ist ja kein Rechtsanspruch –, sind bisher, sagen wir es optimistisch, ein Viertel eingegangen. Ich wiederhole, daß es nicht an den Bemühungen der Verantwortlichen liegt, sondern an der absolut gesunkenen Spendenwilligkeit. Aber ganz davon abgesehen, meine Damen und Herren, würde ich es für eine Partei vom Range und Ansehen der CDU für höchst unwürdig halten, wenn sie zur Deckung ihres laufenden Finanzbedarfs nur auf Spenden angewiesen wäre. Ich darf bemerken, daß die SPD an Mitgliederbeiträgen in diesem Jahr 17 Millionen einnimmt, während es bei der CDU zwischen 3 und 4 Millionen sein werden. Auch das ist nicht gerade ein besonders eindrucksvolles Zeichen der Opferbereitschaft unserer Mitglieder. Wir sind deshalb der Meinung, daß wir, durch das Urteil gezwungen, im Interesse der Würde der Partei veranlaßt sind, ein Minimum für den laufenden Finanzbedarf aus Parteibeiträgen sicherzustellen. Dieses Minimum sind diese 0,50 DM pro Monat ab 1. Juli dieses Jahres. Das sind im Jahre 6,— DM = 1,8 Millionen für den laufenden Finanzbedarf.

Ich bitte Sie, dabei auch noch in Betracht zu ziehen, was im Parteiengesetz steht. Dort steht, daß Beiträge an politische Parteien oder Spenden bis zu 600,— DM im Jahr und pro Person vom steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden dürfen.

In einem begrenzten Umfange wird also das sogenannte Spendenurteil von 1958, in dem das Bundesverfassungsgericht verordnet hatte, daß Spenden nicht mehr abzugsfähig sind, aufgehoben. Aber ich denke, daß für die meisten unserer Mitbürger die Möglichkeit, 600 DM steuerfrei abzuziehen, doch so von Interesse ist, daß die Finanzierung des Beitrags, um dessen Genehmigung wir Sie bitten, möglich ist. Ich bitte Sie herzlich, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Ich danke Herrn Professor Burgbacher. Ich stelle die Frage, ob weiter zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird. Ist der Antrag der Formulierung nach bekannt?

(Zustimmung)

Herr Prof. Nagel hat das Wort.

Prof. Dr. Nagel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Urteil des Verfassungsgerichts — ich will hier nicht gegen das Bundesverfassungsgericht polemisieren — geht an der Verfassungswirklichkeit vorbei. Das ist allgemein bekannt. Für die Bundespartei stellen diese 50 Pfennig pro Monat und pro Mann einen Tropfen auf den heißen Stein dar. Für die Verbände draußen reduziert das die Existenzmöglichkeit auf das allerletzte Minimum. Ich bin grundsätzlich dagegen.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Nunmehr liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, möge die rote Stimmkarte erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Das erste war nach Auffassung des Präsidiums die Mehrheit.

(Widerspruch)

— Das wird bestritten. Schön, dann müssen wir schriftlich abstimmen und auszählen. Es wird mit dem Stimmzettel Nr. 6 abgestimmt. Wer zustimmt, stimmt mit Ja, wer dagegen ist, mit Nein.

Der Wahlgang über den Bundesparteibeitrag nach dem Antrag von Herrn Professor Burgbacher ist geschlossen. Das Ergebnis wird in Kürze bekannt sein. Inzwischen liegt das Abstimmungsergebnis über die stellvertretenden Vorsitzenden vor. Es wurden 566 Stimmzettel abgegeben; davon waren 562 gültig und 4 ungültig. Es erhielten folgende Stimmen — ich verlese nach der alphabetischen Reihenfolge —:

Amrehn	309
Blank	310
Frau Brauksiepe	398
Dufhues	338
von Hassel	398
Lücke	350
Schröder	405

(Beifall)

Damit sind gewählt — ich verlese nach der alphabetischen Reihenfolge —:

Frau Brauksiepe, Herr Dufhues, Herr von Hassel, Herr Lücke, Herr Dr. Schröder.

(Beifall)

Ich frage die Gewählten, ob sie bereit sind, das Mandat anzunehmen:

Frau Brauksiepe:

(Frau Brauksiepe: Ich nehme an!)

— Danke sehr.

(Beifall)

Herr Dufhues.

(Dufhues: Ich nehme an!)

– Nimmt an.

(Beifall)

Herr von Hassel.

(von Hassel: Ich nehme an!)

– Danke sehr.

(Beifall)

Herr Lücke.

(Lücke: Ich nehme an!)

– Nimmt an, danke sehr.

(Beifall)

Herr Schröder.

(Dr. Schröder: Ich nehme an!)

– Danke sehr.

(Beifall)

Ich wünsche allen Gewählten Glück und Erfolg in ihrer Tätigkeit.

Ich gebe nun das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag von Professor Burgbacher bekannt. Es wurden 491 Stimmen abgegeben. Gültig waren 470 Stimmen und ungültig 15 Stimmen. Enthaltungen 9. Mit Ja haben 293, mit Nein 174 gestimmt. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung über den Bundesschatzmeister. Vom Bundesvorstand und Ausschuß liegt der Vorschlag Hans Christoph Seebohm vor. Ich bitte um Wortmeldungen, falls neue Vorschläge gemacht werden. Herr Grundmann hat das Wort.

Grundmann:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die CDU Rheinland schlage ich Herrn Professor Burgbacher, den bisherigen Schatzmeister, vor.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Werden weitere Vorschläge gemacht? – Neben dem primär Vorgeschlagenen ist nun Professor Burgbacher benannt worden. Liegen Wortmeldungen vor? – Das ist nicht der Fall.

Damit kann die Abstimmung beginnen. Nehmen Sie bitte den Stimmzettel Nr. 4 – orange –. Darauf kommt dann der Name, entweder Burgbacher oder Seebohm, bei Enthaltungen kein Name.

Meine Damen und Herren, haben alle abgestimmt? – Keine Meldungen. Dann schließe ich hiermit die Wahlhandlung.

Ich rechne damit, daß in fünf bis zehn Minuten die Ergebnisse der Wahl des Schatzmeisters vorliegen.

Alsdann kommen wir zur Vorbereitung der Wahl des Bundesvorstands nach § 29 b Ziffer 5. Eshandelt sich um die 19er Liste. Es ist damit zu rechnen, daß diese Liste durch Vorschläge ergänzt wird. Auf einem neuen Stimmzettel, der Ihnen dann ausgehändigt wird, wird die alphabetische Ordnung hergestellt.

Dadurch soll die Chancengleichheit sämtlicher Kandidaten hergestellt werden. Dieses Verfahren wird etwa eine halbe Stunde dauern, so daß wir, wenn Sie Ihre Vorschläge zu der 19er Liste unterbreitet haben, eine etwa halbstündige Pause eintreten lassen. Aber das geschieht erst nachher. Ich sage Ihnen das jetzt schon, damit Sie zeitlich disponieren können.

(Zuruf)

— Es wird hier der Vorschlag gemacht, man solle anfangen. Dagegen bestehen Bedenken. Denn je nach Ausfall dieser Wahlhandlung könnte der eine oder andere unterlegene Kandidat ja noch für die 19er Liste vorgeschlagen werden, und er wäre benachteiligt, wenn wir jetzt schon in die Behandlung der Vorschläge einträten. Deshalb müssen wir noch um etwa fünf Minuten Geduld bitten. — —

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters liegt vor. Abgegebene Stimmen 517, gültige Stimmen 515, ungültige Stimmen 2, Enthaltungen 14. Für Dr. Seebohm abgegebene Stimmen 316,

(Beifall)

für Professor Burgbacher abgegebene Stimmen 185. Herr Dr. Seebohm ist gewählt.

(Beifall)

Herr Dr. Seebohm, ich stelle an Sie die Frage, ob Sie die Wahl annehmen?

(Dr. Seebohm nimmt Glückwünsche entgegen)

— Meine Damen und Herren, das Ja-Wort scheint mir durch schlüssiges Verhalten gegeben zu sein. Ich gratuliere.

Meine Damen und Herren, wir schreiten zur nächsten Wahl, und zwar zur Wahl des Bundesvorstandes gemäß § 29 b Ziffer 5 der Satzung. Es liegt Ihnen die 19er-Liste vor, die nun durch Vorschläge ergänzt werden kann. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vogel.

Vogel:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Junge Union Deutschlands schlage ich Ihnen vor, Herrn Dr. Egon Klepsch in den Bundesvorstand zu wählen.

(Beifall)

Ich darf ein kurzes Wort dazu sagen.

(Widerspruch)

— Ich spreche nicht zur Person, sondern zur Sache selbst.

Wenn Sie den vorliegenden Vorschlag von 19 Namen durchgehen, so finden Sie dort keinen Vertreter der Jungen Union. Ich glaube, es ist eine schlechte Sache, wenn eine so große Vereinigung wie die Junge Union im Vorstand der CDU nicht vertreten ist. Es ist für die Vereinigungen dadurch, daß sie nicht mehr geborene Mitglieder im Vorstand haben, schwierig geworden. Dies gilt für die Junge Union, für die KPV und für die anderen Vereinigungen auch. Deshalb bitte ich Sie herzlich, den Vorschlag der Jungen Union zu unterstützen.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Das Wort hat Herr Majonica.

Majonica (Westfalen):

(Beifall)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen Herrn Gustav Niermann, Vorsitzender des Bundesausschusses für Agrarpolitik, vor.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in einer für die deutsche Landwirtschaft so schwierigen Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, daß sich die Landwirtschaft in der Phase einer großen Transformation befindet, sollte die Landwirtschaft – das sage ich gerade auch als Nichtlandwirt – durch ihren Repräsentanten der Partei im Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union unbedingt vertreten sein.

Präsident Dr. Filbinger:

Ich gebe das Wort Herrn Maurer.

Maurer (Nordwürttemberg):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schlage den Vorsitzenden des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern, Staatssekretär Adorno, vor.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Das Wort hat Herr Hettinger.

Hettinger (Rheinland):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schlage Herrn Hermann-Josef Russe und Herrn Gerd Lemmer vor.

Präsident Dr. Filbinger:

Das Wort hat Herr Korbach.

Korbach (KPV):

Meine Freunde! Im Namen des Bundesvorstandes der Kommunalpolitischen Vereinigung schlage ich den Bundesvorsitzenden, Walter Jansen, vor. Wir haben sowohl gestern aus dem Munde unseres Generalsekretärs Bruno Heck als auch heute vormittag von Herrn Bundeskanzler Kiesinger wiederum ein überzeugendes Bekenntnis zur Kommunalpolitik gehört. Unser Freund Dr. Dregger hat heute vormittag in der Diskussion noch einmal auf die wichtigsten Probleme der Kommunalpolitik hingewiesen. Ich meine, es ist mehr als ein Schönheitsfehler, daß auf der Kandidatenliste zum Bundesvorstand kein Kommunal-

politiker steht. Ich wäre Ihnen deshalb außerordentlich dankbar, wenn Sie dem von mir soeben vorgetragenen Vorschlag der Kommunalpolitischen Vereinigung folgen würden.

Präsident Dr. Filbinger:

Das Wort hat Herr Dr. Witten.

Dr. Witten (Hamburg):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben volles Verständnis dafür, daß die einzelnen Gruppen in unserer Partei stärker im Bundesvorstand vertreten sein möchten. Die Vorschlagsliste weist aber bedauerlicherweise einen sehr viel gravierenderen Mangel auf. In diesem Vorschlag ist nämlich ein ganzer Landesverband überhaupt nicht vertreten, und zwar der Landesverband Hamburg. Meine Damen und Herren, meines Erachtens ist es für einen solchen Landesverband unerträglich, im Bundesvorstand der Partei nicht vertreten zu sein. Wenn man den Argumenten, die zu hören waren, glauben darf, dann ist das deshalb so, weil der Vorsitzende des Landesverbandes Hamburg, der Kollege Blumenfeld, gelegentlich eine etwas eigenwillige politische Haltung an den Tag legt.

Ich bitte Sie, diesen Mangel zu beheben, indem Sie den Landesverband Hamburg mit aufnehmen und insbesondere seinen Vorsitzenden Blumenfeld mit auf die Liste setzen, und zwar gerade wegen seiner gelegentlich etwas eigenwilligen politischen Haltung; denn die gesamte Politik der CDU würde damit etwas farbiger gestaltet werden.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Das Wort hat Frau Dr. Becker-Döring.

Frau Dr. Becker-Döring (Bundesfrauenvereinigung der CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren! Meine sehr verehrten Damen! Der Parteitag hat heute in seinem Votum ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß wir Frauen es nicht mehr nötig haben, unsere Rechte in der Satzung verankert zu wissen. Wir begrüßen dies sehr und erlauben uns daher den Hinweis, daß der Vorschlag durchaus vertretbar ist, daß in einem Gremium von 19 Mitgliedern nunmehr zwei Frauen vertreten sein sollten. Wir schlagen demnach neben Frau Dr. Schwarzhaupt zusätzlich Frau Charlotte Fera vor. Frau Charlotte Fera ist die zweite – gleichberechtigte – Vorsitzende der Bundesfrauenvereinigung.

(Beifall)

Präsident Dr. Filbinger:

Das Wort hat Herr Rawe.

Rawe (Westfalen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen unseren Freund Heinz Windelen, bisheriges gewähltes Bundesvorstandsmitglied, vorschlagen.

(Beifall)

Zur Begründung darf ich folgendes hinzufügen. Unser Freund Heinz Windelen ist der Obmann der Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages. Wer weiß, wie er dort für unsere Partei und für unsere Fraktion jeden Tag ein Stück CDU-Politik vertreten und erkämpfen muß, der wird mir recht geben, wenn ich sage, daß dieser Mann in den Bundesvorstand gehört.

(Beifall)

Präsident Filbinger:

Das Wort hat Herr Dr. Dregger.

Dr. Dregger:

Meine Parteifreunde! Als Kandidat des Landesverbandes Hessen schlage ich Ihnen unseren Landesvorsitzenden Herrn Dr. Fay vor. Zur Begründung kann ich nicht hinweisen auf unsere Teilhabe an der Regierungsmacht oder auf einen großen Sieg unserer Partei in Hessen, im Gegenteil, wir haben einen Nachholbedarf zu decken. Das wird in erster Linie unsere Aufgabe sein. Aber wir werden diese Aufgabe nur erfüllen können mit Ihnen gemeinsam.

Ich darf sagen, daß wir in wenigen Jahren unsere Mitgliederzahl verdoppelt haben, daß wir uns zum drittstärksten Landesverband der Christlich Demokratischen Union emporgearbeitet haben und daß wir im Tief der CDU bei der Landtagswahl der Sozialdemokratie eine Niederlage insofern beigebracht haben, als sie ihren Stimmanteil nicht vergrößern konnte. Wir müssen nun die Ausgangsbasis nutzen, die wir uns geschaffen haben. Das können wir nur mit Ihrer Hilfe. Es ist so, daß im neuen Bundeskabinett sechs Sozialdemokraten aus Hessen vertreten sind. Im Bundesvorstand sind nach dem Vorschlag des Bundesvorstandes keine Kandidaten unseres Landesverbandes vertreten. Ich bitte Sie herzlich, Herrn Dr. Fay zu wählen.

(Beifall)

Präsident Filbinger:

Das Wort hat Herr Dr. Luda.

Dr. Luda:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schlage Ihnen einen aktiven jüngeren Politiker vor, nämlich den früheren Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, unseren Freund Friedrich Vogel.

Präsident Filbinger:

Das Wort hat Herr Galland.

Galland (Exil-CDU):

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, den früheren Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, zu wählen.

(Beifall)

Präsident Filbinger:

Das Wort hat Herr Dr. Barzel.

Dr. Barzel:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, nachdem hier für viele Kandidaten mit guten Gründen gesprochen worden ist, nicht gegen irgendeinen zu sprechen, sondern nur noch einmal in Erinnerung zu rufen, wie dieser Vorschlag, der Ihnen vorliegt, zustande gekommen ist. Es war das Bedürfnis, einen ausgewogenen Vorschlag zu machen. Der Bundesvorstand hatte ein Gremium eingesetzt, bestehend aus dem Präsidium, den Landesvorsitzenden und Vereinigungsvorsitzenden, dazu eine Unterkommission. Die Unterkommission hat 27 Kolleginnen und Kollegen vorgeschlagen. Die vorbereitenden Gremien, sowohl dieses Gremium wie der Bundesvorstand, haben sich dann entschlossen, nur soviel Damen und Herren ab- und ausgewogen vorzuschlagen, wie hier zu wählen sind. Ich wollte also nur für diesen Vorschlag plädieren, ohne etwas gegen die anderen zu sagen.

Präsident Filbinger:

Meine Damen und Herren! Bestehen noch weitere Vorschläge? – Keine Wortmeldungen. Danke sehr. Dann wäre dieser Vorgang abgeschlossen.

Jetzt erfolgt folgendes: Wir werden diese neuen Vorschläge in einer Liste alphabetisch zusammenfassen, sowohl die früheren Vorschläge vom Bundesvorstand wie auch die jetzt gemachten Vorschläge. Damit ist die Chancengleichheit gewahrt. Dieser Vorgang benötigt etwa eine halbe Stunde Vorbereitung. Sie haben, meine Damen und Herren, so brav ausgeharrt, daß wir jetzt eine Pause vertreten können. Wir machen eine Pause von einer halben Stunde. Um 16.30 Uhr geht es weiter. Ich bitte Sie, sich dann einzufinden zum Zwecke der Abstimmung. Nach der Abstimmung wird das Auszählverfahren wieder etwa eine halbe Stunde oder noch länger benötigen. Wir können dann abermals eine Unterbrechungspause einlegen.

(Unterbrechung 16.06 Uhr)

Frau Braukslepe:

Meine Damen und Herren, darf ich die Sitzung wieder eröffnen. Der amtierende Präsident, Herr Filbinger, hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß er bei der gegenwärtigen Wahl selbst Kandidat ist. Es könnten hier deshalb vielleicht Bedenken geäußert werden. Ich bin persönlich der Ansicht, daß hier keine Bedenken bestehen. Aber um spätere Einsprüche von vornherein zu vermeiden, möchte ich die hier Versammelten ausdrücklich bitten, zu bestätigen, daß hiergegen keine Bedenken bestehen. Darf ich fragen, ob ein Widerspruch erhoben wird. – Ich sehe keinen Widerspruch. Das ist also geklärt. Ich darf Herrn Filbinger bitten, die Versammlung weiter zu leiten.

Präsident Dr. Filbinger:

Ich bedanke mich beim Parteitag für die Absolution. Wir treten in den Wahlgang ein. Dieses Verfahren ist etwas umständlich, aber es ist sehr gut vorbereitet. Sie haben diesen grünen Stimmzettel, der nun sämtliche Namen der vorgeschlagenen Kandidaten enthält, in der Hand. Ist diese meine Annahme zutreffend?

(Zurufe)

Es sind 19 Mitglieder des Bundesvorstandes zu wählen. 8 Mitglieder sind ja bereits für das Präsidium gewählt. Zwei weitere Mitglieder des Präsidiums sind bereits kraft Amtes bestellt, und ein drittes Mitglied, der Bundesgeschäftsführer, gehört dem Vorstand ebenfalls kraft Amtes an.

Meine Damen und Herren, nun zur Verfahrensordnung. Nach der Ordnung des neuen Statuts sind nur die Stimmzettel gültig, auf denen mindestens 15 und höchstens 19 Kandidaten angekreuzt sind. Es kann sein, daß wir mit einem Wahlgang nicht auskommen. Im ersten Wahlgang sind die Kandidaten gewählt, die unter den 19 Kandidaten das höchste Stimmergebnis erhalten und die außerdem eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen, also mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmzettel erhalten haben. Bestehen darüber Unklarheiten? – Das ist nicht der Fall.

Nun möchte ich ein Wort darüber sagen, was geschieht, wenn im ersten Wahlgang nicht 19 Bewerber eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten. Dann findet eine Stichwahl unter den nicht gewählten Kandidaten mit den nächstniedrigeren Stimmenzahlen statt. Wenn also im ersten Wahlgang nicht 19 Bewerber eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreichen, findet eine Stichwahl unter den nicht gewählten Kandidaten mit den nächstniedrigeren Stimmenzahlen statt.

Wie viele Bewerber für diese Stichwahl zugelassen werden sollen, schreibt das Statut nicht vor. Wir schlagen Ihnen aber vor, eine Verfahrensweise zu übernehmen, die in der Bundestagsfraktion geübt wird. Dort wird im zweiten und in jedem weiteren Wahlgang die doppelte Anzahl von Bewerbern aufgestellt, wie Kandidaten zu wählen sind. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde also das Verfahren für den Fall einer Stichwahl – einer oder möglicherweise mehrerer Stichwahlen – so aussehen, daß jeweils in jedem weiteren Wahlgang die doppelte Anzahl von Bewerbern aufgestellt wird, wie Kandidaten zu wählen sind. Aber neue Kandidaten sind ausgeschlossen. Die grüne Liste mit den auf ihr enthaltenen Namen ist abschließend.

Da kein Widerspruch erhoben wird, gehe ich davon aus, daß gegen diese Verfahrensart von Ihnen keine Einwendungen erhoben werden. Sicherheitshalber aber bitte ich doch um Bestätigung durch Erheben der Stimmkarte. Ich bitte also um Bestätigung, daß das vorgeschlagene Verfahren Ihre Billigung findet. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Verfahren ist ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen so angenommen.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Auf dem grünen Stimmzettel sind mindestens 15 Kandidaten anzukreuzen. Stimmzettel, die mehr als 19 Namen enthalten, sind ungültig.

Ich bitte nun, soweit noch nicht geschehen, die Stimmzettel einzusammeln.

Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist noch nicht der Fall. Ich bitte, die restlichen Stimmzettel abzugeben.

Meine Damen und Herren, es folgt nun eine Durchsage. Es werden jetzt wie bei allen früheren Parteitage die Mitglieder unserer Frauenvereinigung durch die Reihen gehen und für die Aktion Freundschaftsbrücke sammeln. Wir bitten, dieses Hilfswerk unserer Frauenvereinigung freundlichst zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, eine Ansage für die Presse: Der Herr Bundeskanzler wird um 17.30 Uhr im Kleinen Saal eine Pressekonferenz abhalten.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Damit schließe ich die Abstimmung. Die Auszählung wird ungefähr eine Dreiviertelstunde in Anspruch nehmen. Wir unterbrechen deshalb die Sitzung.

(Unterbrechung von 17.05 Uhr bis 18.15 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf das Ergebnis der Wahl bekanntgeben. Nach den von Ihnen vorhin genehmigten Wahlmodi müssen sämtliche gewählten Kandidaten die absolute Mehrheit haben. Diese Zahl beträgt 284. Diese Zahl haben folgende Kandidaten erreicht:

Amrehn	488		
		(Beifall)	
Blank	404	Dr. Röder	349
Dr. Gradl	322	Niermann	391
Prof. Dr. Hahn	303	Schmücker	423
Dr. Kohl	398	Frau Dr. Schwarzhaupt	339
Dr. Lemke	294	Stingl	345
Ernst Lemmer	341	Dr. Stoltenberg	343
Dr. Meyers	373	Dr. von Weizsäcker	398

15 Kandidaten haben die absolute Mehrheit erreicht, die 284 Stimmen beträgt.

(Beifall)

Ich verlese jetzt die nächstfolgenden:

Dr. Filbinger	283	Grundmann	246
Fay	280	Dr. Scheufelen	236
Dr. Fricke	275	Gerd Lemmer	231
Katzer	275	Blumenfeld	229

Aus diesen acht, die ich eben der Reihenfolge der erreichten Stimmenzahl nach vorgelesen habe, müssen vier zusätzlich gewählt werden. – Insgesamt waren es 567 Stimmzettel, einer war ungültig.

Der nächste Wahlgang wird so vorbereitet, daß auf einen Stimmzettel acht Namen geschrieben werden, und zwar in der Reihenfolge der erreichten Stimmenzahl. Das entspricht dem Wahlmodus, den wir beschlossen haben. Ich frage formell noch einmal: Sind Sie mit dem Modus einverstanden, daß die doppelte Anzahl der noch benötigten Kandidaten in der Reihenfolge der erreichten Stimmenzahl auf einen Stimmzettel aufgeschrieben wird? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Um jeden Zweifel zu vermeiden, darf ich sagen: Auf dem Stimmzettel mit acht Namen, den Sie bekommen werden, sind mindestens drei, höchstens vier Namen anzukreuzen, damit der Stimmzettel gültig ist. Die Stimmzettel werden nun geschrieben und verteilt.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang. –

Haben alle Delegierten ihren Stimmzettel abgegeben? — Dann schlieÙe ich hiermit den Wahlgang. Die Auszählung wird etwa eine Viertelstunde dauern. Ich unterbreche hiermit die Sitzung.

(Unterbrechung von 19 Uhr bis 19.25 Uhr)

Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis liegt vor. Es bleibt uns allerdings eine weitere Stichwahl nicht erspart. Das Abstimmungsergebnis: Es wurden abgegeben 519 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 260 Stimmen. Diese absolute Mehrheit haben zwei Kandidaten erreicht, und zwar mit 301 Stimmen Herr Fay,

(Beifall)

mit 291 Stimmen Herr Scheufelen.

(Beifall)

Beide sind gewählt.

Es folgen — nicht gewählt — mit 254 Stimmen Herr Fricke, mit 243 Stimmen Filbinger, mit 204 Stimmen Grundmann und mit 183 Stimmen Katzer.

Meine Damen und Herren, nach der Prozedur, die wir bisher beachtet haben, werden jetzt vier Kandidaten zur Wahl gestellt, und zwar in der folgenden, der erreichten Stimmenzahl entsprechenden Reihenfolge: Fricke, Filbinger, Grundmann, Katzer. Zwischen diesen vieren muß nun ausgewählt werden.

(Dr. Meyers: Herr Präsident, ich bitte zu prüfen, wo die 519 Stimmen herkommen!)

— Das ist mir nicht möglich, Herr Kollege Dr. Meyers. Vorhin waren es noch mehr als jetzt.

(Zuruf: Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit!)

Damit wir nicht nochmals die zeitliche Verzögerung durch Anfertigung eines neuen Stimmzettels riskieren, schlage ich Ihnen vor, daß wir vom Stimmzettelblock den grauen Stimmzettel Nr. 6 nehmen und darauf zwei Kandidaten schreiben.

(Zuruf)

— Meine Damen und Herren, es entsteht hier die Frage, ob auf dem Stimmzettel alle vier Namen aufgeschrieben sein müssen, davon zwei angekreuzt. Das war das bisherige Verfahren. Wenn Sie damit einverstanden sind, wollen wir das auch jetzt beibehalten. Es müssen also auf dem Stimmzettel Nr. 6 vier Namen stehen, und zwei davon müssen angekreuzt sein; dann ist der Stimmzettel gültig. Die Namen werden hier mit dem Hellschreiber projiziert: Fricke, Filbinger, Grundmann, Katzer.

Meine Damen und Herren, ich möchte förmlich feststellen, daß kein Widerspruch gegen die gewählte Verfahrensweise besteht, auf den Stimmzettel Nr. 6 vier Namen in der hier mit dem Hellschreiber angezeigten Reihenfolge zu schreiben, wovon, damit der Stimmzettel gültig ist, zwei angekreuzt sein müssen. Besteht hiergegen Widerspruch? — Ich stelle fest, daß nicht widersprochen wird. Damit ist dieses Verfahren beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Abgabe des Stimmzettels kann nur gegen Vorzeigen der roten Karte erfolgen. Ich greife die Bemerkung von Herrn Ministerpräsident a. D. Dr. Meyers auf, der darauf hingewiesen hat, daß nach seiner Auffassung — —

(Dr. Meyers: Ich ziehe zurück!)

Meine Damen und Herren, wenn die Reihenfolge der Namen untereinander nicht dem entspricht, was auf dem Hellschreiber steht, wird dadurch der Stimmzettel nicht ungültig.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Hat jemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? — Es sind alle Stimmzettel abgegeben. Damit schließe ich die Wahlhandlung.

Präsident Dr. Filbinger:

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, jetzt zum letzten Mal Platz zu nehmen zur Entgegennahme des Wahlergebnisses. Das Ergebnis liegt vor. Ich gebe es Ihnen bekannt: Abgegebene Stimmen 245.

Davon haben erreicht 132 Stimmen Filbinger
 126 Stimmen Fricke

Diese beiden sind gewählt.

Es folgen dann 95 Stimmen Grundmann
 91 Stimmen Katzer

Diese beiden sind nicht gewählt.

Damit sind die Wahlen abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, daß, wenn bis zum nächsten Parteitag von den jetzt gewählten Mitgliedern des Vorstandes eines oder mehrere ausfallen, dann derjenige mit der höchsten Stimmenzahl nachrückt. Fällt also einer weg, dann wäre der nächste Nachrückende Herr Grundmann; fällt ein zweiter weg, dann wäre der nächste Herr Katzer. Wird hiergegen ein Einwand erhoben? —

(Zurufe: Ja!)

Die Satzung sagt darüber nichts. Die Juristen schließen daraus, daß der Parteitag souverän ist und dieses bestimmen könnte. Nun frage ich Sie, wollen Sie hiervon Gebrauch machen? Sie brauchen es nicht. Wir können die Sache auch offen lassen. Wenn sich Widerspruch erhebt, lasse ich das offen. Ich möchte nicht abstimmen lassen, wenn es kontrovers bleibt. Ich frage, wird Widerspruch gegen dieses Verfahren erhoben?

(Zurufe: Ja!)

Es erhebt sich Widerspruch. Dann bleibt diese Frage offen und ungergelt, aber es wäre eine Überbrückungsmöglichkeit durch den Bundesausschuß gegeben. Ich frage, soll der Bundesausschuß von Ihnen ermächtigt werden, dann die Lücke auszufüllen?

(Zurufe: Nein!)

Auch nicht! Danke schön! Dann ist diese Frage negativ erledigt.

Wir sind damit am Ende unserer Wahlen. Ich möchte sämtlichen Damen und Herren sehr herzlich danken für die große Geduld, mit der Sie ausgeharrt haben bis zum Schluß der Wahlhandlung.

Damit ist der Parteitag noch nicht geschlossen. Ich übergebe nunmehr das Präsidium an meinen Freund Dr. Gradl.

Präsident Dr. Gradl:

Meine Parteifreunde! Wir sind am Schlußteil dieses Parteitages angelangt. Daß aber mit dem Trubel des Aufbruchs nicht der Dank untergeht, den dieser Parteitag schuldig ist, möchte ich zunächst der Stadt Braunschweig danken für die gastfreundliche Aufnahme.

(Beifall)

Ich möchte besonders danken der Leitung dieser schönen und zweckmäßigen Halle, an der Spitze Herrn Hnizdo!

(Beifall)

Ein wirklich herzlich gemeinter Dank gilt den Damen und Herren von Presse, Funk und Fernsehen.

(Beifall)

Verehrte Kollegen — das darf ich wohl in diesem Falle sagen —, Sie haben gesehen, daß hier auf dem Parteitag die Delegierten es nicht leicht gehabt haben, aber wir wissen, daß Sie es auch nicht leicht gehabt haben. Um so mehr sind wir Ihnen dankbar für Ihre Arbeit und Aufmerksamkeit in diesen beiden Tagen.

(Beifall)

Schließlich gilt der Dank den Freunden aus dem eigenen Hause; nicht nur den Ordnern hier, sondern auch vor allem denen, die diesen Parteitag in der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet haben mit Unterstützung der Freunde aus Niedersachsen. Wir wissen, wie knapp unsere Bundesgeschäftsstelle aus den bekannten Gründen besetzt ist. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß sie diesen Parteitag in einer so vorzüglichen Weise organisiert hat, so daß er doch gut im ganzen durchgeführt werden konnte. An der Spitze und für alle danke ich unserem Freund Konrad Kraske.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Nun hat das Wort der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Bundesvorsitzender Dr. Klesinger:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Unionsfreunde! Meine Damen und Herren! Wir alle haben einen anstrengenden Tag hinter uns. Viele von uns haben heute abend noch Versammlungen und Wahlkundgebungen. Deswegen will ich es kurz halten.

Mein erstes Wort ist ein Wort des Dankes für das große Vertrauen, das Sie mir geschenkt haben. Ich verspreche Ihnen, daß ich alle Kraft daransetzen werde, mich dieses Ihres Vertrauens würdig zu erweisen.

Ich habe einige Glückwünsche zu sagen. Ludwig Erhard konnte nicht länger bleiben. Er hat mir vorhin gesagt, daß er weggehen muß. In Ihrer aller Namen sage ich ihm noch einmal unseren herzlichen Glückwunsch für die Wahl zum Ehrenvorsitzenden, die er durch seine große geschichtliche Leistung wahrhaftig verdient hat.

(Starker Beifall)

Ich darf sagen, daß ich mich über die Beratungen auf diesem Parteitag besonders gefreut habe, auch wenn sie anstrengend waren, nicht nur hier im Plenarsaal, sondern auch gestern abend bei den vielen Beratungen in den Landesverbänden. Hier ist seit langem — ich habe ja alle Parteitage der Christlich Demokratischen Union mitgemacht — wieder einmal durch eine intensive Diskussion Überzeugung geschaffen worden. Es ist niemand durch irgendwelche Taktik beeinflußt worden, sondern in den Fragen, die streitig waren, hat man die Gedanken ausgetauscht und ist dann zum Ergebnis gekommen.

Die Christlich Demokratische Union hat bewiesen, daß sie sehr wohl in ihren Reihen ein demokratisches Verfahren mit Erfolg durchführen kann. Ich beglückwünsche alle, die dazu beigetragen haben.

Ich habe noch zusätzlich zu dem Dank, den unser Freund Gradl eben zum Ausdruck gebracht hat, auch dem gastgebenden Landesverband herzlichen Dank zu sagen, also den Freunden Dr. Fricke und Minister Langeheine. Ich wünsche unserem gastgebenden Landesverband für die bevorstehenden Wahlen noch einmal Glück und Erfolg.

(Beifall)

Ich möchte auch noch einen besonderen Dank aussprechen für diejenigen, die sich an der ganz mühevollen Arbeit der Satzung besonders verdient gemacht haben. Das war in der Vorbereitung vor allem unser Freund Dr. Rainer Barzel, der Fraktionsvorsitzende.

Ich habe miterlebt, wie schwierig das war, was er zu tun hatte und mit welcher Geschicklichkeit und Klugheit er diese schwierigen Arbeiten bewältigt hat.

(Beifall)

Und weil ich schon einmal dabei bin, ihm zu danken, möchte ich ihm auch danken für die ganz loyale und äußerst hilfreiche Unterstützung, die er als Fraktionsvorsitzender mir, dem Bundeskanzler, in dem vergangenen Jahre geleistet hat.

(Lebhafter Beifall)

Ich danke schließlich — und das tue ich besonders herzlich — unserem Freunde Dufhues. Sie alle wissen, wie sich die Dinge entwickelt haben, daß ich selbst ursprünglich gewünscht habe, er möge das Amt des Parteivorsitzenden übernehmen, und daß sich dann durch einen langsamen Prozeß der Meinungsbildung, der mit der Wertung unserer beiden Persönlichkeiten nichts zu tun hatte, sondern der in institutionellen Überlegungen begründet war, die Dinge

anders entwickelt haben. Ich habe Ihnen, lieber Freund Dufhues, von Herzen zu danken für die noble Art, mit der Sie sich während dieses Prozesses mir gegenüber verhalten haben.

(Starker Beifall)

Das hat gewiß nicht nur meinen Respekt, sondern den Respekt vieler anderer für Sie, der Sie sich so viele große Verdienste um die Christlich Demokratische Union erworben haben, nur noch gesteigert.

Ich habe vorhin hier oben eine kleine Intervention gemacht, als es um die Frage „an Stelle von“ ging. Ich wußte nicht, wer den Vorschlag gemacht hatte. Es wurde mir am Tisch gesagt. Deswegen bin ich heraufgegangen. Ich wußte nicht, daß er ihn gemacht hatte. Er hat sich nachher entschuldigt. Jetzt muß ich mich ihm gegenüber entschuldigen. Wenn ich es nämlich gewußt hätte, wäre ich natürlich zu ihm gegangen und hätte gesagt: Hören Sie, Freund Dufhues, das ist ein Mißverständnis; das kann so nicht stehen bleiben; berichtigen Sie es!

(Beifall)

Ich hatte dazu leider nicht die Gelegenheit. Ich sage das deswegen besonders ausdrücklich, weil ich gar keinen Zweifel darüber bestehen lassen will, daß ich für unseren Freund Dufhues aufrichtige Freundschaft, großen Respekt empfinde und daß ich mich darauf freue, mit ihm als einem wichtigen Mitglied, einem erfahrenen Mitglied des Präsidiums zum Wohle unserer Partei in Zukunft zusammenzuarbeiten.

(Lebhafter Beifall)

Nun lassen Sie mich, weil ich vorher vor dem Parteitag dazu nie die Gelegenheit gehabt habe, auch noch ein Wort an jene unsere Parteifreunde sagen, die bei der letzten Regierungsbildung aus ihren Ämtern ausgeschieden sind. Ich habe es bei unserem Freunde Seeborn schon getan. Ich möchte es jetzt noch ausdrücklich tun für unsere Freunde Dr. Krone, Frau Dr. Schwarzhaupt und Herrn Dr. Gradl. Sie alle haben sich während ihrer Amtszeit große Verdienste erworben und sind nicht deswegen, weil sie sich etwa in ihren Ämtern nicht bewährt hätten, sondern eben nach den leidigen Notwendigkeiten bei einer Koalitionsbildung nach den Gesetzen des demokratischen Lebens aus diesen Ämtern ausgeschieden. Es ist mir eine aufrichtige und herzlich empfundene Pflicht, diesen unseren Parteifreunden Dank zu sagen für alles das, was sie während der Zeit, in welcher sie Kabinettsposten bekleidet haben, für das Volk, aber auch für die CDU geleistet haben.

(Lebhafter Beifall)

Und nun, meine lieben Freunde, gehen wir an die Arbeit. Ich will diesem Parteitag zum Schluß keinen bombastischen Namen geben. Aber ich glaube, Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß er bewiesen hat, daß die Christlich Demokratische Union die Krisen des letzten Jahres überwunden hat,

(Beifall)

daß sie nun wieder als eine geschlossene und entschlossene politische Kraft, als die führende politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland ihre Arbeit zum Wohle unseres Volkes fortsetzen kann. Möge diese Arbeit von Erfolg gesegnet sein!

Ich habe Ihnen in meiner Rede die große Sorge, die ich habe, ans Herz gelegt. Es ist die Sorge, daß wir diese Regierung, zu der wir uns zusammengeschlossen haben, zum Erfolge führen. Lassen Sie uns, meine Freunde, unbefangen, gelassen an die Arbeit gehen. Ich lese schon wieder jetzt, in diesen Tagen, ärgerliche Bemerkungen von da- und dorthier. Das ist alles kleinliches Zeug! Die große Aufgabe ist es, die zählt, und an diese große Aufgabe wollen wir uns getreulich machen, und diese große Aufgabe – und das wird nicht zum Schaden der Christlich Demokratischen Union sein – werden wir bewältigen. Ich bin überzeugt: Unser Volk wird es uns am Ende danken.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Gradl:

Meine Freunde, wir wollen auch die letzte Minute dieses Parteitages, nämlich den Schluß, noch in gutem Stil durchstehen. Herr Vorsitzender, Sie haben, glaube ich, im Laufe dieser beiden Tage gespürt, daß Sie mit der festen Hilfe, Mitarbeit und Unterstützung dieser Partei, Ihrer Partei, rechnen können.

Wir sind am Schluß des Parteitages. Unsere Parteitage haben natürlich immer Bedeutung. Aber dieser Parteitag hat besondere Bedeutung. Wir haben einen Führungswechsel vollzogen, den zweiten in der Geschichte unserer Partei. Wir haben die neue Führungsgarnitur bestellt, und nun heißt es: an die Arbeit gehen. Grundbedingung ist, daß die Führenden fest zueinander stehen und wir alle fest zu den Führenden. Das wollen wir uns gegenseitig geloben. Nun gehen wir an die Arbeit für unser Vaterland, für unser ganzes Vaterland.

Der Parteitag ist geschlossen.

(Beifall)

(Schluß des Parteitages: 19.55 Uhr)





